Das Neue Ökonomische System der DDR als Demokratisierung einer geplanten Wirtschaft und Gesellschaft oder Formwechsel der Herrschaft?

DAS SYSTEM DER ARBEITERSELBSTVERWALTUNG JUGOSLAWIENS

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Grades eines
Doktors der Philosophie (Dr. phil.)
am Fachbereich Politische Wissenschaft
der
Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Dipl. Pol. Güdemi Tezcan
aus Yenişehir / Türkei

1974

Das Neue Ökonomische System der DDR als
Demokratisierung einer geplanten Wirtschaft
und Gesellschaft oder Formwechsel der Herrschaft?

DAS SYSTEM DER ARBEITERSELBSTVERWALTUNG JUGOSLAWIENS

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Grades eines
Doktors der Philosophie (Dr. phil.)
am Fachbereich Politische Wissenschaft
der
Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Dipl. Pol. Güdemi Tezcan
aus Yenişehir / Türkei

1. REFERENT: Prof. Dr. Gerhard Huber

2. REFERENT: Prof. Dr. Herwig Roggemann

Tag der mündlichen Prüfung: 2.12.1974.

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Druck: Der Präsident der Freien Universität Berlin – Zentrale Universitätsdruckerei V aA 4, 1 Berlin 41

INHALTSVERZEICHNIS

SEITE

1. Einleitung 7
2. Die gesellschaftliche Planung im sozialistischen Aufbau 9
   2.1. Die Planung als Strukturprinzip der sozialistischen Gesellschaft 9
      2.1.1. Die Bestimmung der Planung bei Marx und Engels 9
      2.1.2. Der gesellschaftlich-ökonomische Kalkül 12
   2.2. Die Problematik der Planung in ökonomisch rüchständigen Ländern 14
      2.2.1. Die Notwendigkeit einer ökonomischen Übergangsperiode 14
      2.2.2. Der ambivalente Charakter der Produktionsverhältnisse in der Übergangsperiode 16
         2.2.2.1. Die Abhängigkeit der Vergesellschaftung vom Entwicklungsniveau der Produktivkräfte 16
         2.2.2.2. Die Fortexistenz kapitalistischer Produktionsverhältnisse 20
            2.2.2.2.1. Die Warenproduktion 20
            2.2.2.2.2. Das Unternehmen als Ort der Reproduktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse 22
         2.2.2.3. Das Primat der Politik 24
         2.2.2.4. Die Möglichkeit der kapitalistischen Restauration 26
      2.2.3. Rolle und Charakter der Planung im sozialistischen Aufbau 28
3. Das System der Arbeiterselbstverwaltung Jugoslawiens 34
   3.1. Einführung in die Intentionen der jugoslawischen Theorie und Praxis 35
      3.1.1. Kritik am Sowjetmarxismus 35
      3.1.2. "Praxis" und "Wahrheit" 38
      3.1.3. Marxismus als Kritik 40
      3.1.4. Der Etatismus und Entfremdung durch Verdinglichung der Politik 42

SEITE

3.2. Die Konzeption der "sozialistischen Demokratie" 46
3.2.1. Das "Absterben" des Staates 46
3.2.2. Die Herrschaft der Bürokratie 47
3.2.3. Die Arbeiterselbstverwaltung 48
3.3. Die Konzeption der "sozialistischen Marktwirtschaft" 49
3.4. Die Reorganisation der politischen Struktur der FVRJ 53
3.4.1. Die Institution der Produzentenräte 53
3.4.2. Die Rolle der Kommune 54
3.4.3. Die Rolle der Partei 56
3.4.4. Pluralismus als Ausdruck einer freien Gesellschaft 58
3.5. Das dezentralisierte Plansystem 61
3.5.1. Die operative Autonomie der selbstverwalteten Unternehmen in der "sozialistischen Marktwirtschaft" 62
3.5.2. Struktur und Funktion der gesellschaftlichen Planung in der "sozialistischen Marktwirtschaft" 63
3.5.2.1. Der Charakter der gesellschaftlichen Planung als richtungsweisende Rahmenplanung 63
3.5.2.2. Die dezentralisierte Aufstellung der Gesellschaftspläne 64
3.6. Wertform und Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse 66
3.6.1. Die betriebliche Orientierung auf den Tauschwert 66
3.6.2. Die Rolle des monetären Kalküls in der Gesellschaftsplanung 69
3.6.3. Die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins 71

SEITE

3.7. Die Entwicklungsrichtung der jugoslawischen Gesellschaft 75
3.8. Die Wirtschaftsreform von 1965 79
3.8.1. Die Bedeutung der Wirtschaftsreform für die gesellschaftliche Planung 81
3.8.2. Auswirkungen der Wirtschaftsreform auf die sozialistischen Gesellschaftsbeziehungen 83

4. Das Neue Ökonomische System der DDR 87
4.1. Die Diskussionen am Institut für Wirtschaftswissenschaften 87
4.1.1. Die Vorschläge von Günter Kohlmey 88
4.1.2. Die Vorstellungen von Fritz Behrens und Arne Benary 90
4.2. Der VI. Parteitag der SED und die Wirtschaftskonferenz 96
4.3. Reformen auf dem Gebiet des Planvollzuges 100
4.3.1. Der Kern des NÖS: Das System ökonomischer Hebel 100
4.3.2. Das Vorhandensein von Warenkategorien in den Gesellschaftsformationen im Übergang zum Sozialismus - Die Problematik der Kategorie Gewinn - Die Rolle des Wertgesetzes 103
4.3.3. Das Problem des zentralen Leitsatzes: "Alles, was der Gesellschaft nützt, muß auch für den Betrieb und den einzelnen Werktätigen vorteilhaft sein." - Der Einzelwille in seiner Beziehung zum Gesamtwillen 117
4.3.4. Das Prinzip des persönlichen materiellen Interesses als Konsumentenideologie 125

SEITE

4.3.5. Zum Problem der Preisbildung 129
4.3.5.1. Die Mängel des Festpreissystems 131
4.3.5.2. Die Industriepreisreform von 1964-1968 137
4.3.5.3. Einführung fondsbezogener Industriepreise und die Dynamisierung des Preissystems 139
4.4. Die Etappen des NÖS 143
4.4.1. Die erste Etappe des NÖS 1963-1965 143
4.4.2. Die zweite Etappe des NÖS 1965- 1968 144
4.4.3. Das "Ökonomische System des Sozialismus" 1968 - 1971 145
4.4.4. Planung des prozeßpolitischen Instrumentariums 156
4.4.5. Rentabilitätsorientierte Kreditpolitik 157
4.4.6. Die monetären Lenkungsinstrumente in dem Perspektivplan 1971-75 - Die Kennziffer Gewinn 159
4.4.7. Die Periode der Rezentralisierung seit 1971 162
4.5. Die Reformen im Bereich der Planung 170
4.5.1. Änderungen im Bereich der Perspektivplanung 170
4.5.2. Reformen im Bereich der Jahresplanung 174
4.5.3. Die Instanzen des hierarchisch strukturierten Wirtschaftsapparates 178
4.5.3.1. Die neue Rolle der VEB und VVB 179
4.5.3.2. Das Kombinat als Organ der staatlichen Wirtschaftsführung 189
4.5.3.3. Die zentralen Planbehörden 192
4.5.3.4. Schwierigkeiten des Entscheidungsprozesses und die Möglichkeiten ihrer Überwindung 194
4.5.4. Die wirtschaftlichen Steuerungsmaßnahmen der Gewinnentstehung und -verwendung 197

SEITE

4.5.5. Verbindung von Plan und Markt 200
4.5.5.1. Die Funktion des Planes 200
4.5.5.2. Die Inkompatibilität von Markt und Plan 201
4.5.5.3. Plan als Instrument 202
4.5.5.4. Die Korrekturfunktion des Marktes 204
4.5.5.5. Über die Vorrangigkeit von Markt oder Plan 204
4.6. Die Bedeutung der Kybernetik für das NÖS 207
4.6.1. Kybernetik und ihre Begriffe 207
4.6.2. Kybernetik und Selbstorganisation 211
4.7. Demokratische Institutionen im NÖS 218
4.7.1. Die Produktionskomitees 219
4.7.2. Die ständigen Produktionsberatungen 224
4.7.3. Konfliktkommissionen 225
4.7.4. Gesellschaftliche Räte 225
4.7.5. Die Arbeiter- und Bauerninspektion (ABI) 227
4.8. Kriterien der neuen Gesellschaftspolitik und die Rolle der Partei nach dem 8. Parteitag 230
5. NÖS und Demokratisierung 236
6. Anlagen 245
7. Schrifttumsverzeichnis 357

1. Einleitung

Die Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre in Osteuropa, die eine Dezentralisierung der Entscheidungen und deren Koordination durch parametrische Größen sowie eine Maximierung der betrieblichen Rentabilität vorsehen, werden als eine Rückkehr zur Warenproduktion im Marxschen Sinne angesehen. Nach Marx impliziert die Warenproduktion die Momente der Entfremdung. Es ist nun zu fragen, inwiefern die Momente der Entfremdung und die sozio-ökonomischen Aspekte der Warenproduktion, d.i. Warenproduktion als eine spezifische Form der Vergesellschaftung der Arbeit, der Vergesellschaftung von Produkten isolierter, voneinander unabhängiger Produzenten, durch diese Reformen verstärkt, abgebaut oder überhaupt berührt werden?

Die Analyse des Gegenstandes sollte nicht bei den abstrakten Reflexionsbestimmungen der Quantifizierung, der Registrierung und Kategorisierung stehen bleiben, bei der bloßen Beziehung auf isolierte Ereignisse also, vielmehr sollte eine bestimmte Theorie der Gesamtgesellschaft im Verlauf der Untersuchung nicht aus den Augen verloren werden. Folgende Fragen stehen dabei im Vordergrund: Resultiert aus der Dezentralisierung der Planung eine Tendenz zur Demokratisierung? Wie ist die Beziehung zwischen der Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung und den Chancen für die Aufhebung der Herrschaft zu bestimmen? Denn der Hauptwiderspruch ist der zwischen der Herrschaft oder der Nichtherrschaft der Produzenten über die Bedingungen und Resultate ihrer Tätigkeit.

Eine Gesellschaft kann sich erst dann frei nennen, wenn die Bedürfnisse ihrer Mitglieder ihre eigenen Bedürfnisse sind und wenn die in ihr handelnden Menschen wissen können, was sie tun. Dies setzt aber Freiheit

nicht nur als Einrichtung, sondern in erster Linie als Eigenschaft voraus, von der Freiheit als Einrichtung abhängen muß. "Das Problem der Massengesellschaft ist organisatorisch nicht lösbar, denn die Idee solcher Organisation ist selbst eine massengesellschaftliche; ... das Problem der Massengesellschaft ist vielmehr das Problem jedes Einzelnen, nur von ihm kann es gelöst werden, und nur er selbst kann, durch tätige Entscheidung, für seine eigene Freiheit die Lösung vollbringen".+)

In der vorliegenden Arbeit soll der Versuch unternommen werden zu analysieren, ob die neuen ökonomischen Systeme wie das der DDR und das Selbstverwaltungsmodell Jugoslawiens Ansätze zu einer Demokratisierung der Gesellschaft und zur Erweiterung der individuellen Spielräume bieten. Inwieweit schaffen bzw. initiieren sie selbst Bedingungen, unter denen der Einzelne nicht mehr gehindert wird, geschichtliches Subjekt zu sein: aktiv in die Gestaltung der historischen Entwicklung einzugreifen? Inwieweit ermöglichen es die neuen ökonomischen Systeme, daß der Einzelne an der Kontrolle sozialer Mächte teilnimmt, wo eine direkte Einflußnahme der einzelnen Glieder der Gesellschaft angesichts der immer mehr technisierenden und komplizierenden Umwelt nicht mehr möglich ist? Bei dieser Untersuchung steht das Neue Ökonomische System der DDR im Mittelpunkt. Dabei werden der Charakter der gesellschaftlichen Beziehungen und bestimmte Aspekte der Veränderung in Wirtschaft und Gesellschaft als die entscheidenden hervorgehoben. Das jugoslawische Arbeiterselbstverwaltungsmodell wird nur soweit skizziert, wie es für die Fragestellung der Arbeit relevant ist.

+) Ulrich Sonnemann, Die Freiheit als Eigenschaft und als Einrichtung, in: Das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten, Rowohlt 1963, S. 111

2. Die gesellschaftliche Planung im sozialistischen Aufbau

2.1. Die Planung als Strukturprinzip der sozialistischen Gesellschaft

2.1.1. Die Bestimmung der Planung bei Marx und Engels

Im Gegensatz zu den utopischen Entwürfen der Frühsozialisten, die wegen der noch mangelhaften Entwicklung der Produktivkräfte und Klassengegensätze in ihrer Zeit genötigt waren, ein "neues vollkommeneres System der gesellschaftlichen Ordnung zu erfinden und dies der Gesellschaft von außen her, durch Propaganda, womöglich durch das Beispiel von Musterexperimenten aufzuoktroyieren"(1), haben Marx und Engels die Form der neuen, aus der sozialistischen Umwälzung hervorgehenden Gesellschaft nur insoweit bestimmt, als dies bereits aus der Entwicklungstendenz der alten abgeleitet werden konnte. Sie haben es bewußt vermieden, ein fertiges Schema der künftigen Gesellschaft zu formulieren, da diese Gesellschaft nur das konkrete Ergebnis jener Bedingungen sein konnte, unter denen sie historisch entstehen würde. Die historisch-materialistische Analyse der kapitalistischen Gesellschaft erlaubte es ihnen jedoch, mit den diese Gesellschaftsformation transzendierenden Momenten bestimmte allgemeine Strukturmerkmale der neuen Gesellschaft herauszuarbeiten. Diese aus der bestimmten Negation der Grundelemente der kapitalistischen Gesellschaft hergeleiteten Prinzipien des "Vereins freier Menschen" (Marx) sollen für die Fragestellung dieser Arbeit hinsichlich des Charakters der Planung interessieren, um von daher einen Bezugspunkt für die kritische Analyse der Planung in den sich als "sozialistisch" definierenden Gesellschaften zu gewinnen.(2)

---

(1) Engels, F.: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft; Berlin 1970, S. 241

(2) Auf eine Rekonstruktion dieser Herleitung in der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie muß wegen der speziellen Fragestellung dieser Arbeit verzichtet werden.

Während im Kapitalismus als der entwickeltsten Form der Warenproduktion der gesellschaftliche Zusammenhang der unabhängig voneinander betriebenen Privatarbeiten sich erst im nachhinein im Austausch und in der dort konstituierten Wertform der Produkte geltend macht, das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten somit die "phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen"(3) annimmt, bildet in der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft(4) die Vergesellschaftung der Produktion im Sinne des bewußten Vollzugs der Produktion durch die vereinigten Individuen die Grundlage des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Mit der Vergesellschaftung der Produktion ist die Arbeit des einzelnen von vornherein als gesellschaftliche gesetzt und bedarf zu ihrer Anerkennung nicht mehr des Umwegs über den Tausch. Damit werden zugleich die sozialen Implikationen, die mit der Existenz der Warenproduktion und dem Wirken des Wertgesetzes in der kapitalistischen Gesellschaft gegeben sind(5), aufgehoben. Die veränderte Qualität der menschlichen Arbeit, die als solche nicht aufhört, eine notwendige Bedingung der menschlichen Existenz zu sein, besteht darin, daß"die assoziierten Produzenten diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den, ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen."(6)

---

(3) Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1, Berlin 1965, S. 86; Marx/Engels Werke (MEW), Bd. 23

(4) Die Marxsche Unterscheidung der zwei "Stufen" der kommunistischen Gesellschaft, üblicherweise als Sozialismus und Kommunismus gefaßt, kann hier vernachlässigt werden, da der gesellschaftliche Charakter der Produktion unter den von Marx antizierten Bedingungen der sozialistischen Revolution auch in der sozialistischen Phase bereits gegeben ist. "Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten die Produkte nicht aus ; ebensowenig erscheint hier die auf die Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren. ...Womit wir es hier zu tun haben ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß

Diese allgemeine Bestimmung der Planung läßt erkennen, daß Marx und Engels die Planung in der sozialistischen Gesellschaft nicht allein als technisches Mittelzur Leitung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses betrachteten, als welches es mit dem Markt als Allokations- und Koordinationsmechanismus auf einer Ebene - nämlich der der ökonomischen Effizienz - konkurrieren könnte, sondern als emanzipatives "gesellschaftliches Strukturprinzip"(7) der Anarchie des Marktes und der Spontaneität des Wertgesetzes entgegenstellten. Von einer "gesellschaftlichen Regelung der Produktion nach vornestimmtem Plan"(8) kann nur dann gesprochen werden, wenn sich in ihm tatsächlich die Herrschaft der Produzenten über die Bedingungen und Resultate ihrer Tätigkeit ausdrückt. Wird hingegen von diesem qualitativen Aspekt abstrahiert und der bloße Mittelcharakter der Planung zur mehr oder weniger effizienten Manipulation der Ökonomie betont, erscheint sie also als "wertneutraler", systemindifferenter Leitungsmechanismus(9), so ist hierin bereits die Möglichkeit impliziert, daß Planung - statt Medium der Selbstbestimmung der Gesellschaft als eines "Vereins freier Menschen" zu sein - als Instrument Bürokratischer Herrschaft fungiert. Der Marxsche Begriff der Planung beinhaltet also ebensosehr die Beseitigung der mit der kapitalistischen Warenproduktion einhergehenden Entfremdung und "Herrschaft des Produkts über die Produzenten", als er die Teilnahme der Massen an Planaufstellung und Planvollzug unabdingbar macht.

---

sie herkommt." Marx, K.: Kritik des Gothaer Programms; Frankfurt/Main 1969, S. 22f.

(5) Hiermit sind nicht allein die Phänomene der Entfremdung und Verdinglichung der gesellschaftlichen Beziehungen gemeint, sondern auch die entwickelten Formen des grundlegenden Widerspruchs, daß in der Warenproduktion die gesellschaftliche Arbeit nur als gesellschaftliche Arbeit privater Produzenten geleistet wird. "In der Wertform der Produkte steckt ... bereits im Keim die ganze kapitalistische Produktionsform, der Gegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern, die industrielle Reservearmee, die Krisen." Engels, F., a.a.O., S. 289.

(6) Marx, K.: Das Kapital, Bd. 3, Berlin 1968, S. 828, MEW Bd. 25.

(7) Altvater, E.: Sozialistische Planung und demokratische Selbstverwaltung (Vortrag in West-Berlin, Dez. 1969)

(8) Engels, F.: a.a.O., S. 261.

2.1.2. Der gesellschaftlich-ökonomische Kalkül

Die Meisterung des materiellen Produktionsprozesses durch die "frei vergesellschafteten Menschen" (Marx) kann jedoch nicht bedeuten, daß das gesellschaftliche Handeln der Menschen sich keinerlei Gesetzen mehr zu unterziehen hat. "Naturgestze können überhaupt nicht aufgehoben werden. Was sich in historisch verschiedenen Zuständen ändern kann, ist nur die Form, worin sich jene Gesetze durchsetzen."(10) Auch nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise muß die "richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen"(11) von der Gesellschaft gewahrt werden, und in diesem Sinn bleibt die Wertbestimmung vorherrschend, "daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber, wesentlicher denn je wird."(12)
Allerdings heißt dies nicht, daß das Wertgesetz, das in der kapitalistischen Gesellschaft die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit "hinter dem Rücken der Produzenten" und entsprechend den Erfordernissen der Reproduktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse regelt, weiterhin in Geltung bleibt. Vielmehr wird die Gesellschaft ihren Produktionsplan "ohne Dazwischenkunft des vielberühmten `Werts'"(13) aufstellen, da sie die in den Produkten verkörperte Arbeit, deren durchschnittliche

---

(9) Aus der Instrumentalisierung von Plan und Markt bezieht die Theorie von der tendenziellen Angleichung "östlicher und westlicher" Wirtschaftsstrukturen ("Konvergenztheorie") ihre Lebenskraft. Vgl. zur Konvergenztheorie Tinbergen, J.: Kommt es zu einer Annäherung zwischen den kommunistischen und freiheitlichem Wirtschaftsordnungen? In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bd. 8 1963, Tübingen, S. 11-20. Die sich in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ökonomien entgegen der liberalistischen Ideologie durchsetzende Planung von Wirtschaftsprozessen (Konzentration der Privatwirtschaft, staatliche Investitionsprogramme) und die zutreffende "Konvergenz" von Planungstechniken, insbesondere die Angleichung im ökonomischen Rechnungsinstrumentarium (ökonometrische Modellbildung, kybernetische Syteme, Operations Research) erlauben allerdings nicht, von einer allgemeinen "Konvergenz" der Wirtschaftssysteme zu sprechen, da die unterschiedlichen Klassenstrukturen dieser Gesellschaften einen unterschiedlichen sozialen Inhalt der Planung bedingen. Eine interessante Kritik der bürgerlichen Konvergenztheorie gibt Zinn, der darauf hinweist, daß "die Reformbemühungen in den sozialistischen Wirtschaften zugleich eine exaktere Anwendung der Arbeitswertrechnung anstreben. Aus der Fortentwicklung

Menge die tägliche Erfahrung direkt anzeigt, nicht mehr auf dem Umweg eines dritten Produkts feststellt, sondern in ihrem "natürlichen, adäquaten, absoluten Maß der Zeit" ausdrücken wird. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen."(14) Dieser gesamtgesellschaftliche "ökonomische Kalkül"(15), die gesellschaftliche Abwägung von Nutzeffekt und Arbeitsaufwand, unterscheidet sich radikal vom monetären Kalkül, der Rechnung in den vom Markt spontan vorgegebenen Größen, da die Befriedigung der - gesellschaftlichen wie individuellen - Bedürfnisse nun unmittelbarer Produktionszweck wird und nicht wie in der kapitalistischen Produktionsweise die Befriedigung von Bedürfnissen, oder besser: von zahlungsfähiger Nachfrage, als Mittel der Mehrwertaneignung fungiert. Dem so veränderten Nutzen der Arbeit, nicht mehr Mehrwert zu schaffen oder zu seiner Vergrößerung beizutragen, entspricht ein neuer Begriff des gesellschaftlichen Reichtums: "Denn der wirkliche Reichtum ist die entwickelte Produktivkraft der Individuen. Es ist dann keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern die disposable time das Maß des Reichtums."(16) Oder wie Marx an anderer Stelle sagt: "Die freie Entwicklung der Individualitäten, und daher nicht das Reduzieren der notwendigen Arbeitszeit um Surplusarbeit zu setzen, sondern überhaupt die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für sie alle freigewordene Zeit und geschaffenen Mittel entspricht."(17) In diesem Sinne bleibt die "Ökonomie der Zeit", Zeitersparnis, erstes ökonomisches Gesetz.(18)

---

des Arbeitswertdenkens ergibt sich aber auch eine verschärfte wirtschaftstheoretische Abgrenzung gegenüber kapitalistischen Systemen ..." Vgl. Zinn, K.G.: Sozialistische Planwirtschaftstheorie. Grundlagen und aktuelle Probleme der Arbeitswertlehre. Stuttgart 1971, S. 10 ff.

(10) Marx, K.: Brief an Kugelmann vom 11.7.1868, S. 553, in: MEW Bd. 32, Berlin 1965, S. 552-554.
(11) Marx, K.: Das Kapital, Bd. 1, S. 93
(12) Ders.: Das Kapital, Bd. 3, S. 859.
(13) Engels, F.: a.a.O., S. 288.
(14) Ebenda
(15) Zur Problematik von ökonomischem und monetärem Kalkül vgl. Bettelheim, C.: Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft, Berlin 1970, S. 12 ff.
(16) Marx, K.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie Frankfurt/Main o.J. S. 596
(17) A.a.O., S. 593.
(18) A.a.O., S. 89.

Die Erstellung eines gesellschaftlichen ökonomischen Kalküls, der eine genaue Einschätzung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Wirksamkeit alternativer Planentscheidungen ermöglichen würde, wirft eine Reihe von Problemen auf, deren Lösung beim augenblicklichen Stand der theoretischen Diskussion nur angedeutet werden kann. Besonders die Messung der gesellschaftlichen Nutzeffekte verschiedener Tätigkeiten setzt voraus, qualitativ Verschiedenes vergleichbar und damit meßbar zu machen durch Abstraktion von ihrer qualitativen Verschiedenheit. Erst wenn die Unterschiede, die die Nutzeffekte vorweisen, nicht mehr rein qualitativ sind, sondern die Merkmale einer quantitativen Abstraktion besitzen, kann von einer wirklichen Messung die Rede sein. Bettelheim deutet an, daß das gemeinsame Merkmal, von dem ausgehend der Begriff ihres Maßes erstellt werden kann, darin liegt, daß die Nutzeffekte "sich in eine gesellschaftlich organisierte Produktion und Konsumtion einfügen".(19) Das aber bedeutet, daß im Prozeß der Vergesellschaftung selbst die Lösung des Problems liegt und der ökonomische Kalkül nur auf der Basis von politischer, interessierter Diskussion der Massen erstellt werden kann. Erst wenn Wert- und Preiskategorien in den für die sozialistische Planung notwendigen Kalkülen keine Rolle mehr spielen, das Kriterium der gesellschaftlichen und politischen Wirksamkeit das der monetären Rentabilität verdrängt hat, kann von einer vollständigen Aufhebung der Verdinglichung in den gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen gesprochen werden.

2.2. Die Problematik der Planung in ökonomisch rückständigen Ländern

2.2.1. Die Notwendigkeit einer ökonomischen Übergangsperiode

Marx und Engels gingen bei der Bestimmung der sozialistischen Revolution vom "Überreifen" Kapitalismus aus, der die "realen Bedingungen einer neuen, die gegensätzliche Form der kapitalis-

---

(19) Bettelheim, C., a.a.O., S. 19.

tischen Produktionsweise aufhebenden Produktionsweise, und so die materielle Basis ... einer neuen Gesellschaftsformation"(20) bereits geschaffen habe. Auf grund des progressiven Akkumulationsprozesses habe die kapitalistische Produktionsweise die "sozialen Produktivkräfte der Arbeit" entwickelt und durch Zentralisation und Konzentration der Kapitalien die materielle Vergesellschaftung der Produktion, d.h. die wachsende Interdependenz und Integration der elementaren Produktionsprozesse(21), so weit vorangetrieben, daß - "streifen wir dieser Tatsache den gegensätzlichen Charakter ab, der sie auf Basis der kapitalistischen Produktion bezeichnet ... -, die Produktion ihren Privatcharakter verliert und gesellschaftlicher Prozeß wird, nicht formal, wie bei allem Austausch die Produktion gesellschaftlich ist durch die absolute Abhängigkeit der Produzenten voneinander und die Notwendigkeit, ihre Arbeit als abstrakt gesellschaftliche (Geld) darzustellen, sondern reell."(22)
Auf Grund dieses angenommenen hohen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte, mit deren notwendiger Hervorbringung die kapitalistische Produktionsweise ihre "historische Rolle" erfüllt hat(23), können Marx und Engels davon ausgehen, daß die tatsächliche gesellschaftliche Beherrschung des materiellen Produktionsprozesses, die reelle Aneignung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft, in relativ kurzer Zeit der formellen Aneignung durch den proletarischen Staat (Verstaatlichung) folgen werde. Verstaatlichung und Vergesellschaftung fallen bei ihnen nahezu ineins, die Periode des Übergangs von der kapitalistischen zur

---

(20) Marx, K.: Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses; Frankfurt/Main 1969, S. 88 f.
(21) Der materielle Vergesellschaftungsgrad der Produktion ist mit Hilfe verschiedener Koeffizienten meßbar, die u.a. den mehr oder weniger gesellschaftlichen Ursprung der in einem Produktionsprozeß verwandten Produktionsmittel und die mehr oder weniger gesellschaftliche Verwendung der Produkte aus diesem Produktionsprozeß der Messung zugrundelegen. Vgl. hierzu Bettelheim, C.: Les cadres socio-économiques et l'organisation de la planification sociale, S. 49 ff., in: ders.: La Transition vers l'Économie Socialiste, Paris 1968, S. 29-127.
(22) Marx, K.: Theorien über den Mehrwert, Bd. 3, Berlin 1968, S. 440 f.
(23) Vgl. Engels, F., a.a.O., S. 250. "Historisch betrachtet erscheint diese Verkehrung als der notwendige Durchgangspunkt, um die Schöpfung des Reichtums als solchen, d.h. der rücksichtslosen Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit, welche allein die materielle Basis einer freien menschlichen Gesellschaft bilden können auf Kosten der Mehrzahl zu erzwingen." Marx, K.: Resultate ..., S. 18.
(24) "Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesell-

sozialistischen Gesellschaft wird wesentlich politisch als "Diktatur des Proletariats", die Eroberung und Ausübung der politischen Macht durch das zur herrschenden Klasse erhobene Proletariat, bestimmt.(24)
Da die sozialistische Revolution jedoch nicht in den am weitesten entwickelten, sondern tatsächlich in ökonomisch rückständigen Ländern mit einem dominierenden, technisch unentwickelten landwirtschaftlichen Produktionssektor eintrat, Gesellschaften, in denen das Kapital noch nicht "sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse revolutionieren" konnte (25), stellt der Übergang zum Sozialismus, der "sozialistischen Aufbau", sich vor allem als ein ökonomisches Problem dar. Die Schaffung der materiellen Grundlagen der Vergesellschaftung der Produktion, die nach Marx der Kapitalismus hätte leisten müssen, muß nun unter sozialistischen Vorzeichen, d.h. der formellen Aneignung der Produktionsmittel durch den proletarischen Staat, nachgeholt werden.

2.2.2. Der ambivalente Charakter der Produktionsverhältnisse in der Übergangsperiode

2.2.2.1. Die Abhängigkeit der Vergesellschaftung vom Entwicklungsniveau der Produktivkräfte

Die durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte vorgegebene zeitliche Differenz zwischen formeller und reeller gesellschaftlicher Aneignung zwang Lenin zur Unterscheidung des juristischen Akts der Nationalisierung von der tatsächlichen Vergesellschaftung der Produktion: "Gestern war es der Angelpunkt der gegebenen Lage, möglichst entschieden zu nationalisieren ... Heute sehen nur Blinde Nicht, daß wir mehr rationalisiert ... haben, als wir zu erfassen vermochten. Die Vergesellschaftung aber unterscheidet sich gerade dadurch von einfacher Konfiskation, daß zum Konfiszieren bloße 'Entschlossenheit', ohne die

---

schaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts andres sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.
Marx, K.: Kritik des Gothaer Programms, S. 33.

(25) Marx, K./Engels, F.: Manifest der kommunistischen Partei, S. 465, in MEW Bd. 4, Berlin 1969, S. 459-493

Fähigkeit, richtig zu registrieren und richtig zu verteilen, genügt, während man ohne eine solche Fähigkeit nicht vergesellschaften kann."(26) Betont Lenin hier die subjektiven Voraussetzungen der Vergesellschaftung, so arbeitet er an anderer Stelle die technischen Grundlagen der sozialistischen Transformation heraus, deren Fehlen oft nicht einmal eine staatliche Konfiszierung der Produktionsmittel erlaubt. Dies gilt insbesondere für die mit rückständigen Produktionsmethoden arbeitenden landwirtschaftlichen Kleinbetriebe, deren Übergang zur "gesellschaftlichen Großwirtschaft" nicht durch "übereilte und unvorsichtige administrative und gesetzgeberische Maßnahmen"(27) erzwungen werden kann, sondern nur durch "die Technik, die massenhafte Verwendung von Traktoren und Maschienen in der Landwirtschaft, die weitgehende Elektrifizierung"(28) zu lösen ist. Der unterschiedliche Vergesellschaftungsgrad der Produktivkräfte in der Übergangsgesellschaft begründet somit das Nebeneinander verschiedener Eigentumsformen und Produktionsweisen, deren Überwindung einen langwierigen Entwicklungsprozeß der Gesamtwirtschaft voraussetzt. Der vorzeitig vollzogene Übergang zu "höheren" gesellschaftlichen Eigentumsformen (Kollektivierung, Verstaatlichung), der von keiner bedeutenden Änderung in den materiellen Arbeitsbedingungen begleitet wird, schafft deshalb lediglich einen juristischen Rahmen, der ökonomisch nicht wirksam ausgefüllt werden kann. Folge dieser unangemessenen "gesellschaftlicheren" Eigentumsformen ist häufig ein Nachlassen der Effizienz in der Nutzung der Produktivkräfte(29), wenn nicht gar ein Rückgang in der reellen Vergesellschaftung der Produktion. So kann Bettelheim z.B. die Kolchose als adäquatere Anpassung an das Entwicklungsniveau der sowjetischen Landwirtschaft bezeichnen, als die staatliche Betriebsform darstellen

---

(26) Lenin, W.I.: Über 'linke' Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, S. 392 f., in: Lenin, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Berlin 1970/71, Bd.IV, S. 383-414.
(27) Ders.: Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, S. 301, Ausgewählte Werke (AW) Bd. V, S.295-306.
(28) Ders.: Referat über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, S. 187, AW Bd. VI, S. 183-200.
(29) Die Kollektivierung nicht-mechanisierter landwirtschaftlicher Kleinbetriebe z.B. ist kaum geeignet, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, sondern schafft oft nur zusätzliche organisatorische Probleme, abgesehen vom Desinteresse oder dem passiven Widerstand der Bauern, die in einer derart vollzogenen Kollektivierung keine Zukunftsperspektive für sich erkennen können. Musterbeispiele für solche verfrüht

würde, da "auf dem gegenwärtigen Entwicklungsniveau dieser Kräfte (Produktivkräfte) die Vergesellschaftung des Produktionsprozesses im Rahmen der Kolchosen realer ist, als wenn der formale Besitz dieser Produktivkräfte auf den Staat übertragen würde. Dieser wäre dann in der Tat verpflichtet, entweder zu versuchen, mehr oder weniger zentral einen Produktionsprozeß zu leiten, der in der gegenwärtigen Situation effektiv nur an Ort und Stelle geleitet und kontrolliert werden kann, oder aber einem vom Staat abhängigen Direktor Entscheidungsgewalten zu übertragen, die heute die der Kolchosenkollektive und ihrer Organe sind. Eine solche Übertragung würde auf einen Rückgang der Vergesellschaftung hinauslaufen und nicht auf ihren Fortschritt."(30)

Der innere Zusammenhang zwischen den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen der Übergangsgesellschaft wird jedoch verschleiert, wenn man die juristischen Formen, in denen sich einige Elemente der Produktionsverhältnisse ausdrücken, (Eigentum) mit der tatsächlichen Aneignung verwechselt(31), wie es z.B. Lange tut, wenn er das Eigentum an den Produktionsmitteln als "Basis" der Produktionsverhältnisse bezeichnet.(32) Ein allgemeiner Begriff des Staatseigentums, der die verschiedenen Ebenen der sozialistischen Produktionsbeziehungen auf ein einziges Moment reduziert, stößt deshalb auf unüberwindliche Schwierigkeiten bei der Analyse solcher Phänomene, die - wie die Fortexistenz der Ware-Geldbeziehungen im sozialistischen (staatlichen) Sektor - die Unfähigkeit der Gesellschaft manifestieren, die verschiedenen Produktionsprozesse a priori zu

---

allerdings unter spezifischen politischen Zwängen vollzogenen Kollektivierungen sind die Sowjetunion und Jugoslawien.

(30) Bettelheim, C.: Formen und Methoden der sozialistischen Planung und der Entwicklungsstand der Produktivkräfte, S. 92, in: Bettelheim/Castro/Guevara/Mandel/Mora: Wertgesetz, Planung und Bewußtsein. Die Planungsdebatte in Cuba, Frankfurt/Main 1969, S. 80-107. Nach Bettelheim gilt allgemein, daß das gesellschaftliche Eigentum sich auf der Ebene bewegen muß, wo die wirksamsten Nutzungsbedingungen dieser Produktionsmittel gegeben sind. Jedoch ist ökonomische Effizienz nicht das einzige Kriterium, besonders nicht in Zeiten zugespitzter Klassenkämpfe, wo die ökonomische Schwächung der Bourgeoisie und die Konsolidierung der proletarischen Staatsmacht eine vorzeitige Etablierung "höherer" Eigentumsformen erforderlich machen. A.a.O., S. 93

koordinieren. Solange die Aneignung der Natur durch die Menschen in verschiedenen, voneinander getrennten Produktionseinheiten vor sich geht, zwischen denen sich mehr oder weniger regelmäßige, aber noch nicht genau kalkulierbare Verhältnisse bilden, stellen diese echte ökonomische Subjekte dar, die mit einer gewissen Entscheidungsbefugnis und und Bewegungsfreiheit ausgestattet sein müssen. In diesem Sinn, soweit sie tatsächliche Verfügungsfähigkeiten und entsprechende juristische Vollmachten haben, können die Unternehmen im "Besitz" ihrer Produktionsmittel und Produkte sein, während der sozialistische Staat als "Eigentümer" der Unternehmen ihnen bestimmte Schranken auferlegen und Verwendungszwecke vorschreiben kann.(33) Um diese in der Übergangsgesellschaft notwendige Differenzierung der ökonomischen Eigentumsfunktionen zu überwinden und dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln vollen Inhalt zu geben, ist eine solche "technisch-ökonomische Integration" der Produktionseinheiten erforderlich, die es erlaubt, die Interdependenzen der verschiedenen ökonomischen Aktivitäten auf eine präzise Weise vorherzubestimmen.(34)

Stimmen juristische Gewalt, über bestimmte Produktionsmittel und Produkte zu verfügen, und die tatsächliche Fähigkeit, sie in wirksamer Weise zu organisieren, nicht überein, d.h. sind juristisches und ökonomisches Subjekt nicht identisch, so ist die in der höheren Eigentumskategorie intendierte Beherrschung der Produktion nicht gewährleistet: der tatsächliche und der von der Planung angestrebte Produktions- und Distributionsprozeß

---

(31) "Die wirkliche Aneignung geschieht ... nicht in der gedachten, sondern in der tätigen, realen Beziehung auf diese Bedingungen - das wirkliche Setzen derselben als der Bedingungen seiner subjektiven Tätigkeit." Marx, K.: Grundrisse ..., S. 395.

(32) Zit. nach Bettelheim, Formen ..., S. 90.

(33) Zur Differenzierung der Eigentumsfunktionen in "Eigentum" und "Besitz" vgl. Bettelheim, Ökonomischer Kalkül ..., S. 58 und S. 68 ff. "Die Produktionseinheiten ..., die diese getrennten Prozesse meistern, d.h. die fähig sind, determinierte Prozesse der Aneignung der Natur (reale Aneignung) tatsächlich zu kontrollieren, sind eben dadurch Besitzer der Produktionsmittel, die sie in Bewegung setzen." A.a.O., S. 68.

(34) "Le sens de cette intégration est le suivant: au sein d'un grand ensemble intégré ... les modifications que doivent subir le volume et la structure de la production àune extrémitéde l'ensemble se répercutent d'une façon précise (s'est-à-dire calculable) sur ce qui doit être fourni par les autres parties de l'ensemble." Bettelheim, C.: Planification et rappots de production, S. 192, in: ders.: La

fallen auseinander. Folge dieses Auseinanderfallens, das eine schwache gesellschaftliche Kontrolle über die Produktivkräfte signalisiert, sind im allgemeinen die Vervielfältigung von Reglementierungsmaßnahmen und das Anschwellen des bürokratischen Apparats, der in seiner Tendenz zur Verselbständigung seinerseits die zu entwickelnde Herrschaft der Produzenten über ihre Produktionsbedingungen hintertreibt. Das Entwicklungsniveau der Produktivkräfte stellt daher die nicht willkürlich zu überspringende Grenze für die - poltisch zu bestimmende - Transformation der Gesellschaft dar, gewissermaßen den determinierenden Rahmen, in dem sich die Herausbildung sozialistischer Produktionsverhältnisse inder Übergangsgesellschaft vollziehen kann.(35)

2.2.2.2. Die Fortexistenz kapitalistischer Produktionsverhältnisse

2.2.2.2.1. Die Warenproduktion

In keiner der gegenwärtig im sozialistischen Aufbau begriffenen Gesellschaften ist der Warencharakter der Produktion vollständig aufgehoben. Dies gilt nicht allein für den noch bestehenden privaten oder genossenschaftlichen Sektor der Volkswirtschaft, sondern ebenfalls für den staatlichen Bereich, wie durch die Existenz des Geldes als allgemeinem Äquvalents, von Käufen und Verkäufen etc. in diesem Sektor angezeigt wird. Letzteres, die Existenz der Wertform innerhalb des staatlichen Sektors, weist auf das Ungenügen solcher Erklärungsversuche hin, die die Existenz

---

transition vers l'économie socialiste; Paris 1968, S. 175-196.

(35) Bettelheim spricht in diesem Zusammenhang von der "in letzter Instanz determinierenden Rolle der Produktivkräfte". Vgl. ders.: Ökonomischer Kalkül ..., S. 123. Während in seinen frühen Schriften die Beziehung zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen einer Gesellschaftsformation in die Nähe eines mechanischen Zusammenhangs zu rücken droht, analysiert er später - unter dem Eindruck seiner China-Studien - in erster Linie die gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Bedingungen einer sozialistischen Transformation, läuft dabei allerdings Gefahr, den mit der obigen Formel bezeichneten Sachverhalt zu bagatellisieren.

unterschiedlicher Eigentumsformen an den Produktionsmitteln und damit die Notwendigkeit, diese über den Tausch zu verbinden (Besitzerwechsel!) für das "Überleben" der Warenkategorien verantwortlich machen.(36) Die Leugnung des Warencharakters der innerhalb des staatlichen Sektors zirkulierenden Produkte, welche angeblich nur die "äußere Hülle" der alten kapitalistischen Kategorien bei grundsätzlich verändertem Inhalt beibehielten,(37) ist - abgesehen von dieser methodisch fragwürdigen Trennung zwischen Form und Inhalt der Produktion - letzlich dazu gezwungen, Erscheinungen wie die Produktion unabsetzbarer Güter oder die sich häufig kontraktuell - auch gegen den Plan - herstellenden Verbindungen zwischen den einzelnen Unternehmen als systematisch nicht weiter abzuleitende "Planfehler" zu bagatellisieren.(38) Diese Phänomene weisen jedoch auf die mangelnde effektive Koordinierung der verschiedenen produktiven Tätigkeiten hin, deren gesellschaftlicher Zusammenhang nur annäherungsweise über den Plan bewußt hergestellt werden kann, während er sich teilweise noch naturwüchsig durch die Vermittlung des Marktes vollzieht. Erst ex post kann die Gesellschaft erfahren, in welchem Maße die in den verschiedenen Produktionseinheiten verausgabte Arbeit tatsächlich gesellschaftlich notwendig war. Die Intervention der Wertform und des Wertgesetzes in den Beziehungen der Produktionseinheiten, wodurch die noch weitgehend "voneinander unabhängig betriebenen Privatarbeiten"(39) auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden, ist solange notwendig, als der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß ""noch nicht ein einziger völlig von der Gesellschaft beherrschter ..., sondern noch ein vielgestaltiger, fragmentarischer, in eine gewisse Anzahl von Aktivitätszentren geteilter Prozeß ist, in eine gewisse Anzahl von elementaren Aneignungsprozessen, die erst am Beginn einer

---

(36) Dies erklärt auch nur die rechtlichen Grundlagen ihrer Fortexistenz, beschränkt sich also auf eine Begründung aus dem "Überbau" der Gesellschaft. Vgl. z.B. Preobrazhensky, E.: . The New Economics, Oxford 1965.

(37) Stalin, J.: Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Moskau 1952, S. 64 f. Ähnlich auch Mandel, der den juristischen Besitzerwechsel als Kriterium der Warenproduktion angibt. Vgl. Mandel, E.: Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt/Main 1970, S. 598; und ders.: Die Warenkategorien in der Übergangsperiode, in: Bettelheim u.a.: Die Planungsdebatte ..., S. 108-144, "Unserer Meinung nach handelt es sich (bei den Produktionsmitteln im Innern des sozialistischen Sektors) nicht um Waren, da kein Wechsel des Besitzers stattfindet." A.a.O., S. 125.

Koordinationsmöglichkeit in gesellschaftlichem Maßstab (durch die sozialistische Planung) stehen"(40) Die Fortexistenz der Warenproduktion als eines die kapitalistische Produktionsweise kennzeichnenden Produktionsverhältnisses stellt somit nicht nur ein "Überleben" bereits durch die gesellschaftliche Entwicklung überholter Kategorien dar, sondern ist objektiv in den vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte diktierten Bedingungen der Produktion begründet.

2.2.2.2.2. Das Unternehmen als Ort der Reproduktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse

Dem Mangel an tatsächlicher Koordination der einzelnen Produktionsprozesse entspricht der mehr oder weniger große Grad an Autonomie, der den Unternehmen zur Durchführung der Produktion gewährt werden muß: es verfügt - im Rahmen der durch den Plan und allgemeine Gesetze festgelegten Grenzen - über feste und laufende Fonds, macht Anleihen beim Banksystem, kauft und verkauft Produkte etc. Die Wertform als Mittel, die Trennung der Unternehmen untereinander zu überwinden, erzwingt zugleich die Verwendung monetärer Kalküls im Produktionsprozeß der Unternehmen selbst, die Kalkulation in den sich aus der Beziehung zu anderen Unternehmen ergebenden Preisen(Rentabilitätsrechnung), denn das Geld das die Unternehmen durch Lohnzahlungen und den Ankauf von Produktionsmitteln in den Umlauf bringen, muß von ihnen durch den Verkauf der Produkte wieder zurückerlangt werden. Die Produktion hat also weiterhin die Gestalt eines Verwertungsprozesses(41) und ist damit tendenziell dem Markt untergeordnet.

---

(38) So z.B. Mandel, der von einfachen Produktions- und Planungsfehlern spricht. Ders.: Die Warenkategorien ..., S. 128, Anm 1)

(39) "Gebrauchgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind. Der Komplex dieser Privataebeiten bildet die gesellschaftliche Gesamtarbeit." Marx, K.: Das Kapital Bd. 1, S. 87.

(40) Bettelheim, C.: Formen ..., S. 100 f.

(41) Allerdings zeigt sich der Bruch mit den Reproduktionsbedingungen des Kapitals darin, daß die Wirtschaftsprozesse in den Unternehmen nicht mehr notwendigerweise von der Tendenz zur maximalen Verwertung des im "Besitz" der Unternehmen befindlichen Kapitals beherrscht werden, sondern in dem Maße, in dem die sozialistischen Produktionsverhältnisse dominieren, eine Reihe anderer gesellschaftlicher Zwecke verfolgen können.

Dies bedeutet aber, daß die Arbeiter - auch in einem System der betrieblichen Selbstverwaltung - nicht wirklich über ihre Produktionsmittel und Produkte bestimmen können, da deren Verwendung weitgehend von den Warenbeziehungen vorgeschrieben wird.
Die Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsbedingungen drückt sich innerhalb des Unternehmens als Trennung von Unternehmensleitung und unmittelbaren Produzenten aus. Diese vom Kapitalismus ererbte gesellschaftliche Differenzierung der Produktionsfunktionen, die auf der einen Seite leitende und intellektuelle, auf der anderen Seite ausführende und manuelle Arbeit miteinander verbindet(42), wird durch den Doppelcharakter des Produktionsprozesses, Arbeits- und Verwertungsprozeß zu sein, permanent gestützt. Die Absonderung der Verwertungsfunktion - als geschäftliche Tätigkeit der Unternehmensführung - von der eigentlich produktiven Arbeit und die Unterordnung des Arbeitsprozesses unter den Verwertungsprozeß reproduziert spontan die hierarchische innere Organisation des kapitalistischen Unternehmens, die die unmittelbaren Produzenten von der Verfügung über die im "Besitz" des Unternehmens befindlichen Produktionsmittel und Produkte ausschließt. In diesem doppelten Sinn, Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln innerhalb des Unternehmens und Trennung der einzelnen Unternehmen untereinander, ist die Unternehmensform in der Übergangsgesellschaft als "Ort der Reproduktion von kapitalistischen gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen"(43) zu bestimmen. Die notwendige Fortexistenz einzelner kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist jedoch nicht identisch mit dem Bestehen der kapitalistischen Produktionsweise selbst, da letztere das Bestehen einer Gesamtheit kapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse voraussetzt. In der Übergangsgesellschaft handelt es sich hingegen um das gleichzeitige Bestehen kapitalistischer und sozialistischer

---

(42) Diese gesellschaftliche Arbeitsteilung ist streng von der ausschließlich technisch begründeten zu unterscheiden, welche in der kapitalistischen Produktionsweise von der gesellschaftlichen überformt wird.

(43) Bettelheim, C.: Ökonomischer Kalkül ..., S. 80

(44) Vgl. Bettelheim, C.: Problématique de l'économie de transition, S. 24 ff., in: ders.: La transition ..., S. 9-28.

Produktionsverhältnisse, d.h. von Elementen gegensätzlicher Produktionsweisen, deren Verbindung die spezifische Labilität der Übergangsgesellschaft begründet und die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit gerade als Übergangsform erscheinen läßt.

2.2.2.3. Das Primat der Politik

In der für die Übergangsgesellschaft charakteristischen "Nicht-Entsprechung"(44) von Eigentums- und Aneignungsverhältnissen ist nicht allein die Notwendigkeit des partiellen Rekurses auf kapitalistische Organisationsformen der Produktion begründet, sondern zugleich eine spezifische Wirksamkeit der politischen Ebene der Gesellschaft über ihre ökonomische Ebene impliziert. Mit der Eroberung der Staatsmacht und der "Kommandohöhen der Wirtschaft"(Lenin) kann die Arbeiterklasse zwar nicht unmittelbar die Vergesellschaftung der Produktion vollziehen, besitzt aber die formelle Möglichkeit, den Übergang zu Formen der gesellschaftlichen Aneignung einzuleiten und die Vorherrschaft der sozialistischen Verhältnisse über die kapitalistischen Elemente in Ökonomie und Gesellschaft zu erzwingen. Die mit dem staatlichen Eigentum an den Produktionsmitteln gegebene juristische und politische Gewalt über die Produktionseinheiten erlaubt, die Autonomie der Unternehmen zu begrenzen und planend in den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß einzugreifen. Das Wertgesetz setzt sich dann nicht mehr blind "hinter dem Rücken der Produzenten" als alleiniger Regulator der Produktion durch, sondern der ökonomische Prozeß kann vom proletarischen Staat - in begrenztem Umfang - vorher abgestimmt und auf die Bedürfnisse der sozialistischen Entwicklung ausgerichtet werden. Bewußte Setzung von Prioritäten in der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit, Vermeidung externer Effekte der Produktion, (45) hohe Sicherheit des Arbeitsplatzes, preislose Distribution wichtiger Lebensmittel und Sozialleistungen(46) etc. sind Ausdruck

---

(45) Vgl. Altvater, E.: Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität. Externe Effekte und zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus. Frankfurt/Main 1969.

dieser gesellschaftlichen Bestimmtheit des Produktionsprozesses, der nicht mehr von den Erfordernissen der kapitalistischen Mehrwertaneignung, sondern von den in politischer Diskussion definierten Erfordernissen des sozialistischen Aufbaus beherrscht wird. Dieses "Primat der Politik"(47) in der Periode des Übergangs zum Sozialismus, worin tendenziell das Verhältnis von Politik und Ökonomie in der kapitalistischen Gesellschaft umgekehrt ist, setzt die Arbeiterklasse - vermittels ihrer politischen Organe (Rätestaat, Partei etc.) - dazu imstande, die nachzuholende Akkumulation mit der gleichzeitigen Umformung der Produktionsverhältnisse zu verbinden und den gesellschaftlichen Prozeß bewußt und planmäßig zu steuern. Zwar sind der Herausbildung sozialistischer Produktionsverhältnisse durch die materiellen Bedingungen der Produktion in der Übergangsgesellschaft enge Grenzen gesteckt, die die Politik nicht voluntaristisch überspringen kann(48), doch ist deshalb die Vergesellschaftung der Produktion nicht einfach als das naturwüchsige Resultat der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte zu fassen, auf deren Forcierung sich die staatliche Wirtschaftspolitik zu konzentrieren hat. Vergesellschaftung im umfassenden Sinn setzt vielmehr eine aktive undbewußte Politik der Zurückdrängung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der Entfaltung menschlicher Fähigkeiten zu Planung und Kontrolle und der Schaffung radikal neuer Gesellschaftsbeziehungen voraus, welche die Herrschaft der Produzenten über ihre eigenen Existenzbedingungen, primär also über ihre Produktionsmittel und Produkte, ermöglichen. Dies gilt für den unmittelbaren Produktionsbereich, in dem u.a. die Organisationsstruktur der Unternehmen revolutio-

---

(46) Das Preislose Überlassen von Produkten, die der Befriedigung von Grundbedürfnissen der Bevölkerung dienen, als Antizipation kommunistischer Distributionsformen wird vor allem auf Kuba praktiziert. Vgl. dazu Castro, F.: Rede zum 15. Jahrestag des Angriffs auf die Moncada-Kaserne, in: Bettelheim u.a.: Wertgesetz ..., S. 158-185.

(47) "Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik. Anders argumentieren, heißt das Abc des Marxismus zu vergessen." Lenin, W.I.: Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler der Genossen Trotzki und Bucharin, S. 93, in: AW Bd. VI, S. 77-122.

(48) Kuba ist mit seinem Budgetfinanzierungssystem und dem - gescheiterten - Versuch, vom monetären Kalkül zu "abstrahieren", ein Beispiel für eine voluntaristische Ignorierung der objektiven Grenzen der Vergesellschaftung. Vgl. z.B. Bettelheims Kritik an Kuba in: Ökonomischer Kalkül..., S. 112.

niert werden muß, ebenso wie für die anderen gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Verhältnisse, die als "Muttermale der alten Gesellschaft" dem Fortschritt in Richtung auf den Sozialismus entgegenstehen. Findet die Vergesellschaftung der Produktion nicht nur im Stand der Produktivkräfte, sondern auch in der mangelhaften Entwicklung sozialistischer Verhältnisse auf allen Ebenen der Gesellschaft ihre Grenze, so ist es die Aufgabe des sozialistischen Staats, beide Momente gleichzeitig zu entwickeln, um die Vergesellschaftung vorantreiben zu können. Charakter und Politik des Staats und der führenden politischen Kräfte bestimmen deshalb wesentlich die Entwicklungsrichtung der Übergangsgesellschaft undsind in eine Analyse des sozialistischen Aufbaus miteinzubeziehen.

2.2.2.4. Die Möglichkeit der kapitalistischen Restauration

Da der Produktionsprozeß automatisch die gesellschaftliche Form, in der er sich vollzieht, reproduziert(49), ist mit der Existenz der kapitalistischen Verhältnisse zugleich ihre Fähigkeit begründet, sich spontan - und mit dem Fortschritt der Produktion: auf erwiterter Stufenleiter - zu erneuern. "Es ist also die beständige Reproduktion derselben Verhältnisse ..., die sie nicht nur als gesellschaftliche Formen und Resultate dieses Prozesses erscheinen läßt, sondern zugleich als seine beständigen Voraussetzungen."(50) Unterstützt werden die kapitalistischen Elemente überdies durch all die gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Verhältnisse, die in einem funktionalen Bezug zur kapitalistischen Produktionsweise stehen und von der Arbeiter-

---

(49) In diesem Sinn unterscheidet sich der Produktionsprozeß vom einfachen Arbeitsprozeß als seinem materiellen Substrat, als er die Reproduktion der gesellschaftlichen Bedingungen seiner eigenen Durchführung gewährleistet. So werden im Verlauf des kapitalistischen Produktionsprozesses die gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen der Produktion, der Kapitalist als Kapitalist, der Lohnarbeiter als Lohnarbeiter, "reproduziert". Vgl. auch Bettelheims Analyse der Reproduktion der Unternehmensform, a.a.O., S. 97 ff.

(50) Marx, K.: Theorien ... Bd. 3, S. 503.

klasse nicht mit einem Schlag "abgeschafft" werden können.(51) Indem diese permanent auf die ökonomische Basis zurückwirken, verstärken sie die Gefahr, daß die kapitalistischen Elemente inihrer expansiven Tendenz die entstehenden sozialistischen Verhältnisse dominieren und in einer allmählichen Restauration der kapitalistischen Produktionsweise resultieren.
Dise Gefahr der kapitalistischen Restauration ist in der Übergangsperiode solange aktuell, wie durch die unterschiedliche Stellung der Produzenten im Produktionsprozeß und den unterschiedlichen Grad der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und Produktionsergebnisse die materielle und gesellschaftliche Basis der Entstehung antagonistischer Klassen fortbesteht. Als Träger der kapitalistischen Restauration sind - neben der alten, besiehten Bourgeoisie - die gesellschaftlichen Gruppen zu bestimmen, die auf Grund ihrer leitenden Stellung im Produktionsprozeß tendenziell ein Interesse an der Aufrechterhaltung und Vertiefung der Produktionsbedingungen entwickeln, in denen die Arbeiterklasse noch weitgehend von der Verfügung über die Produktionsmittel und Produkte ausgeschlossen ist. Dies gilt auf der Ebene der Produktionseinheiten für das Management und die "bürgerlichen Spezialisten" (52) ebenso wie für die Planungsinstanzen und den Staatsapparat an der Spitze der Gesellschaft, die - sobald sie sich gegenüber

---

(51) "Die Klassen aufheben heißt nicht nur die Gutsbesitzer und Kapitalisten davonjagen - das haben wir verhältnismäßig leicht getan-, das heißt auch die kleinen Warenproduzenten beseitigen, diese aber kann man nicht davonjagen, man kann sie nicht unterdrücken, man muß mit ihnen zurechtkommen, man kann (und muß) sie nur durch eine sehr langwierige, langsame, vorsichtige organisatorische Arbeit ummodeln und umerziehen. Sie umgeben das Proletariat von allen Seiten miteiner kleinbürgerlichen Atmosphäre, durchtränken es damit, demoralisieren es damit, rufen beständig innerhalb des Proletariats Rückfälle in kleinbürgerliche Charakterlosigkeit, Zersplitterung, Individualismus, abwechselnd Begeisterung und Mutlosigkeit hervor ... diese aber führen durch ihre tagtägliche, alltägliche, unmerkliche, unfaßbare, zersetzende Tätigkeit eben jene Resultate herbei, welche die Bourgeoisie braucht, durch welche die Macht der Bourgeoisie restauriert wird." Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus, S. 493, in AW Bd. V, S. 463-573.

den werktätigen Massen verselbständigen - sich als Bürokratie mit eigenständigen, an der eigenen Reproduktion orientierten und damit der sozialistischen Fortentwicklung entgegengesetzten Interessen darstellen.(53) Damit besteht die Gefahr, daß die Trennung von Produzenten und Produktionsmitteln in den Produktionseinheiten, in denen der "Besitz" der Produktionsmittel noch weitgehend in den Händen der Unternehmensleitung liegt, sich auf der Ebene des "Eigentums", der staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionseinheiten, wiederholt. Die vollständige Trennung der Produzenten von ihren objektiven Produktionsbedingungen, die sie zwingt, ihre Arbeitskraft als Ware zu verkaufen, bildet jedoch die Voraussetzung für die Verwandlung der Wertform in die Kapitalform, womit der Produktionsprozeß als kapitalistischer restauriert ist: "Das Kapitalverhältnis während des Produktionsprozesses kommt nur heraus, weil es an sich im Zirkulationsakt existiert, in den unterschiedenen ökonomischen Grundbedingungen, worin Käufer und Verkäufer sich gegenübertreten, in ihrem Klassenverhältnis. Es ist nicht das Geld, mit dessen Natur das Verhältnis gegeben ist; es ist vielmehr das Dasein dieses Verhältnisses, das eine bloße Geldfunktion in eine Kapitalfunktion verwandeln kann."(54)

2.2.3. Rolle und Charakter der Planung im sozialistischen Aufbau

Die ambivalente Struktur der Produktionsverhältnisse in der Übergangsgesellschaft, in der eine einheitliche Produktionsweise nicht mehr bzw. noch nicht existiert, wird im Charakter

---

(52) "Ohne die Anleitung durch Spezialisten der verschiedenen Zweige des Wissens, der Technik und der Praxis ist der Übergang zum Sozialismus unmöglich, denn der Sozialismus erfordert einen bewußten und massenhaften Vormarsch zu einer höheren Arbeitsproduktivität als unter dem Kapitalismus, und zwar auf der Basis des durch den Kapitalismus Erreichten. ...Die Masse der Spezialisten aber ist unvermeidlich bürgerlich infolge der ganzen Beschaffenheit des gesellschaftlichen Lebens, das sie zu Spezialisten gemacht hat." Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, S. 339, in AW Bd. IV, S. 325-371. Durch bewußte Proletarisierung des gesellschaftlichen Milieus, in dem Spezialisten herangebildet werden, kann langfristig der Gefahr ihrer Verselbständigung gegenüber der Arbeiterklasse begegnet werden.

der Planung selbst als des Hauptinstruments der gesellschaftlichen Leitung der Ökonomie reflektiert. Die in den materiellen und gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion objektiv fundierten kapitalistischen Produktionsverhältnisse, welche nur durch einen langfristigen Entwicklung und Transformationsprozeß überwunden werden können, zwingen der Planung in ihrem Versuch, den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit zu antizipieren, bestimmte Grenzen auf, deren willkürliche Ignorierung eine mehr oder weniger starke Desorganisation der Wirtschaft nach sich zieht. Solange die objektiven Bedingungen fehlen, um auf gesellschaftlicher Ebene hinreichend präzis die sich rasch verändernden(55) realen Bedürfnisse der individuellen und industriellen Verbraucher zu ermitteln und adäquat zu befriedigen, führt die Festsetzung detaillierter Produktionsziele durch die zentralen Planbehörden und die daraus resultierende rigide Bindung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Produktionseinheiten zu einer großen Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen. Engpässe in der Versorgung, Produktion von Gütern ohne Nachfrage, Lieferungsverzögerungen(56), Fehlinvestitionen etc. sind Ausdruck dieser mangelhaften - zeitlichen und inhaltlichen - Abstimmung von Produktion und Bedürfnissen der Gesellschaft. Nicht selten wird - wie es die Praxis des hochzentralisierten sowjetischen Plansystems der ersten Fünfjahrpläne lehrt(57) - diese Vergeudung gesellschaftlicher Arbeit durch den illegalen

---

(53) Die partiellen Interessenwidersprüche zwischen zentraler (Partei- und Staats-) Bürokratie und technokratischer Managerschicht schließen nicht ein gemeinschaftliches Interesse gegenüber der Arbeiterschaft aus.

(54) Marx, K.: Das Kapital, Bd. 2, Berlin 1966, MEW Bd. 24, S. 37.

(55) Hinzuweisen ist auf den beschleunigten Industrialisierungsprozeß der Übergangsgesellschaften, der eine permanente Veränderung der Bedürfnisstruktur bedingt, aber auch auf die Auswirkungen, die in einem komplexen Produktionszusammenhang eine unvorhergesehene Über- und Unterschreitung der Planziele in einem Arbeitsgang auf die damit verbundenen Arbeitsprozesse hat.

(56) Sichtbar wird dies im stalinistischen Planungssystem im Konsumgüterbereich, während die administrative Distribution der Produktionsmittel dieses Phänomen verschleiert. Die Tatsache, daß die Produktionsmittel nicht als unverkäuflich in den Lagern der Produzenten verbleiben, besagt jedoch noch nichts über den Gebrauchwert der Produkte für die abnehmenden Produktionseinheiten, die nicht selten dazu gezwungen sind, diese durch sekundäre Bearbeitung ihren Produktionsbedürfnissen anzupassen.

Austausch, zu dem die Unternehmen untereinander übergehen, reduziert. Damit setzt sich aber spontan und unkontrolliert und unter erheblichen wirtschaftlichen wie moralischen Verlusten das durch, was als objektives Erfordernis der gesellschaftlichen Reproduktion von der Planung verfehlt wurde.
Die Unmöglichkeit, die Interdependenzen der verschiedenen Produktionsprozesse und die notwendigen Bewegungen der Produkte zwischen den Produktionseinheiten mit einer ausreichenden Genauigkeit vorherzubestimmen - was einen gewissen Grad der Regelmäßigkeit der Verbindungen zwischen den Produktionseinheiten ebenso wie einen hochentwickelten Stand der Planungstechnologie(58) voraussetzen würde -, macht es deshalb erforderlich, die gesellschaftliche Planung auf die Determinierung der wirtschaftlichen Prozesse zu beschränken, die von ihr wirksam erfaßt werden können, und die partielle Notwendigkeit von Marktbeziehungen zwischen den Produktionseinheiten anzuerkennen. Diese sind dementsprechend mit einer gewissen Flexibilität und Autonomie auszustatten. Die wirtschaftliche Rechnungsführung der Unternehmen, der Gewinn als allokationstechnisches Kriterium(59) haben hier ebenso ihren Sinn wie bestimmte Produktionsorientierende Kompetenzen der Handelsorganisationen.(60) In ihrer Funktion, die Produktion in den einzelnen Unternehmen auf die gesellschaftlich notwendige Arbeit

---

(57) Vgl. zum sowjetischen Planssystem Thalheim, K.C.: Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems, Köln 1962.
(58) Der vorwiegend empirische Charakter der sowjetischen Planungstechnologie, die mehr das Resultat der spezifischen industriellen Erfahrungen der Sowjetunion als einer entwickelten Plantheorie ist, wird von verschiedenen Autoren betont. Vgl. auch Bettelheim, C.: Ökonomischer Kalkül ..., S. 111. Auf die engeren Probleme der Planungstechnologie kann hier nicht eingegangen werden.
(59) Als Indikator für die Wirtschaftlichkeit der verausgabten Arbeit unter den Bedingungen der Warenproduktion bildet der Gewinn ein Kriterium bei der Beurteilung alternativer Produktionen, der Effizienz der Unternehmensführung etc. das durch andere Kriterien, die die politischen Ziele der Gesellschaft reflektieren, relativiert wird. Als ein solches Informationsmittel, auf das im sozialistischen Aufbau solange nicht verzichtet werden kann, als ein exakter ökonomischer Kalkül nicht zu erstellen ist, muß der Gewinn natürlich streng unterschieden werden von seiner Verwendung als Grundlage der Entlohnung, des Prämiensystems als "materiellem Anreiz" etc.

auszurichten, werden die Warenkategorien damit tendenziell Mittel zur Realisierung des gesellschaftlichen Plans. Vorausgesetzt ist dabei allerdings, daß der Plan wirkliche Ziele beinhaltet und nicht nur die Bewegung der Ökonomie, die ein uneingeschränktes Wirken des Wertgesetzes und der Warenkategorien determinieren würde, einfach voraussagt. Ein solches "Trugbild"(61) von Plan, welcher nur die Konsequenzen aus einer vom Markt vorgegebenen Situation zieht, ohne selbst verändernd in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß einzugreifen, verstärkt und verschleiert nur die spontane Reproduktion der alten gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen die Arbeiterklasse von der Verfügung über ihre Produktionsmittel und Produkte ausgeschlossen ist. Die sozialistische Planung hingegen manifestiert sich gerade in der Nichtübereinstimmung zwischen den Planzielen und der Entwicklung, die das freie Wirken der Warenverhältnisse determinieren würde, d.h. in den tatsächlichen Umformungen, die der Wirtschaftsplan den gesellschaftlichen Verhältnissen aufzwingt.
Als solcher kann der Produktionsplan nicht mehr nur Ergebnis eines monetären Kalküls, einer Berechnung in den vom Markt vorgegebenen Preisen, sein, da die auf der Wertgröße beruhenden Preise selbst wieder nur Ausdruck bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse sind, die sich über sie spontan reproduzieren; vielmehr muß er ebenso auf einem gesellschaftlich-ökonomischen Kalkül beruhen, indem bewußt Kosten und Nutzen der verschiedenen Produktionen in ihrer gebrauchswertmäßigen Qualität für die Gesellschaft miteinander verglichen und nach politischen Kriterien veranschlagt werden.

---

(60) Dieses Verfahren, um die Produktion möglichst eng an den Bedarf der Verbraucher zu koppeln, wird vor allem in China praktiziert. Vgl. Bettelheim, C.: Die Grundzüge der chinesischen Planwirtschaft, S. 26 f., in: ders./Marchisio, H./Charriére, J.: Der Aufbau des Sozialismus in China; München 1969, S. 9-40.
(61) Bettelheim, C.: Ökonomischer Kalkül ..., S. 109.

Dieser ökonomische Kalkül nimmt gegenwärtig in den Übergangsgesellschaften mehr oder weniger die Form einer groben Einschätzung der Bedeutung alternativer Produktionen für den sozialistischen Aufbau an und schlägt sich primär in einer politisch vermittelten Festlegung von Prioritäten der gesellschaftlichen Entwicklung und einer entsprechenden Umstrukturierung des Produktionsapparats nieder.(62) Die eigentlichen Berechnungen bei der Planaufstellung und Plandurchführung müssen jedoch weiterhin in geldmäßigen Kategorien durchgeführt werden, solange die gesellschaftliche Grundlage für die Erstellung eines wirklichen ökonomischen Kalküls, die Vergesellschaftung der Produktionsprozesse, noch unentwickelt ist. Ausdruck dieser Überschneidung von monetärem und ökonomischem Kalkül ist das System der Planpreise, das die bewußt gesetzten Prioritäten und Erfordernisse der erweiterten Reproduktion den Warenproduzierenden Unternehmen vermittelt, vorausgesetzt daß es in sich kohärent ist und tatsächlich eingehalten wird. Auf der Ebene der Produktionseinheiten drückt sich diese widersprüchliche Verbindung von Waren- und Planverhältnissen in der Notwendigkeit aus, einzelne Unternehmen, die gesellschaftlich nützliche Arbeit leisten, ohne daß die Warenbeziehungen ihre eigene Reproduktion erlauben, zu "subventionieren", d.h. mit

---

(62) Diese Fähigkeit der Planung, die strukturelle Verteilung der in einer Gesellschaft zur Verfügung stehenden Arbeit grundlegend zu modifizieren, demonstriert der rasche Aufstieg der Sowjetunion zur zweitstärksten Industriemacht der Erde. Das Stalinsche Plansystem war in diesem Sinne ein "Forcierungssystem", als es bald diese, bald jene Branche kampagneartig nach vorn brachte. Es war so lange effizient, als es - durch die Erfordernisse der grundlegenden Industrialisierung und der Vorbereitung auf den drohenden faschistischen Angriffskrieg bedingt - sich auf grobe Umstrukturierungsprozesse beschränken konnte. In relativ fortgeschrittenen Volkswirtschaften wie z.B. der CSSR mußte es sich jedoch bald als völlig unzureichend erweisen. Zu den negativen Auswirkungen des administrativen, zentralisierten Plansystems, demonstriert an der Planungspraxis der CSSR, vgl. Sik, O.: Plan und Markt im Sozialismus; Wien 1[illegible], S. [illegible]. Die Umstrukturierung des Produktionsapparats durch die bewußte Planung bezieht sich jedoch nicht allein auf die Aufgabe der beschleunigten Industrialisierung der ökonomisch rückständigen Übergangsgesellschaften, sondern auch auf die prioritäre Entwicklung solcher Sektoren, die wie die Gesundheitspflege, der

zusätzlichen monetären Mitteln auszustatten, um ihre eigene Reproduktion als warenproduzierendes Unternehmen zu gewährleisten. Der gesellschaftlich-ökonomische Kalkül vollzieht sich also durch den monetären Kalkül hindurch. Die effektive Vorherrschaft der planwirtschaftlichen Verhältnisse über die Warenverhältnisse und ihre erweiterte Reproduktion zeigt sich darin, daß die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen und die im Plan formulierten Ziele weitgehend übereinstimmen. Diese Vorherrschaft der planwirtschaftlichen Verhältnisse ist jedoch nur dann identisch mit der - beginnenden - Herrschaft der Produzenten über ihre Produktionsbedingungen, wenn Aufstellung und Durchführung des Plans wirklich auf der Initiative und der interessierten politischen Diskussion der Produzenten beruhen, wenn der Plan "die Erfahrungen und Vorhaben der Massen konzentriert und koordiniert".(63) Dies setzt unter den gegenwärtigen Bedingungen der Übergangsgesellschaften eine gewisse "Dezentralisierung" des ökonomischen Kalküls voraus, die teilweise Verlagerung der Planungsorgane auf untere gesellschaftliche Ebenen, die mit den verschiedenen Arbeitskollektiven verbunden sind. Der Zusammenhang der Produktionsprozesse wird dann wenigstens durch staatliche Reglementierungen als durch bewußte Kooperation von Produzentengruppen im Hinblick auf die Realisierung gesellschaftlicher, in politischer Diskussion ermittelter Ziele gewährleistet. Die gesamtgesellschaftliche Planung kann so die Gestalt untereinander koordinierter Pläne annehmen, durch die das Aktionsfeld der Warenkategorien eingeschränkt wird.(64)

Wohnungsbau, das Bildungswesen etc. den grundlegenden Lebensbedürfnissen der Bevölkerung dienen.

(63) Bettelheim, C.: Zweiter Brief (an P. Sweezy): Zum Widerspruch zwischen Plan und Markt, S. 153; in: ders.: Ökonomischer Kalkül ..., S. 146-157.

(64) Zu dieser Praxis im System der chinesischen Volkskommunen vgl. Bettelheim, C.: Die Grundzüge ..., S. 20 ff.

3. Das System der Arbeiterselbstverwaltung Jugoslawiens

Spätestens seit dem Herbst ist deutlich geworden, daß die ab 1963 stärker betonte einzelwirtschaftliche Aktivität einer direkten Zentralisierung geopfert wurde. Damit scheinen die Versuche hinsichtlich einer größeren Partizipation an ökonomischen Entscheidungsprozessen seitens der Betriebe und der unmittelbaren Produzenten zumindest vorerst beendet zu sein. Insofern gewinnt das jugoslawische Modell der Arbeiterselbstverwaltung wiederum an Bedeutung, weil es nach meinem Dafürhalten gegenwärtig das einzige Modell zu sein scheint, das auf der Grundlage weitgehender Vergesellschaftung der Produktionsmittel über die Demokratisierung der Entscheidungsfindung oder zumindest ihrer Kontrolle eine wachsende Demokratisierung der Gesamtgesellschaft anstrebt. Aus diesem Grunde ist auch "technokratischen Notwendigkeiten" sehr viel weniger nachgegeben worden als dies im NÖS der Fall war. Diese Wertung wird auch nicht durch momentane Richtungskämpfe innerhalb des Kommunistischen Bundes prinzipiell in Frage gestellt.
Da beide Systeme, sowohl die DDR als auch Jugoslawien, sich auf den klassischen Marxismus berufen und ihre eigene Entwicklung in Einklang zu bringen versuchen mit den Postulaten der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, war zu überprüfen, inwieweit die einzelnen Modelle mit diesen ursprünglichen Intentionen übereinstimmen.
Der entscheidende Aspekt hierbei scheint mir die Frage zu sein, in welchem Maße es gelingt, die Fremdbestimmung der einzelnen Subjekte abzubauen, mit anderen Worten: das Reich der Notwendigkeit zugunsten einer größeren Freiheit und Selbstverwirklichung des Proletariats einzuschränken. Da die Möglichkeiten in dieser Hinsicht in der DDR und in den übrigen auf Gemeineigentum an Produktionsmitteln beruhenden Systemen in Europa eher schrumpfen, stellt das jugoslawische Modell der Arbeiterselbstverwaltung eine echte Alternative dar, die im Rahmen dieser Arbeit zum Zwecke der Kontrastierung aufzuzeigen, mir als geeignet und sinnvoll erschien.

3. Das System der Arbeiterselbstverwaltung Jugoslawiens

3.1. Einführung in die Intentionen der jugoslawischen Theorie und Praxis

3.1.1. Kritik am Sowjetmarxismus

Um das jugoslawische Modell in seinem Selbstverständnis zu zeigen, bedarf es eines Rekurses auf die Konzeptionen seiner Initiatoren. Da das Selbstverwaltungssystem untrennbar mit dem Namen des jugoslawischen Staatspräsidenten verknüpft ist und von diesem geprägt wurde, sollen die diesem Modell zugrundeliegenden Konzeptionen unter dem Begriff "Titoismus" subsumiert werden.

Der Titoismus begreift sich nicht als eine Revision des Marxismus, sondern als dessen Rekonstruktion. (85) Im Sinne des Marxismus der Klassiker, der sich im wesentlichen als Kritik am Bestehenden artikulierte, entfalteten die jugoslawischen Theoretiker ihr Modell durch eine Kritik und schließlich eine Überwindung der Theorie und Praxis des Sowjetmarxismus. Nach dem Kriege war auch in Jugoslawien wie in den anderen unter der Hegemonie der Sowjetunion stehenden Ländern die marxistische Theorie und Praxis Synkrisis der Philosophie und Praxis stalinistischer Observanz. Ungefähr 1947/48 begann die Lösung vom Stalinismus, und eine allgemeine Rückkehr zum "ursprünglichen" Marxismus setzte ein, der allerdings erst allmählich aus einer dogmatischen Überlagerung herauskristallisiert werden konnte. Gegen 1960 wurde eine vom Dogmatismus nahezu freie marxistische Position erreicht, wobei der Einfluß der Frankfurter Schule und des französischen Existentialismus deutlich spürbar ist. Heute

---

(85) Vgl. Edvard Kardelj, Vermeidbarkeit oder Unvermeidbarkeit des Krieges - die jugoslawische und die chinesische These, Reinbek 1961, S. 22 Kardelj: "Tito stellte ... zwei Arten des Revisio-

wird Marxismus wesentlich als Kritik am eigenen sozialistischen System verstanden, die Kritik wird auf alles Bestehende ausgedehnt. (66)

Die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus entzündete sich am Dogma des einheitlichen Weges zum Sozialismus. Durch die besonderen Umstände Jugoslawiens gezwungen, einen anderen Weg als die SU einzuschlagen, begann man nach und nach, die stalinistische Philosophie und das stalinistische System an den Kategorien anderer Marxisten zu messen.

Im Zentrum der mehr ontologischen stalinistischen Philosophie steht der Staat. Dabei ist ein Defizit an Anthropologie spürbar. Sinn und Zweck des Sozialismus erschöpfen sich jedoch nicht in seelenlosen Produktionsziffern, sondern Sozialismus zielt auf die Schaf-

---

nismus fest... Von dem einen Revisionismus wird der eigentliche, revolutionäre und wissenschaftliche Kern des Marxismus revidiert, und dabei werden die sozialistischen Kräfte im Namen eines Liberalismus auf die reaktionären Positionen oder aber im Namen des Dogmatismus auf die konservativen bürokratisch-etatistischen Positionen getrieben. (Titoismus) ... trachtet hingegen danach, die Gesellschaftswissenschaften je nach gegebenen Umständen und Erfordernissen des zeitgenössischen Kampfes um den Aufbau des Sozialismus weiterzuentwickeln, wobei er gerade von diesem revolutionären und wissenschaftlichen Kern des Marxismus-Leninismus ausgeht."
"Die Kommunisten werden sich auch in Zukunft für eine solche Entwicklung der sozialistischen Demokratie einsetzen, die dem Menschen in stets wachsendem Maße die Unabhängigkeit und Freiheit seines Denkens ... sowie die Unantastbarkeit und Integrität der Menschenwürde und der Persönlichkeit garantieren wird. - Indem der Bund der Kommunisten die Wichtigkeit dieser und anderer persönlicher Rechte des Menschen und Bürgers hervorhebt und betont, daß deren Verwirklichung nicht auf irgendwelche höheren Phasen der sozialistischen Entwicklung hinausgeschoben werden könne, da diese Rechte ein notwendiger Bestandteil des sozialistischen demokratischen Entwicklungsganges und die Bedingung für die Weiterentwicklung des Sozialismus im all-

fung menschlicher und gesellschaftlicher Beziehungen, in denen der Mensch sich vom beherrschten Objekt zum sich selbst bestimmenden Subjekt entwickelt. Dieser neue "anthropozierende" Marxismus verfällt allerdings nicht in eine Nur-Anthropologie, sondern anerkennt die Determination menschlichen Handelns durch anorganische Notwendigkeit. Gerade weil er die Natur des Menschen nicht abstrakt definiert, sie vielmehr als gesellschaftlich bedingt und vermittelt begreift, bezieht er im Gegensatz zum ontologischen Stalinismus die notwendige historische Veränderung auch nach der proletarischen Revolution ein. Für die einseitige ontologische Interpretation des Marxismus wird allerdings nicht allein Stalin verantwortlich gemacht, denn es wird erkannt, daß ähnliche Entwicklungstendenzen schon bei Engels und gegen die Jahrhundertwende auch in der deutschen Sozialdemokratie (Kautsky) und bei Bucharin (ABC des Kommunismus) zu konstatieren waren. In der Kritik dieser Positionen, die den Marxismus zu einer Faktorentheorie degradierten, wird insbesondere an Luxemburg, Labriola, Gramsci, Korsch und den Georg Lukács' von "Geschichte und Klassenbewußtsein" angeknüpft. Weiter wird festgestellt, daß Marx selbst für diese Entwicklung durch seine vereinfachte Darstellung der Theorie "Basis-Überbau" im Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie beigetragen habe. Ohne die Zentralstellung und seine Praxis, sein Wirken im Überbau, aber auch in der Basis sei die Theorie "Basis-Überbau" nicht zu verstehen; der Mensch selbst sei der Schlüssel zum Verständnis.

---

gemeinen sind, vertrat er stets die Auffassung, daß für eine vollkommene Entwicklung der menschlichen Rechte eine entsprechende gesellschaftliche, materielle und politische Grundlage unumgänglich nötig sei, d.h. daß in erster Reihe jene Gesellschaftsbeziehungen aufgehoben werden müssen, aus denen tatsächliche Ungleichheit, Unrecht, Privilegien und Unterordnung hervorgehen könnten."
Das Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Belgrad 1958, S. 216-127.

(66) Vgl. Gajo Petrovic, Kritik am Sozialismus, Praxis, 1/2 1966

3.1.2. "Praxis" und "Wahrheit"

Anders als die vom Sowjetmarxismus unterworfene Philosophie, die meint, eine umfassende und klare Definition und Lokalisierung der Praxis geben zu können, beschränkt sich die jugoslawische Philosophie auf eine Analyse und auf eine nur partielle Definition dessen, was Praxis ausmacht. Es wird die Auffassung vertreten, daß es kaum je eine genaue Klärung der Praxis geben werde und daß einzelne Bestimmungen zu immer neuen Fragen anregen werden: Was ist Freiheit, Geschichte usw.?

Während selbst in den neuesten, in der DDR herausgegebenen Lehrbüchern marxistischer Philosophie Praxis als materielle Tätigkeit in der Form des Stoffwechsels zwischen Gesellschaft und Natur verstanden wird, theoretische Tätigkeit dagegen als Herstellung ideeller Abbilder (37), sehen die jugoslawischen Philosophen gerade in der Abbildtheorie einen rezeptiv-passiven Erkenntnisprozeß, der der Marxschen Definition des Menschen als eines Wesens der Praxis entgegenstehe. Der Mensch ist demnach nicht bloßes "ökonomisches Tier", sondern ein in seinem Sein universelles, freies, schöpferisches und selbstschöpferisches Wesen.

Die Auffassung des Seins und das Verhältnis der Praxis zum Sein werden in kritischer Auseinandersetzung mit Engels und Lenin entwickelt. Deren Identifikation des Seins mit der Materie - der objektiven Wirklichkeit -, die Denken, Bewußtsein und Empfindungen kaum in das Sein integrieren kann, wird als Adäquation des "gesunden Menschenverstandes" und als "Vulgär-Materialismus" gekennzeichnet. Die These, daß Sein außerhalb des Raumes Unsinn sei, bietet für die moderne jugoslawische Philosophie keine Lösung und wird nur in der Auseinandersetzung mit

---

(37) Vgl. Autorenkollektiv, Marxistische Philosophie, Berlin 1967, S. 572 ff.

religiösen bzw. mythischen Definitionen des Seins als historisch progressiv und sinnvoll anerkannt. Von einem solchen Standpunkt aus kann man Schmerzen, Freuden und Ängste der Menschen nicht bestimmen und lokalisieren. Diese Momente können jedoch nicht als nichtseiender Unsinn abgetan werden.

Demnach ist für die jugoslawische Philosophie der Mensch nicht ein weißes Blatt Papier, auf das die Umwelt einwirkt und so ihn, den Menschen, prägt. Menschliches Sein erschöpft sich nicht im bloßen Dasein, sondern ist freie selbstschöpferische Tätigkeit, durch die der Mensch seine Umwelt und sich selbst schafft, eben Praxis. Demzufolge versteht sich Praxis als der "authentische Modus des Seins" (68) und offenbart erst den Sinn des Seins. In Anlehnung an die Feuerbach-Thesen wird Praxis nur als kritische, umwälzende Tätigkeit gesehen. Entspricht sie diesen Kriterien nicht, erfolgt eine Identifikation mit den objektiven Zuständen und eine Affirmation der "vernünftigen Wirklichkeit". Die Erstarrung der Dialektik zu einem historischen, staatsreligiösen Dogma stellt sich dann einer permanenten progressiven Bewegung entgegen. Praxis pervertiert zur "dyspraxis" (Bosnjak). Ziel einer echten Praxis kann nur die Vermenschlichung alles Bestehenden sein, Überwindung der "dyspraxis". Bosnjak steht in indirektem Gegensatz zur sowjetmarxistischen Philosophie, wenn er sagt: "Die Praxis wird von Ideen geleitet, die Ideen erhalten ihrerseits ihren konkreten Inhalt in der Praxis. Die Praxis ist die Affirmation der Idee, die Idee ist wieder der Begriff der Ziele. Das Problem der Entwicklung liegt darin, daß sich die Praxis zu ihren Ideen emporschwingt."(69)

---

(68) Gajo Petrovic, Praxis und Sein, in: Praxis (Internationale Ausgabe),Heft 1, 1965, S. 40

(69) Branko Bosnjak, Betrachtungen über die Praxis, in: Praxis (Internationale Ausgabe), Heft 1/1965, S. 24

Ähnlich wie die Praxis wird "Wahrheit" begriffen. Keine einzige Theorie oder Philosophie kann bestimmen, was Wahrheit ist. Demzufolge sind auch das Proletariat und die im sozialistischen Sinne wirkende Avantgarde dieser Klasse nicht in der Lage zu erkennen, was objektiv wahr ist. Durch die Erkenntnis, daß Wahrheit allein durch einen permanenten Prozeß der Analyse des Gewordenen und der Idee inhaltlich annähernd erfaßt werden kann, ist die Voraussetzung für eine vom Dogmatismus befreite Gesellschaftswissenschaft und für die Abschaffung des absoluten Zwangs gegeben.(70) An die Stelle des Zwangs tritt die Aktivierung der Massen mit ihren verschiedenen Gruppierungen: "in Anbetracht all dessen hebt die jugoslawische Theorie sowohl ihr eigenes als auch das Recht aller anderen denkenden Gruppen und Einzelpersonen an diesem kontinuierlichen Prozeß der Auffindung und Ergründung der Wahrheit hervor." (71)

3.1.3. Marxismus als Kritik

Wie schon erwähnt begreifen die jugoslawischen Theoretiker marxistische Philosophie im wesentlichen als kritische Wissenschaft. Nach dieser Auffassung muß Kritik alles Bestehende umfassen, sie muß auch Kritik der Kritik sein. Kritik und Selbstkritik sind konstitutive Momente des Seins. "Kritik heißt nicht nur ein negatives Urteil fällen oder etwas in Abrede stellen, sondern kritisch nennt man jene Betrachtungsweise, die zum Wesen der Erscheinung durchzudringen, sie in ihren wesentlichen Beschränkungen wie auch in ihren positiven Entwick-

---

(70) Dabei wird nicht die Möglichkeit geleugnet, den Freiheitsspielraum durch Zwang zu erweitern. Vgl. E. Kardelji, Zu den Grundlagen der sozialistischen Demokratie in Jugoslawien, Belgrad 1952, S. 21 u. Andrija Kresic, Diktatur des Proletariats und die Arbeiterselbstverwaltung, in: Internationale Politik, Nr. 410, S. 15 f.

(71) Jovan Djordjevic, Thesen der Gesellschaftstheorie in Jugoslawien, in: Internationale Politik, Heft 179 v. 16.9.1957, S. 19

lungsmöglichkeiten zu erfassen sucht." (72) Kritik ist eine Tätigkeit, die notwendigerweise auf schöpferische Praxis, auf den freien menschlichen Akt, auf revolutionäre Tat gerichtet ist, durch die der Mensch sich selbst und seine Umwelt schafft.

So ist die sozialistische Gesellschaft als eine Assoziation von Freien ihrem Wesen nach eine selbstkritische Gesellschaft, die sich durch die Kritik ihrer Mitglieder revolutionär verändert. Versuche, der Kritik bestimmte Rahmen und Formen zu geben, ändern die Funktion der Kritik. Nur wenn die Kritik alles Bestehende umfaßt, kann sie zur Veränderung auch der bestehenden Grundverhältnisse führen und die Etablierung bürokratischer Machtverhältnisse hemmen bzw. bei deren Existenz ihren Abbau initiieren.

Ähnlich wie Karl Korsch, der dieses Verständnis wohl als erster praktizierte, machen jugoslawische Theoretiker in ihrer Kritik nicht Halt vor Marx selbst. Zwar scheint es unumstritten, daß in der jugoslawischen Gesellschaftswissenschaft die Waffe der Kritik einen gesicherten Platz einnimmt, doch kann dies in bezug auf die Massenorganisationen nicht immer gesagt werden.

Dabei muß auch in bezug auf die jugoslawische Philosophie auf die Gefahr hingewiesen werden, die die einseitige Auffassung vom Menschen als eines freien schöpferischen Wesens impliziert. Denn dadurch wird im voraus jeder revolutionären Idee eine Unantastbarkeit verliehen, die nicht frei von Ideologieverdacht ist. Allerdings sind erste Ansätze spürbar, die diese Grenzen aufzeigen und schließlich überwinden könnten. (73)

---

(72) Gajo Petrovic, a.a.O., S. 39

(73) Vgl. Mihailo Markovic, Philosophie und Kritik, in: Dialektik der Praxis, S. 15 f.

3.1.4. Der Etatismus und Entfremdung durch Verdinglichung der Politik

Die jugoslawischen Theoretiker, die das Phänomen des Stalinismus nicht mit Hilfe der Kaschierung durch den Begriff "Personenkult" überwinden wollen, arbeiten an der völligen Liquidation dieses Systems. Denn nur auf dieser Basis könne eine reale Alternative zum westlichen Kapitalismus aufgezeigt werden. Folgerichtig spielt daher die Theorie vom Absterben des Staates in ihren Reflexionen die zentrale Rolle. Dabei wird festgestellt, daß gerade nach Nationalisierung der Produktionsmittel die Gefahr der Pervertierung der sozialistischen Revolution und die Tendenz des neuen Staates zum "oligarchischen Etatismus" potenziert wird. Denn die Nationalisierung der Produktionsmittel verstärke zwangsläufig den Staatsapparat, die Gefahr der Entfremdung werde größer. Die Emanzipation des Menschen sei aber erst dann zu erreichen und die Gefahr des Etatismus erst dann zu beseitigen, wenn die Vergesellschaftung der Produktionsmittel von der "Übergabe an die freiwillige Assoziation der arbeitenden Menschen, d.h. unter den Bedingungen der sozialistischen Selbstverwaltung ...",begleitet werde.(74)

Trotz aller dieser Einschränkungen sieht Stojanovic im etatistischen Sozialismus einen Fortschritt gegenüber dem kapitalistischen System. Die Barbarisierungstendenzen in der UdSSR führt er teilweise wie Paul Sehring auf das vorhergehende feudalkapitalistische System (fehlender Humanismus, keine Renaissance, niedriges Kulturniveau der Massen usw.) zurück. (75)

Nach der Oktoberrevolution wurden zwar die Grundlagen

---

(74) Rudi Supek, Vom staatlichen Totalitarismus zur individuellen Totalität, in: Club Voltaire III, München 1967, S. 119

(75) Vgl. Paul Sehring, Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung, Nürnberg 1948, S. 160 ff.

der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zerstört, die Wirkungen dieser Produktionsverhältnisse wurden jedoch durch die Einführung der absoluten Planung reproduziert. Die Beibehaltung der Marktwirtschaft, wenn auch beschränkt, beweist, daß auch in Jugoslawien die Aufhebung der durch die Produktionsverhältnisse bedingten Entfremdung nicht gelungen ist. Doch durch die Einführung der Arbeiter-Selbstverwaltung wird ein Weg zum ständigen Abbau des Entfremdungsverhältnisses aufgezeigt, während der Staats-Sozialismus, der sich vom Kapitalismus lediglich durch Planung und Sozialisierung abhebe, einen ähnlichen Prozeß sehr viel schwerer initiieren könne.

Die sowjetischen Marxisten begingen aus jugoslawischer Sicht zwei entscheidende Grundfehler beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft:

- Sie waren der Ansicht, daß eine umfassende Industrialisierung nicht ohne staatliche Zentralisierung möglich sei.

- Sie postulierten die Unvereinbarkeit von sozialistischer Gesellschaft mit Formen der Marktwirtschaft. Die SU versuchte, die Marktwirtschaft abzuschaffen, ohne daß die wesentlichen Voraussetzungen für ihre Abschaffung erfüllt waren.

Denn nach Marx verlieren die Produkte erst dann ihren Warencharakter, wenn sie im Überfluß vorhanden sind. Man wollte dem Irrationalismus einer anarchistischen und vergeudenden Marktkonkurrenz durch strikte Staatsplanung entgehen. Dabei erwies es sich, daß die Planung noch verfrüht und damit ähnlich irrational war.

Es ist also notwendig, eine Mischung zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft zu finden, um die Irrationalität

auf ein Minimum zu beschränken. Eine sozialistische Assoziation ist mit einem entfremdeten Staat ebenso unvereinbar, wie mit einem anarchistischen Markt. (76)

Der soziologische Vorgang des Aufstiegs einer neuen Klasse, der proletarischen avantgardistischen Partei, die alle staatlichen Machtpositionen besetzt und damit ein Monopol über die staatliche Entscheidungsgewalt erreicht, führte zu einem Gesellschaftssystem, das weder kapitalistisch noch sozialistisch ist, das adäquat als "Staatssozialismus bürokratischer Prägung" begriffen wird. (77)

Als entscheidend für diese Bestimmung wird die Verfügung über den Mehrwert erkannt. Zwar bestehe in der UdSSR keine individuelle Verfügung darüber, jedoch die einer besonderen bürokratischen Oligarchie. Die Verfügung der Bürokratie über Mehrwert und Staatseigentum impliziere jedoch auch die Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten.

Diese Verfügungsgewalt der Bürokratie bedingt gleichzeitig verschiedene andere Entfremdungsmomente:

- politische Entfremdung - Die nicht gesellschaftlich kontrollierte Bürokratie vermittelt ein Bewußtsein der Machtlosigkeit und damit verbunden der Interesselosigkeit der Menschen, denen keine Entscheidungsbefugnis gegeben ist.

---

(76) Vgl. S. Stojanovic, The Statist Myth of Socialism in: Praxis (Internationale Ausgabe), Heft 2/1967, S. 176 f. u. Janez Stanovnik, Planung über den Markt in: Hamburger Jb., Tübingen 1962, S. 76 f

(77) Vgl. S. Stojanovic, a.a.O. S. 176

- kulturelle Entfremdung - Da auch die Kriterien der Kunst behördlich verordnet werden, verkümmert das schöpferische Potential der Menschen. (78)

- personale Entfremdung - Da die Entfremdung allseitig ist, entfremdet sich der Mensch letztlich seiner eigenen Existenz. Durch Verlust seines eigenen "Ich", durch Verzicht auf Verantwortungsübernahme und durch Identifikationsbereitschaft mit den Parteigrößen wird der Nährboden des Totalitarismus präpariert.

- sozioökonomische Entfremdung - Da Solidarität nicht durch Diskussion und Aufklärung hergestellt wird, sondern via Befehl und Gehorsam, bleibt kollektives Bewußtsein irreal und die Menschen entfremden sich untereinander. (79)

Der Begriff "Totalitarismus", dessen Verwendung durch marxistische Theoretiker (80) bei oberflächlicher Betrachtung verwundert, ist hier inhaltlich gebraucht und nicht wie bei C.J. Friedrich rein formal.

In der Theorie des bürokratisch-oligarchischen Etatismus ist deutlich der Einfluß Trotzkijs und Horkheimers spürbar. Schon die Affinität zum Horkheimerschen Begriff "integraler Etatismus" veranschaulicht dies.

Im Gegensatz zur UdSSR, wo die Diktatur des Proletariats in eine Diktatur über das Proletariat (Trotzkij) transformiert wurde, strebt der Titoismus in seinem Selbstverständnis die Aufhebung dieses Verhältnisses in einem von der SU

---

(78) Das Niveau jugoslawischen Kunstschaffens verdeutlichen auf den verschiedensten Gebieten die Arbeiten Bulatovics, Rajacics und Makavejevs.

(79) Vgl. Mihailo Markovic, Der Sinn der Selbstverwaltung, in: Dialektik und Praxis, S. 97 ff.

(80) Vgl. Rudi Supek, a.a.O., S. 118

qualitativ verschiedenen Modell der Arbeiterselbstverwaltung an. Denn erst wenn die Vergesellschaftung der Produktionsmittel mit der "Übergabe an die freiwillige Assoziation der arbeitenden Menschen" einhergeht, "d.h. unter den Bedingungen der sozialistischen Selbstverwaltung"(81) vollzogen wird, ist die Gefahr des Etatismus zu beseitigen und die Emanzipation der Menschen zu erreichen.

3.2. Die Konzeption der "sozialistischen Demokratie"

3.2.1. Das "Absterben" des Staates

Im Gegensatz zu der von Stalin behaupteten Notwendigkeit einer dauernden und allseitigen Stärkung des Staats im Sozialismus stand im Zentrum der jugoslawischen Theorie der Übergangsperiode eine Akzentuierung der besonders von Lenin (82) entwickelten Lehre vom allmählichen "Absterben" der Staatsfunktionen in dem Maße, in dem die Basis des Staats, die Existenzantagonistischer Klassen, tendenziell verschwindet. Das Spezifikum des sozialistischen Staats, der zur "gewaltsamen Niederhaltung" der besiegten Ausbeuterklasse und zur Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse vorübergehend notwendig ist und nicht einfach "abgeschafft" werden kann, bestehe darin, daß er von Anfang an auf sein eigenes "absterben" als Staat hinwirkt. "Der sozialistische Staat ist und muß demzufolge ein Staat eines bestimmten Typs sein, der abstirbt." (83) Der geringe Entwicklungsstand der Produktivkräfte bedinge zwar ein langsameres Tempo in der Entwicklung sozialistischer Gesellschaftsbeziehungen, als von Marx und Engels vorausgesehen werden konnte, doch kann daraus nicht geschlossen werden, daß "der Staat alle Funktionen, auch die wirtschaftlichen, in seinen Händen halten muß, bis dieser hohe Grad der Industrialisierung erreicht wurde und alle notwendigen materiellen und sonstigen Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen sind."(84) Vielmehr sollte der Staat durch die schrittweise Über-

(82) Lenin, W.I.: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution; Berlin 1947.
(83) Das Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens. Angenommen von dem siebten Kongreß des BdKJ in Ljubljana vom 22. bis 26. April 1958; Bel[illegible], [illegible].
(84) Kito, [illegible]: [illegible] in Jugoslawien werden von Arbeitern verwaltet; Belgrad 1950, S. 35.
(81) Rudi Supek, a.a.O., S. 119

Tragung von Verwaltungsfunktionen auf verschiedene Selbstverwaltungsorgane der Gesellschaft sowie die innere Umgestaltung der staatlichen Institutionen in Richtung eines vertieften "Demokratismus"(Lenin) "in stets geringerem Maße als Instrument der Macht und in stets größerem Maße als Instrument der gesellschaftlichen Selbstverwaltung ... zum Ausdruck gelangen." (85) Theoretische Grundlage für die Entwicklung der "sozialistischen Demokratie", die mit der Dezentralisierung der Staatsmacht und der Übergabe der Fabriken in die Leitung der Arbeitskollektive den Beginn des Absterbens des Staats indizierte, bildeten vornehmlich die von Marx herausgearbeiteten Prinzipien der Pariser Kommune, "der endlich entdeckten politischen Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte."(86)

3.2.2. Die Herrschaft der Bürokratie

In der Sowjetunion hatte, so die jugoslawische Kritik, die permanente Stärkung des zentralisierten Staatsapparats, mit dem die Partei unter Stalin allmählich verwachsen war, eine privilegierte bürokratische Schicht hervorgebracht, die den Staat aus einem revolutionären Instrument der Arbeiterklasse in eine "selbständige Gesellschaftskraft", in eine Macht, die über der Gesellschaft steht, verwandelte.(87) Diese selbständige "Bürokratenkaste", deren Interessen an das Weiterbestehen staatskapitalistischer Verhältnisse gebunden sind, hintertreibe die sozialistische Weiterentwicklung der Gesellschaft und bilde damit heute die Hauptgefahr für die Arbeiterklasse, die in der Sowjetunion nicht nur jede Möglichkeit verloren habe, auf die Staatsmacht einen Einfluß auszuüben, sondern im staatskapita-

---

(85) Das Programm ..., S. 143

(86) Marx, K.: Der Bürgerkrieg in Frankreich; Berlin 1963, S.76.

(87) Vgl. Kardelj, E.: Zu den Grundlagen der sozialistischen Demokratie in Jugoslawien; Bonn o.J., S. 6 ff.

listischen System auch weiterhin von der selbständigen Verfügung über das eigene Mehrprodukt ausgeschlossen ist.(88) Nur der von Anfang an bewußt geführte Kampf gegen die Tendenzen zu einer Herrschaft der Bürokratie, welche in der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit der Gesellschaft objektiv bedingt sind, könne verhindern, daß "das Staatsmonopol der materiellen Wirtschaftsleitung, das notwendig ist im Kampf gegen den Kapitalismus und am Beginn des sozialistischen Aufbaus, ... sich in ein Gesellschaftsmonopol (verwandelt), d.h., daß es eine privilegierte Verteilung des Überschusses der gesellschaftlichen Produkte und Versuche einer Monopolisierung aller Lebens- und Tätigkeitsformen der Gesellschaft nach sich zieht."(89)

3.2.3. Die Arbeiterselbstverwaltung

Das Kernstück der jugoslawischen Konzeption der "sozialistischen Demokratie" bildete das System der Arbeiterselbstverwaltung, das nach einer kurzfristigen experimentellen Erprobung in einigen ausgewählten Unternehmen 1950 für alle Unternehmen des staatlichen Sektors grundgesetzlich verankert wurde. Entgegen dem sowjetischen Prinzip der Ein-Mann-Leitung, das die Werktätigen gegenüber der staatlich ernannten Betriebsdirektion nahezu vollständig entrechtete, postulierte es als Subjekt der betrieblichen Leitungstätigkeit, deren autonomer Aktionsraum später schrittweise erweitert wurde, das Kollektiv der unmittelbaren Produzenten. Teils direkt über

---

( ) "In der Sowjetpraxis eignet sich der Staat den gesamten Mehrwert an ... Also konkret: Die sowjetische Bürokratenkaste entzieht die gesamte Mehrarbeit den unmittelbaren Produzenten, sie entscheidet über ihre weitere Verwendung und befriedigt aus ihr ihre Luxusansprüche. In dieser Hinsicht gleicht ihre ökonomische Gesellschaftsrolle vollkommen der Rolle der kapitalistischen Klasse." Kidrič, B.: Referat auf dem 6. Kongreß der KPJ, S. 119, in: Der sechste Kongreß der KPJ 1952; Bonn 1952, hrsg. von der Presse und Informationsabteilung der Jugoslawischen Botschaft in der BRD

(9) Djilas, M.: Auf neuen Wegen des Sozialismus. Rede vor Belgrader Studenten am 18. März; Belgrad 1950.

Referenden, teils indirekt über den von ihm gewählten und jederzeit verantwortlichen Arbeiterrat sollte die Belegschaft das ihr von der Gesellschaft zur Nutzung übertragene Eigentum selbständig verwalten.(90) Um zu gewährleisten, daß tendenziell alle Belegschaftsmitglieder an der Verwaltung der Betriebe teilnahmen und durch die Verwaltungspraxis die notwendige Qualifikation als "Arbeiter-Fabrikleiter" erwarben, sorgte ein Rotationsverfahren für einen kontinuierlichen Wechsel unter den Mitgliedern des Arbeiterrats. Die Kompetenzen des Arbeiterrats (bzw. der Belegschaft) erstreckten sich im Rahmen der von den gesellschaftlichen Instanzen vorgegebenen Gesetze und Richtlinien alf alle grundlegenden Fragen der Betriebsführung (Produktionspläne, Arbeitsorganisation, Einstellung und Entlassung von Arbeitern etc.). Zusammen mit den kommunalen Behörden wählte er den Direktor, dessen laufende Leitungstätigkeit im Sinne der Beschlüsse des Arbeiterrats vom Verwaltungsausschuß, dem Vollzugsorgan des Arbeiterrats, kontrolliert wurde.

3.3. Die Konzeption der "sozialistischen Marktwirtschaft"

Ursprünglich getrennt von den Vorstellungen über die Verwaltung der Unternehmen durch die Arbeiter(91), wurde von den jugoslawischen Theoretikern nach und nach die Konzeptin einer "sozialistischen Marktwirtschaft" mit weitgehender Dezentralisierung der ökonomischen Entscheidungen und partiellem Verlassen auf Marktbeziehungen entwickelt. Bereits in einem Anfang 1949 von Boris Kidrič, dem damaligen autoritativen Interpreten der jugoslawischen Ökonomie, verfaßten Aufsatz wurden leichte

---

(90) Zum jugoslawischen Begriff des "gesellschaftlichen Eigentums" vgl. Meier, V.: Das neue jugoslawische Wirtschaftssystem; Zürich/St. Gallen 1956, S. 60 ff.

(91) Über das Zusammenwachsen dieser theoretischen Elemente vgl. Djilas, M.: Die unvollkommene Gesellschaft. Jenseits der "Neuen Klasse"; Wien 1969, S. 204 f.

Differenzen zur Stalinschen Lehrmeinung sichtbar, die den grundlegend unterschiedenen Charakter der ökonomischen Gesetze im Kapitalismus und im Sozialismus herausstrich. Durch eine stärkere Betonung des dualistischen Charakters der jugoslawischen Ökonomie im Übergangsstadium kam Kidrić zu einer anderen Beurteilung der Rolle der Warenkategorien und des Wertgesetzes, deren Existenz und Wirken er abweichend von der damaligen sowjetischen Theorie auch im staatlichen Sektor anerkannte. "Within state property there exist ... economic firms as independent economic units with their own economic accounting. This factor conditions exchange and the existence of commodity-monetary relations, that is, the operation of the law of value."(92) Dieses Wirken des Wertgesetzes sei jedoch qualitativ unterschieden von seiner Funktion im privaten oder genossenschaftlichen Sektor, da die ökonomischen Einheiten im staatlichen Sektor zwar finanziell unabhängig seien, ihre Verbindungen untereinander aber nicht mehr nur indirekt durch den markt, sondern direkt durch den Plan hergestellt würden, indem dieser die Ressourcen und Aufgaben unter die Produktionszweige verteilte. Durch diese Dominanz des Plans,,der Umfang und Richtung der ökonomischen Aktivitäten bestimmte, würden die Marktbeziehungen und das Wertgesetz von einem Selbstzweck ("objective") in ein Mittel, sozialistische Ziele zu erreichen, transformiert. "The law of value exists and operates actively in our economic system. But it ceases to be the basic law of socialist economic development. ... The basic socio-economic law of our development became social planning which, among other things, means the deliberate and expedient use of the objectively existing law of value, known to us and governed by us ... Now (the law of value) becomes a mighty weapon of planning, a means of carrying out the tasks of socialist construction which were thought out in advance and established by the plan."(93)

---

(92) Kidrić, B. in: "Kommunist" vom Januar 1949, zit. nach: Milenkovitch, D.D.: Plan und Market in Yugoslaw Economic Thought; New Haven/London 1971, S. 56 f.
(93) A.a.O., S. 57 f.

Diese Vorstellung der Warenproduktion als eines Mittels, den Plan auszuführen, wurde später von Kidrič im Zusammenhang mit der neuen jugoslawischen Theorie des Übergangs zum Sozialismus weiterentwickelt. Der Warencharakter der Produktion sei objektiv bedingt durch den niedrigen EntWicklungsstand der Produktivkräfte und könne erst auf einer höheren Stufe im Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus überwunden werden.(94) Gegenwärtig erlaubten die Marktbeziehungen zwischen den Unternehmungen eine bessere Orientierung auf die Bedürfnisse und eine gleichsam automatische Kontrolle der Wirtschaftlichkeit der Produktion durch die objektiven Wirtschaftsgesetze. Die administrative Unterdrückung dieser Gesetze sei in letzter Instanz unfruchtbar und ziehe wirtschaftliche Stagnation und Rückschläge nach sich. Darüber hinaus müsse der administrative Kampf mit den objektiv bestehenden Wirtschaftsgesetzen "unbedingt Kräfte über der Gesellschaft hervorbringen, die diesen Kampf durchführen, aber solche Kräfte über der Gesellschaft müssen sich unvermeidlich zu einer Bürokratenkaste und zur Unterwerfung und Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten und der gesamten Gesellschaft entwickeln."(95) Die gesellschaftliche Beherrschung der objektiven Wirtschaftsgesetze müsse sich daher radikal darauf beschränken, die globale Richtung der Wirtschaftsentwicklung des Landes zu bestimmen, und sicherstellen, daß es in der Volkswirtschaft nicht zu "Erscheinungen einer kapitalistischen Anarchie"(96) kommt. In diesem allgemeinen Rahmen sollte sich die höchstmögliche Initiative der unmittelbaren Produzenten und Unternehmungen entfalten.
Analog unterschied Kidrič zwischen der "fundamentalen" Planung auf der Ebene der Gesamtgesellschaft, die die grundlegenden Proportionen und makroökonomischen Relationen festlegte, und der "operativen" Planung auf der Ebene der Unternehmen, die

---

(94) "'pure' socialism, which is necessary for the direct transition to communism and which was foreseen by Marx and Engels in their main works, and commodity exchange, exclude one another not only dialectically but, strictly speaking, absolutely." Kidrič in "Kommunist", Nov. 1950; zit. nach Milenkovitch, D.D., a.a.O., S. 80.

(95) Kidrič, E., Referat auf dem 6. Kongreß, S. 116.

im Rahmen der vom allgemeinen Plan festgelegten Grenzen und der zu seiner Verwirklichung eingesetzten (meist indirekten) wirtschaftspolitischen Mittel ebenfalls von den ökonomischen Zwängen des Marktes beeinflußt wurde. Keinesfalls sollte der Markt über diese Grenzen hinaus eine eigenständige Rolle bei der Bestimmung von Art und Umfang der globalen Akkumulation ausüben.(97)

Ähnlich wie Kidrič verwahrte sich auch Popović, maßgebliches Mitglied des Bundesexekutivrats, gegen eine "absolute Freiheit des Marktes", welche eine Rückkehr zum Kapitalismus bedeuten würde.(98) Vielmehr sollten im großen Rahmen des Wirtschaftsplanes Umfang und Bewegungsrichtung aller Werte auf dem Markt festgelegt werden, während die Einzelbewegungen der Preise und Waren dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen wurden. "es gibt keine größere Bewegung von Geld und Ware, die nicht vom Wirtschaftsplan vorgeschrieben und gelenkt ist." Der Markt sei ein reiner Warenmarkt und habe hauptsächlich die Funktion einer "gesellschaftlichen Kontrolle der Rentabilität der einzelnen wirtschaftlichen Organisationen."(99) Die globale Allokation der Ressourcen, ihre Verteilung auf die verschiedenen Wirtschaftszweige, die in der kapitalistischen warenproduzierenden Gesellschaft durch das spontane Wirken des Wertgesetzes vollzogen wird, sollte in der "sozialistischen Marktwirtschaft" bewußt durch den Plan geregelt werden. Diese allgemeine Bestimmungen, die im Laufe der fünfziger Jahre die Konzeption der "sozialistischen Marktwirtschaft" kennzeichneten

---

(96) A.a.O., S. 117.
(97) "The average rate of profit as a principle of economic operation represents a pure contradiction in the socially planned management of the economy ... Introduction of that principle in the new economic system would mean ... a step into anarchy of distribution and socialist reproduction." Kidrič in "Komunist", Jan. - März 1952, zit. nach Milenkovitch, D.D., a.a.O., S. 89.
(98) Milentije Popović 1952 in der Skupstina, zit. nach Meier, V., a.a.O., S.
(99) A.a.O., S. 147.

und - im Kern unverändert - 1958 im Programm des BdKJ bekräftigt und ausgearbeitet wurden,(100) bildeten zusammen mit der Konzeption der "sozialistischen Demokratie" die theoretische Begründung für die Neuorganisation des Plansystems in den fünfziger Jahren.

3.4. Die Reorganisation der politischen Struktur der FVRJ

3.4.1. Die Institution der Produzentenräte

Um die Arbeiterselbstverwaltung in die Legislative hineinzuverlängern, wurden den parlamentarischen Gremien der Gebietskörperschaften als zweite Kammer sog. Produzentenräte zugeordnet, die als Vertretung der Organe der Arbeiterselbstverwaltung gleichberechtigt an allen Entscheidungen der Volksversammlung teilnahmen. Wahlberechtigt waren alle "produktiv tätigen" Einwohner einer Gebietskörperschaft, wobei die Produzentenräte der Kommunen in direkter Wahl von den Arbeiterräten der lokalen Wirtschaftsunternehmen, die Produzentenräte auf höherer Ebene indirekt durch die lokalen Produzentenräte gewählt wurden. Die Anzahl der Sitze der einzelnen Erzeugergruppen wurde je nach ihrem im Gesellschaftsplan ermittelten Anteil am Sozialprodukt verteilt, wozu die produzierende Bevölkerung in die Gruppen Industrie, Handel und Handwerk einerseits und Landwirtschaft andererseits eingeteilt wurde. Bei den ersten Wahlen zum Bundesproduzentenrat 1953 fielen durch dieses System

---

(100) Das Programm ..., S. 183 ff. Etwas stärker betont findet sich im Programm die wechselseitige Beziehung zwischen der bewußten, planmäßigen Ausrichtung und Entwicklung der Wirtschaft als Gesamtheit und der Selbständigkeit der Produktionseinheiten: "Erst unter solchen Bedingungen erfährt die von einem Zentrum aus geleitete bewußte, planmäßige Ausrichtung die Bestätigung und Korrektur der Praxis, und umgekehrt erhält die Aktivität der Träger der sozialistischen Praxis eine auf ihre Richtigkeit hin geprüfte Ausrichtung." A.a.O., S. 185.

(101) Meier, V., a.a.O., S. 33.

zwei drittel der Sitze an die nicht-landwirtschaftlichen Produzenten.(101) Durch dieses Übergewicht der industriellen Bevölkerung gegenüber den bäuerlichen Element wurde der soziale Inhalt des Staats als "Diktatur des Proletarits" institutionell gesichert und gewissermaßen eine Gewähr dafür geschaffen, daß die an die Interessen der Arbeiterklasse geknüpften industriellen Entwicklungsziele die Wirtschaftspolitik vorrangig prägten.(102) Obwohl in der Praxis der Kompetenzbereich des Bundesproduzentenrats im wesentlichen wirtschaftliche Fragen umfaßte, waren beide Häuser der Bundesversammlung prinzipiell gleichberechtigt, so daß alle zu erlassenden Gesetze vor ihrer Gültigkeit beide Häuser passiert haben mußten. War keine Einigung zwischen den beiden Häusern möglich, mußten Neuwahlen ausgeschrieben werden. Indem so die Arbeiterselbstverwaltung in der höchsten gesetzgeberischen Sphäre verankert und tendenziell die "Einheit des sozialen und politischen Systems"(Kardelj) hergestellt wurde, waren auf der institutionellen Ebene die Voraussetzungen für die Überwindung des administrativen, bürokratischen Charakters der zentralen Planung zugunsten einer gesellschaftlichen, demokratischen Wirtschaftsplanung geschaffen.

3.4.2. Die Rolle der Kommune

Die intendierte Dezentralisierung der Staatsgewalt zugunsten einer Aktivierung breitester Volksschichten schlug sich organisatorisch in einer Neugliederung der unteren Verwaltungsebene nieder, die das Ziel verfolgte, die Kommune zur wichtigsten territorialen Verwaltungseinheit zu machen und mit weitgehender Autonomie auszustatten. Mit einer durchschnittlichen Größe von ca. 23 000 Einwohnern sollte die Kommune ein

---

(102) Der Einwand, daß es sich hierbei um einen Rückgriff auf die Prinzipien der Zensusdemokratie und des Ständestaats handele, ignoriert den radikal verschiedenen sozialen Inhalt formal analoger politischer Regelungen. Meier, der sogar "ständestaatliche Auffassungen" zu entdecken glaubt, kommt letzlich dennoch zu dem richtigen Schluß, "den Produzentenrat letzten Endes als eine rein klassenkämpferische Institution zu betrachten." A.a.O., S. 35.

wirtschaftlich, politisch und kulturell zusammengehöriges Gebiet als Einheit umfassen und in der Lage sein, die spezifischen Probleme auf dieser lokalen Ebene sachgerecht zu behandeln und die verschiedenen sozialen und ökonomischen Aktivitäten in ihrem Gebiet zu integrieren. Auch die Schaffung neuer Industrien war zu einem großen Teil der kommunalen Initiative überlassen.

Zur Lösung der ihr übertragenen Aufgaben verfügte die Kommune über relativ umfangreiche eigene finanzielle Mittel(103), deren Höhe teilweise an den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen auf ihrem Territorium gekoppelt war. Neben einer begrenzten Besteuerungshoheit war die Kommune vor allem ermächtigt, den ihr zufallenden Anteil am Gewinn der Unternehmen - nach Abzug der Bundesverpflichtungen - nach freiem Ermessen festzulegen. Mit diesem Recht, an der Gewinnverteilung der Unternehmen mitzuwirken, war der Einfluß der Kommune auf die Wirtschaftsführung der Unternehmen nicht erschöpft, der für notwendig erachtet wurde, um eine "ökonomistische" Orientierung der Betriebe (Profitjagd, Mißachtung der Arbeitsgesetzgebung etc.) zu vermeiden und die Einheit des Gesamtsystems zu bewahren. Vielmehr war dem kommunalen Volksausschuß ein allgemeines Aufsichtsrecht über die auf ihrem Gebiet befindlichen wirtschaftlichen Organisationen zugestanden, das dieser umso wirksamer ausüben konnte, als die Kommune in der Regel für die finanziellen Anleihen der Betriebe bürgte, soweit sie nicht selbst als Träger dieser Anleihen auftrat. Desgleichen partizipierte die Kommune an der Ernennung des Betriebsdirektors, der von einem zu gleichen

---

(103) Die Verteilung der Budget- und Planressourcen im Jahre 1959 weist für die Kommunen einen Anteil von 27,6% gegenüber 38,3% beim Bund aus. Nimmt man den Anteil der ökonomischen Organisationen hinzu, dessen Verwendung die Kommune weitgehend mitbestimmt, so ergibt sich ein Anteil von fast 45% über den auf dieser lokalen Ebene verfügt wird. Macesich, G.: Yugoslavia. Theory and Practice of Development Planning; Charlottesville 1964, S. 14.

Teilen vom Arbeiterrat wie vom Volksausschuß beschickten Wahlgremium gewählt wurde.
Da die Kommune in ihrem internen Aufbau durch den Dualismus von politischer und wirtschaftlicher Demokratie gekennzeichnet war, und die Unternehmen über den von ihnen bestellten Produzentenrat die wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Volksausschußes mitbestimmten, können die der Kommune übertragenen Kompetenzen nicht ohne weiteres als den selbstverwalteten Unternehmen äußerliche Beschränkungen verstanden werden. Vielmehr ist diese Dezentralisierung ursprünglich zentral und unter den jugoslawischen Bedingungen notwendigerweise administrativ wahrgenommener Wirtschaftsfunktionen als ein Versuch zu bewerten, die bewußte Beherrschung der ökonomischen Prozesse auf eine gesellschaftliche, demokratische Weise voranzutreiben.

3.4.3. Die Rolle der Partei

Obwohl die KPJ sich schon in der Periode des "administrativen Sozialismus" deutlich von den Kommunistischen Parteien der meisten osteuropäischen Länder unterschied, was ihre Verankerung im Volk und die Betonung der Masseninitiative in der Strategie beim sozialistischen Aufbau betraf, war ihre Praxis doch in starkem Maße durch die autoritäre Struktur und den administrativen Führungsstil des stalinistischen Parteityps belastet. Der radikale Kurswechsel nach dem Kominformkonflikt auf die "sozialistische Demokratie"hin war deshalb ohne einen Wandel im Charakter der KPJ nur schwer vollziehbar. Im Juni 1952 erließ das Plenum des Zentralkomitees eine Reihe von Direktiven, die das Prinzip der Dezentralisierung und "Entstaatlichung" auch auf die Partei anwandten. Die lokalen Parteisekretäre wurden angewiesen, ihre administrativen Interventionen in die Angelegenheiten der Arbeiterselbstverwaltung einzustellen und ihre Positionen als Vorsitzende lokaler Verwaltungskörperschaften aufzugeben. Die gleichzeitige Einnahme beider Ämter, typisch für das "bürokratische Kasrensystem" in der Sowjetunion, beeinträchtige die Autonomie der lokalen Regierungen und behindere die Partei in ihrer ideologischen Avantgardefunktion und Fähigkeit zur Kritik und Selbstkritik. Gleichzeitig wurde die Autonomie der lokalen Parteieinheiten ausgedehnt, die mit der

selbständigen Anwendung und Spezifizierung der allgemeinen, zentral festgelegten Parteilinie betraut wurden. Der 6. Parteikongreß im November desselben Jahres faßte das neue Selbstverständnis der Partei, das den Kommunisten als "Grundpflicht und Hauptaufgabe die politische und ideologische Arbeit an der Erziehung des Volkes" zuwies, mit den Worten zusammen: "Der Bund der Kommunisten ist in seiner Arbeit kein unmittelbarer operativer Leiter und Befehlsgeber, weder im wirtschaftlichen, noch im staatlichen und gesellschaftlichen Leben und kann es auch nicht sein. Er wirkt vielmehr in seiner politischen und ideologischen Tätigkeit, in erster Linie durch Überzeugungskraft, in allen Organisationen, Organen und Behörden darauf hin, daß seine Linie und seine Haltung oder die Haltung einzelner seiner Mitglieder angenommen werden."(104) Verstärkt durch die These vom "Absterben der Partei" analog dem postulierten "Absterben des Staates", führte die neue Parteilinie unter der Mitgliedschaft in der unmittelbar folgenden Zeit zu einer allgemeinen Unsicherheit und Verwirrung, die das Auftauchen antimarxistischer Theorien und "kleinbürgerlich-anarchistischer Ideen von Freiheit und Demokratie" (105) begünstigten, wie es in der "Djilas-Affäre" sichtbar wurde.(106) Angesichts des "unglaublich niedrigen ideologischen und politischen Niveaus der Mitglieder unserer Partei"(107) war es deshalb bald wieder nötig, die Parteidisziplin zu straffen und den mehr perspektivischen Charakter des neuen Selbstverständnisses zu betonen, ohne daß jedoch die Bemühungen um eine Beseitigung des bürokratischen Führungsstils aufgegeben wurden.

---

(104) Resolution des VI. Kongresses,in: Der 6. Kongreß..., S. 139
(105) So die Kritik des Plenums des ZK im Juni 1953, zit. und übersetzt nach Hoffman/neal, Yugoslavia and the New Communism, New York 1962, S. 184.
(106) Djilas, Vizepräsident des Bundesexekutivrats, seellte in einer Artikelserie 1953 in der Belgrader Tageszeitung "Borba" die These auf, daß der Kapitalismus in Jugoslawien besiegt sei und man nicht länger von einem Klassenkampf reden könne. Deshalb sei die KPJ nun überflüssig und solle sich auflösen. Gleichzeitig verlangte er, den Kommunismus als Ziel aufzugeben, da es zu fern und deshalb bedeutungslos sei, und plädierte stattdessen für einen rascheren Fortschritt zu Sozialismus und politischer Demokratie. Wegen dieser dem klassischen Bernsteinschen Revisionismus verwandten Vorstellungen, von deren Propagierung er trotz Mißbilligung der Parteiführung nicht abließ, wurde Djilas

3.4.4. Pluralismus als Ausdruck einer freien Gesellschaft

Schon an dem Prozeß der "Wahrheitsfindung" im jugoslawischen System wird deutlich, daß der Artikulation verschiedener Interessen Raum gegeben wird. Doch andere als in einer antagonistischen Gesellschaft, in der plurale Interessen in ungleichem Kampf miteinander stehen(108) und "... das Gesamtinteresse als die Resultante im kräfteparallelogramm gruppenmäßig bestimmter Sonderinteressen begriffen wird,(109) sollte im sozialistischen Pluralismus das Gemeinwohl durch freie Konfrontation verschiedener Meinungen, vergleichbar dem wissenschaftlichen Meinungsstreit, vorherbestimmt werden.(110)

Der Wissenschaft kommt eine eminente Bedeutung bei der Aufstellung alternativer Lösungsvorschläge zu. Die verbindlichen Rahmenentscheidungen sollen von den zentralen Organen der Selbstverwaltung (Parlamente) getroffen werden. Diese Rahmenentscheidungen aufzufüllen, obliegt den nachgeordneten Selbstverwaltungskörperschaften.

---

aus dem Zentralkomitee der Partei ausgeschlossen. Vgl. hierzu Hoffman/Neal, a.a.O., S. 186 ff.

(107) Zit. u. übersetzt nach Hoffman/Neal, a.a.O., S. 194.

(108) Vgl. Robert Paul Wolff, Jenseits der Toleranz, in: Wolff, Moore, Marcuse, Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt/M. 1966, S. 47 u. 49. Der jugoslawische Pluralismus entwickelt "... ein neues Verhältnis gegenüber den verschiedenen Meinungen, und der Inhalt dieses Verhaltnisses ist breiter, schöpferischer und demokratischer als das bürgerliche Prinzip der Toleranz, das begrenzt ist durch den Rahmen der Klasseninteressen der kapitalistischen Klasse und ihres Staates."
Milovan Djilas, Das Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Belgrad 1958, S. 283.

(109) Fraenkel, Ernst, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart, 2. Aufl., 1964, S. 78.

(110) Vgl. Lucio Lombardo-Radice, Pluralismus in einer kommunistischen Gesellschaft, in: Christentum und Marxismus - heute, Gespräche der Paulus-Gesellschaft, hrsg. von Erich Kellner, Wien 1966, S. 251 ff.

Die Frage eines Mehrparteiensystems ist für den Titoismus nicht gegeben. (111) Doch bestehen in Jugoslawien ausser dem BdKJ noch andere gesellschaftliche Organisationen, wie z.B. der "Sozialistische Bund" (SB) und die Gewerkschaften (GB). Beide Organisationen sollen mit ihrer Arbeit den BdKJ entlasten. Dies bedeutet jedoch nicht, daß SB und GB gleichgeschaltet sind. Die Gewerkschaften sind auf betrieblicher und auch auf gesellschaftlicher Ebene autonom. Ihre Aufgabe besteht vor allem darin, neben dem Arbeiterrat eine Kontrolle über die Betriebsleitung zu gewährleisten.

Wenn auch die Unabhängigkeit der verschiedenen Organisationen in der Theorie immer wieder gefordert wird, so bleibt doch die Gefahr einer Monopolisierung der politischen Macht in der Praxis bestehen. Auf der anderen Seite besteht zumindest theoretisch die Gefahr einer Partikularisierung der Gesellschaft und einer Entwicklung zum Mehrparteiensystem. Monopolisierung und Partikularisierung sollen durch ein spezifisches Delegationssystem beschränkt werden.

Der jugoslawische Bürger delegiert seine Verantwortung auf zwei verschiedenen Ebenen innerhalb der Kommune. Eine Kommune setzt sich aus zwei Räten zusammen, dem Kommunerat (Bürgerrat) und dem Produzentenrat (Arbeiter). Die Kommune als Ganzes sendet Delegierte in die Distrikträte. Diese entsenden dann Delegierte in die Republikversammlung, die ihrerseits Delegierte in die Bundesversammlung (Skruptschina) entsenden. Als oberstes Staatsorgan vereinigt die Skruptschina legislative und exekutive Gewalt. (s. Anlage 1)
Die Kommunen sind Spitzenorgane der Grundzellen des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Für Kardelj sind sie " ...

---

(111) Der bürgerlich-liberalen Pluralismustheorie angenähert haben sich Djilas und Mihajlov. Deswegen fordern sie auch die Zulassung sozialdemokratischer Parteien.

ein viel feiner reagierender Übermittler des demokratischen Willens ... als irgend ein anderes Mehrparteiensystem."(112) Dem ist zuzustimmen unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Delegierten nach dem Räteprinzip ihren Wählern ständig verantwortlich, also jederzeit abrufbar sind.

An die Stelle der Interessenrepräsentation im westlichen Pluralismusmodell tritt im jugoslawischen System die Verantwortungsdelegation, die gegenüber der Interessenrepräsentation den Vorteil hat, daß der Mensch durch sie als politisches Wesen stärker in die Gesellschaft integriert wird. Durch die ständige Abhängigkeit der Delegierten von den Wählern können diese ihr subjektiv bestimmtes Wollen eher wirksam werden lassen, als im Repräsentationssystem, das die Wähler passoviert. In diesem Zusammenhang darf die Art der Kandidatenaufstellung nicht unberücksichtigt bleiben. Darauf wird noch eingegangen.

---

(112) E. Kardelj, Zu den Grundlagen ..., S. 25. "Der sozialistische Staat findet in der Selbstverwaltung, der unmittelbaren Demokratie nicht nur die Grenzen seiner Macht und Aktion, sondern auch die Grundlage und die Voraussetzungen für seine Existenz und Wandlung. Die Grundlage aller Machtbefugnisse und staatlicher Organisation selbst wird nach unten verlagert, unter das werktätige Volk und seine Einrichtungen der unmittelbaren und halbunmittelbaren Verwaltung, so daß die höheren Organe der Macht nur mehr Mandatare, Delegierte und in ihren Funktionen eingeschränkte Bevollmächtigte der Volkssouveränität sind."

Jovan Djordjevic, Einheit der Gesellschaft und gesellschaftliche Selbstverwaltung, in: Internationale Politik, Belgrad 55/136, S. 5

3.5. Das dezentralisierte Plansystem

Das neue jugoslawische Plansystem, wie es in seinen wesentlichen Zügen unverändert in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre bestand, war das Resultat eines permanenten experimentellen Prozesses, der sich über die Jahre 1950 bis 1954 erstreckte. Am Anfang dieses Prozesses stand die Übertragung der betrieblichen Leitung an die Produzenten durch die Einführung der Arbeitetselbstverwaltung, deren sinnvolle Realisierung die Beschränkung der administrativen Bevormundung und die Erweiterung des Dispositionsspielraums der Unternehmen erforderte. Die folgenden Jahre waren demgemäß gekennzeichnet durch die Auflösung der überkommenen zentralisierten Wirtschaftsverwaltung und die Suche nach einer neuen Synthese zwischen einer weitgehenden operativen Autonomie der Produktionseinheiten und der bewußten, gesamtgesellschaftlichen Ausrichtung der Produktion auf die Bedürfnisse des sozialistischen Aufbaus.
In dieser Arbeit soll die Analyse auf das Plansystem, wie es sich 1954 durch eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen über die Stellung der Betriebe innerhalb der Wirtschaft konsolidierte, beschränkt werden. Diese Konsolidierung bedeutet nicht, daß die einzelnen normativen Regelungen und tatsächlichen funktionalen Zusammenhänge des Plansystems keiner Änderung unterworfen gewesen seien; vielmehr gilt für Jugoslawien wie für kaum ein anderes Land, daß das Wirtschaftssystem nur als Resultante permanenter institutioneller Reformen und Experimente zu erfassen ist. Wenn in dieser Arbeit versucht wird, die wesentlichen Strukturen und funktionalen Zusammenhänge herauszuarbeiten, so ist dies im Rahmen dieser Arbeit nur möglich unter Abstraktion von vielen variablen Einzelmomenten und zum Teil durch die bloß exemplarische Behandlung der Zusammenhänge anhand einer nur vorübergehend gültigen Regelung.

3.5.1. Die operative Autonomie der selbstverwalteten Unternehmen in der "sozialistischen Marktwirtschaft"

Durch Beseitigung des Systems der zentral vorgegebenen Kennziffern wurde das jugoslawische Unternehmen prinzipiell von Produktionsauflagen befreit, so daß es nunmehr selbständig über Volumen, Struktur und Qualität der Produktion entschied. Da keinerlei vorherige Abstimmung der einzelnen betrieblichen Produktionspläne verbindlich vorgesehen war, konnte der Zusammenhang der einzelnen Produktionseinheiten nur durch den Warenaustausch gewährleistet werden. Die Beschaffung der benötigten Produktionsmittel und der Absatz der eigenen Produkte wurden somit Aufgaben einer eigenständigen geschäftlichen Tätigkeit des Unternehmens. Ziel dieser geschäftlichen Tätigkeit war die Maximierung des Betriebsgewinns, der u.a. von der Fähigkeit der Unternehmensführung abhing, die Produktionskosten zu senken und die Produktion optimal an die sich verändernde Nachfragestruktur anzupassen. Durch die Einführung partiell flexibler Preise sollte die Funktion des Marktes als einer "gesellschaftlichen Kontrolle der Rentabilität der einzelnen wirtschaftlichen Organisationen"(Popović) verstärkt werden.

Obwohl die Gesellschaftspläne auf unmittelbare und verbindliche Produktionsauflagen für die Unternehmen verzichteten, waren diese weiterhin verpflichtet, betriebliche Wirtschaftspläne aufzustellen, denen jedoch kein selbstbindender Charakter zukam. Sie dienten eher dazu, eine Übersicht über die beabsichtigte Produktion im laufenden Geschäftsjahr zu geben, und waren in Form und Inhalt völlig der Selbständigkeit der Unternehmen überlassen. Da sie von den Banken als Grundlage für die Berechnung der durchzuführenden Akontation und eventueller Kreditierungen herangezogen wurden, waren die Betriebe daran interessiert, die Pläne möglichst wirklichkeitsnah zu halten. Darüber hinaus sollten sie den Arbeitern eine bessere Information über die Unternehmenspolitik verschaffen und bei der Kontrolle der Leitungsorgane helfen.

Um das Interesse des Unternehmens an der Erhöhung der Rentabilität und bedarfsgerechterer Produktion materiell zu fundieren, wurde ein Teil des erwirtschafteten Gewinns den Belegschaften zur selbständigen Verfügung überlassen. In der Regel diente er zur Aufbesserung des Lohnfonds, aber wurde nicht selten auch zu Erweiterungsinvestinionen oder Ausdehnung der Umlaufmittel verwandt, um die zukünftige Ertragslage zu verbessern. Dieser frei verfügbare Anteil nahm im Laufe der Jahre an Umfang zu und umfaßte im Jahre 1960 ca. 20 % des gesamten Gewinns.(113)

3.5.2. Struktur und Funktion der gesellschaftlichen Planung in der "sozialistischen Marktwirtschaft"

3.5.2.1. Der Charakter der gesellschaftlichen Planung als richtungsweisende Rahmenplanung

Die Gewährung operativer Autonomie an die Unternehmen und die bewußte Anerkennung ihres warenproduzierenden Charakters erforderte eine grundlegende Revision der überkommenen Planungsstruktur. Gegenüber der zentralistischen, imperativen Detailplanung des ersten FJPs galt es eine Planform zu entwickeln, die der ökonomischen Initiative der einzelnen Unternehmen weitgehenden Spielraum ließ, ohne zugleich die Bewegung der Gesamtwirtschaft dem spontanen Wirken des Wertgesetzes zu unterwerfen und damit die Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse zu verhindern. Vielmehr sollten die "Grundproportionen" der volkswirtschaftlichen Entwicklung durch eine gesamtgesellschaftliche Rahmenplanung determiniert werden. Diese bestimmte auf der Ebene der gesamten Volkswirtschaft wie für die einzelnen Wirtschaftssektoren im wesentlichen:

---

(113) Waterston, A.: Planning in Yugoslavia. Organization and Implementation; Baltimore 1962, S. 65.

Ausmaß und Richtung des wirtschaftlichen Wachstums,
Aufteilung des Volkseinkommens in Verbrauchsfonds und Akkumulation,
Art und Höhe der Investitionen, sowie für die unterentwickelten Regionen ihre geographische Verteilung.
Da die einzelnen Unternehmen im Rahmen der bestehenden Produktionskapazitäten in ihrer Produktionsplanung prinzipiell selbständig waren, sollten die Ziele des Plans weitgehend durch indirekte, "marktkonforme" Mittel realisiert werden. Hierzu wurden im Plan eine Reihe finanzpolitischer Regulative, sog. "wirtschaftliche Instrumente", aufgestellt, die gleichsam die Aktionsparameter für die laufenden Entscheidungen der einzelnen Unternehmen bildeten und diese damit tendenziell in Übereinstimmung mit den ökonomischen Erfordernissen des Plans brachten.

3.5.2.2. Die dezentralisierte Aufstellung der Gesellschaftspläne

Um das Postulat des tendenziellen Übergangs staatlicher Kompetenzen in die gesellschaftliche Selbstverwaltung zu konkretisieren, wurden das bisherige einheitliche Planungssubjekt in Form der der zentralistisch organisierten Bundesplanung zugunsten einer Pluralität von kooperierenden Planträgern aufgegeben und vielfältige Formen der Partizipation der Gesellschaft am Zustandekommen der Pläne angestrebt. Indem der Bundesgesellschaftsplan (BGP) sich auf die Grundproportionen der wirtschaftlichen Entwicklung beschränkte und von den spezifischen auf regionaler und lokaler Ebene auftauchenden Besonderheiten abstrahierte, stellten die Gesellschaftspläne auf den unteren Ebenen (Republiken, Kreise, Kommunen) mehr als bloße mechanische Ableitungen aus dem übergeordneten Plan dar. Da überdies die Anwendung der im BGP vorgesehenen "wirtschaftlichen Instrumente" weitgehend dezentralisiert war und diese z.T.- besonders auf kommunaler Ebene - modifiziert werden konnten, verfügten die einzelnen Gebietskörperschaften über eine

beträchliche Selbständigkeit bei ihrer Planaufstellung.(114) Dies galt besonders für die Kommunen, denen eine entscheidende Rolle bei der Gründung neuer Unternehmen und bei der Verteilung föderaler und sonstiger Investitionsmittel zufiel. Ihre Pläne stellten ein relativ detailliertes Aktionsprogramm für die Wirtschaft in ihrem Bereich dar, zumal ihnen die Organisation von Transportwesen, Handwerk, Handel, Wohnungsbau und öffentlichen Dienstleistungen nahezu vollständig übertragen war. Da keine strenge gesetzliche Bindung an den BGP existierte, konnten die einzelnen Pläne der Republiken und Kommunen durchaus die im BGP vorgesehenen Proportionen überschreiten, sofern sie über eigene zusätzliche Ressourcen verfügten und sich im Rahmen der allgemeinen Richtlinien bewegten.(115)
Durch die Distribution der Investitionsmittel, die zum größten Teil durch den BGP festgelegt war, wurden den möglichen Divergenzen der verschiedenen Gesellschaftspläne jedoch enge Grenzen gesetzt. Zur Stärkung des inneren Zusammenhangs der dezentralisierten Planungsinstitute und die Reihenfolge in der Verabschiedung der Pläne beitragen, dadurch daß die jeweilige endgültige Planausarbeitung auf der Grundlage der Pläne der höheren territorialen Einheiten geschah.
Um das allgemeine Interesse an den Gesellschaftsplänen zu fördern, wurde die Teilnahme der Produzenten und der verschiedenen gesellschaftlichen Organe am Planungsprozeß ausgedehnt. Die frühzeitige Diskussion der Planentwürfe in Presse und gesellschaftlichen Organisationen sowie die Beschränkung der Planungsinstitute auf rein technische und beratende Funktionen und ihre Unterordnung unter die Volksorgane sollte einer bürokratischen Absonderung des Planungsprozesses entgegenwirken. Vor allem die Aufstellung der kommunalen Pläne, die Verteilungsrichtlinien für den Gewinn der lokalen Unternehmen erließen,

---

(114) Juristisch drückte sich diese Selbständigkeit in dem Fehlen jeglicher Weisungsgewalt der übergeordneten Planungsinstitute aus. Vgl. Kubović B./Sirotković,J./Sefer, B.: Economic Planning in Yugoslavia; Belgrad 1959, S. 50.

(115) Waterston, A., a.a.O., S. 42 f.

wurde von einer intensiven Diskussion in den Betrieben und den Volksausschüssen begleitet. Der BGP, den das Bundesplanungsinstitut auf der Grundlage laufender Wirtschaftsanalysen und spezieller Untersuchungen erarbeitete(116), wurde in ständigem Kontakt mit den zuständigen Ausschüssen der Bundesversammlung und des Exekutivrats, wie unter Konsultierung der Gewerkschaften, wirtschaftlichen Vereinigungen und Kammern erstellt. Diese griffen auch häufig modifizierend in die Planvorbereitung ein, bevor die endgültige Vorlage zur Diskussion und Verabschiedung an die beiden Häuser der Volksversammlung weitergeleitet wurde. Aufgrund der geringen unmittelbaren Relevanz dieses Rahmenplans für die Produktionseinheiten ließ sich eine breite Massendidkussion jedoch nur svhwer verwirklichen.(117)

3.6. Wertform und Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse

3.6.1. Die betriebliche Orientierung auf den Tauschwert

Der mit der Dezentralisierung der Planung verbundene verstärkte Rückgriff auf die Ware-Geld-Beziehungen zur Orientierung der betrieblichen Produktion dtellte das sozialistische Unternehmen prinzipiell vor dieselbe Aufgabe wie sein kapitalistisches Pendant, die Verwertung des betrieblichen Kapitals, wenn auch das System der Arbeiterselbstverwaltung und der Einsatz gesellschaftlicher indirekter Orientierungsmittel den Kontext, in dem das sozialistische Unternehmen dieses Ziel verfolgte, maßgeblich modifizierten.(118) Vor allem durch das Recht der Belehschaft, über die Verwendung des residualen Betriebsgewinns zu entscheiden, wurde die das kapitalistische

---

(116) Als Hauptquellen dienten dem Bundesplaninstitut neben den vorläufigen Planentwürfen der unteren Ebenen Das Statistische Bundesinstitut, die Nationalbank und die Investitionsbank. Über die methodologischen Probleme bei der Ausarbeitung der Planziele durch Verwendung intersektirieller Input-output-Tabellen, globale und selektive Bilanzierung in physischen [illegible], Konfragestudien etc. vgl. [illegible]csich, G., a.a.O., S. 59 ff.

Unternehmen kennzeichnende Tendenz, den Gewinn auf Kosten der Löhne zu steigern, gebrochen, da die Gewinne nun wesentlich auch zugunsten der individuellen Einkommen maximiert wurden. Diese Verlagerung der betrieblichen Zielsetzung von der Maximierung eines privativ, unter Ausschluß der unmittelbaren Produzenten angeeigneten Profits zur Maximierung eines sämtliche betrieblichen Einkommen einschließenden Gewinns änderte jedoch nichts an der grundsätzlichen Orientierung der betrieblichen Produktion auf die Verwertung des vorgeschossenen Kapitals, auf die größtmögliche Differenz zwischen input und output der monetären Mittel.
Diese "kapitalistische" Ausrichtung der Produktion auf der Ebene der Betriebe ließ deren innere Organisation nicht unbeeinflußt, sondern übte einen permanenten Druck zur sozialen Differenzierung der betrieblichen Produktionsfunktionen aus, die letzlich auf die Restauration kapitalistischer Betriebsstrukturen hinstrebte. Die soziale Vertretung der betrieblichen Verwertungsinteressen konzentrierte sich in wachsendem Maße auf die engere Betriebsleitung, den Direktor und die leitenden Angestellten, deren relativ hoch dotierte Positionen eng an das Schicksal des Unternehmens auf dem Markt geknüpft waren. Indem ihre persönlichen Interessen sich so primär auf maximale Akkumulation und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens richteten, traten sie in einen objektiven Gegensatz zu den Interessen der unmittelbaren Produzenten, deren Forderungen sich u.a. auch auf bessere Arbeitsbedingungen und höheren Anteil am Betriebsgewinn erstreckten. Folglich versuchten die "Träger des neuen

---

(117) Schleicher, der infolge der Vielzahl der mitwirkenden Organe und insbesondere der Hinzuziehung verwaltungsfremder Personen die Mehode der Planerstellung als "gesellschaftlich" charakterisiert, hält es für möglich, "ob der Inhalt der Planung eine solche organisatorische Vielheit von Planungsträgern tatsächlich erlaubt." Schleicher, H.: Das System der betrieblichen Selbstverwaltung in Jugoslawien; Berlin 1961, S. 58 f.

(118) Zum Unterschied zwischen der Gewinnmaximierungsfunktion eines kapitalistischen Unternehmens und der Gewinnmaximierungsfunktion (oder besser Einkommensmaximierungsfunktion) eines sozialistischen Unternehmens jugoslawischen Typs vgl. Macesich, G., a.a.O., S. 132 ff.

Arbeitgeberinteresses", ihren Machtbereich auf Kosten der Arbeiterselbstverwaltung beständig auszuweiten, was ihnen - nicht zuletzt wegen des niedrigen kulturellen Niveaus der jugoslawischen Arbeiterschaft - auch häufig gelang.(119)
Die betriebliche Orientierung auf den Tauschwert tendierte nicht nur dazu, innerbetrieblich die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln zu reproduzieren und so das Ziel der Arbeiterselbstverwaltung, die Kontrolle der Produktion durch die unmittelbaren Produzenten, zu verfehlen, sondern erzeugte darüber hinaus durch die teilweise Koppelung der individuellen Einkommen an den erwirtschafteten Gewinn die beständige Möglichkeit eines Interessengegensatzes zwischen Betrieb und Gesellschaft und - vermittels der Konkurrenz - zwischen den Betriebskollektiven selbst. Vernachlässigung des Gebrauchswerts der Produkte, gezielte Warenverknappung, Preistreiberei, unloyale Konkurrenz im Ausland etc. waren durchaus übliche Auswüchse eines betriebsegoistischen Verhaltens, das ausschließlich an der Maximierung des eigenen Gewinns orientiert war. Betriebsgeheimnisse gehörten ebenso zum Alltag der sozialistischen Marktwirtschaft wie die gegenseitige Abwerbung von Fachkräften.(120) Die Kapitalintensive Struktur betrieblicher Neuinvestitionen reflektierte deutlich die mangelnde Bereitschaft von Belegschaften, ihre Gewinne mit neuen Arbeitern zu teilen, obwohl die Schaffung neuer Arbeitsplätze vorrangiges Ziel der gesellschaftlichen Entwicklungspolitik war.(121) Diese durch die

---

(119) Vgl. Schleicher, H.,a.a.O., S. 437. Eine genauere Untersuchung der innerbetrieblichen Hierarchisierung und gesellschaftlichen Arbeitsteilung wäre Aufgabe einer Analyse des Selbstverwaltungssystems. Hier soll nur der innere Zusammenhang zwischen dem Verwertungscharakter des betrieblichen Produktionsprozesses und der internen Betriebsstruktur aufgezeigt werden.

(120) Vgl. hierzu Meister, A.: Socialisme et Autogestion. L'Expérience Yougoslave; Paris 1964, S. 338 ff.

(121) Macesich meint dazu sarkastisch: "The Yugoslavs have in fact allocated their capital to the purchase of steam shovels rather than hand shovels." In gewisser Weise ausbalanciert wurde diese Tendenz durch das Interesse der Kommunen an extensivem Wirtschaftswachstum, da die Höhe ihrer Einkommen von der Summe der auf ihrem Territorium bezogenen Einkommen abhing. Nicht selten resultierten diese gegenläufigen Tendenzen in dem wenig rentablen Kompromiß, zugleich kapitalintensive Investitionen vorzunehmen und zusätzliche

Gewinnorientierung der Betriebe spontan erzeugte kapitalistische Mentalität war der Preis, den die jugoslawische Übergangsgesellschaft für die "individuelle Rentabilitätskontrolle" durch die sozialistische Warenproduktion zahlte.

3.6.2. Die Rolle des monetären Kalküls in der Gesellschaftsplanung

Obwohl die ökonomische Entwicklung der fünfziger Jahre, die eine Reihe bedeutender struktureller Verschiebungen hervorgebracht hatte, unzweideutig das Ergebnis einer nach politischen Gesichtspunkten gewichteten, bewußten Wirtschaftsplanung war, vollzog sich in derselben Zeit allmählich ein Wandel in der jugoslawischen Planung, der neben einer allgemeinen Abnahme von quantifizierten Kennziffern durch die schrittweise Expansion des monetären Kalküls und die Abkehr von der Verwendung physischer Größen in der Planaufstellung gekennzeichnet war.(122) Indem die Gesellschaftsplanung sich - analog der betrieblichen Gewinnmaximierung - zunehmend auf die bloße Maximierung monetärer Größen beschränkte, tendierte sie dazu, die politisch zu bestimmenden gesellschaftlichen Nutzeffekte der verschiedenen Produktionsalternativen zu vernachlässigen und auch makroökonomische Produktionsentscheidungen durch ausschließlich monetär bestimmte Rentabilitätsgesichtspunkte leiten zu lassen. Der Ausbau des Westtourismus wurde so ebenfalls "ökonomisch" gerechtfertigt wie die verstärkte Integration der jugoslawischen Volkswirtschaft in den kapitalistischen Weltmarkt.(123) In dieselbe Richtung zielte die These, die Planung müsse sich

---

Arbeitskräfte einzustellen, für die jedoch keine Arbeit existierte. "They have, however, added an interesting refinement to this allocation by calling in their abundant factor to stand around and watch." A.a.O., S. 156.

(122) Der dritte FJP (1961 - 1965) beendete die physische Planung. Macesich, G., a.a.O., S. 65.

(123) Beides Ziele des 3. FJPs. Zum 3. FJP vgl. Waterston, A., a.a.O., S. 100, Appendix D.

ausschließlich von der geschätzten Zusammensetzung der zukünftigen Nachfrage leiten lassen, wobei die mögliche Differenz zwischen der mit Kaufkraft ausgestatteten Nachfrage und den realen Bedürfnissen der Gesellschaft gar nicht mehr wahrgenommen wurde.(124) Die von führenden jugoslawischen Politikern geäußerte Ansicht, daß mit fortschreitender Wirtschaftsentwicklung die zentrale Kontrolle nachlassen und die Planinstrumente an Bedeutung verlieren werden, reflektierte, wie wenig nur noch von Teilen der jugoslawischen Führung die Gesellschaftsplanung als ein Prinzip der bewußten Meisterung und Transformation des sich spontan ergebenden Wirtschaftsprozesses begriffen wurde. Eine Planung, die inhaltlich vom monetären Kalkül dominiert wurde, kann letzlich nicht viel mehr leisten, als die Wirtschaftsentwicklung zu prognostizieren, die ohnehin durch das Wirken des Wertgesetzes spontan erzeugt würde. Eine solche Wirtschaftsentwicklung nicht mehr durch zentrale wirtschaftspolitische Eingriffe steuern zu wollen war nur konsequent.

Die Ausdehnung des monetären Kalküls und entsprechende Schwächung des politischen Primats in der Planaufstellung mußte diesen Prozeß auch seiner demokratischen Substanz berauben und auf eine "rein wissenschaftliche", technokratische Angelegenheit reduzieren, da die vermeintlichen ökonomischen Sachgesetzlichkeiten der demokratischen Formulierung von Interessen keinen Raum ließen. Trotz des antibürokratischen Impetus der jugoslawischen Reformen und der vielen institutionellen Ansätze zu seiner Realisierung war die Tendenz zur Abschließung eines professionellen Planungszirkels vor der demokratischen Öffentlichkeit ebenso präsent wie die Neigung, die Plandiskussion in der Volksversammlung auf eine bloße Formalität zu beschränken.(125)

(124) Diese These wurde von B. Jelić vertreten. Zit. nach Milenkovitch, D.D., a.a.O., S. 144.

(125) Sirotković, längere Zeit Mitglied des Bundesplaninstituts, schrieb 1965: "Preperation and adoption of plans were not adapted to the system of self-government, and were neither democratic enough nor public. Plans were prepared in a closed circle of professional planners, and economic policy, particularly in the field of investment, was determined on political and professional levels under the influence of individual political leaders. In the planning process there was very little room [illegible] influence of other [illegible] bodies, communes in particular, and practically no influence of enterprises. The National Assembly was not included in the planning process. When a plan proposal was submitted to the National Assembly for discussion, discussion

Ideologisch schlug sich die geringe Beachtung, die der demokratischen Weiterentwicklung und Konsolidierung der Planung geschenkt wurde, in der zunehmenden Identifizierung von Arbeiterselbstverwaltung mit betrieblicher Arbeiterselbstverwaltung nieder.

3.6.3. Die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins

Das Auftreten von Interessenwidersprüchen innerhalb des Betriebs und zwischen Betrieb und Gesellschaft wurde von jugoslawischer Seite primär auf das niedrige kulturelle Niveau und das fehlende sozialistische Bewußtsein der Produzenten zurückgeführt, die noch weitgehend mit der rückständigen und kleinbürgerlichen Mentalität des privaten Bauerntums behaftet waren. (126) "arbeiteruniversitäten", besondere Schulungskurse und vor allem die praktische Arbeit in den Selbstverwaltungsorganen sollten der Emanzipation von diesem rückständigen, der sozialistischen Entwicklung hinderlichen Denken dienen. Wenn die jugoslawische Selbstverwaltungswirklichkeit sich auch noch erheblich von der normativen Konzeption unterschied(127), so bedeutete die mehr oder weniger intensive praktische Teilnahme an den Problemen der Verwaltung auf ökonomischer und politischer Ebene doch eine Schulung der jugoslawischen Arbeiterschaft, die eine Voraussetzung für die progressive Beherrschung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses schuf. Vor allem das Rotationssystem, das eine relativ breite Streuung der Teilnahme institutionell erzwang, diente der Aktivierung der Arbeiterschaft, da die aus dem Arbeiterrat ausgeschiedenen Produzenten meistens weiterhin an der Gestaltung der Betriebspolitik teilnehmen wollten und so zu treibenden Kräften bei der Ausdehnung der Kompetenzen der Kollektive wurden.
Die Widersprüchlichkeit der Interessen war aber nicht nur subjektiv begründet in den Bewußtseinsrelikten der alten Gesellschaft, sondern hatten ihre objektive Basis in der Fortexistenz von Elementen der kapitalistischen Produktionsweise, welche der Herausbildung eines sozialistischen, solidarischen

---

was usually a mere formality and the plan was adopted without any change," Zit. nach Bombelles, J.T.,Economic Development of Communist Yugoslavia 1947 - 1964; Stanford 1968, S. 73

(126) So z.B. Salaj, zit. nach Schleicher, H., a.a.O., S. 297 f.

Bewußtseins entgegenwirkten. Die Widersprüchlichkeit der Produktionsverhältnisse, die die gesellschaftliche Planung mit der Markt- und Gewinnorientierung der Produktionseinheiten verband, reflektierte sich notwendigerweise in der Widersprüchlichkeit des Bewußtseins der Produzenten, deren Überwindung einen zähen politischen Kampf auf der Ebene des Bewußtseins und auf der Ebene der Produktionsverhältnisse erforderte. Indem die jugoslawischen Kommunisten diesen Zusammenhang - sowohl theoretisch als auch praktisch - vernachlässigten (128) und nur die Auswüchse des betriebsegoistischen Verhaltens kritisierten, ohne eine perspektive zur allmählichen Überwindung des gesamten Systems der Gewinnorientierung aufzuzeigen, verlangte ihre Kritik von den einkommensmaximierenden Produzenten nicht weniger, als sich gegen ihre eigenen ökonomischen Interessen zu verhalten. Betriebsegoismus und Lokalismus waren dem System der Konkurrenz und Gewinnorientierung nicht äußerlich, sondern immanent und wurden von ihm laufend reproduziert. Ihre Bedeutung für den sozialistischen Aufbau bestand weniger in den partiellen Verlust ökonomischer Effizienz - dieser wurde gegenüber dem administrativen Plansystem sicher durch den allgemeinen Gewinn an Elastizität und Rentabilität kompensiert - als vielmehr in der Fixierung der Produzenten auf die "privaten" Interessen des eigenen Betriebs und in der dadurch bewirkten Zerstörung des solidarischen Gesellschaftszusammenhangs.
So wie der Betriebsgewinn als materieller Anreiz die jeweiligen Produktionskollektive vereinzelte, bewirkten die Einkommensunterschiede innerhalb des Betriebs eine Interessendifferenzierung zwischen den einzelnen Produktionsgruppen und individuellen Produzenten selbst. Obwohl schon das administrative Plansystem sich dieses Mittels zur individuellen Stimulierung qualifizierterer und produktiverer Arbeitsleistungen

(127) Vgl. Schleicher, H., a.a.O., S. 457.

(128) Vereinzelt tauchte auch grundsätzlichere Kritik am System der Gewinnorientierung auf, so z.B. von M. Marinko, der bemängelt, daß das Gewinnsystem einer "kapitalistischen Mentalität" den Weg in die Selbstverwaltungsorgane geebnet habe. Zit. nach Schleicher, H., a.a.O., S. 298.

bedient hatte, kam ihm noch größere Bedeutung im neuen Wirtschaftssystem zu, das die individuelle und kollektive materielle Interessiertheit der Arbeiter ausdrücklich zum Ansporn der effizienten Verwaltung des ihnen übertragenen Gesellschaftseigentums machte.(129) Durchgesetzt wurde dieses Prinzip gegen die spontanen Interessen der jugoslawischen Arbeiterklasse, die sich in starken egalitären Bestrebungen in den ersten Jahren nach Einführung der Arbeiterselbstverwaltung manifestierten.(130) Einkommensnivellierungen, die alle individuellen Anstrengungen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und fachlichen Qualifizierung zu entmutigen schienen, riefen zahlreiche Interventionen der politischen Instanzen hervor, die auf eine größere Fächerung der Löhne nach dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit abzielten. Besonders nach 1957 setzte eine starke Bewegung zur Differenzierung der Einkommen ein, deren Nutznießer vor allem die hochqualifizierten technischen und kaufmännischen Leitungskader waren. 1960 erreichte die Lohndifferenz zwischen nicht-qualifizierten Arbeitern und dem leitenden Personal der staatlichen Betriebe ein Verhältnis von 1 zu 7, wobei die Verteilung des betrieblichen Nettogewinns und zahlreiche Vergünstigungen außerhalb des regulären Gehalts wie Auslandsreisen, Repräsentation etc. diesen Abstand noch vergrößerten.(131)

---

(129) Im Programm des Bundes der Kommunisten von 1958 heißt es: Die Arbeiterräte verwalten die Produktionsmittel im Interesse der Gesellschaftsgemeinschaft, "wobei ihnen als Ansporn die eigenen materiellen und moralisch-politischen Bestrebungen dienen ... Zu diesem Zweck (die Steigerung der Arbeitsproduktivität, G.T.) müssen sie das innere Verteilungssystem durch eine richtige Befolgung der auf dem Prinzip 'einem jeden nach der geleisteten Arbeit' aufgebauten Methoden des individuellen wie kollektiven Ansporns vervollkommnen." A.a.O., S. 208 f.

(130) Auch auf dem ersten nationalen Kongreß der Arbeiterräte 1957 wurden die egalitären Forderungen wiederaufgenommen. Vgl. Meister, A.: Socialisme ..., S. 69.

(131) Tito wies in seiner Split-Rede (1962) auf Fälle hin, in denen das höchste Gehalt das Zwanzigfache des niedrigsten betrug. Vgl. Meister, A., a.a.O., S. 358 ff.

Innerhalb der Gruppe der manuell Arbeitenden wurde die Lohndifferenzierung noch teilweise durch den hohen Anteil der Familienbeihilfen am Gesamteinkommen abgeschwächt(132), obwohl die rasch wachsenden Lohnunterschiede zwischen den verschiedenen Kategorien von Arbeitern und innerhalb einer Kategorie zwischen den individuellen Arbeitern selbst auch die unmittelbaren Produzenten in ihren Interessen zu spalten drohten. Eine gewisse einigende Kraft kam dem kollektiven Konsum eines Teils des Nettogewinns zu, der für betriebliche Sozialeinrichtungen wie Kantinen, Kindergärten, Fortbildungskurse etc. verwandt wurde.

Indem das Prinzip der materiellen Interessiertheit jedoch primär an das individuelle Bereicherungsstreben der Produzenten anknüpfte, statt sie in der Verfolgung gemeinsamer Interessen zu bestärken, vertiefte es beständig diese der sozialistischen Gesellschaft fremde Motivation. Der Herausbildung eines solidarischen, sozialistischen Verhaltens, welches sich im Kontext der individuellen oder auch kollektiven Konkurrenz und Gewinnorientierung natürlich nicht "auszahlte", wurde damit auf dieser Ebene die materielle Basis entzogen. Wachsende Kommerzialisierung sämtlicher gesellschaftlicher Aktivitäten(133) waren ebenso das Resultat dieses Prozesses wie die Entpolitisierung und Atomisierung der jugoslawischen Arbeiterklasse. Verstärkt wurde diese Tendenz durch den zunehmenden Verzicht auf massenmobilisierende Aktionen, die der Arbeiterklasse ermöglicht hätten, der drohenden Zersplitterung entgegenzuwirken und sich als historisches Subjekt zu begreifen.(134)

---

(132) Meister zitiert folgende Aufteilung des durchschnittlichen globalen Einkommens eines Vier-Personen-Arbeiterhaushalts 1954: 56,6 % Lohn, 29,3 % Familienbeihilfe und 14,1 % verschiedene Quellen (Schwarzarbeit etc.) A.a.O., S. 68.

(133) Selbst in Sozialeinrichtungen wie Krankenhäusern etc. wurde ein Prämiensystem, das das Einkommen je nach der individuell geleisteten Arbeit variierte, eingeführt. Waterston, A., a.a.O., S. 53.

(134) Der zunehmende Verzicht auf diese anfangs von der Volksfront häufig initiierten mobilisierenden Massenaktionen (Arbeitseinsätze etc.) war die Kehrseite eines wachsenden Vertrauens in die schöpferische und verändernde Kraft des Gesetzes, das den juristischen Text zur "arme principale du régime" machte. Angesichts der "pléthore de textes juridiques" kommt Meister zu dem Schluß: "L'autogestion est création de juristes bien plus création populaire ..."
[illegible]

3.7. Die Entwicklungsrichtung der jugoslawischen Gesellschaft

Eine zusammenfassende Beurteilung der dezentralisierten Planung der fünfziger Jahre, befragt nach ihrer Relevanz für die Herausbildung sozialistischer Produktionsverhältnisse muß sich dem Problem der Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung stellen. Die Aufzählung einzelner "kapitalistischer" Phänomene beweist ebenso wenig die "Restauration des Kapitalismus in Jugoslawien"(135), wie die ausschließliche Betonung der "sozialistischen Errungenschaften" Gefahr läuft, vorhandene restaurative Tendenzen zu verschleiern. Die Koexistenz kapitalistischer und sozialistischer Produktionsverhältnisse, die die Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung kennzeichnete und objektiv durch den niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte bedingt wurde, war keineswegs nur der jugoslawischen Übergangsgesellschaft eigentümlich, obgleich sie hier andere Formen annahm als in den Volkswirtschaften sowjetischen Typs. Die Dezentralisierung der Produktionsentscheidungen legte in Jugoslawien Widersprüche bloß, die auch im administrativen Plansystem sowjetischen Typs bestanden und nur mühsam in ihren direkten Äußerungsformen unterdrückt werden konnten. Der Anspruch der hochzentralisierten administrativen Planung, die gesellschaftliche Reproduktion im staatlichen Sektor vollständig zu beherrschen, wurde durch die vielfältigen indirekten Methoden, auf betrieblicher Ebene die Wirtschaftspläne zu unterlaufen(136), als Illusion entlarvt und

---

(135) Dies ist im wesentlichen die Methode einer wenig überzeugenden Kritik der chinesischen Kommunisten, die noch 1959 der Meinung waren, daß die Kominform-Resolution von 1948 grundsätzlich richtig war. Vgl.: Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat? Dritter Kommentar zum offenen Brief des ZK der KPdSU (26. September 1963), in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung; Oberbaum-Verlag, Berlin 1971, S. 157-206.

(136) Beispiele für solche Methoden werden aufgezählt bei Strotmann, P. (Hrsg.): Zur Kritik der Sowjetökonomie. Eine Diskussion marxistischer Ökonomen des Westens über die Wirtschaftsreformen in den Ländern Osteuropas; Berlin 1969, Vorwort, S. 16 ff.

mußte mit der Aufblähung eines repressiven, bürokratischen Apparats bezahlt werden, der sich zunehmend gegenüber den Interessen der Arbeiterklasse verselbständigte.
Die Dezentralisierung der Planung und der partielle Rückgriff auf Marktmechanismen in Jugoslawien waren demgegenüber nicht nur wegen der ökonomischen Effizienz, die das neue Wirtschaftssystem bewies, gerechtfertigt, sondern vor allem durch die Mitwirkungsmöglichkeit, die es den unmittelbaren Produzenten bei der Organisation der Produktion eröffnete. Insofern konnte die jugoslawische Wirtschaftsstrategie als eine adäquatere Reaktion auf den niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte gelten als das überzentralisierte stalinistische Plansystem. Wie die Wirtschaftsentwicklung in den fünfziger Jahren bewies, war es durchaus möglich, durch die zurückgehaltenen zentralisierten Funktionen die globale Entwicklungsrichtung der Gesamtwirtschaft gesellschaftlich zu regulieren und tiefgreifende Transformationen in der Struktur der Produktivkräfte durchzuführen. Damit erfüllte Jugoslawien die vom polnischen Ökonom Lange aufgestellten Minimalerfordernisse der sozialistischen Planung, die Determinierung der Investitionsraten und die Verteilung der Investitionen unter die größeren Sektoren der Wirtschaft.(137)

---

(137) Während O. Lange sich vor dem 2. Weltkrieg noch mit der Festlegung der Investitionsrate begnügte, überzeugte ihn die praktische Erfahrung des sozialistischen Aufbaus in Polen von der Notwendigkeit, auch die Entwicklungsrichtung der Wirtschaft a priori durch den Plan zu determinieren. Die minimalen Erfordernisse der sozialistischen Planung wurden nun bestimmt als: "First, the division of national income between accumulation and consumption. Second, the distribution of investments among different branches of the economy. The first determines the general rates of economic growth, the second determines the direction of development ... This is therefore the minimum requirement of the plan." Lange, O.: The Political Economy of Socialism, Den Haag 1958, S. 20 f.

Die bewußte Anerkennung des Warencharakters der Produktion und der Verzicht auf detaillierte zentrale Produktionsplananung, die auf Grund des niedrigen Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte in Jugoslawien hätte weder wirtschaftlich effizient noch vor allem demokratisch durchgeführt werden können, bedeuteten deshalb keineswegs, daß die wirtschaftliche Entwicklung vollständig der Kontrolle der Produzenten entzogen und dem spontanen uneingeschränkten Wirken des Wertgesetzes unterworfen war, sondern begründeten eine gemischte gesellschaftliche Produktionsstruktur, die weiterhin durch die tendenzielle Vorherrschaft der sozialistischen Elemente gekennzeichnet war. Wie auf der Ebene der Volkswirtschaft die gesellschaftliche Planung den anarchischen Charakter der Warenproduktion zu überwinden suchte, wurde auf der Ebene der Produktionseinheiten durch die Arbeiterselbstverwaltung tendenziell die kapitalistische Unternehmensstruktur destruiert. Die Existenz der kapitalistischen Elemente stellte jedoch eine permanente Bedrohung der sozialistischen Entwicklung dar und begründete durch ihre expansive Tendenz die objektive Möglichkeit einer Restauration der kapitalistischen Produktionsweise. Das Vordringen der Wertform auf allen Ebenen der Gesellschaft, das durch die Wirtschaftsreformen ermöglicht wurde, bedeutete nicht nur die Beseitigung inadäquater bürokratischer Reglementierungen in der Leitung der Ökonomie, sondern zog auch eine Zersetzung bereits realisierter sozialistischer Produktionsverhältnisse nach sich. Dies galt besonders für das Gewinnverteilungssystem, das dadurch, daß es den Profit des Unternehmens als Entlohnungsmaßstab für die dort geleistete Arbeit setzte, eine Reihe von Widersprüchen in das sozialistische Unternehmen hineintrug. Indem es das Interesse der Produzenten auf die Maximierung des Profits statt auf die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse ausrichtete, entzog es der Herstellung eines sozialistischen Gesellschaftszusammenhangs die materielle Basis.
Obwohl die analysierten restaurativen Tendenzen den sozialistischen Aufbau in Jugoslawien ernsthaft gefährden konnten, zumal die gescheiterte Kollektivierungspolitik auf dem Lande, die starke Abhängigkeit Jugoslawiens vom Weltmarkt und die latenten nationalen Animositäten im Vielvölkerstaat diese

Aufgabe zusätzlich erschwerten, ist es nach Meinung des Verfassers verfehlt, bereits für die fünfziger Jahre aus dem Vorhandensein dieser Tendenzen eine eindeutige Bewegung der jugoslawischen Gesellschaft auf den Kapitalismus hin zu folgern oder gar die Restauration des Kapitalismus als einen im Kern abgeschlossenen Prozeß zu betrachten (138), die meist auf einer unreflektierten Extrapolation aus der späteren Entwicklung der jugoslawischen Gesellschaft und einer falschen Identifizierung von sozialistischer Planung mit der zentralisierten Planung sowjetischen Typs beruht, verkennt gerade den widersprüchlichen Charakter der Übergangsökonomie, die einen notwendigen Kompromiß zwischen sozialistischen und kapitalistischen Elementen darstellt. Die Widersprüchlichkeit dieses Kompromisses, der in Jugoslawien in anderer Form eingegangen wurde als in der Sowjetunion, zwang den Produktionsverhältnissen einen vorläufigen und instabilen Charakter auf, der sich in einer Reihe dysfunktionaler, konfligierender Prozesse äußerte. Da die Überwindung dieser Dysfunktionalitäten, die durch das Zusammenwirken gegensätzlicher Strukturen mit jeweils eigener Funktionalität erzeugt wurde, prinzipiell durch die Stärkung der kapitalistischen wie der sozialistischen Elemente geleistet werden konnte, war die weitere Entwicklung der jugoslawischen Ökonomie nicht nur durch die bestehende Struktur der Produktionsverhältnisse determiniert, sondern wesentlich von der politischen Behandlung der Widersprüche abhängig. Während die kapitalistischen Produktionsverhältnisse die dynamische Tendenz entfalteten, sich spontan und expansiv zu reproduzieren, mußte die Stärkung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die auf eine radikale Transformation der überkommenen Strukturen abzielte,

---

(138) Implizit liegt diese Argumentation meist dann vor, wenn die jugoslawische Wirtschaftsentwicklung nach dem Kominform-Konflikt als ein relativ gradliniger und kontinuierlicher Prozeß dargestellt wird, dessen Inhalt die "Abkehr von der Planung" ist. Das dezentralisierte Plansystem der fünfziger Jahre hat dann in der Regel nur den Stellenwert einer unvollkommenen Vorform oder logischen Vorstufe des durch die Reformen von 1961 und 1965 begründeten marktwirtschaftlichen Systems. Diese Kritik gilt insbesondere

sich über die bewußte Vermittlung der Politik vollziehen. Die Frage nach der Entwicklungsrichtung der jugoslawischen Gesellschaft ist deshalb primär eine Frage nach der Politik der führenden politischen Kraft, des Bundes der Kommunisten. Wie wenig die Entwicklung der jugoslawischen Gesellschaft sich naturwüchsig vollzog, sondern das Ergebnis eines ideologischen und politischen Kampfes war, zeigt die erbitterte Auseinandersetzung, die Anfang der sechziger Jahre um den weiteren Kurs der Wirtschaftspolitik geführt wurde.

3.8. Die Wirtschaftsreform von 1965

Die Wirtschaftsreform vom Juli 1965, für deren Dirchführung mehrere Jahre vorgesehen wurden, begann mit einer Reihe außenwirtschaftlicher Maßnahmen, die die jugoslawische Wirtschaft stärker in die Weltwirtschaft und in die internationale Arbeitsteilung integrieren sollten. Die hiervon ausgehenden Impulse waren u.a. dazu gedacht, bei der Neuordnung der Preisverhältnisse behilflich zu sein, die auf eine prinzipiell marktbestimmte Preisbildung und die Anpassung des jugoslawischen Preisniveaus an die Weltmarktpreise abzielte. Diesem Zweck dienten auch die Vereinheitlichung der Umsatzsteuer und der generelle Abbau von staatlichen Subventionen, dem auch die

---

dem Aufsatz von Costas, P./Schulz zur Wiesch, J./Stein, E. Jugoslawien auf dem 'Dritten Weg' - zum Kapitalismus, in: Sozialistische Politik, 2. Jg. (1970), Nr. 9, S. 1-58, aber auch - unter anderen Vorzeichen - den meisten bürgerlichen Darstellungen wie z.B. Dobias, der die 1961 eingeleiteten Liberalisierungsmaßnahmen als "konsequente Fortführung des 1950 und 1952 eingeschlagenen Wegs" bezeichnet. A.a.O., S. 12.

rudimentären Ansätze einer unentgeltlichen Verteilung bei Gütern des täglichen Massenbedarfs zum Opfer fielen.
Das derart reorganisierte Preissystem sollte die Grundlage für die ökonomischen Entscheidungen der Unternehmen und für das unbeschränkte Wirken des Marktmechanismus bei der Regelung der Wirtschaftsprozesse bilden. Letzteres wurde vor allem durch eine radikale Neuverteilung des Volkseinkommens zugunsten der wirtschaftlichen Unternehmen gesichert, die nun über 71% des Nettoprodukts selbständig verfügten, während der Anteil der Gebietskörperschaften (Budgets und Fonds) auf 29% gesenkt wurde.(139) Durch rigorose Kürzungen der Einkommenbesteuerung(140), der Beiträge für die Sozialversicherung und der Verzinsung der von den Unternehmen verwalteten Grund- und Umlaufmittel wurden die finanziellen Verpflichtungen der Betriebe gegenüber den Gebietskörperschaften in einem Ausmaß vermindert, daß die Wirtschaftsunternehmen nun als die Hauptträger der erweiterten Reproduktion fungierten und ihre Investitionen überwiegend selbst bestimmen und finanzieren konnten. Die Auflösung des Allgemeinen Investitionsfonds des Bundes war bereits im Jahr 1964 erfolgt.
Um eine größere Mobilität des Kapitals zu gewährleisten, das ja nicht notwendigerweise am Ort seiner Entstehung die besten Verwertungsmöglichkeiten fand, wurde der Bankenapparat umgestaltet und den Erfordernissen des neuen Wirtschaftssystems angepaßt. Die Kreditvergabe der von der direkten Einflußnahme der staatlichen Organe befreiten Geschäftsbanken geschah grundsätzlich nach marktwirtschaftlichen Prinzipien, wobei die Bank jedoch die durch die Gesellschaftspläne festgelegten Richtlinien der Geld- und Kreditpolitik zu befolgen hatte. Gespeist wurden die Kreditfonds der Banken aus den Einlagen der Unternehmen und Gebietskörperschaften,

---

(139) B. Krajger: Die neuen Wirtschaftsmaßnahmen; in: Die Wirtschaftsreform in Jugoslawien, S. 88.
(140) Vgl. G. Lemân: Neue Entwicklungen im Jugoslawischen System der Einkommensverteilung; in: Osteuropa-Wirtschaft, 14. Jg., 1969, S. 262-276.

der Ausgabe von Obligationen und Schatzanweisungen und sonstigen eigenen Einkünften der Geschäftsbanken. Die Unternehmen konnten jedoch auch direkt ohne Vermittlung der Banken anderen Unternehmen Kredite gewähren.(141) Mit der Abschaffung der standardisierten Lohnsätze wurde die Bemessung der persönlichen Einkommen der Produzenten im neuen System vollständig an den finanziellen Erfolg des Unternehmens geknüpft und den Betriebskollektiven zur selbständigen Entscheidung überlassen. Allerdings sollten Lohnerhöhungen strikt an die Steigerung der Arbeitsproduktivität gebunden sein.

1. Die Bedeutung der Wirtschaftsreform für die gesellschaftliche Planung

Indem der mittelfristige Gesellschaftsplan für 1966-70 den Anteil der von den Unternehmen frei verfügten Investitionsmittel auf rund 70% der Gesamtinvestitionen veranschlagte(142), konnte von einer Festlegung der "grundlegenden Relationen in der Verteilung des Nationaleinkommens" durch den Bundesgesellschaftsplan, wie die Planungsthesen von 1966 postulierten(143), nicht mehr die Rede sein. Mit dem größten Teil der erwiterten Reproduktion waren zugleich Volumen und Struktur des volkswirtschaftlichen Wachstums dem Einflußbereich der gesellschaftlichen Planung entzogen. Der Plan war damit weniger Lenkungsinstrument der Wirtschaft als eine Art wissenschaftliche Antizipation der voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung, eine "Marktanalyse im volkswirtschaftlichen Maßstab"(144). Der eher prognostische Charakter des Gesellschaftsplans wurde durch die vorsichtige Formulierung

(141) Die Auflage, daß die Zinseinkommen hieraus ausschließlich zur Reinvestition verwandt werden durften, war natürlich leicht zu umgehen.
(142) Vgl. "Le Plan Quinquennal Yougoslave 1966-70, Notes et Études Documentaires, Nr. 3369, hrsg. vom Sécrétariat Général du Gouvernement, Paris 1967.
(143) P. Dobias, a.a.O., S. 36.
(144) So die Charakterisierung der Planification Française durch P. Massé. Zit. nach Dobias, a.a.O., S. 68.

der quantitativen Planziele unterstrichen, die nicht mehr geplant oder vorgesehen, sondern mit denen gerechnet wurde. Die auf die allgemeinen Planziele verpflichtete Bundespolitik war in dem durch die Wirtschaftsreform konstituierten Marktsystem primär dazu aufgerufen, optimale Bedingungen für einen normalen, störungsfreien Ablauf der Wirtschaftsprozesse zu gewährleisten. Abgesehen von der als bloße Übergangsmaßnahme deklarierten administrativen Fixierung eines großen Teils der industriellen Preise erschöpfte sich die Wirtschaftslenkung des Bundes hierbei im wesentlichen in der Regulierung des Geld- und Kreditvolumens über die Rediskont- und Mindestreservenpolitik. Die präferentielle Festsetzung der Zinssätze nach Art, Verwendungszweck und Nutznießer(unterentwickelte Regionen) diente zwar weiterhin zur Beeinflußung der Investitionsstruktur, wurde jedoch in viel geringerem Umfang als früher praktiziert und als letzlich dem Wirtschaftssystem nicht konform betrachtet. Die gesellschaftlichen Interventionen, so häufig sie in den kommenden Jahren noch vorkamen, waren indessen weniger der Ausdruck einer vorausschauenden bewußten Planung als unmittelbare Reaktionen auf unvorhergesehene Engpässe und Gleichgewichtsstörungen der Wirtschaftsentwicklung. "Die wirtschaftlichen Instrumente haben in der Mehrzahl keinen präventiven Charakter, sondern werden unter dem Druck der bestehenden Verhältnisse eingeführt und nicht primär, um unerwünschte Entwicklungen zu vermeiden."(145) Angesichts der umfangreichen Dezentralisierung der Wirtschaftsentscheidungen muß jedoch auch die Fähigkeit der gesellschaftlichen Organe, einen störungsfreien und gleichgewichtigen Ablauf der Wirtschaftsprozesse zu garantieren oder auch nur die sich spontan vollziehende Wirtschaftsentwicklung exakt zu prognostizieren, in Zweifel gezogen werden.

(145) G. Lemân: Die Planung der Wirtschaftsprozesse in Jugoslawien. Unveröffentl. Manuskript, S. 102.

Die instabile Entwicklung der jugoslawischen Wirtschaft nach der Reform und das Auseinanderklaffen von tatsächlich realisierten und im Plan antizipierten Wirtschaftsergebnissen bestätigte dann auch die Ohnmacht der gesellschaftlichen Organe gegenüber dem spontanen Wirtschaftsablauf. 1967 wurde das Wirtschaftswachstum von einer massiven Resession betroffen mit einem leichten absoluten Rückgang der industriellen Produktion.(146)
Auch die Preisentwicklung glitt den gesellschaftlichen Organen aus der Hand und zwang sie entgegen der intendierten Liberalisierung, zur Eindämmung der Inflation immmer mehr Kategorien von Preisen administrativ einzufrieren.(147) 1968 mußte schließlich der Fünfjahresplan in verschiedenen Punkten revidiert werden.
In den Organen der gesellschaftlichen Willensbildung führte die relative Funktionslosigkeit der Planung zu einer allgemeinen Krise der Mitgliedschaft, die sich in wachsender Apathie und Desinteresse an gesellschaftspolitischen Fragen äußerte. Dies galt insbesondere für die Grundorganisationen des BdKJ und die Kommunen, denen die Reform fast alle ökonomischen Kompetenzen genommen hatte.(148)

3.8.2. Auswirkungen der Wirtschaftsreform auf die sozialistischen Gesellschaftsbeziehungen

Die durch die Reform verstärkte Stellung der Betriebe im Wirtschaftsprozeß beinhaltete nicht nur eine weitere Übertragung gesellschaftlicher Eigentumsrechte bezüglich der Verwaltung des Produktivvermögens auf die Betriebskollektive,

(146) Vgl. OECD, Economic Survey, Yugoslavia:1969, S. 16.
(147) Vgl. G. Lemâñ: Die Preisentwicklung in Jugoslawien nach der Wirtschaftsreform; in: Osteuropa-Wirtschaft, 13Jg. 1968, S. 50-60.
(148) Vgl. Meister, A.: Où va ..., S. 190 f.

sondern setzte diese darüber hinaus imstande, sich individuell materielle Vorteile aus der Nutzung des gesellschaftlichen Eigentums anzueignen. Die Höhe des auf die einzelnen Betriebe entfallenden Gewinns war nämlich nicht allein vom produktiven Beitrag der Kollektive abhängig, sondern wurde wesentlich durch die Kapitalausstattung der Betriebe determiniert. Ein Teil des erzielten Gewinns war in Wirklichkeit ein indirekter Zinsenertrag des gesellschaftlichen Kapitals, das dem Unternehmen zur wirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung gestellt wurde. Andere Faktoren wie unterschiedliche Grade der Monopolprotektion, Standortvorteile etc. sorgten ebenfalls dafür, daß das Gesellschaftsprodukt selbst bei gleicher Arbeitsleistung ungleich verteilt wurde.(149)Durch die Beseitigung der Gewinnbesteuerung und die geringe effektive Verzinsung des von den Betrieben genutzten gesellschaftlichen Produktivkapitals(150), dessen gänzliche abschaffung man ernsthaft erwog, wurde somit ein exklusives Recht einzelner Gruppen auf Einkommen aus dem Gesellschaftseigentum konstituiert. Die Einnahmen aus dem gesellschaftlichen Eigentum flossen ausschließlich den Betriebsangehörigen zu, ohne daß diese nennenswerte Verpflichtungen gegenüber schlecht bezahlten, betriebsfremden oder arbeitslosen Arbeitern hatten, denen der Zugang zu solchem Eigentum verwehrt war. Obwohl die Produktionsmittel nominell Eigentum der Gesellschaft blieben, entsprachen die Rechte der Betriebsangehörigen damit de facto privatem Besitzrecht, das zwar nicht von einzelnen, aber von exklusiven Gruppen ausgeübt wurde.

Ihren sinnfälligsten Ausdruck fand die Redistribution gesellschaftlicher Eigentumsrechte in der Legalisierung des Zinseinkommens, das die Unternehmen durch das Ausleihen von Kapital, d.h. letzlich des ihnen zur treuhänderischen Verwaltung

(149) Vgl. Milenkovitch, D.D., a.a.O., S. 265.
(150) Vgl. Milenkovitch, D.D. a.a.O., S. 298.

übertragenen Gesellschaftseigentums, bezogen. Neben einer Teilnahme am Gewinn erwarb sich das kapitalgebende Unternehmen gleichzeitig das Recht, die Geschäftspolitik des kreditnehmenden Betriebs über die Bildung eines gemeinsamen Geschäftsausschusses mitzubestimmen, auf den durch den "Kooperationsvertrag" bestimmte Funktionen des Arbeiterrats und des Verwaltungsausschusses übertragen werden konnten. Eine ähnliche Regelung galt für die Einlagen der Unternehmen bei den Geschäftsbanken. Die Maßnahmen zur Herstellung einer größeren Kapitalmobilität erwiesen sich somit obendrein als ein Instrument, die Arbeiterselbstverwaltung auch auf der Ebene des Betriebs auszuhöhlen. Die Möglichkeit zu einer allgemeinen Einschränkung der den Arbeitskollektiven übertragenen Eigentumsrechte wurde im Dezember 1968 durch eine Verfassungsänderung legalisiert, die es den Unternehmen selbst überließ, die Organisationsformen zu schaffen, in denen die Arbeitskollektive ihre Selbstverwaltungsfunktionen wahrnahmen.(151) Auf der Grundlage dieser Regelung wurde in vielen Betrieben der Verwaltungsausschuß der Arbeitervertreter durch einen sog. Geschäftsausschuß ersetzt, dem in der Regel der Direktor, die leitenden Angestellten des Betriebs sowie vom Direktor vorgeschlagene Fachkräfte angehörten. Eine ganze Reihe von Funktionen, die ursprünglich dem Arbeiterrat zugeordnet waren, wurden nun auf diesen Geschäftsausschuß übertragen, der sich kaum von einem Management-Board kapitalistischen Typs unterschied.(152) Diese Renaissance eines professionellen Managements, das über die Verwendung der Produktionsmittel verfügte, war das Resultat einer permanenten Verstärkung der kapitalistischen Unternehmensfunktionen, die die lebendige Arbeit zunehmend dem dominierenden Produktionszweck, der maximalen Verwertung des betrieblichen Kapitals, unterwarf.

(151) Vgl. Lemân, G.: Eine wichtige Änderung der Selbstverwaltung in den jugoslawischen Betrieben; in: Osteuropa-Wirtschaft, 15. Jg., 1970, S. 47 f.

(152) Vgl. Dusam Bilandzić: Arbeitsteilung und Selbstverwaltung im Betrieb; in: Socialist Thought and Practice, Nr. 28, 1967, S. 39-46.

Der mit der Aufhebung der standardisierten Lohnsätze und der Einschränkung der Unternehmensbesteuerung verbundene weitgehende Verzicht auf gesellschaftliche Umverteilung des Volkseinkommens mußte die bis dahin noch teilweise zurückgestaute Differenzierung der Einkommen verstärken und die Ungleichheit der sozialen Lebensbedingungen innerhalb der jugoslawischen Gesellschaft vertiefen. Dies galt nicht nur für die innerbetriebliche Einkommensverteilung, wobei es dem Management bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten immer wieder gelang, Lohnverringerungen auf die Produktionsarbeiter abzuwälzen(153), sondern auch für die Entwicklung der persönlichen Einkommen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen. Aber auch innerhalb einer Branche variierten die für die gleiche Arbeit gezahlten Löhne sehr stark je nach der Marktposition des einzelnen Unternehmens. Auch die regionalen Einkommensunterschiede zeigten in den sechziger Jahren eine deutliche Tendenz, sich zu verbreitern. Die erhöhte Einkommensdifferenz mußte innerhalb der liberalisierten Marktwirtschaft zur Folge haben, daß die ganze industrielle Struktur sich auf die ungleiche Verteilung der Einkommen ausrichtete, d.h. konkret, daß Luxusgüter produziert wurden, ehe noch die Bedürfnisse der ärmeren Massen nach lebensnotwendigen Gütern befriedigt waren, da diese auf dem Markt nicht als bedeutende Nachfrage wirksam werden konnten.

---

(153) Lemân,C.: Ungelöste Fragen im jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung.(Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 37); Köln 1969, S. 69 f.

4. Das neue Ökonomische System der DDR

4.1. Die Diskussionen am Institut für Wirtschaftswissenschaften

Die auf dem XX. Parteitag der KPdSU beschlossene Tolerierung vielfältiger Formen beim Übergang zum Sozialismus initierte in allen Ländern Osteuropas und in China Diskussionen über einen adäquaten Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft und damit auch der Gesellschaft. In Polen und Ungarn kam es zu Revolten gegen den verfestigten Bürokratismus, in deren Verlauf sich sogar Rätekonzeptionen vorübergehend durchsetzen konnten. (154) Der Rätegedanke hat in jeder Arbeiterrevolution eine Rolle gespielt. Hinzu kam die für die genannte Situation entscheidende Tatsache, daß Jugoslawien eine Spielart der Arbeiterselbstverwaltung verwirklicht hatte. (155)

Bisher war in der DDR der Wirtschaftsprozeß zentral geplant und auf die Einheitsperiode eines Kalenderjahres bezogen worden. Die Betriebe erhielten von der Zentrale in Form von Haupt- und Nebenkennziffern die Auflagen für die Ausarbeitung ihrer Planvorschläge, mit denen eine Steigerung der betrieblichen Leistung gegenüber der Vorperiode verlangt wurde. Die Bruttoproduktion, an der der Grad der Planerfüllung gemessen wurde, war eine Hauptkennziffer, die die Hauptauflage zur Leistungssteigerung enthielt. Die Betriebe erhielten Prämien, deren Höhe vom Grad der Planerfüllung abhängig war, damit richtete man das materielle Erfolgsinteresse der Betriebsleiter

---

(154) Vgl. Adolf Strumthal, Workers Council. A Study of Workplace Organisation on both sides of the Iron Curtain, Cambridge Mass. 1964, S. 125.

(155) Fritz, René Allemann, "Sowjets" beim Wort genommen. Die Wiedergeburt der Räte aus der Revolution, in: Der Monat, Heft 100, Jan. 1957, S. 24-27

auf die Erwirtschaftung von Prämien. Das Prämieninteresse der Beschäftigten war um so schwerer zu realisieren, je größer die in den Planauflagen enthaltenen Anforderungen zu Leistungssteigerungen waren. Deswegen waren diese daran interessiert, Planvorschläge auszuarbeiten und sich genehmigen zu lassen, die leicht erfüllbar waren. Die formale Identität der Interessen der politischen Führung, der Beschäftigten und Funktionäre an der Planerfüllung erwies sich in der Praxis als ein Widerspruch, der sich in Bestrebungen zu weichen Plänen und starke Tendenzen zur Unwirtschaftlichkeit manifestierte. Reformen der Systeme zentraler Planung, Leitung und Kontrolle mußten also daraufhinarbeiten, die in dieser Konstellation verursachte Pervertierung der betrieblichen Erfolgsinteressen zu beseitigen.

Unter der Folie dieses historischen Kontextes müssen auch die Diskussionen über die Wiederbelebung ökonomischer Theorien und über die Arbeiterselbstorganisation in der DDR gesehen werden. Für die DDR lassen sich in den Diskussionen um ein neues ökonomisches Modell zu diesem Zeitpunkt zwei Gruppen innerhalb der Reformtheoretiker unterscheiden, die freilich nicht sehr glücklich als "Gemäßigte" und "Extremisten" bezeichnet werden.

4.1.1. Die Vorschläge von Günter Kohlmey

Den "Gemäßigten", vertreten etwa durch den Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Günter Kohlmey, ging es im wesentlichen um Realisierung eines wissenschaftlich begründeten Systems richtiger zentraler und dezentralisierter Leitung der sozialistischen Wirtschaft, das die Wirkung ökonomischer Gesetze garantieren sollte.

Kohlmey kritisierte das stalinistische Planungsmodell insbesondere wegen seiner Konzentration der Entscheidungsgremien im Staatsapparat und wegen jener Konzeption, wonach Banken als Teil dieses Apparates gesehen werden. Nach Meinung Kohlmeys sind Banken konstitutiv für die ökonomische Basis und nur in beschränktem Maße Teil des Überbaus; sie sind ökonomische Organe und nicht Glied einer administrativen Behörde. (150 Grundlage der Beziehungen zwischen der Bank und dem Betrieb sind nach Kohlmey die Verträge und die Kreditvereinbarungen, die die Bank und der Betrieb bereits bei der Ausarbeitung der Planangebote treffen. Mit den neuen Prinzipien der Kreditpolitik sollte das Ziel verfolgt werden, die Finanzbeziehungen zwischen den Betrieben und der Bank in solche ökonomischen Beziehungen umzuwandeln, daß die Bank für ihre finanziellen Mittel im Betrieb einen hohen Nutzeffekt verlangen kann. Da Kreditverträge auf der Grundlage der staatlichen Aufgaben abgeschlossen werden, geht es konkret darum, mit Hilfe des ökonomischen Hebels Kredit die Strukturpolitik durchzusetzen.

Auch Kohlmey forderte die Ermöglichung der Masseninitiative, Zurückdrängung des Staatsapparates in Wirtschaftsfragen und stärkere Selbständigkeit der Unternehmen. Die

---

(150 Vgl. Günter Kohlmey, Einige Fragen der planmäßigen Ausnutzung der Wertformen und des Wertgesetzes in der Periode des Übergangs zum Sozialismus, in: Wirtschaftswissenschaften, Heft 3/1956, S. 454 und nach der Arbeitskonferenz der Finanzwirtschaftler, in: Bulletin "Geld Kredit", Heft 3/56, S. 185

Zentralisierung der Wirtschaftsführung müsse proportional der Stärkung des Sozialismus abgebaut werden, denn schließlich wäre sie verursacht durch die Niederhaltung restaurativer Kräfte. (157) Insgesamt gesehen gehen die Intentionen Kohlmeys nicht über die der heutigen Theoretiker des NÖS hinaus; teilweise sind sie, wie noch zu zeigen sein wird, bereits in die Praxis umgesetzt.

4.1.2. Die Vorstellungen von Fritz Behrens und Arne Benary

Sehr viel weitergehend waren die veröffentlichten Vorstellungen der "Extremisten", die allgemein mit den Namen Behrens und Benary verbunden werden.

Fritz Behrens, zu diesem Zeitpunkt Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und sein Mitarbeiter Arne Benary setzten sich nicht nur mit den Mängeln der Wirtschaftsadministration auseinander und konzipierten neue Planungsmodelle, sie forderten außerdem eine am jugoslawischen Vorbild orientierte Ersetzung wirtschaftlich-organisatorischer Staatsfunktionen durch eine Selbstverwaltung der Wirtschaft. Auf die Vorstellungen Behrens und Benarys soll hier näher eingegangen werden, weil sie heute - nach mehr als zehn Jahren - in den Diskussionen in der DDR wieder eine, wenn auch keine zentrale Rolle spielen.

Primär richtete sich Behrens' Kritik nicht gegen Unangemessenheit zentraler Planung, sondern dagegen, daß die administrative Leitung der Wirtschaft der Initiative

---

(157) Vgl. Einheit, Heft 9/1956, S. 897

und Mitarbeit der Massen hemmend entgegenstehe. (158) Wie Kohlmey ist Behrens der Ansicht, daß mit der Festigung sozialistischer Produktionsverhältnisse und der Ausschaltung und Niederhaltung restaurativer Kräfte ein Abbau staatlicher Zwangsgewalt erfolgen müsse. Doch bei dieser Feststellung bleibt er nicht stehen, sondern er fordert darüber hinaus: die Transformation der Wirtschaftsleitung in die Selbstverwaltung der Wirtschaft durch die "Werktätigen" müsse diesen Prozeß begleiten. Die Aufrechterhaltung des Staates und seine umfassende Kontrolle auch privatester Angelegenheiten kennzeichnet Behrens als "preußisch", sozialistischen Prinzipien geradezu entgegenstehend. (159) Spontaneität und Bewußtsein begreift er wie auch Benary als eine dialektische Einheit und nicht als unvermittelbare Gegensätze. Partei und sinnvolle, realistische Planung hätten demnach die Aufgabe, der Spontaneität der Massen als Korrektiv gegenüberzustehen. Hier wird das in der bis dahin - mit Ausnahme Jugoslawiens - üblichen sozialistischen Praxis monokausale Verhältnis: Partei und Massentätigkeit in Frage gestellt. Der Bezug auf Rosa Luxemburgs Parteitheorie scheint offenbar. (160) Masseninitiative und Selbstverwaltung sind für Behrens Mittel zur Bekämpfung des bürokratischen Zentralismus. (161)

---

(158) Vgl. Fritz Behrens, Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaften, 3. Sonderheft 1957, S. 109

(159) Vgl. ebenda, S. 125 u. 130

(160) Vgl. Rosa Luxemburg, Geknickte Hoffnungen, Berlin 1903, in: Gegen den Reformismus, Gesammelte Werke, Bd. 3, hrsg. v. Paul Fröhlich, Berlin 1925, S. 201.

(161) Vgl. Fritz Behrens, ebenda, S. 130 f.

In wirtschaftlich-technischer Hinsicht fordert Behrens die Beschränkung des Planes auf prinzipielle Aufgaben (Hauptkennziffern zur Festlegung der Entwicklungsrichtung). Damit verbunden ist die Methodenauswahl durch die Betriebe unter permanenter Beteiligung der unmittelbaren Produzenten. Für die Beurteilung der Betriebsleistungen sei deren "Rentabilität" maßgebend. Unter der Bedingung der Kohärenz der Unternehmenspläne sollte das Planungsorgan die Unternehmen ihre Pläne selbst ausarbeiten lassen, wobei die Maximierung der Gewinne das Erfolgskriterium sein sollte. In diesem Fall übernimmt das Geld die Funktion der Kontrolle. Die Modalität der Kontrolle des Staates über die Aktivität der Unternehmen ist die Prüfung ihrer finanziellen Ergebnisse. Der Betriebsgewinn müsse aufgeteilt werden in: 1. Staatsabgaben zur Verwendung für gesellschaftliche Zwecke und 2. in Mittel zur Geldakkumulation für den Betrieb selbst.(162) Des weiteren sollten den einzelnen Betrieben Bankkredite zur Verfügung gestellt werden, die an die Stelle staatlicher Investitionsmittel treten, um eine Betriebsdetailplanung zu ermöglichen.

Schon Behrens benutzte den Begriff der "ökonomischen Hebel", ein heute stets gebrauchter Sammelbegriff. Aufgabe des Staates sollte es sein, dieses System ökonomischer Hebel (Preise, Kredit, Lohn u.ä.) anzuwenden, um wirtschaftliche Aktivitäten zu beeinflussen und zu lenken.

Benary versuchte diese notwendigen Aufgaben des Staates zur Ausnutzung ökonomischer Stimuli philosophisch zu untermauern, indem er Lukacs' Spontaneitätstheorie reflektiert. Er kam zu dem Schluß, daß planmäßige Wirtschaftsführung ihren Ausdruck in der bewußten Lenkung der Spon-

---

(162) vgl. ebenda, S. 132 f.

taneität finden müsse. (163)

In seiner konkreten Ausprägung bedeutet dies: 1. Befriedigung der persönlichen Interessen des einzelnen und 2. Erweiterung des persönlichen Interesses auf das Gesamtinteresse durch Aufklärung, Bildung usw.. Die Möglichkeit zu dieser Erweiterung sieht er in der stufenweisen Verknotung von Privatinteresse mit Betriebs- bzw. Kollektivinteresse und der VBB - Interessen mit denen der gesamten Volkswirtschaft. (164) Dies kann allerdings nur dann möglich sein, wenn die unmittelbaren Produzenten durch objektive Realität und nicht durch Propaganda zu dem Bewußtsein kommen, daß die verstaatlichten Betriebe ihre eigenen sind, daß sie am Entscheidungsprozeß wesentlich beteiligt werden und nicht Werkzeuge bleiben in der Hand einer übergeordneten Planungsbürokratie mit dem Monopol der Bewußtseinsbildung, für deren "höhere" Zwecke sie manipuliert werden. Aus diesem Grunde fordert Benary auch zur Initiierung der schöpferischen Interessen und Tätigkeiten "... volle Verantwortung ... und" auf ihrem Arbeitsgebiet selbständige Entscheidungsgewalt..." (165) der unmittelbaren Produzenten.
Dabei leugnet Benary nicht die Notwendigkeit zentraler Leitung. Er sieht in den beiden Elementen zentraler Leitung und Selbstorganisation Pole einer dialektischen und daher vermittelbaren widersprüchlichen Einheit.

Die Auffassungen von Behrens und Benary wurden von der Orthodoxie äußerst scharf kritisiert und mußten von ihnen in

---

(163) Vgl. Arne Benary, Zu Grundproblemen der Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaften, 3. Sonderheft 1957, S. 76 f.

(164) Ebenso forderte der Bloch-Schüler Richard Lorenz die stärkere Berücksichtigung individueller Interessen u. postulierte eine Verbindung des Individuell-Subjektiven mit dem Gesellschaftlich-Objektiven. (Vgl.R.Lorenz, Auf den Grund gehen, in: Sonntag, Nr. 45/1956)

(165) Vgl. Arne Benary, a.a.O., S. 81 f.

Form der Selbstkritik korrigiert und teilweise zurückgenommen werden. Behrens veröffentlichte zu diesem Zwecke eine Selbstkritik, in der er seine These von dem Absterben des Staates widerruft, da sie den Prinzipien der Staatsmacht als dem Hauptinstrument beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und Wirtschaft widerspräche und objektiv die Aufweichungspläne der Imperialisten unterstütze. (166)

An anderer Stelle korrigierte sich Behrens folgendermaßen:

> "Die Fehler meiner Konzeption bestanden vor allem darin, daß ich 1. das Absterben des Staates nicht in der allmählichen Überwindung seines Zwangscharakters nach der Liquidierung der Ausbeuterklasse sah, sondern in der Beseitigung der wirtschaftlich-organisatorischen Funktion des sozialistischen Staates, die ich durch eine Selbstverwaltung der Wirtschaft zu ersetzen vorschlug; 2., daß ich vorhandene Mängel in den Leitungsmethoden unserer Wirtschaft nicht auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus durch eine Verstärkung der wirtschaftlichen organisatorischen Funktion des Staates, sondern durch eine Erweiterung des Wirkungsbereiches des Wertgesetzes überwinden wollte." (167)

Behrens hatte aber nie die Notwendigkeit einer starken Staatsmacht und einer starken zentralen Planung in bestimmten historischen Situationen bestritten. Seine These

---

(166) Vgl. Fritz Behrens, Ware, Wert und Wertgesetz, Berlin 1961, S. 5

(167) Erklärung des Genossen Prof.Dr. Fritz Behrens, in: Neuer Weg, Nr. 9/1960
An gleicher Stelle veröffentlichte Benary die Zurücknahme seiner Konzeption

beinhaltete lediglich, daß mit dem Abbau des Staatsapparates begonnen werden müsse, sobald sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse gefestigt hätten. Dieser Zeitpunkt war für Behrens mit der Aufhebung der Isolation der UdSSR und der Errichtung eines sozialistischen Weltwirtschaftssystems nach dem zweiten Weltkrieg gegeben. Denn damit hatte sich die Weltsituation nach seiner Auffassung nicht nur quantitativ sondern auch qualitativ geändert. (168)

Da Behrens heute noch weitergehende Gedanken in Richtung auf eine sich selbst verwaltende Gesellschaft äußert, woran im Anschluß an die Darstellung des NÖS noch einzugehen ist, wird man der Wahrheit recht nahe kommen, wenn man behauptet, daß Behrens seine Konzeption lediglich unter dem Druck des Parteiapparates und entgegen besserer Einsicht widerrufen hat, zumal die polemischen, wahrscheinlich von offizieller Seite veranlaßten Gegenveröffentlichungen am Kern der Theorien Behrens' und Benarys vorbeigehen und oft auf zusammenhanglose Zitatenanhäufungen der Klassiker beschränkt bleiben. (169)

---

(168) Vgl. Fritz Behrens, Zum Problem ...., S. 132

(169) Vgl. Karl Kaempfert, Gegen das Aufkommen revisionistischer Auffassungen in der Wirtschaftswissenschaft in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft 1957 und die Veröffentlichungen Helmut Richters und Herbert Lucks an gleicher Stelle, insbesondere Hermann Scheler, Über das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtsein.

Die "Fälle" Behrens und Benary waren keine Einzelerscheinungen. Wie eingangs erwähnt, herrschte die Tendenz zu Angriffen auf verhärtete dogmatische Konzeptionen in nahezu allen unter der Hegemonie der UdSSR stehenden Ländern, wie auch in China und der UdSSR selbst. Die Angriffe erstreckten sich nicht nur auf ökonomische Bereiche, sondern auch auf philosophische (Vgl. Ernst Bloch, Differenzierungen im Begriff Fortschritt, in: Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin 1956 und Robert Havemann, Meinungsstreit fördert die Wissenschaft,in: Neues Deutschland, Nr. 161/162 v. 7. u. 8. Juli 1956) und auf genuin politische Machtkämpfe (Harisch, Schirdewan).

Arne Benary wurde aufgrund seiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Äußerungen in die Industrie versetzt, wo er sich durch praktische Arbeit rehabilitieren sollte. Im Gegensatz zu Behrens, der heute immerhin noch eine - wenn auch bescheidene - Rolle in den öffentlichen Diskussionen in der DDR spielt, findet Benary kaum noch Erwähnung.

4.2. Der VI. Parteitag der SED und die Wirtschaftskonferenz

Die erste Phase der Reformen begann mit Beiträgen zu den Gedanken und Kontroversen der Libermann-Diskussion in der Fachpresse und fand allgemeine Aufmerksamkeit, als Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED die Grundzüge für die Umgestaltung des Wirtschaftssystems der DDR entwickelte. Danach wurde auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 die Verwirklichung einer "neuen, höheren Qualität der Leistung und Planung der Volkswirtschaft" beschlossen und in das Parteiprogramm aufgenommen. (170 Mit dem neuen System wollte man das Streben nach Erfolgen für betriebliche Gesamtleistungen und zugleich die notwendigen Funktionen im Sinne des gesamtheitlichen Rationalitätsprinzips steuern. Das Rationalitätsinteresse sollte die Angehörigen des Betriebes veranlassen, die Arbeitsproduktivität durch Anwendung des technischen Fortschritts zu erhöhen und alle im gesamtwirtschaftlichen Interesse notwendigen Anpassungen vorzunehmen.

Ermöglicht wurde die Etablierung eines neuen Systems durch:

(170 Programm der SED, Berlin 1963, S. 92

- Die nahezu völlige Abschaffung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln 1960,

- den Bau der Mauer im August 1961, der die starke Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte in die BRD unterband,

- die Überwindung dogmatischer Auffassungen über die Wirkungsweise ökonomischer Gesetze in einer nichtkapitalistischen Ordnung. (171) (172)

- die Erkenntnis, daß durch Beibehaltung eines administrativen Wirtschaftsmodells eine Schrumpfung, ja sogar Stagnation der jährlichen Wachstumsraten unvermeidlich wäre und (173)

- die wissenschaftlich-technische Revolution. (174)

---

(171) Auch in der SU hatte sich doch die Gruppe der Reformer um Liberman in den Vordergrund spielen können. Die Konzeption Libermans verdeutlicht seine folgende These: "Was für die Gesellschaft nutzbringend ist, muß auch jedem Betrieb nützlich sein und umgekehrt, was nicht vorteilhaft für die Gesellschaft ist, muß äußerst unvorteilhaft für die Belegschaft eines Betriebes sein." (Jewssej Liberman, Plan, Gewinn und Prämie , in: Die Presse der Sowjetunion 1962, Nr.108, S. 2333). Von Walter Ulbricht wurde diese These verkürzt übernommen: "Was der Gesellschaft nützt, muß auch dem einzelnen sozialistischen Betrieb nützen!" (W. Ulbricht, das Programm des Sozialismus, Berlin 1966, S. 64 f.

(172) In jenen Jahren wurde den Wissenschaftlern erlaubt, die Methoden der Kybernetik, der Informations- und Organisationstheorie und die Methoden der westlichen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu studieren und daraufhin zu prüfen, inwieweit sie geeignet sind, die wirtschaftlichen Probleme des Sozialismus lösen zu helfen. Auch der dogmatische Satz, daß die Interessen der Werktätigen mit den gesamtgesellschaftlichen Interessen unbedingt übereinstimmen, mußte entdogmatisiert werden, denn das Streben nach leicht erfüllbaren Plänen mit all seinen wirtschaftlichen Erscheinungen war ein zu offensichtlicher Widerspruch zu diesem Satz.

Es können kaum Zweifel darüber bestehen, daß bei einer Berücksichtigung der Kritik und bei Verwirklichung der im vorhergehenden Abschnitt dargelegten ökonomischen und gesellschaftlichen Konzeption zahlreiche Engpässe in der Produktion gar nicht erst aufgetreten und gesellschaftliche Probleme (Flucht in die BRD) gemildert worden wären. Die Übernahme der Kritik am administrativen Leitungssystem durch Walter Ulbricht erfolgte jedoch erst sehr spät. So schrieb Walter Ulbricht anläßlich der Session "100 Jahre, Das Kapital": "Früher war es üblich, besonders ausgehend von Marx' Bemerkungen zum Gothaer Programm, den Sozialismus nur als Übergangsphase anzusehen, in der sich die Gesellschaft von den Muttermalen des Kapitalismus frei machen und die materiellen undgeistigen Voraussetzungen für die zweite Phase Kommunismus schaffen muß." Er sprach von den „Kategorien, die formal den Kategorien der kapitalistischen Ökonomie ähnlich sind (Geld, Preis, Gewinn u.a.)", die jedoch "als 'unvermeidliche Übel'" betrachtet werden müßten, „deren Wirksamkeit überwunden werden muß...".
„Diese Kategorien existieren auch im Sozialismus objektiv, weil sie zutiefst in den gegenwärtigen konkreten Bedingungen des Wechselverhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen verwurzelt sind. Deshalb besteht die Aufgabe der wissenschaftlichen Führungstätigkeit beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsformation nicht darin, diese Kategorien zu überwinden, sondern darin, sie im Interesse der Werktätigen voll-

---

(173) Nach offiziellen Angaben betrug die Zuwachsrate der industriellen Bruttoproduktion der DDR für das Jahr 1963 nur noch 4%, während sie in den Jahren 1955-1961 im Durchschnitt das Doppelte betragen hatte. Für die CSSR mußte für 1963 sogar ein Minus von 0,6% verzeichnet werden. (Vgl. Statistisches Jb. der DDR, Berlin 1965).

(174) Vgl. Erwin Herlitzius u. J. Albert, Technik und Demokratie in unserer Epoche, in: DZfPh, Sonderheft 1967, S. 112.

ständig auszunutzen". (175)
Die SED verfolgte in den Jahren vor 1962 eher eine "Nachtrab"-Politik denn die einer Avantgarde.(176)

Nach der Wirtschaftskonferenz von Partei und Regierung am 24. und 25. Juni 1963, auf der die Inhalte des neuen Modells dargelegt wurden, erließ der Ministerrat am 11. Juli 1963 die "Richtlinien für das Neue Ökonomische Modell der Planung und Leitung der Volkswirtschaft". (177) Damit war der entscheidende Schritt zur Realisierung eines neuen Wirtschaftssystems getan, und die erste Etappe seiner Durchführung wurde begonnen. In der ersten Etappe war vor allem die Überwindung der Auswüchse administrativer Planelemente, die Konzipierung des Systems ökonomischer Hebel, die Transformation der Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) zu ökonomischen Leitungsorganen und die Erweiterung der Betriebsautonomie unter Mitwirkung der unmittelbaren Produzenten an der Plangestaltung vorgesehen.

---

(175) Walter Ulbricht, "Die Bedeutung des Werkes, Das Kapital von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und dem Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland", in: Walter Ulbricht, Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, Bd. 2, Berlin 1968, S. 530.

(176) Vgl. W. Ulbricht, Zum ökonomischen System des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd.1, 1. Aufl., Berlin 1968, S. 406 f.

(177) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Beschluß des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. Juli 1963, im folgenden Richtlinie genannt; zitiert wird nach der 4. Aufl., Berlin 1965.

4.3. Reformen auf dem Gebiet des Planvollzuges

4.3.1. Der Kern des NÖS: Das System ökonomischer Hebel

Worin besteht nun der Kern, das eigentliche "Neue" des NÖS? Was soll mit ihm erreicht werden? Wissenschaftliche Führungstätigkeit, Prinzipien der materiellen Interessiertheit, Rentabilitätsprinzipien und Anerkennung des Wertgesetzes auch im Sozialismus waren zeitweilig selbst der Praxis des zentralistischen Modells nicht fremd, wenngleich die Beachtung dieser Kriterien zumeist lediglich sporadisch erfolgte.

Das Neue ist die Verbindung der einzelnen ökonomischen Hebel zu einem in sich geschlossenen System. (178) Die Schwierigkeit, eine möglichst rationale Allokation der Ressourcen zu erreichen, besteht jedoch gerade darin, dieses System so zu gestalten, daß die einzelnen Hebel nicht gegeneinander wirken und sich dadurch möglicherweise selbst aufheben. So ist es sogar in der NEP-Periodein der SU wiederholt zu Diskrepanzen dieser Art gekommen, weil die Interdependenz der einzelnen wirtschaftlichenStimuli noch nicht genügend verstanden wurde. Noch deutlicher verpufften wirtschaftlicheStimuli in der administrativen postleninistischen Aera. Ausdruck der Divergenzen zwischen Einzel- bzw. Betriebsinteresse und Gesamtinteresse waren die sogenannte Tonnenideologie und die schlechte Qualität sowjetischer Industriegüter.(179)

---

(178) Vgl. Uwe-Jens Heuer, Demokratie und Recht im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1965, S. 10

(179) Da im zentralistischen Wirtschaftsmodell die Betriebsabrechnung nach den Herstellungskosten, bzw. nach Gewicht oder Preis vorgenommen wurde, lag es im Eigenin-

Die Reformmaßnahmen beziehen sich auf die im folgenden genannten Voraussetzungen, die für das Funktionieren der ökonomischen Hebel notwendig sind:

- Verringerung der Widersprüche im System der ökonomischen Hebel

- Verbesserung der Anreizsysteme, um die Wirtschaftseinheiten stärker auf die gewünschten Reaktionen hin zu orientieren.

- Ausdehnung des betrieblichen Entscheidungsbereiches und die Durchsetzung der Entscheidungen der zentralen Planungsbehörden mit Hilfe von monetären Kategorien.

Man kann im NÖS zwischen zwei Wirkungsbereichen ökonomischer Hebel unterscheiden:

a) den Hebeln der wirtschaftlichen Rechnungsführung gemäß dem Rationalitätsprinzip und

b) den Hebeln der subjektiven materiellen Interessiertheit gemäß dem Rentabilitätsprinzip.

---

teresse der Betriebe, möglichst viele und schwere Materialien zu verwenden. Die Folge davon waren überhöhte Preise für überschwere Güter (z.B. waren sowjetische LKW und Traktoren doppelt so schwer wie vergleichbare Produkte der westeuropäischen Industrie und verbrauchten ein dreifaches Quantum an Treibstoff, was wiederum zu einer immensen Verschleuderung der Ressourcen führte.) Um aber eine hohe Prämienzahlung zu erreichen, verschlechterte man die Qualität der Produkte und erfüllte auf diesem Wege den von der Zentrale vorgewiesenen Kostensenkungsplan.

Im Bereich der durch wirtschaftliche Rechnungsführung charakterisierten Warenproduktion (a) wirken die Hebel, Selbstkosten, Preis, Umsatz, Zins, Kredit und Produktionsfondsabgabe.
Ökonomische Hebel des Bereiches materielle Interessiertheit (b) sind Lohn, Prämie und indirekt Lohn- und Prämienfonds, Kultur- und Sozialfonds.
Diese beiden Formen von Hebeln stehen sich jedoch nicht polar gegenüber, sondern greifen ständig ineinander. Die zentrale Stellung in beiden Bereichen nimmt der Gewinn ein. (180) Er ist sowohl ein brauchbarer Maßstab für die Überprüfung und Erfolgskontrolle der Betriebsleistung und zugleich wesentlichste Quelle für die Speisung des Staatshaushaltes. Darüber hinaus stellt er das adäquate Verbindungsglied zwischen den Hebeln der Bereiche (a) und (b) dar, als rationale Vermittlung zwischen indirekten und direkten Hebeln in bezug auf das persönliche materielle Interesse. Die Verknüpfung ergibt sich dadurch, daß die Quantität der Prämien- und Lohnfonds bzw. der Kultur- und Sozialfonds von der Gewinnhöhe abhängig sind. Diese Verbindung ist also kein monokausales Abhängigkeitsverhältnis, sondern ein dialektisches Ineinandergreifen. Die Höhe der ausgezahlten Prämien und Löhne, der Kultur- und Sozialleistungen wirkt wiederum als Stimulans zurück und führt zu weiterer Gewinnmaximierung. (s. Anlage 2)

Entscheidend für die Hebung der Produktionsqualität ist die Funktion des Hebels "Gewinnabschlag", der dann angewendet wird, wenn die Betriebsproduktion nicht der festgelegten Güternorm entspricht oder wenn veraltete, schlecht absetzbare Waren hergestellt werden.

---

(180) Vgl. W. Ulbricht, Zumökonomischen System.., S. 383 und ausführlicher: Autorenkollektiv, Ökonomisches System und Interessenvertretung, Bd. 2, Berlin 68, S. 325 ff.

Da sich die Wirkung des Systems ökonomischer Hebel nicht in Isolation vom wirtschaftlichen Gesamtplan vollziehen soll, vertreten die Theoretiker des NÖS die Auffassung, daß in diesem gesellschaftlichen Modell Einzelinteressen der unmittelbaren Produzenten, der Betriebe und die Interessen der Gesamtgesellschaft harmonisiert werden müssen und können. Gleichzeitig würden sich die ökonomischen Triebkräfte stärker entwickeln als im administrativen Leitungsmodell der Übergangsgesellschaft. Ja, die wichtigste ökonomische Triebkraft wird eben in der Übereinstimmung der verschiedenen Interessen gesehen und nicht im Voluntarismus der staatlichen Wirtschaftsadministration.(181)

Nachdem die Wirkungsweise des Systems ökonomischer Hebel skizziert worden ist, soll die Problematik seiner einzelnen Komponenten beleuchtet werden.

4.3.2. Das Vorhandensein von Warenkategorien in den Gesellschaftsformationen im Übergang zum Sozialismus - Die Problematik der Kategorie Gewinn - Die Rolle des Wertgesetzes

Die zentrale Stellung des Gewinns im System ökonomischer Hebel resultiert aus der Notwendigkeit, eine rationale Bezugsgröße zu schaffen, die die einzelnen ökonomischen Hebel vermittelnd zu einem System verbinden kann. Des weiteren ist der Gewinn Gradmesser der Gesamtleistung der Betriebe und VVB, d.h., er spiegelt die wesentlichen Seiten der wirtschaftlichen Leistung wider. Die anderen Hebel erfassen jeweils nur bestimmte Momente des Produktionsprozesses.(182) Der Gewinn ist eine Kategorie des

---

(181) Vgl. W. Ulbricht, Zum neuen ökonomischen System.. S. 383

(182) Erich Apel, Günther Mittag, Planmäßige Wirtschaftsführung und ökonomische Hebel, Berlin 1964, S. 76

Wertgesetzes. Es erscheint daher unabdingbar, kurz auf die jahrelange Diskussion der Wirkungsweise des Wertgesetzes im gemeinwirtschaftlichen System einzugehen.

Grob formuliert beinhaltet das Wertgesetz, daß durch den Marktpreis einer Ware auch ihr "Wert" determiniert ist, d.h., daß der gesellschaftliche Gebrauchswert (Preis) und der gesellschaftliche Produktionswert (Kosten) durch die Knappheitsgrade des Marktes ausgedrückt werden. Sowohl der gesellschaftliche Gebrauchswert (im Sinne des gesellschaftlichen Nutzens), als auch der Wert, der aus den zur Produktion einer Ware notwendigen Aufwendungen entsteht und ihren durch Herstellungskosten bedingten Wert ausmacht, werden so von einem "anonymen" Mechanismus bestimmt. Gesellschaftlich notwendige Waren, Güter und Dienstleistungen erhalten demnach solange keinen Wert, als nicht effektive Nachfrage nach ihnen auf dem Markt besteht und die Produzenten zu ihrer Produktion mit dem Ziel eines Gewinns anregen. Gesellschaftlich als überflüssig zu bezeichnende Dinge können einen hohen Wert erhalten, wenn unkontrollierte Nachfrage nach ihnen besteht.

Andererseits entsteht durch die Diskrepanz zwischen effektivem Produktionskosten-Wert und Marktpreis eine Differenz, die sich der Privatproduzent aneignet. Marx sah in einer Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und in der Abschaffung der privaten Aneignung des Mehrwerts ein Mittel, um diese Diskrepanz von Produktionswert und Marktwert aufzuheben. Die Spaltung von Produktionswert und Gebrauchswert sollte durch die bewußte Selbstbestimmung aufgehoben werden, so daß die Ressourcen anstelle der Allokation über die effektive Nachfrage am anarchistischen Markt durch eine

planmäßige Lenkung und selbstbewußte Leitung eingesetzt und verteilt werden könnten.

Die Frage der Gültigkeit des Wertgesetzes im Sozialismus ist demgemäß abhängig von der Frage, ob es gelingt, die Ressourcen durch eine zentrale Leitung und durch die schöpferische Initiative der unmittelbaren Produzenten auf den Mangel und die Knappheit auszurichten oder ob im Zuge des Schwindens von Mangel und Knappheit auch der Wertmesser der Knappheit in Geldform schwindet.

Im Wertgesetz wurde in der Stalin-Ära vorwiegend ein Rudiment kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse gesehen, das unter sozialistischen Verhältnissen in mehr oder weniger kurzer Zeit automatisch seine Wirkung verlieren würde.

Preobrazenskij (183) erklärte das Vorhandensein von Warenkategorien folgendermaßen: Die Wertform bleibt bestehen, weil in den Übergangsgesellschaften mehrere Formen von Eigentum an den Produktionsmitteln bestehen, nämlich Staatseigentum, kollektives Eigentum der Genossenschaften und ein kleiner Prozentsatz Privateigentum. Die Kauf- und Verkaufsakte zwischen diesen unterschiedlichen Eigentümern sind nach ihm der Grund für die Existenz der Wertform. Nach der Zeit der NEP war Stalin derselben Meinung, obwohl die Verhältnisse durch die Kollektivierung und das Verschwinden des Privatkapitals grundlegend verändert waren.
Stalin schreibt: "Gegenwärtig existieren bei uns zwei grundlegende Formen der sozialistischen Produktion:

---

(183) Vgl. Evgenyj Preobrazenskij, The New Economics Oxford 1965

die staatliche, volkseigene und die kollektivwirtschaftliche, die man nicht als volkseigene bezeichnen kann. Dieser Umstand führt dazu, daß der Staat nur über die Erzeugnisse der staatlichen Betriebe verfügen kann, während über die kollektivwirtschaftlichen Erzeugnisse nur die Kollektivwirtschaften als über ihr Eigentum verfügen. ... Wenn an die Stelle der zwei grundlegenden Produktionssektoren, des staatlichen und des kollektivwirtschaftlichen, ein allumfassender Produktionssektor mit dem Verfügungsrecht über alle Konsumgüter des Landes getreten sein wird, dann wird natürlich die Warenzikulation mit ihrer Geldwirtschaft als unnötiges Element der Volkswirtschaft verschwinden." (184)

Weiter wird die Existenz von Warenkategorien, also von Käufen und Verkäufen innerhalb des staatlichen Sektors mit juristischen Termini in einer Art erklärt, die eine Identifizierung des juristisch-politischen Überbaus mit der ökonomischen Basis impliziert. So schreibt Stalin: "Zweitens verliert der Besitzer der Produktionsmittel, der Staat bei ihrer Übergabe an diesen oder jenen Betrieb in keiner Weise das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln, sondern behält es im Gegenteil voll und ganz. Drittens werden die Direktoren der Betriebe, die vom Staat Produktionsmittel erhalten haben, nicht nur ihre Eigentümer, sondern werden im Gegenteil als Bevollmächtigte des Sowjetstaates zur Ausnutzung der Produktionsmittel entsprechend den vom Staat festgelegten Plänen bestätigt." (185)

---

(184) J. Stalin, Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Dietz-Verlag Berlin, S. 17

(185) ebenda, S. 17

Dadurch wird natürlich das Problem nicht gelöst, daß die zwischen den staatlichen Unternehmen zirkulierenden Produktionsmittel, obwohl sie Staatseigentum sind, die Warenform haben, so daß bestimmte gesellschaftliche Beziehungen verschleiert werden. Nach der Marxschen Analyse ist die Wertform ein Warenverhältnis, das auf das Vorhandensein eines Doppelverhältnisses, einerseits zwischen Produkten und zwischen unabhängig voneinander ausgeführten Arbeiten andererseits verweist, d.h. auf Verhältnisse zwischen Dingen.

Marx und Engels haben die gesellschaftlichen Bedingungen für das Auftreten der Wertform (186) analysiert, und sie haben die sozialistische Gesellschaft als eine Gesellschaftsformation bezeichnet, in der die Bedingungen für das Auftreten der Wertform nicht gegeben sind. Unter sozialistischen Bedingungen werden die Entwicklung und die Umformung des Systems der Produktionsverhältnisse und der Produktionskräfte nicht länger durch die Reproduktion der Warenverhältnisse determiniert. Die Warenverhältnisse bestimmen weder den Umfang der Akkumulation, noch die gesellschaftlichen und materiellen Produktionsbedingungen.

---

(186) Die Arbeit nimmt in bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen die Wertform an. Nach der Marxschen Analyse ist die Wertform ein Warenverhältnis. Wert als eine Eigenschaft der Dinge existiert nur, wo es Warenproduktion gibt. Sie ist also Ausdruck eines Verhältnisses zwischen Produktion und Arbeiten innerhalb des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, die aufeinander bezogen sind.

Zur inhaltlichen Determinierung der Planung in einer sozialistischen Gesellschaft müßten die gesellschaftlichen Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände miteinander verglichen und mit den zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitsmengen ins Verhältnis gesetzt werden. Da unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen die Dinge gleichzeitig physische und meßbare ökonomische Eigenschaften haben, ist die Möglichkeit ihrer Austauschbarkeit gegeben. Dadurch wird es möglich, ihren Wert zu bestimmen. Dazu ist aber ein Messungsverfahren notwendig, das es ermöglicht, die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zu bestimmen. Der Prozeß dieser Messung und die Aufstellung des Plans setzen die Möglichkeit der Abstraktion von den zu messenden Gegenständen voraus, die es wiederum nur in einer gesellschaftlich organisierten Produktion und Konsumtion geben kann. Hier liegt das entscheidende Kriterium, das einem solchen Messungsverfahren zugrunde liegen müßte. Denn nur unter sozialistischen Produktionsverhältnissen verhindert die Teilung in gesellschaftliche und private Arbeit(187) , wodurch sich erst die Möglichkeit der Messung der gesellschaftlichen Arbeit ergibt. Gesellschaftliche Arbeit ist nicht nur die Arbeit desjenigen, der etwas hergestellt hat, sondern sie impliziert das Zusammenwirken verschiedenartigster Arbeitsprozesse. Der Mechanismus der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit ist auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft wirksam, denn die Vergesellschaftung der Produktivkräfte betrifft auch sie,

---

(187) Der Doppelcharakter der Arbeit, wie er unter der Voraussetzung der Produktion von Waren gegeben ist, kommt dadurch zustande, daß die Arbeit, die als private ausgegeben wird, eigentlich gesellschaftliche ist, wodurch sich die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen reproduzieren. Vgl. Charles Bettelheim, Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen, Zur Theorie der Übergangsgesellschaft, Rotbuch 12, Berlin 1970

d.h., jedes Produkt ist das Resultat der Arbeit der Gesamtgesellschaft. Der gravierende Unterschied liegt darin, daß in der kapitalistischen Gesellschaft die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit auf den Mehrwert bezogen wird, während sie unter sozialistischen Produktionsverhältnissen an dem gesellschaftlichen Nutzeffekt gemessen wird.

Wenn in einer Gesellschaft Warenverhältnisse herrschen, dann lassen sich die Produktionseinheiten nur über ihre Produkte vermitteln, nicht aber über ihre Arbeitsvorgänge. Die Arbeitsvorgänge werden in jeder dieser Einheiten ausgeführt und werden folglich einander nicht unmittelbar gegenübergestellt. Es ist gerade dieser Charakter der Warenproduktion, der eine direkte Messung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit innerhalb der Warenproduktion unmöglich macht. "Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind".(188) Die Warenformen der Produktion schließen Beziehungen organisierter Kooperation auf gesellschaftlicher Basis aus. Die Arbeiten erscheinen hier als voneinander unabhängige, sind jedoch im Grunde voneinander abhängig. Eben diese Abhängigkeit wird erst nachträglich durch das Wertgesetz manifest. Diese Regulierungsfunktion des Wertgesetzes wird erst dann außer Kraft gesetzt, wenn die Tätigkeit der Teilnehmer am Arbeitsprozeß vorher von einem Wirtschaftsplan koordiniert wird, der mit der tatsächlichen Beteiligung der Massen ausgearbeitet und durchgeführt wird.

---

(188) K. Marx, Das Kapital, Bd. I, S. 87

Wo die sozialistische Planung fehlt, wird das Unternehmen von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen beherrscht. Das Unternehmen selbst ist die zentrale Gestalt der kapitalistischen Produktionsweise: seine "Unabhängigkeit" ist gegeben durch die Trennung der einzelnen Unternehmer voneinander, durch den Besitz der Produktionsmittel, durch den Direktor, d.h. durch die Trennung des Arbeiters von seinen Produktionsmitteln. Innerhalb des Unternehmens kommt eine Verbindung zwischen Arbeiterschaft und Produktionsmitteln nur insoweit zustande, als der Arbeiter seine Arbeitskraft verkauft. Seine Beziehung zu dem Unternehmen ist reduziert auf den Lohn. Der Arbeitsprozeß ist die Verwertung der Produktionsmittel, er produziert und reproduziert die Wertform.

Bestimmte politisch bedingte Zustände wie die Autorität der Direktion, hierarchische innere Organisation, gesellschaftliche Teilung der Arbeit, die Kontrolle von oben nach unten etc. gewährleisten nun die Reproduktion der Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln. Diese faktische Beherrschung des Unternehmens durch den Leiter ändert sich nicht durch die offizielle Kontrolle durch Vertreter der Arbeiter. Denn die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse können sich so entwickeln, daß die Arbeitervertreter und die Parteivertreter sich eher mit den Leitern der Unternehmen als mit den Arbeitern identifizieren.

Der unter aktiver Teilnahme der Massen ausgearbeitete und durchgeführte Plan sollte ein Mittel sein, die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Produktivkräfte, die die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gewährleisten, umzuformen.

Auch in den staatlichen Unternehmen hat der Produktionsprozeß den Charakter eines Verwertungsprozesses, da hier die Arbeitskraft weiterhin Ware bleibt, mit deren Hilfe ein Mehrwert geschaffen werden soll. Das Unternehmen wird damit zu einem Ort der Reproduktion von kapitalistischen Produktionsverhältnissen, die es gerade zurückzudrängen gilt. Diese verbinden sich in der Übergangsphase mit sozialistischen Produktionsverhältnissen.

Das auf Staatseigentum basierende System der kapitalistischen Produktionsverhältnisse wird als Staatskapitalismus bezeichnet. Lenin sah in den Staatsunternehmen eine Existenzform des Staatskapitalismus unter der Diktatur des Proletariats.

In der augenblicklichen Situation der marxistischen Wirtschaftsdiskussion ist die Rolle des Wertgesetzes noch immer nicht befriedigend geklärt worden.(189) Immerhin zeichnet sich doch die Tendenz ab, seine Wirkungsweise auch im gemeinwirtschaftlichen System nicht zu leugnen. So billigt auch Werner Hofmann, der in einem "angewandten Wertgesetz" einen Widerspruch in sich selbst sieht, dem Wertgesetz im sozialistischen Wirtschaftssystem eine "dienende Funktion"

---

(189) Vgl. die unterschiedlichen Interpretationen von Hofmann, Behrens, Reinhold, Mandel u.a. auf dem Frankfurter Colloquium 1967, in: Kritik der politischen Ökonomie heute - 100 Jahre "Kapital", Frankfurt 1968, S. 283-288 u. 243 ff, u. Wolfgang Müller, Marxistische Wirtschaftstheorie und Fetischcharakter der Ware in: Neue Kritik, Febr. 1969, Heft 51/52, S.65 f. Vgl. auch die Polemik Ché Guevaras gegen Charles Bettelheim. (Vgl. Ché Guevara, Die sozialistische Planung und ihre Bedeutung, in: Berliner Zeitschrift für Politologie, Nr. 3/1968, S. 20 ff.) Die Leugnung der bewußten Anwendung des Wertgesetzes durch Guevara ist allerdings durch die Situation Kubas verständlich. Interessantist jedoch, daß Kuba mit dem Absterben der Warenproduktion auf einigen Sektoren bereits begonnen hat. Soweit ich sehe, werden jedoch von den meisten ost- und westeuropäischen marxistischen Ökonomen Sweezy und Guevara entgegengesetzte Positionen vertreten.

zur Erfüllung übergeordneter Ziele zu, wenngleich das hohe Maß an vernünftiger Preisbestimmung mit Hilfe des Wertgesetzes außerhalb eines nicht zu erfüllenden theoretischen Anspruchs erfolgte, der über die Intentionen Marx' hinausgehe.(190)

In der Tat scheint ein Teil der Schwierigkeiten bei der Beurteilung dieses Gesetzes darin zu liegen, daß Marx an eine schnelle Aufhebung des Wertgesetzes im Rahmen einer international vollzogenen Umwälzung geglaubt hat. (191) Zumindest liegt aber eine Schwierigkeit darin, daß Marx "nur" eine Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems geliefert und sich über die Wirkungsweise ökonomischer Gesetze in einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung nicht konkret geäußert hat. (192)

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Wertgesetz im Neuen Ökonomischen System eine ganz bestimmte, historisch bedingte Funktion erfüllen soll. Es soll nämlich die Überwindung des Mangels und die Schaffung des materiellen Überflusses fördern. Als fatal wäre eine Entwicklung der neuen ökonomischen Systeme anzusehen, die dem Wertgesetz den Stellenwert einer absoluten Prämisse einräumen und aus dieser im Deduktionsverfahren alle anderen ökonomischen und sozialen Kriterien ableiten. Im

---

(190) Vgl. W. Hofmann, Das "Wertgesetz" in der Erwerbsgesellschaft unserer Tage und in der sozialistischen Planwirtschaft, in: Kritik der politischen Ökonomie heute ..., S. 267

(191) "Aller Mystizismus der Warenwelt, all der Zauber und Spuk ... verschwindet daher sofort, sobald wir zu anderen Produktionsformen flüchten." (K.Marx, Das Kapital, Bd. 1, Berlin 1965, S. 90) Andererseits charakterisierte Marx die sozialistische Übergangsstufe als eine Gesellschaft, "... die also in jeder Beziehung, ökonomisch, geistig noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt." (K. Marx, Kritik des Gothaer Programms, Berlin 1946, S. 19)

Wertgesetz scheint vielmehr ein rationales Begriffsinstrument gegeben zu sein, das eine Erkenntnis ökonomischer Abläufe ermöglicht und damit die Voraussetzung für eine richtige Praxis gewährt.

Entscheidend ist, daß das Wertgesetz im gemeinwirtschaftlichen System einen qualitativ anderen Stellenwert hat als im privatwirtschaftlichen. Dies gilt trotz der bestehenden Konvergenzen beider Systeme. Denn das Wertgesetz bleibt in allen auf staatlichem bzw. Gruppeneigentum an Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaften dem Plangesetz, wenn auch nicht untergeordnet, so doch nur in dessen Rahmen wirksam. Allerdings soll hier nicht die Gefahr der Sprengung dieses Verhältnisses kaschiert werden. Doch diese Problematik wurde detaillierter in der Analyse des jugoslawischen Modells aufgegriffen. Die von den meisten DDR-Theoretikern vertretene Auffassung, daß das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln das wesentliche Kriterium für die Wirkungsweise des Wertgesetzes sei, daß es somit auf seiner" ... eigenen sozialökonomischen Grundlage ..." (193) beruhe, erscheint als zu mechanisch. Denn die Wirkungsweise ändert sich noch nicht durch die Aufhebung des Privateigen-

---

(192) Charakteristisch war diese Haltung auch für spätere marxistische Theoretiker wie Hilferding und Luxemburg, die mit der Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse die Existenz einer politischen Ökonomie als obsolet betrachteten. (Vgl. R. Luxemburg, Einführung in die Nationalökonomie, Ausgew. Schriften und Reden, Bd. 1, Berlin 1951, S.491

(193) Karl Richtler, Die Marxsche Theorie von der Gesellschaftsformation und das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus, in: Kritik der Politischen Ökonomie heute ..., S. 327

tums an Produktionsmitteln, sondern die Aufhebung ist Voraussetzung für die Entfaltung des menschlichen Willens, der eine kontrollierte Wirkungsweise erst ermöglichen kann. Wenn dies nicht bewußt bleibt und an Begriffen wie "sozialistische Warenproduktion" u.ä. festgehalten wird, so besteht die Gefahr, daß sich ein neuer Dogmatismus herausbildet. Es ist daher Ernest Mandel zuzustimmen, wenn er ein weiteres Unterscheidungsmerkmal postuliert: "Aber müssen wir nicht feststellen, daß wohl diese Warenproduktion unvermeidlich ist, daß sie sich aber grundsätzlich von der kapitalistischen Warenproduktion unterscheidet, daß sie anfängt abzusterben in dem Maße, wie sie weiterbesteht; daß wir also im Sozialismus eine dialektische Einheit von Fortbestehen und fortschreitendem Absterben der Warenproduktion haben müssen; das überhaupt der Übergang von der ersten zur zweiten Phase des Sozialismus nur .. erklärlich wird .. durch das immer weiter fortschreitende Absterben der Warenproduktion mit allem, was damit zusammenhängt?" (194)

Die Wirkung des Wertgesetzes im privatwirtschaftlichen System vollzieht sich mehr oder weniger spontan und unkontrolliert.(195) Auch der moderne Kapitalismus mit seinem

---

(194) Ernest Mandel, Diskussionsbeitrag, ebenda, S. 344 f.

(195) "Da diese (die kapit. Produzenten, Anm. d. Verf.) sich nur als Warenbesitzer gegenübertreten, und jeder seine Ware so hoch als möglich zu verkaufen sucht.., setzt sich das innere Gesetz nur durch vermittelst ihrer Konkurrenz, ihres wechselseitigen Drucks aufeinander. Nur als inneres Gesetz, den einzelnen Agenten gegenüber als blindes Naturgesetz, wirkt hier das Gesetz des Wortes und setzt das gesellschaftliche Gleichgewicht der Produktion inmitten ihrer zufälligen Fluktuationen durch." (K. Marx, Das Kapital, Bd. 3, S. 887)

Staatsinterventionismus ist durch den elementaren Widerspruch zwischen Rationalität in Teilbereichen (Betriebe) und Irrationalität im Marktbereich geprägt. (196)

Aus dem eben Festgestellten ergibt sich konsequent die Begründung für die Behauptung, daß auch der Gewinn als Kategorie des Wertgesetzes in gemeinwirtschaftlichen Systemen nicht die gleiche Funktion wie im privatwirtschaftlichen System hat. Im kapitalistischen Modell erfüllt er zwei voneinander abhängige Funktionen, nämlich die der rationalen Ausnutzung der Ressourcen (Allokationsfunktion) und die der Inbesitznahme des monetären Überschusses durch die Unternehmen bzw. die Manager zum Zwecke der Reinvestitionen und der privaten Konsumption (Appropriationsfunktion) (197). Die Arbeiterschaft ist am Gewinn nur mittelbar (durch den Kampf ihrer Organisationen) und ungleich beteiligt. Im NÖS sind Allokations- und Appropriationsfunktion des Gewinns analytisch trennbar, - die letztere ist m.E. nicht wie Altvater behauptet stillgelegt. (198) Denn diese würde wiederum anderen Kategorien des NÖS zuwiderlaufen, wie etwa den Hebeln partielle betriebliche Eigenverantwortung (Eigenerwirtschaftung der Investitionen) und persönliche materielle Interessiertheit. Die unmittelbaren Produzenten sind im NÖS direkt am Gewinn beteiligt (Lohn- und Prämienfonds), dadurch ist auch die Appropriationsfunktion zum Zwecke der Konsumption noch nicht aufgehoben. Die Gewinnaneignung ist dadurch jedoch im NÖS weitaus

---

(196) Vgl. Eduard März, Karl Marx und der Kapitalismus von heute, in: Marxistische Blätter, Sonderh. Nr. 1/1968, S. 110 und Paul A. Baran, Ökonomie zweier Welten, in: Zur Ökonomie der geplanten Wirtschaft, Frankfurt/M. 1968, S. 29 ff.

(197) Vgl. Elmar Altvater, Rationalisierung und Demokratisierung, a.a.O., S. 276

(198) Vgl. ebenda

egalitärer als im privatwirtschaftlichen System. Mit der Schaffung des Überflusses müßte allerdings - bei relativ ungestörter Entwicklung - die Appropriationsfunktion tendenziell abgebaut werden. Darüber hinaus ist im NÖS die Gewinnmaximierung nicht mehr Selbstzweck, sondern lediglich ein Mittel zur Verwirklichung einer übergeordneten Rationalität, nämlich zur Bedürfnisbefriedigung der einzelnen Gesellschaftsmitglieder, die ihre Inkarnation im Plan haben sollte. (199)

Im Gegensatz zum zentralistischen Modell ist im NÖS nicht mehr die hergestellte Warenmenge von ausschlaggebender Entscheidung, sondern die verkaufte Warenmenge. (200) Dies verursacht eine Aktivierung der Verkaufs- und Einkaufstechniken und eine stärkere Berücksichtigung der Verbraucherinteressen. (201) Der Abnehmer (Vertragspartner) kann bei Nichterfüllung der festgelegten Qualitätsnormen Preisabschläge vornehmen oder sogar die Abnahme der Ware verweigern, wenn die Erzeugnisse nicht mehr dem neuesten wissenschaftlich-technologischen Niveau konform sind. Die Güternormen werden in der DDR vom Deutschen Amt für Meßwesen und Warenprüfung (DAMW) festgelegt. Es bestehen verschiedene Güteklassen. Für die Güteklasse 2 sind 5% Preisabzug vorzunehmen (jeweilige Basis ist der Preis der Güteklasse 1). (202) Bei allgemeinem Qualitätsrückgang der Ereugnisse wirkt der ökonomische Hebel Gewinnabschlag. Durch

---

(199) Vgl. Oskar Lange, Politische Ökonomie I, Berlin 1969, S. 204

(200) Vgl. Autorenkollektiv, Ökonomisches System...,S.331

(201) Vgl. Horst Model, Grundfragen einer komplexen Absatzpolitik im Führungsprozeß, Berlin 1968, S. 5 f.

(202) Vgl. Autorenkollektiv, Ökonomisches System..., S. 335

das Ensemble dieser Maßnahmen werden die Betriebe gezwungen, nicht nur kostengünstig, sondern auch bedarfsgerecht zu produzieren. (203) Die Wirkung der anderen Hebel im Bereich der wirtschaftlichen Rechnungsführung sollen im Rahmen des Abschnitts "Die Instanzen des hierarchisch strukturierten Wirtschaftsapparates" behandelt werden.

4.3.3. Das Problem des zentralen Leitsatzes: "Alles, was der Gesellschaft nützt, muß auch für den Betrieb und den einzelnen Werktätigen vorteilhaft sein." - Der Einzelwille in seiner Beziehung zum Gesamtwillen

Das Problem der persönlichen materiellen Interessiertheit ist, wenn nicht in seiner Nutzung, so doch in seiner Interpretation, ein heftig diskutierter und umstrittener Punkt in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um das NÖS. Das Problem muß notwendigerweise unter dem zentralen Leitsatz: "Alles, was der Gesellschaft nützt, muß auch für den Betrieb und den einzelnen Werktätigen vorteilhaft sein" gesehen werden. D.h.: der Einzelne muß über den ökonomischen Hebel Lohn (204) seinen Anteil am Nationaleinkommen spürbar erfahren können. Er muß spüren, ob seine Arbeitsleistung den gesamtgesellschaftlichen Interessen, inkarniert im Gesamtplan, dient. Das bedeutet wiederum, daß ein Regulativ institutionalisiert werden muß, damit die sich entgegenstehenden subjektiven Interessen und der Gesamtplan vermittelt werden können. Ein solches Regulativ soll das System

---

(203) Vgl. Fred Schmid, Neue ökonomische Systeme in der DDR und CSSR, in: Das Argument, Nr. 39 August 1966, S. 300 f.

(204) Der Hebel Lohn ist hier nur die Hauptform neben Urlaub, Kultur und Sozialleistungen usw.

ökonomischer Hebel, d.h. die Verknüpfung der Hebelbereiche a und b, darstellen.(s. Anlage 3). Gelingt es nicht, subjektive und Gesamtinteressen zu vermitteln, so bilden sich die materiellen Interessen entweder spontan und laufen damit oft gesamtgesellschaftlichen Interessen zuwider, oder sie werden unterdrückt. In beiden Fällen ist jedoch die Gefahr einer Atomisierung der Gesellschaft sehr groß. Gerade diese Vermittlung von Spontaneität (subjektive Interessen) und Bewußtheit (Plan) hatte Arne Benary 1957 gefordert, war aber damals auf einen massiven Widerstand seitens der Parteiideologen gestoßen. Alle damaligen dogmatischen Abwehrreaktionen der Bürokratie hatten zumindest eine Grundkonzeption gemeinsam: die unbedingte Identifikation des persönlichen bzw. kollektiven materiellen Interesses mit dem gesamtgesellschaftlichen.

Während Hermann Scheler in seiner bereits erwähnten Auseinandersetzung mit Benary das persönliche materielle Interesse mit dem zukünftigen materiellen Interesse in der vollentwickelten kommunistischen Gesellschaft identifiziert und dieses wiederum mit dem objektiven gesamtgesellschaftlichen Interesse gleichsetzt (205), sehen Görner und Wagner in der Tätigkeit der "sozialistischen Staatsmacht" den Ausdruck der objektiven Interessen aller Gesellschaftsmitglieder. (206) Noch deutlicher wird die Gleichsetzung bei dem inzwischen

---

(205) Vgl. H. Scheler, Spontaneität..., a.a.O., S. 42

(206) G. Görner und I. Wagner, Die schöpferische marxistische-leninistische Arbeit in der Staats- und Rechtswissenschaft für die Verwirklichung der nationalen Aufgabe der DDR ist mit Dogmatismus und Revisionismus unvereinbar, in: Staat und Recht, Heft 9/1962, S. 1563

verstorbenen, aber immer noch einflußreichen Staatsrechtler Karl Polak, der in seinem Hauptwerk die Meinung vertritt, daß "... Staat und Volk, Gesellschaft und Individuum eins geworden sind." (207)

Auch heute noch behauptet Scheler: "Der bewußte Träger des gesamtgesellschaftlichen Willens ist die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse." (208) Damit werden Individualinteressen von vornherein diskreditiert oder zumindest als sekundär betrachtet. Während in seinen früheren Schriften von einer widersprüchlichen Einheit der Individual- und Gesamtinteressen, wobei für Scheler letztere immer Partei- und Staatswille sind, noch nicht die Rede war, wird eine solche zwar heute anerkannt, aber nicht konkretisiert, sondern eher durch pseudodialektische Floskeln verschleiert. (209)

Wenn aber in der Partei und im Staat weiterhin die alleinigen Vertreter gesamtgesellschaftlicher Interessen gesehen werden und der Prozeß der politischen Willensbildung unberücksichtigt bleibt, dann wird das NÖS in seiner Eigendynamik entweder nicht verstanden oder auf dem Niveau eines rein funktionsverbesserten Wirtschaftsmodells gehalten. Dann wäre es allerdings unhaltbar, im NÖS ein qualitativ neues Modell zu sehen, wie dies Scheler immerhin tut, obwohl er die Differenzierung in zwei Wirtschaftsmodelle nichtkapitalistischer Art als "theoretisch unrichtig" ablehnt. Diese Ablehnung verdeutlicht die im wesentlichen apologetische Funktion der Schelerschen Arbeiten. (210) Sie sollen ein Bild

---

(207) Karl Polak, Die Dialektik der Staatslehre, Berlin 1959, S. 252

(208) Hermann Scheler, Die Dialektik von Gesamtwillen und Einzelwillen, in: DZfPh Nr. 10/1968, S. 1175

(209) Vgl. die Polemik gegen Heuer, ebenda, S. 1187

(210) Dies gilt natürlich nicht nur für Scheler, sondern

der Partei als einer allzeit auf der Höhe der Entwicklung stehenden und diese steuernden Organisation vorspiegeln. Entspräche dieses Bild völlig den Tatsachen, so hätten im administrativen Modell kaum jene Schwierigkeiten auftreten können, die die Rationalität des gesamten Systems in Frage stellten. Die Mängel des administrativen Systems zeigten sich darin, daß es das Prinzip der materiellen Interessiertheit zwar nicht negierte, aber dieses Prinzip in einer dialektischen Einheit mit den ökonomischen und gesellschaftlichen Gesamtinteressen nicht zu verbinden vermochte. Die ökomomischen Hebel Lohn und Gewinn müssen also im NÖS so angesetzt werden, daß sie einer Erfüllung der Gesamtinteressen dienstbar sind. Hier bestehen natürlich große Schwierigkeiten. Sie erscheinen aber nicht als unüberwindlich, weil sie hauptsächlich in der noch gegebenen Irrationalität der Preisbildung wurzeln. Auch die ökonomischen Hebel der persönlichen materiellen Interessiertheit müssen die gesamtwirtschaftlichen Interessen widerspiegeln, denn in dem Grade, wie dies der Fall ist, werden auch die subjektiven Interessen denen der Gesamtgesellschaft entsprechen. Deswegen muß im Plan die Wirkung der ökonomischen Hebel annähernd richtig kalkuliert werden.

Zwar bleibt der Plan das Hauptinstrument der gemeinwirtschaftlichen Ordnung, doch heißt das nicht, daß die materiellen Interessen prinzipiell untergeordnet bleiben. Die Frage nach der Priorität von ökonomischen Hebeln oder Plan geht an der Problematik vorbei, denn es soll im vollentwickelten NÖS eine echte Wechselwir-

---

für nahezu alle Parteipolitiker und die in der DDR publizierten Arbeiten. Schelers Position wird nicht willkürlich in den Mittelpunkt gestellt, sondern wegen ihrer entschiedenen Ablehnung aller weitergehenden Forderungen in Bezug auf den Abbau der Staats- und Parteiaufgaben.

kung erreicht werden, d.h. die ökonomischen Hebel, insbesondere die Hebel der persönlichen materiellen Interessiertheit, sollen auf den Plan zurückwirken, ihn präzisieren. Walter Ulbricht charakterisiert dieses Wechselverhältnis folgendermaßen: "Wenn nun die ökonomischen Hebel etwas anderes bewirken als im Plan vorgesehen, wer hat dann recht - der Plan oder der ökonomische Hebel? Hierauf ist zu antworten: Das Kriterium ist die optimale Lösung, der volkswirtschaftliche Effekt. Ich betone der volkswirtschaftliche Effekt und nicht das zeitweilige Ergebnis auf einem Zweiggebiet. Diesem volkswirtschaftlichen Nutzeffekt sollen sowohl der Plan als auch die ökonomischen Hebel dienen. Wenn sie dem widersprechen, müssen die ökonomischen Hebel oder - wenn notwendig - der Plan korrigiert werden." (211)

Das Beispiel, das Scheler in seiner Polemik gegen Heuer wählt, scheint zu beweisen, daß er die "widersprüchliche Einheit" von Plan und ökonomischen Hebeln entweder nicht begreift oder die Möglichkeit einer solchen Einheit in der Praxis leugnet. Scheler meint: "Wenn z.B. der Werkleiter einer Schuhfabrik das berechtigte Interesse an einem hohen Betriebsgewinn verselbständigt, gegen das Interesse der Gesellschaft an qualitäts- und konsumgerechter Produktion stellt, indem er die Produktion betriebsungünstiger Sortiments einstellt, verfolgt er ein nicht mehr objektiv berechtigtes Interesse, sondern ein bloß vermeintliches Interesse, durch das er nicht nur die Gesellschaft, sondern auch das Interesse seines Betriebes schädigt." (212)

---

(211) W. Ulbricht, Das neue ökonomische System der Planung und Leitung in der Praxis, Berlin 1963, S. 32

(212) H. Scheler, Die Dialektik, a.a.O., S. 1189

Gerade dieses Beispiel wurde tagtäglich praktiziert in einer Situation, in der ein "objektives Gemeinschaftsinteresse" zentral festgelegt wurde, nämlich im administrativen Leitungsmodell, das das Prinzip der materiellen Interessiertheit teilweise tolerierte, es aber nie zu einer sinnvollen Entfaltung im Rahmen eines Gesamtplanes kommen ließ. Wenn aber nicht mehr allein zentral geplant wird, sondern Planung durch Beteiligung aller Wirtschaftssubjekte rational sich vollzieht, kann ein Betriebsleiter nur dann einen Höhnstgewinn erzielen, wenn sein Betrieb bedarfsgerecht produziert und nicht umgekehrt. Wäre letzteres der Fall, so könnte die Gesamtplanung nicht sinnvoll sein. Die Regelungen im NÖS sollen doch gerade bewirken, daß der Einzelne lernt, daß seine Teilinteressen den Gesamtinteressen nützen. Daß es dabei zu Konflikten kommt, ist unbestreitbar, denn Gegensätze gibt es auch in einem gemeinwirtschaftlichen Modell, "nur dort gibt es keine Gegensätze, wo es überhaupt kein Leben gibt." (213)
Allein durch ein ökonomisches Hebelsystem läßt sich eine komplizierte Volkswirtschaft allerdings nicht steuern. Der Vorteil des Hebelsystems aber besteht darin, daß die zentralen Behörden von Einzelaufgaben entlastet werden und sich den genuinen Planaufgaben einer zentralen Planbehörde widmen können.

Eine bloße volkswirtschaftlich-funktionelle Betrachtung des Prinzips der materiellen Interessiertheit würde jedoch wesentliche Konsequenzen dieses Prinzips übersehen. Eine solche Konsequenz ist die Voraussetzung zur Selbstorganisation der ökonomischen Subjekte. Wenn jedoch die Möglichkeit zur Selbstorganisation von Kollektiven, Betrieben und VVB unterdrückt wird,

---

(213) Vgl. Zygmund Wyrozembski, in: 100 Jahre Kapital, S. 354

so kann auch die Leitungspyramide nicht funktionieren. Zum anderen entspricht die Möglichkeit zur Selbstorganisation den demokratischen Bedürfnissen der unmittelbaren Produzenten. Die Ermöglichung einer Demokratisierung des Produktionsprozesses ist keineswegs von vornherein identisch mit der Rationalität des Produktionsablaufes. Das NÖS ist jedoch nicht in erster Linie an seiner Rationalität und Effektivität zu messen (wenngleich dies von DDR-Wissenschaftlern und Politikern immer wieder in den Vordergrund gerückt wird), wie dies die mehr oder weniger sinnlosen Thesen vom Einholen und Überholen kapitalistischer Wirtschaftssysteme beweisen, sondern an dem von ihm implizierten Potential an Demokratie und Humanität. Unter Demokratie und Humanität wird in diesem Zusammenhang die Etablierung eines Systems verstanden, das es jedem einzelnen Menschen gestattet, ökonomisches und historisches Subjekt zu werden. Die Demokratisierung des Wirtschaftsablaufs ist für die aktive Teilnahme des einzelnen Arbeiters am ökonomischen Entscheidungsprozeß unabdingbar. (214) Humanisierung bedeutet jedoch - und deswegen geht sie über Demokratisierung des Wirtschaftsprozesses hinaus - die Schaffung von Bedingungen, unter denen jedes Individuum an der Gestaltung der Geschichte und - wenn dies in modernen komplizierten Industriestaaten nicht immer möglich ist - an der Kontrolle der sozialen Mächte beteiligt ist.

Wer also die Bedeutung der materiellen Interessen leugnet oder sie lediglich als Funktionsessential des öko-

---

(214) Unter Demokratisierung der Produktion wird hier die Arbeiterselbstverwaltung, d.h. die Selbstentscheidung über die einzusetzenden Produktionsmittel und -instrumente und die Kontrolle der Betriebsleitung, der VVB und der zentralen Planbehörden in allen Entscheidungsetappen "von unten" verstanden.

nomischen Prozesses betrachtet, übersieht zweifelsohne ihre Bedeutung für die Schaffung einer demokratischen und humanistischen Gesellschaft. Letztlich sind hierin auch die Ursachen der Kontroverse Heuer - Scheler zu sehen. Während Heuer, die Gedanken Benarys und Behrens' aufgreifend, eine immer weitere Demokratisierung und Humanisierung fordert und die Meinung vertritt, daß dies aus der Eigendynamik des NÖS heraus erreicht werden könnte, wird bei Scheler eine rein funktionalistische Interpretation des NÖS offenbar, die das Prinzip der materiellen Interessiertheit im wesentlichen auf den Rahmen der Arbeitsproduktivität beschränkt. Die Hinweise auf Demokratisierung bleiben abstrakt oder erschöpfen sich in ornamentaler Funktion. Auf die demokratischen Implikationen des NÖS und die notwendige Ausweitung demokratischer Bereiche auf das Gebiet der Politik weist Scheler, wie nahezu alle anderen DDR-Autoren, gar nicht erst hin. Heuer jedoch begreift die mit Hilfe der materiellen Interessiertheit zu erreichende Selbstorganisation am Arbeitsplatz als Vorstufe zu einer Demokratisierung der gesamten Gesellschaft. Sollte das NÖS allein planerisch-technisch aufgefaßt werden, dann würde die Gefahr eines perpetuierten Managersystems akut. (215)

Aus den Arbeiten Schelers scheint die pure Angst der Bürokratie vor der Abhängigkeit von den arbeitenden Massen zu sprechen. Denn je stärker sich die unmittelbaren Produzenten selbst organisieren, desto überflüssiger werden die Machtbefugnisse der Bürokratie. Durch das Prinzip der materiellen Interessiertheit werden die unmittelbaren Produzenten aktiviert und in das Wirtschaftssystem integriert, d.h. das Funktionieren des Wirtschaftsablaufes ist bedingt durch ihre aktive

---

(215) Vgl. Uwe-Jens Heuer, Demokratie und Recht..., S. 187

Teilnahme. (216)

Da aber die Interessen der Bürokratie und der Arbeiterschaft nicht identisch sind, herrscht im NÖS eine permanente Konfliktsituation, wenn auch zeitweilig nur latent. In dem Maße, wie die unmittelbaren Produzenten lernen, ihre individuellen und kollektiven Bedürfnisse zu artikulieren und in Aktionen durchzusetzen, verringert sich die Möglichkeit zur Erhaltung bürokratischer Machtstrukturen. Dies haben die Bürokraten in der DDR bereits erkannt, wie die sich in der letzten Zeit häufenden Polemiken gegen Forderungen nach weitergehender Demokratisierung des Systems beweisen. (217)

4.3.4. Das Prinzip der persönlichen materiellen Interesse als Konsumentenideologie

Das Prinzip der materiellen Incentives ist in der DDR heute noch überwiegend ein Manipulationsinstrument, mit dem Entscheidungen der oberen Leitungsebenen positiv beeinflußt werden sollen, also ein Mittel zur Erfüllung von Plänen und zur Erreichung hoher Wachstumsraten. Ist ein gewisses gesamtwirtschaftliches Wachstum erreicht worden, so kann der Einzelne davon profitieren, indem sich sein Einkommen erhöht. Wird das Prinzip der materiellen Interessiertheit in diesem Maße einseitig aufgefaßt und nicht seine sehr viel wesentlichere Bedeutung als Stimulans für den unmittelbaren Produzenten,

---

(216) Vgl. E. Altvater u. Christel Neusüss, Bürokratische Herrschaft und gesellschaftliche Emanzipation, in: Neue Kritik, Nr. 51/52, Frankfurt/M. 1969, S. 42

(217) Vgl. Kurt Hager, Grundfragen des geistigen Lebens im Sozialismus, in: Neues Deutschland vom 20.4.1969

seine eigenen Angelegenheiten individuell oder kollektiv zu regeln, in den Mittelpunkt gestellt, so dekouvriert sich die Praktizierung dieses Prinzips als Essential einer Konsumentenideologie und kann nicht die Voraussetzung für eine sich selbst verwaltende Gesellschaft sein.

Der Verdacht, daß dieses Prinzip der Entwicklung einer Konsumgesellschaft nutzbar gemacht wird, wird nicht nur durch die gegenwärtige Praxis in der DDR bestätigt, sondern auch durch die offene Propagierung einer solchen Gesellschaft durch einige Autoren. So meint etwa Werner Kalweit: "Das sozialistische Ziel entspricht so dem eigentlichen Sinn der Produktion,der Konsumption zu dienen." (218)

Diesem Denken liegt wiederum die törichte These vom "Einholen und Überholen" kapitalistischer Systeme zugrunde. Dabei soll nicht die Bedeutung der Befriedigung von Konsumwünschen für die Gesellschaften der Übergangsperiode geleugnet und ein Sozialismus der Askese postuliert werden, was angesichts der Möglichkeiten moderner Industriegesellschaften eine reaktionäre Flucht in den Romantizismus implizierte. Vor allem sollte man aus der These, daß Reformen, die den Lebensstandard der Bevölkerung anheben, aber nicht unmittelbar zur demokratischen Kontrolle der Führungsspitzen führen, die Schlußfolgerung ziehen, sie seien politisch bedenklich. Denn die Menschen geben sich nicht allein mit materiellen Entschädigungen zufrieden, sondern auch und gerade unter den Bedingungen

---

(218) Werner Kalweit, Planung des ökonomischen Fortschritts in der sozialistischen Wirtschaft der DDR, in: Marxistische Blätter, Sonderheft 1/1968, Frankfurt/M. 2. Aufl. 1968, S. 201

des materiellen Wohlstands, entwickeln sie ein Bewußtsein über weitergehende Interessen. (219)

Ohne hier die Übergangsgesellschaften an den ursprünglichen Idealen von Marx messen zu wollen, wie dies häufig in den modernen Spielarten des Antikommunismus der Fall ist, soll doch gesagt werden, daß der perspektivische Kommunismus durch eine gemeinsame Praxis gekennzeichnet sein sollte. In dieser gemeinsamen Praxis muß auch die Befriedigung individueller Bedürfnisse gewährleistet sein und die Unterordnung der Produktion unter dieselben muß einen zentralen Platz einnehmen. Mit dieser Feststellung erledigt sich jedoch nicht die Reflexion über die Prioritätenskala, nämlich darüber, ob die Konsumbedürfnisse nicht zu großen Teilen kollektiv befriedigt werden können. Es bleibt zu fragen, ob nicht an die Stelle des privaten Verbrauchs von Konsumgütern,wie Autos, Waschmaschinen u.ä., deren kollektive Nutzung treten kann oder aber gar durch kostenlose Dienstleistung ersetzt werden sollte. (220)

Würde dies nicht unverzüglich angestrebt, so bliebe die Bedürfnisbefriedigung in den Übergangsgesellschaften auf dem Niveau einer bloßen Imitation der westlichen Konsumgesellschaften.
Gerade für die DDR als einem hochentwickelten Industriestaat ist diese Pervertierung der sozialistischen Entwicklung transparent. Um so bedauerlicher ist die Tatsache, daß Kritiker dieser Imitationstendenzen durch die Parteispitze mundtot gemacht werden, wie dies am Beispiel Havemanns deutlich wird. Doch wird man dadurch wohl schwerlich der Wahrheit von Havemanns folgender

---

(219) Vgl. Gespräche mit Georg Lukacs, hrsg. von Theo Pinkus, Reinbek 1967, S. 124

(220) Vgl. André Gorz, Der schwierige Sozialismus, 2. Auflage, Frankfurt/M. 1969, S. 125-128

Feststellung entgehen können: "Die moderne kapitalistische Wirtschaft ist bestrebt, den Menschen zu einem Optimalverbraucher zu erziehen. Das Ideal der kapitalistischen Wirtschaft ist der Mensch mit maximalen Bedürfnissen, die er ununterbrochen befriedigt... Auf der Schattenseite dieses phantastischen Lebens erscheint die Loslösung von allem Geistigen, von all dem, was nicht zu technisieren ist und sich nicht in Güter des Massenbedarfs umwandeln läßt... Offensichtlich gibt es auch bei uns Leute, die dieses Ziel für das einzig erstrebenswerte halten." (221)

Die Entwicklung zur Konsumgesellschaft, die mit einer fortschreitenden Entpolitisierung einhergeht, ist nur durch eine radikale Emanzipation im Produktionsbereich aufzuhalten, denn erst wenn die Macht in den Händen der unmittelbaren Produzenten liegt, wird von diesen auch, neben den Entscheidungen im Produktionsprozeß bzw. deren Kontrolle, die Prioritätenskala hinsichtlich der Bedürfnisbefriedigung gestaffelt. Die Trennung von Konsument und Produzent könnte so tendenziell aufgehoben werden.

Diese Entwicklung würde natürlich nicht im Selbstlauf erfolgen, dazu bedürfte es einer wirklich avantgardistischen Partei, die durch Aufklärung und Diskussion effektive Entscheidungen an der Basis initiierte. Von einer Partei wie der SED, die der Entwicklung zur Konsumgesellschaft entgegenkommt, um mit Hilfe der darin implizierten Entpolitisierung ihre eigene Herrschaft zu perpetuieren, ist eine solche Rolle gegenwärtig kaum zu erwarten. Doch soll in einem gesonderten Abschnitt auf die Funktion der Partei in der DDR eingegangen werden. Weiter ist zu untersuchen, inwieweit bisher im Produktionsbereich Gremien institutionalisiert worden sind, die diesen demokratisieren.

---

(221) Robert Havemann, Dialektik ohne Dogma?, Reinbek 1964, S. 149

4.3.5. Zum Problem der Preisbildung (222)

In den Übergangsgesellschaften sind die Modalitäten der Reproduktion der materiellen und gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion denen der kapitalistischen Gesellschaftsformen analog. Allerdings bewirken die durchgeführten Verstaatlichungen der wichtigsten Produktionsmittel gewisse Veränderungen der gesellschaftlichen Bedingungen der Reproduktion gegenüber ihrem Zustand in den kapitalistischen Gesellschaftsformationen. In den verschiedenen kapitalistischen Systemen kommen die Erfordernisse der erweiterten Reproduktion der materiellen und gesellschaftlichen Produktionsbedingungen in der Weise zur Erscheinung, daß diejenigen, die den Anforderungen nicht genügen, das durch die Marktbedingungen zu spüren bekommen. In den Übergangsgesellschaften jedoch ist ein Zwang des Marktes für diejenigen, deren Praktiken den Erfordernissen der erweiterten Reproduktion und den Planzielen nicht adäquat sind, nicht mehr gegeben, was aufgrund der Natur der Produktionsverhältnisse zu Auswirkungen führt, die Gleichgewichtsstörungen bei der Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftszweige oder eine Verlangsamung des Fortschritts der Produktivkräfte bewirken.

Die Struktur des Produktionsprozesses in den Übergangsgesellschaften erfordert, daß die Produktionsmittel einen Preis haben müssen. Erst dadurch wird eine gesellschaftliche Kontrolle der Verwendung der Arbeitsprodukte durch die Unternehmen ermöglicht. Wenn aber diese Preise mit den Erfordernissen der

---

(222) Vgl. zur Preisbildung:
E. Altvater, a.a.O., S. 277 und Helmut Mann/ Kurt Ambrée, Die Preisbildung im neuen ökonomischen System, in: Deutsche Finanzwissenschaft, Heft 4, 1965

Reproduktion wie mit den Planzielen zu vereinbaren sein sollen, dann müssen sie nach objektiven Gesetzen zustandekommen, d.h., sie müssen durch objektive Gesetze vorgeschrieben sein.

Die Grundlage der sozialistischen Preistheorie ist die Marxsche Wert- und Preislehre. Erscheinungsform des Wertes ist danach der Preis. Der Wert setzt sich nach Marx aus dem Wert der in den Produktionsmitteln vergegenständlichten Arbeit, dem Wert der verausgabten Arbeitskraft und dem Mehrwert zusammen. Die Wertgröße wird durch die "gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit", die sowohl von den Produktionsbedingungen als auch von der Nachfrage abhängt, bestimmt. Die Arbeitszeit ist die nötige Zeit, "um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen". (223) Die Nachfrage auf dem Markt ist also für ihre gesellschaftliche Notwendigkeit entscheidend. Die Arbeitszeit ist mithin dann gesellschaftlich notwendig, wenn das Angebot der Nachfrage entspricht. Entsprechend ist nach Marx der Wert eine Gleichgewichtsgröße und die Angleichung der Preise an den Wert ist als Grundprinzip der Preispolitik zu verstehen. Die Preise weichen nach Marx in der Regel vom Wert ab; sie oszillieren um den Wert. Der Wert ist also eine Durchschnittsgröße der Preisschwankungen einer bestimmten Periode und ist deshalb nur ex post bestimmbar. Die Bildung von Gleichgewichtspreisen durch Angleichung der Preise an den Wert ist ein Versuch, denjenigen Preis ex ante zu bestimmen, der sich bei Marktpreisbildung als Durchschnittsgröße ex post ergibt. Die nicht absetzbaren Bestände auf dem Markt sind ein

---

(223) Marx, Kapital, Bd. I, S. 53

Zeichen für die Nichtanerkennung der ex ante bestimmten Preise durch den Markt.

4.3.5.1. Die Mängel des Festpreissystems

Im administrativen Planungssystem fällten die zentralen Planungsbehörden ihre Produktionsentscheidungen hauptsächlich auf der Basis naturaler Größen. Ihre Entscheidungen über alternative Faktoreneinsatzmengen trafen sie auf der Basis der güterwirtschaftlichen Knappheiten gemäß den Salden der einzelnen naturalen Bilanzen. Die Preisstruktur war aus verschiedenen Gründen verzerrt und bot weder für betriebliche noch für überbetriebliche Zwecke eine brauchbare Entscheidungsgrundlage. Die Verzerrungen in der Preisstruktur beruhten zum größten Teil auf dem künstlich erzeugten Niveauunterschied zwischen Konsumgüter- und Produktionsmittelpreisen. Die Aufschläge für die Produktionsabgabe wurden im wesentlichen auf Konsumgüter berechnet. Da aber die Lohnhöhe am Preisniveau der Konsumgüter orientiert ist, werden dadurch auch die Arbeitskosten relativ zu den Kapitalkosten höher festgelegt.
Obwohl die Preise im wesentlichen eine passive Rolle im Wirtschaftsprozeß spielten, hatten die Preisrelationen doch einen Einfluß auf den Verlauf des Wirtschaftsprozesses. Dieser Einfluß wurde um so größer, je weniger die zentralen Planungsbehörden mit wachsender Komplexität der Wirtschaft zu einer detaillierten naturalen Planung der wirtschaftlichen Prozesse kommen konnten. Mit dem Neuen Ökonomischen System wurden an das Preissystem Anforderungen gestellt, denen dieses System willkürlich festgesetzter Preise nicht gerecht werden konnte.

Den Preisen werden in der DDR drei Hauptfunktionen zugewiesen: die Meßfunktion, die Hebelfunktion und die Verteilungsfunktion. (224) Um ein verläßliches Kriterium für die von den Planungsinstanzen zu fällenden Entscheidungen zu haben, müssen die Preise den gesellschaftlich notwendigen Aufwand messen können. Diese Meßfunktion des Preises impliziert aber auch seine Hebelfunktion. Als ökonomischer Hebel wird die Preisgestaltung zusammen mit anderen Hebeln dazu beitragen, die Aufgaben des Volkswirtschaftsplans zu erfüllen. Die Hebelfunktion kann aber in bestimmten Fällen auch das bewußte Abweichen des Preises vom Wert umfassen. Als Instrument zur Verteilung des Nationaleinkommens werden die Einkommensströme durch eine Festlegung der Preisrelationen so gesteuert, daß die im gesamtwirtschaftlichen Maßstab geplanten Proportionen erreicht werden.
Wenn davon ausgegangen wird, daß auch die bisherige sozialistische Produktion noch Warencharakter hat und der Preis Geldausdruck des Warenwertes, d.h. Spiegelbild des Güterknappheitsgrades ist, so muß in der Preisgestaltung ein Schlüsselproblem für die Anwendung und das Funktionieren des ökonomischen Hebelsystems gesehen werden.

Trägt der Preis dem Wertgesetz annähernd Rechnung, d.h. ist er im wesentlichen Resultat der gesellschaftlich notwendigen Produktionskosten, und kann er unter Ausschöpfung des sozialistischen Wettbewerbs und im Rahmen des Planes die rationalste Allokation der Ressourcen herbeiführen, so kann er den Leistungsstand der Produktivität widerspiegeln. Der Preis ist demnach eine Leistungsnorm, die wiederum erforderlich ist für eine rationale Planungstätigkeit und eine

---

(224) Autorenkollektiv, Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969

Optimierungsorientierung für die Nutzeffektsberechnung aller am ökonomischen Prozeß beteiligten Subjekte.

Nicht zuletzt die Tatsache, daß der Preis im zentralistischen Modell die gesellschaftlichen Produktionskosten nur in unzureichendem Maße zum Ausdruck brachte, machte die Irrationalität dieses Modells aus und führte zu seiner Überwindung. Denn willkürlich niedrig gehaltene Preise stimulierten ein Verhalten der ökonomischen Subjekte, das den wirtschaftlichen Erfordernissen nicht mehr entsprach.

So war es im zentralistischen Modell und noch z.Zt. der Einführung des NÖS nicht ungewöhnlich, daß die Preise für bestimmte Erzeugnisse nicht die gesellschaftlich notwendigen Kosten deckten. Besonders ausgeprägt war dieses disproportionale Verhältnis auf dem Energiesektor. Dadurch erreichten viele Betriebe eine hohe "Rentabilität", die jedoch nicht von ihnen selbst, sondern durch "unrentable" Betriebe verursacht wurde, daß es sich um eine bloße Scheinrentabilität handelte. (225)

Unter diesen Bedingungen konnte der Gewinn nicht zum Maßstab der betrieblichen Leistung und damit zur Basis der Prämienzahlung erhoben werden, sondern auf der Basis der willkürlich festgesetzten Preise müßte im Gegenteil der Gewinn als Hauptkennziffer der Betriebe zur Verschwendung von Rohstoffen anregen. Da bestimmte volkswirtschaftliche Kosten im alten Preissystem nicht adäquat gezeigt waren, konnte der Gewinn auch da kein Maßstab für den gesamtwirtschaftlichen Beitrag des Betriebes sein.
Die Preisrelationen enthielten keine Informationen

---

(225) Vgl. W. Ulbricht, Zum neuen..., Bd. 2, S. 179 f.

über die Dringlichkeit des Bedarfs, weil die Inflexibilität des Festpreissystems jede Anpassung der Preisrelationen an geänderte Knappheitsverhältnisse verhinderte und die Preisplanung unabhängig von der Mengenplanung verlief.

Es war jedoch keine einseitige Preisverzerrung nach unten festzustellen, die etwa durch sozialpolitische Überlegungen gedeckt gewesen wäre. Denn es gab zahlreiche Preise, die ein viel höheres Nettoeinkommen enthielten als tatsächlich erwirtschaftet worden war. Es handelte sich bei den Preisverzerrungen nach oben auch nicht lediglich um Kaufkraftabschöpfungen. Diese gibt es heute, nach Etablierung des neuen Systems, in sehr viel stärkerem Maße. (226)

Es hatte sich gezeigt, daß die Irrealität der Preisgestaltung eine der Wurzeln der Entwicklung und späteren Aufrechterhaltung der "Tonnenideologie" und der Verschwendung von Ressourcen war.
Weil infolge der Preisbildungsprinzipien, nach denen sich der Preis aus der Summe von betrieblichem Nettoproduktionswert plus den Materialkosten, vermehrt um einen bestimmten Gewinn als Prozentsatz auf die Summe der beiden, zusammensetzte, brachten arbeits- und materialintensive Verfahren grundsätzlich einen höheren Gewinn als kapitalintensive, Arbeitskräfte sparende Verfahren. Das bedeutete ein Hemmnis des technischen Fortschritts.
Dieser Verschwendung konnte nur mangelhaft durch fragwürdige Propagandaaktionen wie "Aktion Blitz kontra Wattfraß" begegnet werden.

(.) So z.B. die hohen Preise für Import- und Qualitätswaren. In den sogen. Intershopläden können heute die eigenen Staatsbürger zu potenzierten Preisen einkaufen.

Erst durch Überwindung dogmatischer Preistheorien könnte den unmittelbaren Produzenten und den Leitern der Betriebe eine realistischere Orientierungsskala zur kostengünstigen Verwendung von Rohstoffen und Gütern gegeben werden. (227) Durch eine umfassende Industriepreisreform (228) sind die gröbsten Mängel in dieser Hinsicht inzwischen beseitigt worden, aber noch sind nicht alle Schwierigkeiten überwunden. (229)

Der Preis eines Produktes wird jedoch nicht allein von den Produktionskosten determiniert, sondern auch durch das eingeschränkte Marktregulativ über Angebot und Nachfrage, denen durch die Wirtschaftsreformen gegenüber dem vorherigen Modell ein größerer Spielraum eingeräumt worden ist. Dies hat aber nicht zu einer spontanen Marktpreisbildung in der DDR geführt. (230)

Für die DDR sind drei verschiedene Preisformen festzustellen:

- Einheitlich feste Preise (für Grundstoffe und die wichtigsten Nahrungsmittel). Diese Preise werden von staatlichen Organen ständig überprüft und müssen von ihnen bestätigt werden.

---

(227) Vgl. Apel/Mittag, Planmäßige Wirtschaftsführung, S. 84 u. W. Ulbricht, Das Programm des Sozialismus, Referat auf dem VI. Parteitag der SED, Berlin 1966, S. 73 f.

(228) Vgl. Apel/Mittag, Planmäßige Wirtschaftsführung ..., S. 87 f.

(229) Vgl. Helmut Mann, Thesen zu einigen Grundfragen der Rolle des Preises im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 2/1965, S. 538

(230) Vgl. Fred Matho, Wie werden Preise gemacht, gesellschaftlich notwendiger Aufwand und Preis, Berlin 1967, S. 29 f.

- Höchstpreise, die jedoch unterschritten werden können; diese Preise gelten für Produkte, in denen hohe Forschungsinvestitionen stecken. Sie sollen die Produzenten zur Produktion größerer Serien veranlassen und eine kontinuierliche Produktionstätigkeit stimulieren.

- Frei vereinbarte Preise in bedarfsgedeckten Sektoren, die nicht wesentliche wirtschaftliche Belange tangieren. (231)

Festzuhalten bleibt, daß in den neuen ökonomischen Systemen weder rigide zentrale Planung noch das freie Spiel der autonomen Marktkräfte zur Preisgestaltung führen, sondern das Zusammenspiel beider Momente. In den einzelnen Ländern erfolgt die Preisbildung durchaus unterschiedlich, besonders in bezug auf den Spielraum der freien Preisbildung. (232)

Wesentliche Differenzen in der Preisbildung bestehen zwischen der DDR und der CSSR. So wird in der DDR das Preissystem selbst zentral kontrolliert, während in der CSSR das Preissystem Kontrolle über wirtschaftliche Entscheidungen ausüben soll, allerdings ebenfalls nur im Rahmen einer zentralen Planung. Für die CSSR kann daher von einer größeren Selbstregulierung des Preissystems gesprochen werden. Diese muß jedoch, wenn sie funktionieren soll, von einer stärkeren Autonomie der Betriebe und der unmittelbaren Produzenten

---

(231) Vgl. Mann, a.a.O., S. 546

(232) Vgl. Béla Csikos-Nagy, Diskussion über eine neue ungarische Preisregelung, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 10/1963, S. 1339 ff. und ders., Die ungarische Preisreform, in: Osteuropawirtschaft, Nr. 3/1966, S. 207 und Oskar Lange, Die Rolle der Planung in der sozialistischen Wirtschaft, in: Entwicklungstendenzen, S. 40 f.

begleitet werden. Während also eine Kontrolle des Wirtschaftsprozesses durch das Preissystem einer vertikalen Ergänzung durch demokratische Erweiterung in Form der Arbeiterselbstverwaltung bedarf, wenn sich die Preisbildung nicht elementar und spontan über den Marktmechanismus vollziehen soll, ist diese Konsequenz für eine Kontrolle über das Preissystem nicht unabdingbar. (233)

Diese demokratische Erweiterung sollte in der CSSR vor allem in der institutionellen Neubildung eines zentralen Wirtschaftsrates und auf Betriebsebene in den Räten der Werktätigen erfolgen. Es ist daher nicht völlig richtig, wenn Altvater und Neusüss behaupten, daß gesellschaftliche, nicht-administrative, demokratische Kontrollen für die CSSR gar nicht erst in das Blickfeld geraten. (234)
Es bleibt abzuwarten, ob die Arbeiterkontrolle auch nach der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten fortgeführt werden kann. (235)

4.3.5.2. Die Industriepreisreform von 1964-1968

Die Industriepreisreform war überhaupt die Voraussetzung für die Durchführung der Wirtschaftsreform, denn mit der Annäherung der Preise an den Wert erhielten viele Betriebe erstmals die Möglichkeit, einen Gewinn

---

(233) Vgl. E. Altvater, a.a.O., S. 281

(234) Vgl. ebenda, S. 39

(235) Vgl. Friedrich Röll, Gewerkschaften und Arbeiterräte in der CSSR, in: "links", Offenbach, Nr. 0/69, S. 19 und Ota Sik, Zu den Fragen der Gegenwart, in: Deppe, Heinrich u. Bärmann, Die Tschechoslowakei von 1945-1968, zwischen Kapitalismus und Revolution, Voltaire-Flugschrift, o.O. u. J., S. 45

zu erwirtschaften - eine notwendige Vorbedingung für die Einführung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel und für die Anreizfunktion des Betriebsgewinns. Das Ziel der Industriepreisreform war eine realistische Kostenermittlung und eine in ihren Auswirkungen auf das betriebliche Verhalten günstigere Kalkulation des Gewinnbestandteils in den Preisen.

Um zu einer realistischen Kostenermittlung zu gelangen, wurden die bis dahin zu niedrig gehaltenen Abschreibungen neu festgesetzt. Der Grund dafür war die zu niedrige Bewertung des Bruttoanlagevermögens zu Anschaffungspreisen, das auch neu bewertet wurde. Das führte zu einer absoluten Erhöhung der Abschreibungsbeträge, aber ihr Anteil an den neukalkulierten Kosten fiel infolge der Aufnahme neuer Kostenelemente zurück. (236) Es wurden, um den technischen Fortschritt zu beschleunigen, neue Kostenarten wie die Kosten für die Forschung und Entwicklung neuer Erzeugnisse als kalkulationsfähig anerkannt. Um schlecht wirtschaftende Betriebe zu Kosteneinsparungen anzuregen, wurde die Zurechnungsmethode so verändert, daß die konkrete Umrechnung der für die erweiterte Reproduktion notwendigen Gewinnsumme auf die Preise der einzelnen Erzeugnisse nicht mehr wie bisher auf der Basis der Selbstkosten, sondern als Prozentsatz auf die Verarbeitungskosten vorgenommen wurde. (237) Jetzt konnten die Betriebe nicht mehr durch Verwendung möglichst teurer Materialien betriebsindividuelle Vorteile erlangen.

---

(236) Helmut Mann, Probleme der wissenschaftlichen Preispolitik in der Volkswirtschaft der DDR, in: Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie. Berlin 1965, S. 51

(237) Deutsche Finanzwirtschaft, Erste Etappe der Industriepreisreform beginnt, Berlin, 18. Jg., Heft 5, 1964, S. 5 f.

Obwohl die Industriepreisreform Verbesserungen des Preissystems brachte, konnten die Preise den Anforderungen, die sich aus der verstärkten Anwendung monetärer Leistungskategorien, insbesondere der Hauptkennziffer Gewinn, ergaben, nicht genügen, weil sich an den Grundsätzen des alten Preissystems - dem "wertbezogenen" Preisaufbau, dem Durchschnittskostenprinzip und dem statischen Charakter des Preissystems - nichts änderte.

Die Inflexibilität des Preissystems und auch die spezifische Art und Weise der Verrechnung des Gewinnanteils in den Preisen führten dazu, daß die Preise weder den volkswirtschaftlich notwendigen Kosten der Produktion entsprachen (Meßfunktion), noch einen Druck auf die Betriebe zur Durchsetzung des technischen Fortschritts ausübten (Hebelfunktion der Preise).

4.3.5.3. Einführung fondsbezogener Industriepreise und die Dynamisierung des Preissystems

Der Staatsrat der DDR hat auf der 8. Sitzung vom 22. April 1968 den Übergang zu fondsbezogenen Preisen angekündigt. (238)
"Fondsbezogene Preise" bedeuten, daß durch den Ansatz einer fondsbezogenen Gewinnrate der Höhe des eingesetzten Kapitals Rechnung getragen wird. "Mit dem fondsbezogenen Industriepreis ist neben dem laufenden Aufwand in Form der gesellschaftlich notwendigen Selbstkosten der einmalige Aufwand an gesellschaftlich notwendigen Fonds zu berücksichtigen." (239)

---

(238) Zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus, Materialien der 8. Sitzung des Staatsrates der DDR vom 22. April 1968, Heft 3, Berlin 1968, S. 13, Schriftenreihe des Staatsrates.

(239) Richtlinie zur Einführung des fondsbezogenen Industriepreises und der staatlichen normativen Rege-

Mit diesem fondsbezogenen Preis soll die Frage, auf welche Basis ein Betrieb seinen prozentualen Gewinn zuschlagen soll, gelöst werden. Wenn der Zuschlag auf die Gesamtheit der Selbstkosten erfolgt, so wird der Betrieb mit dem größten Kostenvolumen am meisten belohnt. Bezieht ein Betrieb teures Material in großem Umfang, so fällt sein Gewinn in entsprechender Höhe aus, obwohl seine eigene Leistung möglicherweise gering ist. Lohnintensive Aufträge andererseits konnten höhere Gewinne abwerfen als maschinell bearbeitete, was sich als eine Ursache für schleppende Investitionstätigkeit erwies. Die Neufestlegung der Preise im Rahmen der Industriepreisreform führte dazu, daß der dem Betrieb von den Preisorganen vorgegebene Gewinnzuschlag nunmehr nur auf die Verarbeitungskosten erfolgte. Durch diese Eliminierung der Kostengröße Material aus der Bemessungsbasis des kalkulatorischen Gewinns war das Interesse der Betriebe an der Verarbeitung teuren Materials beseitigt. Eine weitere Verbesserungsmöglichkeit liegt darin, daß der Gewinn entsprechend den in der Produktion eingesetzten gesellschaftlich notwendigen Fonds zugeschlagen wird. Damit wird dem Einsatz von Kapital Rechnung getragen.
Wenn man dazu übergeht, den Betrieben größere Selbständigkeit zuzugestehen, dann müssen Kriterien für den gesamtwirtschaftlich erwünschten Einsatz der ihnen zur Verfügung gestellten Mittel geschaffen werden. Der Nettogewinn kann aber als wichtigste Führungsgröße zur Steuerung der betrieblichen Produktion nur dann fungieren, wenn die ihn bestimmenden Preise und Kosten ihre volkswirtschaftlichen Lenkungsbedürfnisse erfüllen. "Ohne Preise, die den tatsächlichen Aufwendungen

---

lung für die planmäßige Senkung von Industriepreisen in den Jahren 1969/70 vom 26.6.1968, GBL DDR II, Nr. 67, S. 497

nahekommen, ist eine ... Optimierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, eine wissenschaftlich begründete zentrale Planung ebenso erschwert wie eine auf den volkswirtschaftlichen Nutzeffekt orientierte Selbstoptimierung der betrieblichen Teilsysteme, die im Rahmen der gesellschaftlich bestimmten Entwicklungsziele, Hauptproportionen und Wirtschaftsbedingungen erfolgt." (240) Die eingesetzten Fonds sollen im Interesse einer optimalen Nutzung volkswirtschaftlicher Ressourcen Einfluß auf die Festsetzung der Preishöhe gewinnen. "Solange zum Beispiel der Vorschuß an Produktionsfonds ökonomisch nicht gewertet wurde, konnte auch die eigenverantwortliche Planung der Investitionen den Betrieben nicht übertragen werden." (241)

Mit der Einführung des fondsbezogenen Preises wurde gleichzeitig das Industriepreisregelsystem eingeführt: Diese Maßnahme zur Dynamisierung des Preissystems geht von einer normativen Gewinnrate aus, die den Betrieben als ein bestimmter Prozentsatz auf ihr notwendiges Kapital vorgegeben wird. Das Amt für Preise legt dabei Ober- und Untergruppen für die Rentabilität fest. (242)

Innerhalb dieser Grenzen soll sich die Rentabilität frei bewegen können. Überschreitet nun infolge von Kostensenkungen die tatsächliche Rentabilität die vorgegebene Rentabilitätsgrenze, so sind die Industriepreise bis auf die normativ vorgegebene Untergrenze der Rentabilität zu senken. (243) Um aber Be-

---

(240) Harry Nick, Warum fondsbezogener Preistyp?. Berlin 1968, S. 16

(241) Harry Nick, ebenda, S. 17

(242) Richtlinie zur Einführung des fondsbezogenen Industriepreises..., a.a.O., S. 499

(243) Ibid. S. 500

triebe an Kostensenkungen zu interessieren, wurde der "Industriepreisänderungsfonds" geschaffen, der die aus der Preissenkung resultierende Gewinnminderung erfaßt und der voll von der Nettogewinnabführung abgesetzt werden kann. Da aber Preissenkungen für die Betriebe eine Erschwernis für künftige Gewinnerhöhungen sind, muß bezweifelt werden, ob die Betriebe ihre vollen Leistungsreserven einsetzen.

Mit dem Perspektivplan 1971 - 1975 versucht man nun, Preisentwicklungspläne als Bestandteil des Perspektivplanes auszuarbeiten, mit der Erkenntnis, daß die Lenkung des Produktionsprozesses mittels längerfristiger, monetärer Normative nur dann zu dem gewünschten Ergebnis führen kann, wenn die Entwicklung der Preise antizipiert und der Festlegung der Normative zugrunde gelegt wird. Aus all diesen Maßnahmen wird verständlich, daß mit diesem Industriepreisregelsystem nicht an eine inhaltliche Simulation marktwirtschaftlicher Preisbildungsprozesse gedacht ist, sondern daß über veränderte Lenkungsmethoden die Erfüllung weiterhin zentral bestimmter Produktionsziele effizienter gestaltet werden soll. Die Entwicklung der Preise bleibt fest in den Händen der zentralen Planungsbehörden, die Preise sollen zusammen mit anderen ökonomischen Hebeln als Maßstab der volkswirtschaftlichen Produktionskosten wirtschaftlich effizientere Produktionen anregen und die Durchsetzung des technischen Fortschritts realisieren.

4.4. Die Etappen des NÖS

4.4.1. Die erste Etappe des NÖS 1963-1965

Da bisher die Tendenz zu weichen Plänen auf die Hauptkennziffer Bruttoproduktion zurückgeführt worden war, wurde mit der Reform von 1963 die Hauptkennziffer Bruttoproduktion durch die Hauptkennziffer Gewinn abgelöst.(244) Danach sollte die betriebliche Gesamtleistung nicht mehr an technischen Größen wie Produktionsmenge und Mengenaufwand an Produktionselementen, sondern anhand einer Wertgröße bestimmt und kontrolliert werden. Auch die Planerfüllung wurde nicht mehr nur an der produzierten, sondern an der abgesetzten Produktionsmenge gemessen. Diese Maßnahme sollte verhindern, daß sich die Betriebsinteressen nur auf hohe und absetzbare Produktionsmengen richteten und sie gleichzeitig auf rationelle Kostengestaltung lenken. Mit der Einführung der Hauptkennziffer Gewinn ist aber das Prinzip der Planerfüllung nicht aufgehoben, im Gegenteil, es galt nach wie vor. Die Zuführungen zum Prämienfonds waren demnach von der Differenz zwischen dem Soll des Planes und dem Ist der Planerfüllung bestimmt. Prämiert wurde also auch jetzt nur eine Verbesserung der betrieblichen Leistung gegenüber dem Plansoll und nicht eine Verbesserung der betrieblichen Gesamtleistung. Die Tendenz zur Aufstellung weicher Pläne blieb wirksam.

---

(244) Vgl. Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft vom 11. 7. 1963, in: GBL DDR II, 64/1963, S. 453 ff.

4.4.2. Die zweite Etappe des NÖS 1965 - 1968

Die SED-Führung proklamierte nach einer Zwischenbilanz auf der 11. Tagung des ZK die zweite Etappe des Neuen Ökonomischen Systems. In der zweiten Phase wurde versucht, die Grundkonzeption des neuen Systems zu verwirklichen. Die lang- und mittelfristigen Strukturvorstellungen der staatlichen Planungsorgane wurden in staatliche Perspektiv- und Jahrespläne umgewandelt. Es wurde ein System indirekter Lenkungsinstrumente entwickelt, und damit verbunden war die Vergrößerung des betrieblichen Entscheidungsspielraums durch Einschränkung der staatlichen Planungsauflagen. Ausgehend von den im Plan von der politischen Führung festgelegten staatlichen Prioritäten hoffte man, durch Anwendung geeigneter Steuerungsmittel und unter Ausnutzung der betrieblichen und individuellen Interessen, eine bessere Planerfüllung und ein erhöhtes Wirtschaftswachstum zu erreichen. Zur Erreichung dieses Ziels wurden viele Verordnungen und Gesetze erlassen.

Um die Ausarbeitung weicher Pläne zu verhindern, wurde 1965 die Orientierungsziffer Gewinn eingeführt. Die Orientierungsziffer Gewinn stellte die Betriebe vor dieselbe Forderung wie die Hauptkennziffer Gewinn bis 1965. Der einzige Unterschied lag darin, daß die Forderung, den Gewinn der Vorperiode um einen bestimmten Prozentsatz zu erhöhen, von den Betrieben bereits in ihren eigenen Planvorschlägen überboten werden konnte. Dieses Überbieten wurde in progressiv gestalteter Form prämiert, die Prämie war wesentlich höher als die Prämie bei der Erfüllung der Orientierungsziffer Gewinn. Aber weil das Gewinn-Ist des Jahres jeweils zur Grundlage der Orientierungsziffer Gewinn

des folgenden Jahres wurde, lag es im betrieblichen Interesse, die Orientierungsziffer Gewinn nur maßvoll zu überbieten. Das Prinzip der Planerfüllung galt immer noch und die Zuführungen zum Prämienfonds waren von den Soll-Ist-Differenzen abhängig.

4.4.3. Das "Ökonomische System des Sozialismus" 1968 - 1971

Auf dem VII. Parteitag der SED im April 1967 wurde die Bezeichnung "Neues Ökonomisches System" fallengelassen und durch "Ökonomisches System des Sozialismus" (ÖSS) ersetzt. Das ÖSS wurde daraufhin 1968 in Artikel 9 der neuen sozialistischen Verfassung der DDR formuliert. "Das ökonomische System des Sozialismus verbindet die zentrale staatliche Planung und Leitung der Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung mit der Eigenverantwortung der sozialistischen Warenproduzenten und der örtlichen Staatsorgane." (245)
Das ÖSS weist zwei Reformetappen auf. In der ersten Periode wurden gemäß den Entschlüssen des VII. Parteitags und der Tagung des ZK im Juli 1967 organisatorische und personelle Änderungen durchgeführt. Das "Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion", das Selbstfinanzierung von Investitionen von Seiten der Betriebe vorsah, wurde mit der Investitionsverordnung vom 26. Oktober 1967 so modifiziert, daß eine Investitionsautonomie der Betriebe ausgeschlossen wurde.
Auf der 8. Tagung des Staatsrats am 22. April 1968

---

(245) Mittag, G.: Die schöpferischen Leistungen der Partei in der ökonomischen Politik. In: Neues Deutschland, Berlin 17.2.1966, S. 5

wurde scharfe Kritik an der Wirtschaftspraxis geübt. Die zentralen Planungsorgane wurden besonders kritisiert, da sie von den Betrieben zu umfangreiche Planungsunterlagen verlangten und das "Hineinregieren zentraler Organe in betriebliche Belange" faktisch die sozialistische Demokratie zerstöre. Im einzelnen wurden folgende Mängel herausgestellt:

- Die langfristige Normative der Nettogewinnabführung fehlt;
- die praktizierte Gewinnverteilung benachteiligt die rentabel arbeitenden Betriebe;
- die Bilanzorgane, die administrativ die eigenverantwortliche Geschäftstätigkeit schwächen.
- die Produktionsfondsabgabe, die wegen ihrer niedrigen Sätze einen zu geringen ökonomischen Druck auf die Ausnutzung der Fonds ausübt.

Die bis zum NÖS gültige, stark auf die Jahresplanung abgestellte Planungsmethode sollte überwunden werden. Dagegen sollte im NÖS der wissenschaftlich ausgearbeitete Perspektivplan in den Mittelpunkt des Planungssystems gestellt werden. Der Perspektivplan sollte die nach Jahren untergliederten und im Rahmen einer festgelegten Nomenklatur bilanzierten Aufgaben für die WB und ihre Betriebe enthalten. Die Perspektivpläne sollten dann von den Jahresvolkswirtschaftsplänen nur noch konkretisiert werden. Die VVB und ihre Perspektivplangruppen sollten als Hauptträger der Planung, unter Berücksichtigung der generellen Tendenzen der Entwicklung von Wissenschaft und Technik, die Hauptentwicklungslinien ihres Zweiges festlegen. (246) Die Praxis bis 1968 sah aber anders aus. Die

(246) Vgl. Richtlinie: NÖS, GBL DDR II 1963, S. 466 f.

Erstellung von Entwicklungsprognosen der Perspektivplangruppen der VVB war unzureichend mit der prognostischen Arbeit der zentralen Planungsorgane verbunden, außerdem war es für die VVB sehr schwierig, diese Planvorstellungen gegenüber den VEB durchzusetzen, weil die Betriebe oft von anderen Zielvorstellungen ausgingen. Besonders problematisch aber war der Widerspruch zwischen dem systembestimmenden Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel und den gesamtwirtschaftlichen Strukturvorstellungen.

Nach dem Prinzip der Eigenerwirtschaftung sollten die Betriebe im Rahmen der angestrebten Rationalisierungsbemühungen nur für solche Projekte staatliche Investitionskredite erhalten, die sie wenigstens teilweise aus eigenen Mitteln finanzieren konnten und bei denen der zu erwartende Rationalisierungseffekt auch die Verzinsung und Tilgung der Mittel ermöglichte. Dies wurde hauptsächlich durch die geltenden Preisrelationen für die eingesetzten Investitionsgüter und die jeweiligen Produkte bestimmt. Weil die Rationalisierungsinvestitionen meist mit Kapazitätserweiterungen verbunden wurden, wurden praktisch über die bestehenden Preisrelationen Strukturentwicklungen herbeigeführt, die mit der staatlichen Strukturkonzeption nicht immer in Einklang standen.

Um die staatliche Strukturpolitik besser durchsetzen zu können, wurde die "Objektplanung" geschaffen, ein System der Schwerpunktplanung, bei dem die vom Staat bestimmten Erzeugnisse und Bereiche vorrangig geplant und berücksichtigt werden sollten.

Diese Phase wurde mit dem Staatsratsbeschluß "über weitere Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen

Systems des Sozialismus" vom 22. April 1968 eingeleitet und dauerte bis Ende 1970. Der Beschluß besagte: "Die Planung volkswirtschaftlich strukturbestimmender Erzeugnisse ... und die Konzentration auf diese Aufgabe wird zum Kernstück der zentralen Planung entwickelt ... Die für die wissenschaftlich-technische Revolution und die Erreichung des Weltniveaus ausschlaggebenden Positionen sind vorrangig zu bilanzieren." (247)

Die ursprüngliche Konzeption des Neuen Ökonomischen Systems, nach der die Betriebe durch ein "System ökonomischer Hebel" gesteuert werden sollten, ließ sich, da sie der Durchsetzung einer staatlichen Strukturkonzeption widersprach, nicht verwirklichen. Deswegen mußte man in den als Schwerpunkte angesehenen Sektoren zur Vorrangplanung zurückkehren, obwohl man in den übrigen Sektoren den betrieblichen Entscheidungsspielraum innerhalb des Rahmens, der durch den Perspektivplan vorgegeben war, noch erweiterte.

Der Ministerrat verabschiedete am 26. Juni 1968 den "Beschluß über die Grundsatzregelung", die die geschilderten negativen Erfahrungen mit der Praxis in den Jahren 1969/70 verbessern sollte. Durch diesen Beschluß wurde das bisher geltende Bedingungssystem (248) abgeschafft und an dessen Stelle ein System der ökonomischen Normative eingeführt. (249) Solche Normative waren: Die Produktionsfondsabgabe, die

---

(247) Beschluß des Staatsrates der DDR über weitere Maßnahmen des ökonomischen Systems des Sozialismus vom 22. April 1968. GBL DDR, Teil I, 1968, Nr. 9, S. 223 ff.

(248) Planauflagen - Haupt- und Nebenziffern - Abhängigkeit der Prämienzahlungen vom Grad der Planerfüllung

(249) Vgl. Autorenkollektiv: Politische Ökonomie, a.a.O., S- 356 ff.

Nettogewinnabführung an den Staat und verschiedene Normative der Bildung und Verwendung des Betriebsprämienfonds.

Das neue "System der ökonomischen Normative" unterscheidet sich von der vorher geltenden Regelung in folgenden Punkten:

- Die betrieblichen Pläne sind nicht mehr aufgeschlüsselte zentrale Pläne, die an die für die Ausarbeitung eines zentralen Plansystems notwendige Einheitsperiode gebunden sind, sondern ihre zeitliche Abgrenzung kann nach Maßnahme einzelwirtschaftlicher Rationalitätserwägungen geschehen. (250)

- Die Betriebe erhalten keine materiellen Planauflagen mehr, und auch das Prinzip der Planerfüllung ist nicht mehr aktuell.

- Die betrieblichen Pläne sollen eigenverantwortlich ausgearbeitet werden.

- Die Zuführungen zum Prämienfonds sind nicht mehr abhängig von der Differenz zwischen dem Soll des auferlegten Planes und dem Ist der Planerfüllung, sondern von dem erwirtschafteten Betriebsergebnis, also vom verbleibenden Nettogewinn.

- Ihr materielles Erfolgsinteresse veranlaßt die Betriebe, sich für eine optimale Gestaltung sowohl der Erlöse als auch der Kosten zu interessieren.

- "Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel", das besagt, daß die Betriebe den verbleibenden Netto-

---

(250) Beschluß über die Grundsatzregelung für komplexe Maßnahmen zur weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Planung und Wirtschaftsführung für die Jahre 1969 und 1970, vom 26. 6. 1970, in: GBL DDR II, 66/1968, S. 444 f.

gewinn, aus dem die Prämien und die Investitionen finanziert werden, selbst erwirtschaften müssen.

Über den verbleibenden Nettogewinn verfügen "die Betriebe und volkseigenen Kombinate in eigener Verantwortung für die

- Zuführung zum Fonds für die Investitionen
- Zuführung zum Umlaufmittelfonds
- Rückzahlung von Krediten
- Bildung des Prämienfonds und
- Zuführung zum Kultur- und Sozialfonds entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen" (251).

Mit der Einführung des Prinzips des verbleibenden Nettogewinns als materieller Erfolgsgröße betrieblicher Gesamtleistungen war das vorherige System zentraler Planung beseitigt und ein System dezentraler Planung der Wirtschaftsprozesse eingeführt worden.

In dem Beschluß wurde auch die Qualifizierung der wissenschaftlichen Führungstätigkeit angestrebt. Für die Realisierung einer perspektivisch konzipierten Strukturpolitik wurde als "entscheidendes Instrument des Ministerrates die zentrale staatliche Planung und Leitung der volkswirtschaftlich strukturbestimmenden Aufgaben" eingeführt.

Für die Jahre 1969/70 erhielten die Betriebe noch zwei naturale Planauflagen aus folgenden Bereichen:

" - Aufgaben für den Export
- Aufgaben auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik
- struktur- und proportionsbestimmende Lieferungen an wirtschaftlich wichtige Abnehmer des Binnen-

(251) ibid., GBL DDR II 68, S. 449

marktes
- Lieferungen und Leistungen für volkswirtschaftlich strukturbestimmende Investitionen
- Absatz an Warenproduktion von Fertigerzeugnissen für die Bevölkerung unter Berücksichtigung der festgelegten Toleranz
- Steigerung der Grundfondsquote, insbesondere durch optimale Nutzung hochproduktiver Maschinen und Anlagen " (252)

Wenn die beiden Planauflagen erfüllt wurden, dann war dies ohne Bedeutung für die möglichen Zuführungen zum Prämienfonds aus dem verbleibenden Nettogewinn; wenn sie aber nicht erfüllt wurden, dann wurden auch diese möglichen Zuführungen um 30 oder 60 % vermindert.

Um eine Stabilisierung der Planung zu erreichen, wurden hierbei den verantwortlichen Betrieben, volkseigenen Kombinaten sowie Staats- und Wirtschaftsorganen mehrjährige staatliche Planauflagen vorgegeben.

Die Planung in den Jahren 1969 und 1970 wurde gegenüber dem NÖS dahingehend geändert, daß anstelle der Zwei-Phasen-Planung die Planung in einer Phase eingeführt wurde. Die Betriebe, die keine Veränderungen zum Perspektivplan hatten, sollten keine weiteren Planaufgaben erhalten. Sie sollten vielmehr im Rahmen ihrer eigenverantwortlichen Planung die Planungszeiträume entsprechend den Produktionsbedingungen selbst bestimmen. Die Zweijahresnormative für die

---

(252) Verordnung über die Bildung und Verwendung des Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, volkseigenen Kombinaten, den VVB und Einrichtungen für die Jahre 1969 und 1970, vom 26. 6. 1968, in: GBL DDR II, 67/1968, S. 491

Produktionsfondsabgabe, die Nettogewinnabführung an den Staat, die Amortisationsverwendung und die Zuführung zum betrieblichen Prämienfonds wurden eingeführt. All diese Maßnahmen sollten eine längerfristige Disposition der Betriebe ermöglichen.

Die Betriebe waren aber dennoch zur termingemäßen Vorlage des Planentwurfs verpflichtet; diese Pläne sowie die Pläne aller anderen staatlichen Organe bildeten die Grundlage eines zusammengefaßten Volkswirtschaftsplans. (253) Dieser Jahresvolkswirtschaftsplan war aber im Gegensatz zu früher nicht mehr Grundlage von Lenkungsentscheidungen.
Die Praxis zeigte jedoch viele Widersprüche; die eigenverantwortliche Planungstätigkeit der Betriebe wurde durch die ständige Zunahme von "volkswirtschaftlich strukturbestimmenden Aufgaben" erheblich eingeengt.

Der Ministerrat bestätigte am 15. April 1970 den Entwurf einer "Grundsatzregelung für die Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR im Zeitraum 1971 bis 1975". (254) Die neue Regelung sollte die Grundsatzregelung von 1969, die für die Jahre 1969 und 1970 galt, bis 1975 fortführen und weiterentwickeln.

Die langfristig angelegte Konzeption strebte eine Synthese zwischen langfristigen ökonomischen Normativen und der direkten zentralen staatlichen Planung von Strukturkomplexen an. Sie sollte darüberhinaus "der erste Perspektivplan sein, der als Hauptsteuerungsinstrument der Entwicklung der Volkswirtschaft

---

(253) Beschluß: Grundsatzregelung, a.a.O., S. 444

(254) Grundsatzregelung für die Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR im

und der hiermit verbundenen Hauptprozesse der gesellschaftlichen Entwicklung wirksam wird."(255)

Der Perspektivplan ist in einem Planungs- und Entscheidungsprozeß zustande gekommen, an dem sowohl zentrale Instanzen wie die Betriebe beteiligt waren. Ausgehend von prognostischen Überlegungen der Betriebe, der VVB und der zentralen Instanzen über künftige gesellschaftspolitische Aufgaben wurden zunächst bestimmte Modelle einer anzustrebenden Struktur der Volkswirtschaft entwickelt. Um das Vorhaben der politischen Führung zu realisieren und die dazu nötigen Kapazitäten zu schaffen, wurden diese strukturpolitischen Konzeptionen in zahlreichen Besprechungen mit Wissenschaftlern sowie Vertretern der politischen Führung und der Betriebe erarbeitet. In diesen Diskussionen kam es darauf an, die zu erwartenden Engpässe zu erkennen und die entsprechenden notwendigen Kapazitäten planungstechnisch mit neuen Methoden der Bilanzierung aufzuzeigen. Das System der Bilanzierung materialwirtschaftlicher Prozesse sollte die Verflechtungsbilanz des gesellschaftlichen Gesamtprodukts sowie Teilverflechtungsbilanzen zur Berechnung vertikaler und horizontaler materieller Beziehungen und Ausrüstungs-, Material- und Konsumgüterbilanzen umfassen.

Das ökonomische Problem dieser Erwägungen bestand darin, die im Interesse des volkswirtschaftlichen Wachstums vorrangig notwendigen Investitionen gegeneinander abzuwägen, um entscheiden zu können, welche die ökonomisch zweckmäßigen wären. Aufgrund dieser Überlegungen sind bestimmte Erzeugnisgruppen als

---

Zeitraum 1971 bis 1975, in: Die Wirtschaft, Berlin 18/1970, Beilage 14, S. 3

(255) ibid., Grundsatzregelung 1971 - 75, S. 3

"strukturbestimmende Aufgaben" festgelegt worden. In diesem Prozeß der Perspektivplanung sollten die Wirtschaftseinheiten "strukturkonkrete Planungsunterlagen" ausarbeiten. Auf diese Weise wurden die strukturbestimmenden Aufgaben in den Perspektivplanentwürfen der Betriebe konkretisiert.
Das System der ökonomischen Normative und die differenzierte Nettogewinnabführung sollten die Realisierung der strukturbestimmenden Aufgaben dadurch bewirken, daß für die Nicht-Entwicklungsbranchen sehr hohe und für Entwicklungsbranchen sehr geringe Prozentsätze des Nettogewinns festgelegt wurden. Betrieben, die keine strukturbestimmenden Aufgaben hatten, sollten nur geringe eigene Mittel zur Finanzierung von Investitionen gewährt werden, diejenigen Betriebe aber, die mit strukturbestimmenden Aufgaben befaßt werden, sollten die Nettogewinne behalten, damit sie die erweiterte Reproduktion weitgehend selbst finanzieren konnten. Die Praxis zeigte jedoch, daß die Differenzierung der Nettogewinnabführung an den Staat nach Branchen und Betrieben nicht nur aufgrund sachlicher Argumente erfolgte, sondern wesentlich von der Stellung der fraglichen Interessenvertreter in der Parteihierarchie beeinflußt wurde.

Mit dem Beschluß über das ökonomische System des Sozialismus im Jahre 1971 wurde diese Grundsatzregelung de facto außer Kraft gesetzt und nicht mehr erwähnt. Mit dem Beschluß über die Aufhebung und Anpassung von Rechtsvorschriften vom 31. März 1971 wurden 13 Rechtsvorschriften auch formell außer Kraft gesetzt. (256)

Dieser Perspektivplan, der "die weitere Entwicklung

---

(256) Beschluß über die Aufhebung und Anpassung der Rechtsvorschriften, vom 31. 3. 1971, in: GBL DDR II, 7.5.1971, S. 325

des gesamten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR steuern und lenken"(257) und damit das "Modell der Deutschen Demokratischen Republik als entwickeltes gesellschaftliches System eines sozialistischen Industriestaates gestalten" (258) sollte, wurde im Laufe des Jahres 1970 und auf dem 15. ZK-Plenum stark kritisiert. Walter Ulbricht sagte: "Besonders im Verlauf des Jahres 1970 erwies sich, daß wir uns im Hinblick auf Anzahl und Umfang wichtiger Strukturvorhaben und in bezug auf gesellschaftliche Bauten übernommen hatten. Die Einheit von Strukturpolitik und planmäßiger proportionaler Entwicklung der Volkswirtschaft wurde verletzt." (259) Daraufhin wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, so der nicht veröffentlichte Beschluß des Politbüros vom 8. September 1970. Der am 22. Dezember 1970 im Gesetzblatt der DDR veröffentlichte "Beschluß über die Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Jahre 1971" (260) weicht erheblich von der Grundsatzregelung von 1970 ab und leitet eine neue Etappe im neuen ökonomischen System ein.

---

(257) W. Ulbricht, Die Bedeutung des Perspektivplanes 1971/75 für die Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR, in: Die Wirtschaft, Berlin 40/1968, Beilage S. 5. Für den Perspektivplan 1971-1975 wurden sogar Fünf - Jahres - Normative vorgesehen.

(258) ibid., S. 8

(259) W. Ulbricht, Die politische Vorbereitung des VIII. Parteitages, in: Neues Deutschland, Berlin, 30. 1. 1970, S. 3

(260) Beschluß über die Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Jahre 1971, vom 1. 12. 1970, in: GBL DDR II, 100/1970, S. 731 ff.

4.4.4. Planung des prozeßpolitischen Instrumentariums

Die Wirkungsweise des prozeßpolitischen Instrumentariums, das die von der politischen Führung bestimmte Entwicklung der Volkswirtschaft anreizen und begünstigen soll, hängt von der Interessenlage in den Betrieben ab. Das 1963 eingeleitete NÖS führte in den Jahren 1969 und 1970 zu einer dezentralen Planung und Kontrolle der Wirtschaftsprozesse, in der betriebliche Erfolgsinteressen nicht mehr an der Erfüllung oder Übererfüllung der Planaufgabe Gewinn, sondern am Nettogewinn und am Nettogewinnzuwachs ansetzten. Der Nettogewinn ergibt sich aus dem Bruttogewinn abzüglich der Produktionsfondsabgabe und differenzierter Nettogewinnabführung an den Staat. Die Produktionsfondsabgabe wird als fester Prozentsatz, bezogen auf die produktiven Fonds, Grundmittel, Anlagen und die Umlaufmittel, erhoben. Da die Betriebe ihren Nettogewinn nur dann vergrößern konnten, wenn sie ihre produktiven Fonds optimal auslasteten, war die Produktionsfondsabgabe ein entscheidender ökonomischer Hebel, um die Betriebe mittels ihrer eigenen Erfolgsinteressen dazu zu veranlassen, die knappen Investitionsmittel nur dort einzusetzen, wo ihr Ertrag die zusätzlich entstehenden Kosten übersteigt.
Die differenzierte Nettogewinnabführung über die VVB an den Staat war ein Instrument, um die im Perspektivplan vorgesehene Strukturpolitik durchzusetzen. Über die unterschiedliche Höhe der Abführungsnormative sollten die Investitionen in strukturbestimmenden Bereichen der Industrie vorrangig gefördert werden. Das Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel, das bedeutet, daß die Betriebe die für

ihre Ersatz- und Nettoinvestitionen notwendigen Finanzmittel selbst erwirtschaften, wurde Schritt für Schritt erst aufgrund der neuen Regelungen von 1969/70 verwirklicht. Vor dem NÖS mußten die Betriebe ihre Amortisationen und Gewinne an den Staatshaushalt abführen, und diese Mittel wurden dann wiederum zur Finanzierung der im Plan auferlegten Investitionen an die Betriebe umverteilt. Mit dem NÖS begann man, die Betriebe stärker an der Finanzierung ihrer Planaufgaben aus ihren Gewinnen zu beteiligen, da nur noch der Restgewinn abgeführt werden mußte. In den Jahren 1969/70 konnten die Betriebe in eigener Verantwortung über den verbleibenden Nettogewinn verfügen für:

- Zuführungen zum Investitionsfonds,
- Zuführungen zum Umlaufmittelfonds,
- Tilgung von Krediten,
- Bildung des Prämienfonds,
- Zuführungen zum Kultur- und Sozialfonds. (261)

Die neue Regelung im Jahre 1971 sieht eine Planauflage "Nettogewinnabführungsbetrag an den Staat", ausgedrückt in Mark, und eine Abgabe von 50 % des Überplanungsgewinns an den Staat vor. (262)

4.4.5. Rentabilitätsorientierte Kreditpolitik

Die Kreditverordnung vom 19. Juni 1968 besagte, daß "die Banken im Rahmen einer aktiven Kreditpolitik

---

(261) Anordnung über die Bildung und Verwendung von Fonds aus der Anwendung von Normativen der Nettogewinnabführung und der Amortisationsabführung in den Jahren 1969 und 1970 vom 26. 6. 1968, in: GBL DDR, 67/1968, S. 495

(262) Beschluß vom 1. 12. 1970, in: GBL DDR II, 100/1970, S. 739

Kredite grundsätzlich nur nach dem Nutzeffekt der Investitionen und der Effektivität der Umlaufmittel zu gewähren und vom Einsatz eigener Mittel abhängig zu machen" (263) haben. Das bedeutete, daß die Banken nur noch nach einem ausgehandelten Interessenausgleich zwischen Bank und Betrieb Kredite gewährten.
Ziel dieser Regelung war das Bestreben, die administrativen Finanzbeziehungen zwischen Bank und Betrieb in geschäftliche Beziehungen zum beiderseitigen Vorteil der Kreditvertragspartner umzuwandeln. Um die Banken ebenso wie die Betriebe materiell zu interessieren, wurden mit der "Bankenreform" Zielfunktion und Rechnungswesen der Geschäftsbanken auf die Gewinnerzielung umgestellt. Die eingeführte Prämierung des Bankpersonals in Abhängigkeit vom Bankgewinn sollte sie zur Beratung der Betriebe bei der möglichst gewinnbringenden Verwendung aufgenommener Kredite veranlassen.

Die Praxis erwies aber, daß die Betriebe bei ihrer Zielsetzung im Interesse der Gewinnerhöhung Kredite beantragten und erhielten, die zwar alle verlangten Kreditvoraussetzungen erfüllten, die Herstellung staatlich bevorzugter "strukturbestimmender Erzeugnisse" aber wurde nicht beachtet.
Die organische Verbindung der autonomen Bestrebungen der Betriebe zur Maximierung ihrer Gewinne und der staatlichen Bestrebungen zur Durchsetzung strukturpolitischer Schwerpunkte kann aber nur über längere Zeiträume realisiert werden. Die ungenügende Selbständigkeit der Unternehmen und die aufgrund des kurzen Zeithorizontes der staatlichen Planziele

---

(263) Verordnung über Grundsätze für die Gewährung von Krediten an volkseigene, konsumgenossenschaftliche und Außenhandelsbetriebe vom 19. 6. 1968, in: GBL DDR II, 82/1968, S. 653

verminderte Interessiertheit der Betriebe an langfristigen Planungen, die mit einem gewissen unternehmerischen Wagnis verbunden waren, behinderten die mit Einsatz bankpolitischer Steuerungsinstrumente erstrebte Durchsetzung langfristiger Strategien zur Rentabilitätssteigerung.

4.4.6. Die monetären Lenkungsinstrumente in dem Perspektivplan 1971-1975 - Die Kennziffer Gewinn

Die Kennziffer Bruttoproduktion als Maßstab der betrieblichen Leistung wurde mit der Wirtschaftsreform durch die Kennziffer Gewinn ersetzt. Änderungen der Kalkulationsbestimmungen ließen sämtliche betrieblichen Aktivitäten auf den Gewinn zu durchschlagen. Da die Erzielung von Gewinn Umsatz voraussetzt, ist die Prämierung nicht mehr nur an die Produktion, sondern zugleich an den Verkauf der produzierten Erzeugnisse gebunden. Damit werden die Betriebe gezwungen, die Nachfrage stärker in das Kalkül einzubeziehen.

Mit der Einführung der Produktionsabgabe auf das betriebliche Anlage- und Umlaufkapital wurde der Nettogewinn zur Hauptkennziffer erhoben. Bis dahin stellte die extensive Kapitalnutzung ein Hauptproblem bei der Überwindung der Wachstumshemmnisse dar, da der Gewinn wenig über die Intensität der Nutzung des betrieblichen Kapitalstockes bei der Produktion aussagt, solange die Kapitalkosten nur über viel zu geringe Abschreibungen in den Preisen und damit im Gewinn berücksichtigt sind.
Nun diente der Nettogewinn als Maßstab der betrieb-

lichen Leistung und als Anknüpfungspunkt des betrieblichen Anreizsystems. Einmal konnte er zeigen, wie die Betriebe mit ihrem Kapital gewirtschaftet hatten, zum anderen konnte er einen Anreiz zur sparsamsten Kapitalnutzung ausüben.

In der ersten Phase der Wirtschaftsreform wurden die Zuführungen zum Prämienfonds von der Erfüllung bzw. Übererfüllung der im Plan fixierten Gewinnvorgabe abhängig gemacht, wobei der tatsächlich erzielte Gewinn gleichzeitig die Basis für die Gewinnplanvorgabe des nächsten Jahres bildete. Diese Prämierung führte dazu, daß die Betriebe die Pläne nur insoweit übererfüllten, als die auf der Grundlage der tatsächlichen Erfüllung berechnete neue Planvorgabe ihnen die Chance der Erwirtschaftung weiterer Prämien ließ. Diese Tendenz zu weichen Plänen wurde in der DDR kritisiert. So schrieb Hahn: "Würden nämlich mit der Perspektivplanänderung auch die Normative korrigiert, was einer Veränderung der Grundlage der Leistungsbeurteilung gleichkommt, so wären wir wieder beim Jahresplan mit all seinen Widersprüchen angelangt."(264)

Inzwischen sind neue Regelungen in Kraft getreten. Der tatsächlich erwirtschaftete Nettogewinn sowie der jeweilige Nettogewinnzuwachs sind nun entscheidend für die Zuführungen zum Prämienfonds. (265) Diese Regelungen sollen die Betriebe daran interessieren, ihre Leistungsreserven bei der betriebli-

---

(264) R. Hahn, Der Gewinn als ökonomischer Hebel, Schriftenreihe: Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Heft 14, Berlin 1966, S. 55

(265) Verordnung über die Bildung und Verwendung der Prämienfonds in den VEB und ihnen gleichgestellten Betrieben, VEK, den VVB und Einrichtungen für die Jahre 1969 und 1970, GBL DDR, Teil II, Nr. 67 vom 5. Juli 1968, D. 490-493. Die Bestimmungen für die Zuführungen zum

chen Gegenplanung voll aufzudecken.

Produktionsziele der zentralen Stellen dürfen aber keinesfalls vom Nettogewinn beeinflußt werden. Grundlage der Allokation der Ressourcen bleibt die materiell-stoffliche Planung des Wirtschaftsprozesses. (266) Kalweit schreibt zu dieser Frage: "Die ökonomischen Kategorien der sozialistischen Warenproduktion werden nicht 'neben', 'auf der Grundlage' oder 'in unmittelbarer Verbindung' mit dem Plan ausgenutzt, sondern sie sind direkter Bestandteil der Planung selbst. Die Planung als Hauptinstrument der sozialistischen Wirtschaftsführung bedient sich

- der auf die ökonomische Analyse gegründeten und auf Entscheidung beruhenden autoritativen Weisung und
- der Leitung mit ökonomischen Mitteln, die das möglichst lückenlos ineinandergreifende System ökonomischer Hebel und die ökonomische Kontrolle des Reproduktionsprozesses umfaßt." (267)

Prämienfonds sollen erstmalig für den gesamten Perspektivplanzeitraum gelten. Vgl. Zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR in den Jahren 1971-1975. Berlin 1970, S. 127

(266) R. Hahn, a.a.O., S. 11

(267) W. Kalweit, Sozialistische Planwirtschaft und Warenproduktion - Zur Ausnutzung der ökonomischen Gesetze beim umfassenden Aufbau des Sozialismus unter den Bedingungen der technischen Revolution, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 14. Jg., Heft 5, 1966, S. 716

4.4.7. Periode der Rezentralisierung seit 1971

Die Partei- und Staatsführung der DDR hat Ende des Jahres 1970 in verschiedenen Anordnungen und Regelungen, so in dem nicht veröffentlichen Beschluß des Politbüros vom 8. September 1970, in dem Kommuniqué des Präsidiums des Ministerrates vom 23. September 1970 und in dem "Beschluß über die Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Jahre 1971 vom 1. Dezember 1970"(268), Maßnahmen beschlossen, die gewisse disproportionale Entwicklungen in der Volkswirtschaft beheben sollten. (269) Man ging davon aus, daß die bisherigen Regelungen die Betriebe, Kombinate und VVB nicht entschieden genug auf die Erfüllung der zentral festgelegten strukturbestimmenden Aufgaben hin orientierten. (270) Es zeigten sich auch die Nachteile der Schwerpunktbildung; die Festlegung eines Vorrangs hatte die Zurückstufung der anderen Bereiche zur Folge, was sich dahingehend auswirkte, daß die für weniger wichtig erklärten Bereiche knappe Güter häufig nicht bekamen. Dies wirkte nun wiederum auch auf die Produktion in den Schwerpunktbereichen zurück. Die Folge war die Störung der Gesamtversorgung.

---

(268) Beschluß über die Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Jahre 1971, vom 1.12.1970, in: GBL DDR II, 100/1970, S. 731 ff.
Anordnung zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1971, vom 17.12.1970, in: GBL DDR II, 101/1970, S. 747-762
Verordnung über die Produktionsfondsabgabe vom 16.12.1970, in: GBL DDR II, 4/1971,S.33-36.

(269) Die disproportionale Entwicklung in der Wirtschaft hatte zu erheblichen Störungen in einigen volkswirtschaftlich strukturbestimmenden Bereichen sowie in der Materialbereitstellung und der Zulieferindustrie geführt.

(270) "Die Praxis zeigt, daß die für die Volkswirt-

Daher wurde schließlich die Vorstellung, von der das NÖS ursprünglich ausgegangen war, man könne das wirtschaftliche Geschehen durch ökonomische Hebel lenken, d.h. also nicht administrativ, sondern finanziell im Sinne der zentral festgelegten Ziele, aufgegeben. Denn:

- Die seit der Einführung des NÖS gültigen Methoden haben die Entstehung großer Disproportionen in der Wirtschaft nicht verhindern können.
- Das NÖS sollte zu größerer Effizienz führen. Tatsächlich aber sind die Investitionskosten im Jahre 1970 um 20-30 % gestiegen.
- Sowohl die makroökonomischen als auch die mikroökonomischen Hebel erwiesen sich als unzureichend, da sie nicht systematisch integriert werden konnten.
- Die Erweiterung der Entscheidungskompetenzen der VVB und der VEB hatte strukturelle Auswirkungen, die den Vorstellungen der Zentrale nicht entsprachen.
- Die SED hatte Sorge, daß ihr Machtmonopol durch die Delegation wesentlicher Entscheidungsbefugnisse vermindert werden könnte.

Deshalb sollte mit den neuen Regelungen, die alle Bereiche gleichermaßen wieder der staatlichen Planung unterstellen sollten, "die Rolle und Autorität des Planes erhöht und seine Realisierung durch eine

---

schaft effektivsten Aufgaben und Objekte nicht immer gleichzeitig für die Betriebe und Kombinate am effektivsten sind. Der Nettogewinn stimuliert die Betriebe und Kombinate teilweise auf andere Erzeugnisse, als es den volkswirtschaftlichen Erfordernissen entspricht." Wirtschaftswissenschaft, 1/71, S. 11

qualifizierte und von hoher Staatsdisziplin getragene Leitungstätigkeit auf allen Ebenen verwirklicht werden."(271) Die Grundlage des Beschlusses über das ökonomische System des Sozialismus im Jahre 1971 war eine aufgelockert administrative Leitung, die nur noch zum Teil mit dem Einsatz ökonomischer Hebel arbeitete.

Hauptkennziffer des neuen Wirtschaftssystems war der zu erwirtschaftende Nettogewinn, der die volle Zuführung zum Prämienfonds bestimmte. Nach dem neuen System wurde die Zuführung zum Prämienfonds verhindert, sobald die vorwiegend naturalen Nebenkennziffern, wie Produktionsauflagen für wichtige Erzeugnisse, Auflagen über Bezug und Lieferung von wichtigen Rohstoffen etc., nicht erfüllt wurden. Die Verordnung vom 20. Januar 1971(272) , die den Rahmen für die Bildung und Verwendung des Fonds bestimmt, hat den Einfluß der Betriebe auch in diesem Bereich eingeschränkt. Die Verordnung bestimmt die Lösung des Prämienfonds aus seiner festen Bindung an den betrieblichen Lohnfonds und seine Planung in absoluter Höhe durch die vorgesetzte Behörde.

Auch die Investitionsplanung wurde rezentralisiert: Der Bereich der betrieblichen Investitionen ist einer der Schwerpunkte der Reformmaßmahmen nach der Einführung des NÖS gewesen. Die angestrebte Steigerung der Arbeitsproduktivität durch arbeitssparende Rationalisierungsinvestitionen in den Betrieben hatte allein von Seiten der Betriebe selbst erfolgen

---

(271) Beschluß: Durchführung 1971, a.a.O., GBL DDR II 70, S. 732

(272) Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds und des Kultur- und Sozialfonds für das Jahr 1971, in: GBL DDR II, 16/1971, S. 105

sollen. Deshalb waren die Rechte der Betriebsleiter im Bereich der Investitionen ständig erweitert worden. Die Durchführung der angestrebten Investitionsprojekte war dabei immer an den vorherigen Nachweis der materialmäßigen Abdeckung des jeweiligen Vorhabens gebunden gewesen. Dennoch war es immer wieder zu finanziellen Investitionsforderungen gekommen, die über die materialmäßigen Absicherungen hinausgingen. Zur Aufhebung dieser Mängel wurde die Investitionsplanung mit den Beschlüssen "Beschluß über die Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Jahre 1971 vom 1. Dezember 1970" (273) und "Beschluß über die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds vom 16. Dezember 1970"(274) wieder rezentralisiert. So können "... zur Gewährleistung der proportionalen Entwicklung, insbesondere der materiellen Sicherung der Investitionsdurchführung..." ab 1971 Aufträge für Investitionsprojekte nur auf der Grundlage von staatlichen Planauflagen für Investitionen erteilt werden.

Der Ministerrat legte als Bestandteil des Volkswirtschaftsplanes 1971 eine gesonderte Liste der volkswirtschaftlich strukturbestimmenden Aufgaben vor, deren Planung, Bilanzierung und Realisierung zusätzliche Priorität gegenüber allen Aufgaben hatte.

Produktionseinstellungen und Produktionsverlegungen wurden von der Zustimmung der zuständigen Minister abhängig gemacht.(275)

---

(273) Beschluß: Durchführung 1971, a.a.O., GBL DDR II 70, S. 736-738

(274) Beschluß: in GBL DDR II, 1/1971, S. 1-16

(275) Verordnung über die Einstellung und Verlagerung der Produktion von Erzeugnissen und Leistungen, vom 1.6.1971, in: GBL DDR II, 16/1971, S. 111-117

Die Jahresplanung galt wieder als Einheitsperiode sowohl für die zentrale als auch für die betriebliche Planung. An die Stelle des Perspektivplanes als Hauptsteuerungsinstrument trat wieder der Fünfjahresplan(276) , dessen Verwirklichung wie früher in Jahresplänen zentral zu entscheiden ist.
Die Betriebe hatten ihre Pläne für die staatlichen Plankennziffern in Monatsaufgaben aufzugliedern und dem jeweils übergeordneten Organ vorzulegen, damit sie jederzeit kontrolliert werden könnten.

Um "die Einheit von Plan und Bilanz auf allen Ebenen und in allen Phasen der Planung und Plandurchführung durchzusetzen und davon auszugehen, daß die Bilanzierung eine Hauptfunktion der Planung ist"(277), wurden die Verantwortungen neu geregelt und verschiedene Bilanzen, so Nationaleinkommensbilanz, Investitionsbilanz, Rohstoff-, Material- und Energiebilanz, Zahlungsbilanz etc., als volkswirtschaftlich entscheidende aufgeführt. Bei diesen Bilanzen handelt es sich zwar nicht ausschließlich, jedoch zu einem beträchtlichen Teil um Mengenbilanzen. Mit der starken Betonung der Bedeutung des Bilanzsystems für die Planung ist man daher im Grunde genommen wieder zu den traditionellen Formen des Planungssystems vor dem NÖS zurückgekommen, allerdings mit einer gewissen Variation, als im Gegensatz zu den früheren Bilanzmethoden nun die Bedeutung der Verflechtungsbilanzierung besonders betont wird.
Die Bilanzierungsverordnung vom 20. Mai 1971 (278)

---

(276) Gesetz über den Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR 1971-1975, vom 20.12.1971, in: GBL DDR I, 10/1971,S.175 ff.

(277) Beschluß: Durchführung 1971,a.a.O., GBL DDR II 70, S. 736

(278) Verordnung über die Material-, Ausrüstungs- und

und das Bilanzverzeichnis (279) sind von entscheidender Bedeutung für den Fünfjahresplan bis 1975. Darin werden verschiedene Regelungen getroffen:

- "alle volkswirtschaftlich entscheidenden Aufgaben, Verflechtungen und Proportionen sind zentral zu planen und zu bilanzieren." (280)
- Der Ablauf der Bilanzierung besteht aus Bilanzvorgaben, Entwürfen, Vorlage, Koordination, Verteidigung, Übergabe, Bestätigung, Abrechnung und Kontrolle.

Die Regelung aus dem Jahre 1968, nach der die bilanzierenden Organe gegenüber den ihnen nicht unterstellten Betrieben nicht weisungsberechtigt und für entstehende Schäden ausgleichspflichtig sind, wurde in § 9,1 und § 35 der Bilanzierungsverordnung beibehalten. Neu eingeführt wurde § 36, wonach die Betriebe für "ungerechtfertigte Bedarfsforderungen" Sanktionen in Höhe von 10 % des Industrieabgabepreises zu zahlen haben.

Der VIII. Parteitag der SED vom 15.-19. Juni 1971 stand unter dem Eindruck des Führungswechsels in der SED. Verschiedene Termini und Begriffe wie "Perspektivplan", "Hauptsteuerungsinstrument der sozialistischen Gesellschaft" etc., die von dem Systemdenken der Wirtschaftsreform bis 1970 und der Ulbrichtschen

---

Konsumgüterbilanzierung - Bilanzierungsverordnung - vom 20. Mai 1971, in: GBL DDR II, 50/1971, S. 377 ff.

(279) Anordnung über die Nomenklatur für die Planung, Bilanzierung und Abrechnung von Material, Ausrüstungen und Konsumgütern zur Ausarbeitung und Durchführung der Volkswirtschaftspläne ab 1972 - Bilanzverzeichnis - vom 28.4.1971, in: GBL DDR, Sonderdruck 688, vom 25.6.1971 mit Ergänzungen vom 24.8.1971 und 16.12.1971

(280) Verordnung: Bilanzierung,a.a.O., GBL DDR II 71, S. 378

Formulierung des "entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus" geprägt waren, wurden aufgegeben.

Das Standardwerk "Politische Ökonomie des Sozialismus" wurde als revisionsbedürftig empfunden, an seiner Stelle wurden Übersetzungen sowjetischer Lehrbücher als verbindlich erklärt.
Diese stärkere Orientierung auf die Sowjetunion wird sich aber auf die Weiterentwicklung der Wirtschaftsreform in der DDR hemmend auswirken, denn mit den derart in der Sowjetunion diskutierten Problemen hat sich die DDR bereits vor zwei bis drei Jahren befassen müssen.

Die Organisationsstruktur der Leitung des Staates und der Wirtschaft wird in der DDR durch die Synthese zweier Prinzipien bestimmt. Das zentralistische Element wird damit gerechtfertigt, daß die wirtschaftspolitische Zentrale aufgrund ihrer besseren Einsicht in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge berechtigt sei, bestimmte Entwicklungslinien vorzuschreiben. Nach außen hin soll die Struktur der Willensbildung das Bild einer Demokratie vermitteln: Die SED-Führung behauptet, daß sie durch einen Prozeß demokratischer Willensbildung an die Macht gelangt sei und daß sich die Handlungen der Parteiführung aus einem dezentralisierten Willensbildungsprozeß herauskristallisierten. In Wirklichkeit braucht die Partei jedoch, um ihre konkreten politischen Ziele bis in die letzte Einheit des Staatswesens weiterzugeben, einen auf die Zentrale ausgerichteten, hierarchisch aufgebauten Parteiapparat. Die Partei muß ihren Parteiapparat zur Durchsetzung des planmäßigen Wirtschaftens einsetzen, weil sie

in einer Planwirtschaft auf die Mitwirkung des Volkes angewiesen ist und keine dialektische Einheit von Volkswirtschaftsplan und demokratischem Zentralismus (281) existiert, wie behauptet wird.

Der Parteiapparat kann nach dem Produktions- und dem Territorialprinzip organisiert werden. Da zwischen den Interessen der Bevölkerung und denen der SED-Führung noch nicht die nötige Übereinstimmung besteht, ist die Mitarbeit der Partei zur Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Ziele notwendig. Dies erfordert die Organisation der Partei gemäß der in der Wirtschaft verwirklichten Leitungsstruktur, damit die Partei direkten Einfluß auf allen Ebenen des hierarchisch strukturierten Wirtschaftsapparates ausüben kann. In der Anfangsphase des NÖS stand das Produktionsprinzip in der Wirtschaft im Vordergrund (282), und dementsprechend waren auch der zuvor nach regionalen Gesichtspunkten organisierte Parteiapparat sowie das Produktionsprinzip strukturiert. Damals verfolgte man das Ziel, die Parteiarbeit ganz auf die Erhöhung der Produktion zu richten. Die Konsequenz dieser Maßnahmen war, daß die Manager zur bestimmenden Gruppe innerhalb der SED wurden und daß eine gewisse Versachlichung der Parteiarbeit zu beobachten war. Die wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende Orientierung der Partei hat aber dort Grenzen, wo die Partei befürchten muß, daß sie an

---

(281) Vgl. Hamel, Hannelore, Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands, Berlin 1966, S. 19 ff.

(282) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Beschluß des Präsidiums des Ministerrates der DDR vom 11. Juli 1963, in: GBL DDR, Teil II, 1963, Nr. 64, S. 12 u. 17 f.

Einfluß auf die Bevölkerung verlieren könnte. Da die SED-Führung die Bestimmung der wirtschaftlichen Weiterentwicklung nicht an die Wirtschaftsfachleute abgeben wollte, wurde die zu Anfang des NÖS vorwiegend nach dem Produktionsprinzip organisierte Parteigliederung zugunsten des Territorialprinzips aufgegeben. (283)

Da der nach regionalem Prinzip organisierte Parteiapparat die Bevölkerung besser erfassen kann, wird eine Einschränkung der regionalen Gliederungen der Partei der SED auch in Zukunft nicht opportun erscheinen. Denn die Bezirke haben großes Interesse daran, ihren Einfluß auf manche Betriebe der kommunalen Versorgung zu vergrößern, diese Tatsache steht aber der Verwirklichung einer vollkommen zentralen Wirtschaftsorganisation entgegen.

4.5. Die Reformen im Bereich der Planung

4.5.1. Änderungen im Bereich der Perspektivplanung

Seit der Einführung des NÖS wird die Perspektivplanaufstellung in drei Phasen durchgeführt.

Die erste Phase, die Prognose, soll sich vom gegenwärtigen Entwicklungsstand der eigenen Volkswirtschaft lösen und sich an dem zu erwartenden Welthöchststand orientieren. Dabei soll nicht jedes Gebiet der Wirtschaft einer Prognose unterzogen werden, sondern die staatliche Plankommission soll sich

(283) Vgl. Ludz, Peter Christian, Produktionsprinzip versus Territorialprinzip, in: SBZ Archiv, 16. Jg., Bonn 1965, Nr. 1/2, S. 7

in erster Linie auf die volkswirtschaftlichen Hauptfaktoren und Grundprozesse konzentrieren. (284) Dieses Prinzip der Schwerpunktbildung gilt auch für die VVB und VEB. Dabei haben die VVB und VEB nicht nur die technische Seite künftiger Entwicklungen zu prognostizieren, sondern auch die zu erwartende Preissituation in ihre Schätzungen einzubeziehen. (285) Zwar wird auf diese Weise der Betrieb formal in die prognostische Tätigkeit einbezogen, aber die VVB handelt in dieser Hinsicht nicht selbständig, da die staatliche Plankommission von sich aus bestimmte Prognoserichtungen vorschreibt. Obwohl die übergeordneten Organe, Partei und Ministerrat, über die Auswahl der in der Prognose zu übernehmenden Fragen entscheiden, so ist doch die Informationsbeschaffung der zentralen Organe durch die fachkundige Beteiligung der Betriebe verbessert.

Als zweite Phase bei der Perspektivplanaufstellung gilt die Aufstellung einer langfristigen Wachstumskonzeption als Bindeglied zwischen Prognose und Plan. Die Wachstumskonzeption soll aus der Vielzahl von Prognosen, die von der staatlichen Plankommission ausgewertet werden müssen, erfolgen, wobei eine Entsprechung zwischen den zentralen volkswirtschaftlichen Prognosen und den Teilprognosen der industriellen Teilbereiche wichtigste

---

(284) Vgl. Schürer, Gerhard, "Neue Wesenszüge der sozialistischen Planung und Wirtschaftsführung", in: Die Wirtschaft, 23. Jg. 1968, Nr. 24, S. 4
Jahn, W., "Effektive Strukturpolitik verlangt erzeugnisgebundene Planung", in: Die Wirtschaft, 22. Jg., Nr. 18, S. 3

(285) Zu den Aufgaben der Betriebe vgl. Verordnung über die Aufgaben, Rechte und Pflichten des volkseigenen Produktionsbetriebes vom 9. Februar 1967, in: GBL DDR, Teil II, 1967, Nr. 21, S. 121 ff.

Aufgabe ist. In diesem Stadium werden auch konkrete wirtschaftspolitische Ziele, wie z.B.: Grundlinien nach Proportionen der Investitionspolitik, Entwicklung des Lebensstandards etc., festgelegt.(286)
Auf der Grundlage dieser Wachstumskonzeption wird danach ein Katalog von volkswirtschaftlich strukturbestimmenden Aufgaben festgelegt.
Die Umsetzung des Strukturprogramms in Planaufgaben erfolgt dadurch, daß den betroffenen VEB Kennziffern für einen längeren Zeitraum in Form von Planauflagen übergeben werden. Die Betriebe haben auf das Zustandekommen dieses langfristigen Planes offensichtlich nur wenig Einfluß, wenn man davon absieht, daß ihre speziellen Prognosen bei der volkswirtschaftlichen Prognose berücksichtigt wurden und deshalb den Strukturplan mitgeformt haben.

Die dritte Phase des Prozesses der Perspektivplanaufstellung besteht in der Ausarbeitung des Perspektivplanes, der fünf bis sieben Jahre umfassen soll.
Der Perspektivplan, der neben dem Strukturplan existiert, soll verbindliche langfristige Normative für alle volkswirtschaftlichen Bereiche bis hin zu den Betrieben enthalten. Der staatliche Strukturplan dagegen, der absoluten Vorrang vor allen anderen Plänen genießt und nur durch Entscheidungen der höchsten Parteiorgane verändert werden kann, soll die Auflagen für bestimmte Wirtschaftszweige und Betriebe enthalten. Der Perspektivplan soll im Gegensatz zur bisherigen Praxis

---

(286) Vgl. "Thesen zum Symposium 'Theoretische und methodologische Probleme der prognostischen Vorbereitung der Planung unter den Bedingungen der technischen Revolution'", in: Wirtschaftswissenschaft, 14. Jg., a.a.O., 1966, Nr. 8, S. 1258

elastischer sein und weniger Planpositionen enthalten. Die VEB und VVB sollen mit ihren Planvorschlägen für die Jahresplanung gemeinsame Änderungsvorschläge zum Perspektivplan machen können. (287)

Die Vielzahl der im Rahmen des NÖS vorgenommenen Veränderungen in der langfristigen Planung lassen erkennen, daß man beiden Bereichen, dem der Elastizität und dem der Verbindlichkeit und Kontinuität, genügen will. Die Elastizität der langfristigen Planung ist unerläßlich, damit noch während der Laufzeit des Planes neue Anforderungen, die sich aus der Weiterentwicklung der Wirtschaft ergeben, berücksichtigt werden können.
Andererseits muß der langfristige Plan auch einen hohen Verbindlichkeitsgrad haben, damit der technische Fortschritt verwirklicht wird, denn dieser ist mit der Durchführung von Investitionen mit langer Reifezeit verbunden. Der Prognose kommt innerhalb der perspektivischen Planung eine große Aufgabe zu: Wäre die Prognose in der Lage, zutreffende Voraussagen über alle den Produktionsprozeß beeinflussende Faktoren abzugeben, dann erübrigte sich die Forderung nach Elastizität. Die Verbesserung des Prognosesystems ist eine Maßnahme im Interesse der Informationsgewinnung, wobei die Mitwirkung unterer Leitungsebenen sichergestellt würde. Die Zentralinstanz will Entscheidungen über langfristige Projekte und Zielvorstellungen in der Hand behalten.
Die erwähnte doppelte langfristige Planung - Perspektivplan und Strukturplan - stützt diese Feststellung.

---

(287) Vgl. Ulbricht, W., "Probleme des Perspektivplanes bis 1970", in: Ulbricht, W., Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1967, S. 695

Da jedoch rationelle Wirtschaftsführung Elastizität des langfristigen Plankonzepts voraussetzt, versucht man mit Lockerung der Perspektivplanung dazu beizutragen, während man gleichzeitig mit dem Strukturplan die strukturelle Entwicklung der Wirtschaft vollkommen kontrolliert.

4.5.2. Reformen im Bereich der Jahresplanung (288) (s. Anlage 4)

Zu Beginn der Planausarbeitung gibt die staatliche Plankommission im Gegensatz zur bisherigen Praxis keine Orientierungsziffern mehr heraus, sondern eine staatliche Vorgabe, die nur einige wenige Kennziffern enthalten soll. Diese wird dann aufgeschlüsselt und erreicht die Betriebe in Form von Richtwerten.
Die Betriebe stellen danach ihre Planvorschläge, die mit den Organen der gleichen Ebene und durch Vorverträge mit Abnehmern und Zulieferern gesichert werden, zusammen.
Darauf werden die Planvorschläge an die vorgelagerte Planungsinstanz weitergeleitet und verteidigt. Dieses Schema setzt sich bis zum Vorsitzenden der Plankommission fort. In der Zentrale werden dann alle Planvorschläge zusammengefaßt und die staatliche Aufgabe wird ausgearbeitet. In der zweiten Phase gelangen mit Korrekturen versehene

---

(288) Vgl."Material des Büros des Politbüros: Zur Erläuterung der im Referat des Genossen W. Ulbricht auf der 11. Tagung des ZK dargelegten Probleme zur Qualifizierung der Planung, der Leitung und der Anwendung ökonomischer Hebel in der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung", in: Die Wirtschaft, 21. Jg., 1966, Beilage zur Ausgabe Nr. 1, S. 1-8

Planvorschläge wieder in die Betriebe und werden dort aufgeschlüsselt.
In den Betrieben finden Diskussionen mit der Belegschaft statt, und es wird erwartet, daß die Planaufgaben erhöht werden. Die wiederum über dieselbe Pyramide zur Plankommission gelangten Pläne werden dort zum Volkswirtschaftsplan zusammengestellt und der Volkskammer zur Beschlußfassung vorgelegt. In der dritten Phase wird der Planentwurf als Gesetz verkündet und erhält verbindlichen Charakter.

Die wichtigsten Änderungen gegenüber der alten Planmethodik sind die Reduzierung der Kennziffern und die Erstellung des Plans in drei Phasen. Besonders von der zweiten Abstimmung der Planvorschläge in den Betrieben vor der Belegschaft wird eine Erhöhung erwartet.
Die SED, der FDGB, die FDJ und die anderen von der SED kontrollierten Organisationen werden in die Plandiskussion eingeschaltet und sollen nach den Anweisungen der politischen Führung auf eine Planerhöhung hinwirken. (289)

Die Verringerung der vorgegebenen Kennziffern bedeutet aber nicht eo ipso Vergrößerung des betrieblichen Spielraumes, sondern lediglich eine Vereinfachung der Planungsarbeit; denn bisher waren die Kennziffern so ungenügend aufeinander abgestimmt, daß die Einhaltung der einen die Verletzung der anderen bedeutete. Deswegen kann der Planungsgegen-

---

(289) Vgl. Becher, Rudolf, "Die sozialökonomische Funktion der Produktionsberatungen", in: Studien und Materialien zur Soziologie der DDR, hrsg. von P.Chr. Ludz, Köln-Opladen 1964, S. 169-186
Pawlak, G., und Brzoska, H., "Über die Mitarbeit der Gewerkschaften am Planangebot 1968", in: Die Wirtschaft, 22. Jg., 1967, Nr. 25, S. 3

stand nach wie vor determiniert sein, obwohl manche Kennziffern eliminiert werden.

Wie die Praxis zeigt, ist es sehr schwer, auf dem Wege administrativer Anweisungen Vereinfachung in der Planungsarbeit und mehr Spielraum für selbständige Entscheidungen der Betriebe zu erreichen. Die bisherige praktische Durchführung zeigt, daß die Planung zwar auf allen Leitungsebenen den vorgesehenen Weg nimmt, daß aber die Verminderung der Kennziffern wiederum durch eigenmächtige Ergänzungen der höheren Organe kompensiert wird. Die Bevormundung der Betriebe durch die VVB und die Vorwegnahme der Entscheidungen, die in den Bereich der Verantwortlichkeit der Betriebe gehörten, haben ihren Grund zum Teil darin, daß die VVB gehalten sind, eigene Planvorschläge für ihren gesamten Bereich zu machen.(290)

In der DDR werden seit Ende 1971 intensive Diskussionen über die Stabilität und Kontinuität der Planung und besonders über Planungsmethoden, Bilanzierungsprobleme, Vorschläge zum Planungsablauf u.a. geführt. Es wurde festgestellt, daß bei Festhalten an den derzeitigen Prinzipien der Planung, Leitung und Organisation in den achtziger Jahren für die Erfüllung der Aufgaben auf dem Gebiet der Planung und Leitung ca. 80 % aller Beschäftigten eingesetzt wären.(291)

---

(290) Vgl. G. Uhlemann, "Erste Erfahrungen aus der Planung 1968", in: Die Wirtschaft, 22. Jg., 1967, Nr. 18, S. 10
Wahl, G., "Erste wichtige Fortschritte beim Planangebot", in: Die Wirtschaft, 22. Jg., 1967, Nr. 21, S. 4

(291) Vgl. D. Manzei/M.Zieger, "Vom Teilprozeß zur komplexen Lösung", in: Die Wirtschaft, Berlin 72/1971, S. 12

Mit der zentralen Leitung und Planung der Volkswirtschaft nimmt der Papierkrieg zu, die zusätzlichen Informationsanforderungen der zentralen Organe belasten die Planungsabteilungen in den Betrieben.

Um dem zu begegnen, wird die Einführung einer Toleranzplanung vorgeschlagen, um bei der Anpassung an veränderte Bedarfssituationen beweglicher sein zu können. Der staatlichen Plankommission wird ein neuer Arbeitsstil vorgeschlagen: "Viel mehr als in den letzten Jahren gilt es auch wieder von der bewährten Methode des Experimentierens Gebrauch zu machen." (292)
Es wird in den wissenschaftlichen Diskussionen ein Generalplan für etwa 15 Jahre vorgeschlagen, der dann jeweils alle zwei bis drei Jahre auf den neuesten Stand der Eniwicklung gebracht werden soll. (293) Dieser Generalplan könnte auch der im Komplexprogramm der RGW angelegten Koordinierung der Fünfjahrpläne förderlich sein.

---

(292) I. Grüning, "Wie soll es in der Jahresplanung weiergehen?", in: Die Wirtschaft, Berlin 48/1971, S. 8

(293) R. Pieplow, "Zur langfristigen Planung", in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin 1/1972, S. 17 ff.

4.5.3. Die Instanzen des hierarchisch strukturierten Wirtschaftsapparates

Zur Änderung des Planungssystems im NÖS war eine Umstrukturierung der Organisationsformen unabdingbar. Es ist daher eine neue Form der Leitungsfunktionen institutionalisiert worden, deren Gestaltung im NÖS in der Form einer Pyramide erfolgte.

Grob vereinfacht hat die Leitungspyramide sieben verschiedene Stufen: (294)

1. a) nationale staatliche Plankommission -
   b) Volkswirtschaftsrat
2. Industrieministerien (nach Industriebereichen gegliedert)
3. Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) mit den Erzeugnisgruppen (Produktionsgenossenschaften = PGH, Privatbetriebe und Betriebe mit staatlicher Beteiligung
4. Kombinate (sie werden gebildet zwischen Betrieben, die auf gleicher oder aufeinander folgender Produktionsstufe sehr enge Beziehungen haben) (s. Anlage 5)
5. Volkseigene Betriebe (VEB)
6. Brigaden und Kollektive
7. einzelner Werktätiger.

Die ökonomisch strukturentscheidenden Beschlüsse für die gesamte Volkswirtschaft werden von den zentralen staatlichen Organen (1. und 2.) gefaßt und sind für die anderen ökonomischen Subjekte verbindlich. Entscheidungen über Tempo, Detailplanung usw. werden in den nachgeordneten Leitungsebenen je nach ihrem gesamtwirtschaftlichen Stellenwert getroffen. Sinn dieser Neuregelung der Leitungs-

ebenen ist Realisierung der Maxime, daß die ökonomischen Entscheidungen stets dort getroffen werden, so die Garantie der größten Sachkunde besteht.(295)

4.5.3.1 Die neue Rolle der VEB und VVB

Die entscheidende Grundidee der Wirtschaftsreformen ist es, eine Verbindung zwischen der zentralen staatlichen Planung und einer eigenverantwortlichen Planungs- und Leitungstätigkeit der Betriebe zu schaffen. Damit avanciert der Betrieb zu einer Produktionseinheit mit verstärkter Eigenständigkeit und begrenzter selbständiger Entscheidungskompetenz im Rahmen vorgegebener Plankennziffern. Damit hat sich die volkswirtschaftliche Funktion des Betriebes gewandelt von einer Realisierungsinstanz für vorgegebene detaillierte Plandaten ohne wirksame ökonomische Einflußmöglichkeiten zu einer Produktionseinheit mit verstärkter Eigenständigkeit und begrenzter selbständiger Entscheidungskompetenz im Rahmen vorgegebener Plankennziffern. Um die Gesamtplanung flexibler zu gestalten, soll sich der Betrieb mit seiner selbständigen Wirtschaftstätigkeit innerhalb des durch staatliche Plankennziffern gegebenen Rahmens im kybernetischen Sinne selbst regeln, stabilisieren und seine Tätigkeit nach Rentabilitätskriterien optimieren. (296)

---

(296) Vgl. Heinz Werner Hübner, "Einige Methoden der organischen Verbindung der zentralen staatlichen Planung der Volkswirtschaft mit der eigenverantwortlichen Planung der sozialistischen Warenproduzenten", in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 2/1970, S. 219

Wesentliche Merkmale dieser Eigenverantwortung sind: Eigenerwirtschaftung der Investititionsmittel und die Verfügung über folgende Fonds:

a) Deckung der Finanzschulden
Unrentabel arbeitende Betriebe haben nicht mehr die Möglichkeit, ihre Defizite durch Gewinne anderer Betriebe zu decken, wie dies früher über die VVB der Fall war. Im Prinzip sollen die Betriebe keine staatlichen Zuschüsse erhalten.(297)

b) Fondsbildung
- Investitionsfonds (298)
- Umlaufmittelfonds
- Kreditfonds
- Forschungs- und Entwicklungsfonds
- Kultur- und Sozialfonds
- Lohn- und Prämienfonds

Die wesentlichsten Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit dieser Eigenverantwortung sind:

- Das Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel
- Ein verbessertes Preissystem
- Die Wiederentdeckung des Gewinns als Maßstab der Leistung
- Die Ausrichtung der Rechnungsführung des Betriebes auf eine kostengerechte, zahlenmäßige Widerspiegelung der betrieblichen Leistungsprozesse
- Ein verbessertes Vertragssystem
- Die Umgestaltung des Bankensystems

---

(294) Die Stellung der Landwirtschaft ist in dieser Gliederung nicht berücksichtigt.

(295) Vgl. W. Ulbricht, Zum neuen ..., Bd. II, S. 596

(297) Vgl. S. Böhm, Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit der Betriebe, in: Die Wirtschaft, Nr. 32/1967, S. 3 f

Eine Verbesserung bringen die Wirtschaftsreformen auf dem Investitionssektor. Im alten Leitungsmodell war der Großteil der Entscheidungen noch in einer Zentrale konzentriert, die mittels direktiver Plankennziffern den einzelnen ökonomischen Zellen Weisungen erteilte, wie sie zu investieren hätten, und die auch die finanziellen Mittel zur Verfügung stellte. Dagegen werden nun die Investitionsentscheidungen nur indirekt von der Zentrale mitbestimmt. Der Betrieb und die VVB sollen zumindest prinzipiell die konkreten Investitionsentscheidungen selbst treffen und auch die finanziellen Mittel dazu bereitstellen.

Seit 1971 wurde der vom Betrieb zu erwirtschaftende Nettogewinn zur staatlichen Plankennziffer erhoben, die Nettogewinnabführung in absolute Gewinnabführungsbeträge umgewandelt und die Investitionstätigkeit durch staatliche Planauflagen verbindlich vorgeschrieben. Da das Preissystem unvollkommen mit den strukturpolitischen Zielen im Einklang stand, induzierte es über das Eigeninteresse der Betriebe gerade auch solche Investitionsströme, die der zentralen strukturpolitischen Konzeption entgegengerichtet waren, deswegen dürfen neue Projekte erst dann begonnen werden, wenn sie den vorbestimmten Anforderungen entsprechen und ihre Realisierung in der

---

(298) Ausgenommen vom Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Investititonsmittel sind umfangreiche Vorhaben wie beispielsweise das Erdölverarbeitungs-Kombinat Schwedt (Vgl. Otto Reinhold, Zentrale Leitung, Eigenverantwortlichkeit und Mitgestaltung: Das neue ökonomische System, in: Marxistische Blätter, Sonderheft 1/1968, S. 218 u. W. Ulbricht, Zum ökonomischen System ..., Bd. II, S. 111

vorgesehenen Zeit gesichert erscheint.

Es bleibt festzuhalten, daß die Betriebe keinerlei den Planzielen widersprechende Eigendynamik entwickeln können. Produktion und Verteilung, Angebot und Nachfrage bleiben auch nach der Wirtschaftsreform ohne einen institutionell abgesicherten direkten Rückkoppelungsmechanismus.

Eine neue Rolle im ökonomischen System spielt auch der ökonomische Hebel Kredit, was für die Autonomie der unteren Leitungsebenen von Bedeutung ist. Dieser Hebel ist auch von bedeutendem Einfluß auf den Gewinn. Die Wirkung des Kredits entfaltet sich indirekt über den Zins und die allgemeinen Rückzahlungsbedingungen. Durch die neugewonnene Stellung des Gewinns in den neuen ökonomischen Systemen wird den Banken eine wichtige Rolle zugewiesen. (299) Während sie vorher den VVB bzw. den Betrieben Kredite im Rahmen des Planes zur Verfügung zu stellen hatten, die Rückzahlung der Mittel zumeist jedoch nicht im Planrahmen, sondern nach den Ergebnissen der tatsächlichen Betriebstätigkeit erfolgte, muß nunmehr die Rückzahlung nach vorher vereinbarten und konkretisierten Bedingungen vonstatten gehen. (300)

Die Banken haben eine gewisse Kontrollfunktion über die Arbeitsweise eines Betriebes, da sie über die Vergabe von verbilligten Rationalisierungskrediten zu entscheiden haben und somit bei derartigen Kreditbeantragungen Einblick in die Betriebsplanungsperspektive erhalten. Desweiteren dürfen Betrieben, die völlig abgewirtschaftet sind, d.g. nicht nur unter momentanen Liquiditätsschwierigkeiten leiden, keinerlei Zahlungsmittel von den Banken

---

(299) Vgl. Horst Kaminsky, Die sich aus dem Volkswirtschaftsplan 1965 ergebenden Grundfragen des Staatshaushaltsplanes und die Aufgaben der Finanz-, Bank- und Preisorgane bei der weiteren Durchführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1964, S. 15 und Richtlinie, S. 33 f.

(300) Vgl. Apel/Mittag, Planmäßige Wirtschaftsführung, S. 78 f.

zur Verfügung gestellt werden. Solche Betriebe können allerdings Kredite aus einem Sonderfonds erhalten, und zwar nur unter der Voraussetzung, daß die VVB die Garantie der Rückzahlung übernimmt.(301)

In der Tätigkeit der Banken ist der autonomen Entscheidungsbefugnis der Betriebe, insbesondere in bezug auf die Investitionen, eine Schranke gesetzt. Durch Festlegung der Richtlinien für die Kreditvergabe hat die zentrale Planbehörde eine indirekte Einwirkungsmöglichkeit auf die Entscheidungen der Betriebe (s. Anlage 6). Durch das neue Vertragsgesetz vom 25.2.1965 ist den einzelnen Betrieben die Möglichkeit gegeben worden, längerfristige Kooperationen untereinander einzugehen. Dieses Gesetz erweitert die Betriebsautonomie vor allem auf den Gebieten der Materialbeschaffung und des Absatzes. Die in bezug auf die VVB relative Selbständigkeit der Betriebe kommt auch durch die Haftungsregelung zum Ausdruck. Danach hat der Betrieb für seine Verbindlichkeiten selbst einzustehen und der Gläubiger kann sich nur an ihn wenden.

Mit Hilfe der Wahrung des Prinzips der Eigenverantwortlichkeit und den neuen Kreditformen sollen die wirtschaftlichen Grundzellen zu ökonomischem Denken erzogen werden. Ziel ist die Herstellung eines entsprechenden Niveaus, auf dem der Einzelbetrieb eine Entscheidungsebene im NÖS darstellt. Die Zentrale kann sich dadurch detaillierte Vorschriften über Ausmaß, Reihenfolge und Tempo der Bewältigung volkswirtschaftlicher Aufgaben ersparen.

Mit der Erhöhung der betrieblichen Eigenverantwortung soll künftig die unsachgemäße Einmischung übergeordneter

(301) Vgl. W. Ulbricht, Zum ökonomischen ..., Bd. II, S. 159 und 267 f.

Wirtschaftsorgane unterbunden werden. Da diese Einmischung häufig zur Verletzung der Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung und zu bürokratischen Streitigkeiten geführt hatte, die zahlreiche Betriebsleiter von den wesentlichen Aufgaben abhielt, sind durch eine neue Betriebsordnung den Betrieben Möglichkeiten zur Abwehr solcher Bevormundung gegeben worden. Walter Ulbricht trat sogar dafür ein, daß die aus Einmischung der übergeordneten Organe resultierenden Verletzungen wirtschaftlicher Rechnungsführung und die damit verbundenen Verluste von den betreffenden Organen zu ersetzen seien. (302)

Eine wesentliche Veränderung hat sich auch in der Rolle der Vereinigung Volkseigener Betriebe ergeben. Die VVB bestehen bereits seit 1958. In ihnen sind die größten volkseigenen Produktionsstätten zusammengeschlossen. Von diesen volkseigenen Betrieben werden ungefähr 70% der gesamten Bruttoproduktion der DDR hergestellt. Die einzelnen VVB sind nach dem Produktionsprinzip organisiert, d.h., daß ein VVB jeweils die VEB eines Produktionssektors umschließt. Die übrigen Betriebe sind in sogenannten Erzeugnisgruppen zusammengefaßt. Die VVB hat einen Leitbetrieb aus ihrem Bereich zu ernennen, an dem sich die Betriebe der Erzeugnisgruppe orientieren können. Die Erzeugnisgruppen sind nach Gleichartigkeit der Produktion geordnet. Z.B. sind in der VVB Eisen-, Blech- und Metallwaren, alle Betriebe, die Heiz- und Kochgeräte für flüssige und feste Brennstoffe herstellen, in einer Erzeugergruppe zusammengefaßt. Da sie keine eigene Rechtsstellung haben, sondern formale Organe der VVB sind, bleiben ihre Stellung im Entscheidungsprozeß und ihre Verantwortlichkeit relativ unklar.(303)

---

(302) Vgl. ebenda, S. 156

Aufgabe der VVB ist es jedenfalls, jeweils einen gesamten Produktionssektor zu koordinieren.
Bis zur Etablierung der NÖS übten sie gegenüber den rechtlich selbständigen Betrieben eine verwaltende Funktion aus, wurden jedoch ökonomisch nicht initiativ. Nunmehr sind die VVB aus relativ unselbständigen Verwaltungsinstitutionen in ökonomische Führungsorgane tranformiert worden, die seit dem 1.1.1964 nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten, d.h. ihre Arbeit durch Bilanzierung transparent machen (304).
Das bedeutet, daß die VVB innerhalb der Zentralplanung verantwortlich für den Produktionsprozeß in ihren Bereichen sind. Gleichzeitig gilt für sie wie für den einzelnen Betrieb als wichtigste Leistungsnorm der Gewinn. Da die VVB eine Art Schlüsselposition innerhalb des NÖS einnehmen, hat das Schlagwort von den "sozialistischen Konzernen" eine gewisse Berechtigung. Denn die VVB produzieren, ähnlich wie im kapitalistischen System die Konzerne, keine Waren, sondern leiten die einzelnen Betriebe, die allerdings eine höhere Autonomie wahren als die Tochtergesellschaften eines kapitalistischen Konzerns (305). Dadurch, daß die VVB keine eigentliche Produktionstätigkeit leisten, sind sie in der Lage, Arbeit der Betriebe zu übernehmen, die nicht zum genuinen Produktionsprozeß gehört. Damit wird gleichzeitig eine erhöhte Konzentration der Betriebstätigkeit auf die rationellste Güter-

---

(303) Vgl. Peter Christian Ludz, Widersprüche im Neuen ökonomischen System, in: SBZ-Archiv, Nr. 7/1964, S. 101 f.
(304) Vgl. Richtlinie, S. 28 f.
(305) Vgl. Klemens Pleyer, Die rechtliche Stellung der Vereinigun gen Volkseigener Betriebe (VVB) im Neuen ökonomischen System, Referat v. Februar 1968 anläßlich der Tagung des "Forschungsbeirates für

produktion möglich, mithin auch eine größere Selbständigkeit in diesem Bereich.

Die Haupttätigkeit der VVB erstreckt sich auf die Erforschung der Investitionsmöglichkeiten ihrer Branche, über deren Standort, Art und Umfang sie zu entscheiden haben. Desweiteren tragen sie Mitverantwortung für die Absatz- und Exportforschung und für die Werbung.
Die VVB haben also eine Einheitlichkeit in ihren Branchen zu gewährleisten.
An der Spitze der VVB steht ein Generaldirektor, dem die einzelnen Betriebsleiter (Werksdirektoren) unterstellt sind. Beide Leiter sind persönlich verantwortlich: der Werksleiter, dem VVB Generaldirektor und der wiederum dem Minister seines Industriezweiges. Sie müssen ihre eigenen Plöne vor der ihnen jeweils übergeordneten Leitungsebene "verteidigen". Die übergeordneten Institutionen haben die Aufgabe, die jeweiligen Einzelpläne mit dem Gesamtplan zu koordinieren. Die unteren Leitungsebenen wie Kollektive, Brigaden und die Arbeiter sollen vor allem durch Diskussionen der Planangebote an der Planung beteiligt werden.

Das Funktionieren der NÖS ist also wesentlich von der Qualität einiger Führungskräfte (Leiter) abhängig. Daher ist es nicht verwunderlich, daß in der DDR ein völlig neuer Wissenschaftszweig, nämlich die Leitungswissenschaft, entstanden ist. (306)

Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" Hrsg.: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, S. 3 f, Februar 1968.

(306) Vgl. Horst Deutschländer, Die sozialistische Leiterpersönlichkeit und ihre Autorität, in: DZfPH Nr. 6/1967, S. 644-650 und Frank Rupprecht, Das Vorbild in historisch-materialistischer Sicht, ebenda, S. 629-644.

Die Abhängigkeit des Systems von der Leistung einzelner Persönlichkeiten wirft natürlich die Frage auf, ob nicht die Schicht der alten administrativen Parteibürokratie durch eine neue Schicht, die der ökonomischen Schicht der Technokraten ersetzt wird, bzw. ob eine bloße Qualitätsverbesserung der Führungsschicht angestrebt werden soll, die eine höhere Effektivität des Gesamtsystems zu gewährleisten hat. Desgleichen muß in diesem Zusammenhang der Fragenkomplex der Demokratisierungstendenzen aufgeworfen werden. Es bleibt zu fragen, ob nicht durch die Abhängigkeit des gesamten Systems von einer neuen Elite Demokratisierung unmöglich wird. Es wird in einem gesonderten Abschnitt noch zu untersuchen sein, ob die Forderung nach wachsender Kollektivierung nur verbal bleibt oder ob tatsächlich brauchbare Institutionen geschaffen wurden, die eine wirksame Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte am Führungsprozeß garantieren und die These Burnhams von der Herrschaft der Manager falsifizieren. (307)

Im Verlaufe der ersten Reformmaßnahmen wurden in der DDR ökonomisch-technische Fragen in aller Öffentlichkeit nahezu euphorisch diskutiert und ideologische Fragen traten tatsächlich in den Hintergrund, hatten zumindest zeitweilig sekundären Charakter. Da diese augenfällige Betonung ökonomischer Komplexe eine Gefahr für die von den Reformen kaum direkt betroffenen Spitze des Staats- und Parteiapparates darstellte, wurde von der Parteibürokratie gegen diese Tendenzen scharf

---

(307) Vgl. Paul Liehmann, Manfred Puschmann, Günter Söder, Leiter und Kollektiv in der sozialistischen Wirtschaft, Berlin 1967, S. 47 f.

polemisiert. So wandten sich auf der 7. Tagung des ZK der SED insbesondere der Parteiideologe Kurt Hager und in gemäßigter Form Walter Ulbricht gegen eine Vernachlässigung der politischen Propaganda (308). Dadurch trat allerdings bisher keine wesentliche Behinderung der ökonomischen Entwicklung ein, obwohl die Parteibürokratie in letzter Zeit verstärkte Anstrengungen unternimmt, nicht von der Eigendynamik des NÖS hinweggespült zu werden. Doch auch auf diese Problematik soll in den folgenden Abschnitten noch eingegangen werden.

(308) Vgl. Walter Ulbricht, Antwort auf aktuelle politische und ökonomische Fragen, Berlin 1964, S. 30 f.

4.5.3.2. Das Kombinat als Organ der staatlichen Wirtschaftsführung

Seit der Wirtschaftsreform von 1963, die den einzelnen Industriebetrieben bei der Erfüllung ihrer Planziele eine größere Bewegungsfreiheit zugestand, war die staatliche Wirtschaftsführung bemüht, durch Konzentration produktionskostensenkende Rationalisierungseffekte zu erzielen (309). Mit dem Kombinat glaubt man, die zweckmäßigste Organisationsform für eine rationellere Fertigung von Erzeugnissen gefunden zu haben, "zwischen denen ein enger technologischer und ökonomischer Zusammenhang besteht." (310)

Um ein "Stammwerk" als das wirtschaftlich stärkste Glied der neuen Produktionseinheit werden verschiedene andere VEB, die dessen Produktionsprogramm verstärken, als weitere Kombinatsbetriebe gruppiert und unter eine einheitliche Leitung gestellt.
Die Ziele, die bei einer Kombinatsbildung erreicht werden sollen, sind:

- Schnellere und verstärkte Einführung der Automation,

---

(309) K. Brockhoff, H. Buch, Wirtschaftliche Konzentration und Betriebsgrößenoptimierung in sozialistischen Wirtschaften, Deutschland-Archiv 1970, S. 248 ff.

(310) Kleines politisches Wörterbuch, Berlin 1967, Stichwort: Kombinat

- Konzentration und Ausbau der betrieblichen Forschung,
- bessere Ausnutzung der elektronischen Datenverarbeitung (311).

Die Kombinate sollen auf diese Weise als relativ geschlossene Teilsysteme der Volkswirtschaft "echte Partner der zentralen staatlichen Planung und Führung bei der Verwirklichung hocheffektiver Strukturpolitik werden. (312).

Nach der Wirtschaftsreform hat sich der Begriff Kombinat nach und nach zu einem spezifischen Rechtsbegriff entwickelt. Das volkseigene Kombinat unterscheidet sich von anderen Großbetrieben darin, daß seine Struktureinheiten innerhalb der Gesamtorganisation über eine relative wirtschaftliche und rechtliche Selbständigkeit verfügen. (313)

Die Entwicklung des Kombinats zu einem Großbetrieb besonderer Struktur konnte erst nach der Einführung des

---

(311) W. Ulbricht, Die weitere Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, Berlin 1968, S. 40

(312) W. Ulbricht, ebenda.
Vgl. G. Mittag auf der 13. Sitzung des ZK der SED im Juni 1970, in: Neues Deutschland vom 11.6.1970, S. 4: "Mit den Kombinaten hat sich die Arbeiterklasse in der DDR jene Form der Wissenschafts- und Wirtschaftsorganisation geschaffen, die unter unseren Bedingungen günstigste Möglichkeiten für die Systemautomatisierung auf der Grundlage revolutionierender Technologie und der Anwendung der EDV bietet."

(313) K. Heuer, Die planmäßige Weiterentwicklung der Rechtsstellung der volkseigenen Kombinate, Wirtschaftsrecht 1970, S. 207 ff.

NÖS einsetzen. Denn solange für eine Eigenverantwortung der VEB kein Spielraum vorhanden war und sie nur Vollzugsorgane vieler Einzelanweisungen waren, konnte sich der Kombinatsbetrieb nicht wesentlich von Betriebsteilen anderer Großbetriebe unterscheiden. Erst nach Gewährung eines gewissen Entscheidungsspielraumes auf der produzierenden Ebene war es möglich, auch innerhalb einer produzierenden Wirtschaftseinheit selbst flexiblere Lenkungs- und Leitungsmethoden einzuführen. (314)

Die für die gesamte Volkswirtschaft in der DDR bestehende Problematik, den richtigen Mittelweg zwischen der zentralen staatlichen Planung einerseits und der Eigeninitiative der planunterworfenen Betriebe andererseits zu finden, taucht in verkleinertem Maßstab und in vereinfachter Form innerhalb eines Kombinats nochmals auf. Die Übertragung staatlicher Funktionen auf die Kombinate bedeutet zwar einerseits eine Aufwertung, denn die Kombinate stehen damit auf gleicher Stufe wie die VVB. Andererseits ermöglicht der Einbau in die staatliche Wirtschaftsverwaltung aber auch eine leichtere Reglementierung des Produktionsablaufes durch die Zentrale. Es ist also die Tendenz festzustellen, den großen Kombinaten zwar eine größere Eigenverantwortung und Selbständigkeit einzuräumen, aber gleichzeitig auch sicherzustellen, daß der Charakter der zentralen Planwirtschaft mit all seinen Eingriffsmöglichkeiten von Seiten der Zentrale nicht verlorengeht.

---

(314) L. Schramm, Zur Bildung und Rechtsstellung von volkseigenen Kombinaten, Vertragssystem 1969

4.5.3.3. Die zentralen Planbehörden

Nachdem der Aufgabenbereich der mittleren Leitungsebenen skizziert worden ist, soll nunmehr die Aufgabenstellung der zentralen Planungsorgane umrissen werden. An der Spitze der Leitungspyramide stehen die nationale staatliche Plankommission und der Volkswirtschaftsrat. Die staatliche Plankommission ist das Organ des Ministerrates. Sie hat die Aufstellung des Perspektivplanes, der sich über einen längeren Zeitraum (ca. 5-7 Jahre oder auch mehr) erstreckt, zu besorgen, also eine mehr prognostische Planarbeit zu leisten. Der Perspektivplan ist die Orientierungsbasis für alle anderen kurzfristigen Pläne (Operationspläne). Er wird mit Hilfe moderner Planungstechniken erstellt, z.B. der Input-Output-Analyse von Leontieff, der linearen Programmierungsrechnung, kybernetischen Regelkreisen u.ä.. Mit Hilfe der Kybernetik können zahlreiche traditionelle Wissenschaftsbereiche mathematisiert werden. Dadurch können in ökonomischen Modellen Planvarianten durchgespielt werden, die eine exaktere Optimalplanung ermöglichen. Gleichzeitig gelingt es, mittels Computern eine effektivere zentrale Datensammlung vorzunehmen, die eine adäquate Lenkungsinformation an die Produktionszellen gestattet. Die Planbehörden können sich dabei auf jahrelange theoretische Vorarbeiten sozialistischer Ökonomen stützen. Die Brauchbarkeit dieser Theorien muß sich jedoch nach den Wirtschaftsreformen erst in der Praxis erweisen. (315)

(315) Vgl. Peter Dobias, Polnische Beiträge zu einer Ökonomie des Sozialismus, in: Argument, Heft 40/1966, S. 441

Der Volkswirtschaftsrat hat die Aufgabe, die prognostischen Pläne der staatlichen Plankommission zu konkretisieren und die jährliche Planverbindlichkeit herzustellen. Rexin charakterisiert die Tätigkeit der Plankommission als eine "legislative" und die des Volkswirtschaftsrates als eine "exekutive". (316)

Den oberen Leitungsebenen sind die Bezirkswirtschaftsräte bzw. die Bezirksräte bzw. die Bezirksplankommissionen nach dem Territorialprinzip zugeordnet. Der Volkswirtschaftsrat steht in direkter Verbindung zu den VVB. Auch die zentralen Planungsbehörden sollen sich, ebenso wie die VVB und VEB, auf die Mitwirkung und die "Planangebote" von "unten" stützen, denn "die Mitwirkung, die Mitentscheidung der Produzenten", ist Bestandteil der Entscheidungspyramide. Es kann im Sozialismus keine nur technisch-planerisch bestimmte Entscheidungspyramide geben. (317)

---

(316) Manfred Rexin, das "Neue Ökonomische System der DDR" II, in:Atomzeitalter, Heft 6-7/1965, S. 182

(317) Uwe-Jens Heuer, Demokratie und Recht im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1965, S. 174

4.5.3.4. Schwierigkeiten des Entscheidungsprozesses und die Möglichkeiten ihrer Überwindung

Es besteht nun natürlich die Möglichkeit, daß im NÖS nur die alten bürokratischen Apparate zerschlagen und an deren Stelle neue aufgebaut werden. Ist dies der Fall, so kann selbstverständlich die oben dargelegte Leitungspyramide nicht funktionieren, gleichzeitig könnte das System ökonomischer Hebel nicht rational praktiziert werden. Die oberen Leitungsebenen würden übergewichtig bleiben und den Spielraum der unteren Ebenen nach und nach einengen. So haben die abgestuften Leitungsebenen bislang eher noch die Form eines Quaders als die eines Rechtecks und "viele Entscheidungen werden überflüssigerweise - und zum Schaden der Sache - nach oben gezogen." (318)

Doch eine erneute Bürokratisierung des Plansystems ist heute sehr viel mehr vom Verhalten der ökonomischen Subjekte selbst abhängig, denn sie haben wesentlichen Anteil am Funktionieren des Neuen Ökonomischen Systems. Letztlich ist also auch das Funktionieren des Entscheidungsprozesses auf den jeweiligen Leitungsebenen von ihnen abhängig.

In der Praxis sieht es auch heute allerdings immer noch so aus, daß überflüssige Reibungsverluste durch Einmischung oberer Leitungsorgane festzustellen sind. Jedoch sind den unteren Leitungsebenen anhand der "Verordnung über die Aufgaben, Rechte und Pflichten des volkseigenen Produktionsbetriebes" und der gleichlautenden Verordnung für die VVB Möglichkeiten zur Abwehr

---

(318) W. Ulbricht, Zum neuen ..., I, S. 670

unberechtigter Eingriffe gegeben.
Reibungsverluste sind jedoch nicht nur vom Verhalten der ökonomischen Subjekte abhängig, denn sehr viele Schwierigkeiten resultieren aus den Unklarheiten der Entscheidungsbefugnisse der einzelnen Leitungsebenen, da deren Rechte und Pflichten gar nicht oder nur vage formuliert sind. Offenbar wird diese Feststellung durch die Position der Erzeugnisgruppen. Unklarheiten dieser Art haben zu einem Hin- und Herschieben der Entscheidungsverantwortung zwischen den einzelnen Leitungsebenen geführt. Solche Schwächen werden von der offiziellen Ostforschung in der BRD genüßlich aufgegriffen und ausgewalzt. (319) Wesentlicher scheint mir jedoch die Feststellung zu sein, daß mit dem Abbau autoritäter Entscheidungszentren ernsthaft begonnen wurde und daß die Unsicherheiten in Entscheidungsfragen nicht zuletzt in einem ursächlichen Zusammenhang damit zu stehen scheinen, was nach jahrelanger übertriebener Bevormundung und Reglementierung im volkswirtschaftlichen Prozeß keinesfalls verwundern kann.

Diese Unsicherheiten sind aber auch den Theoretikern des NÖS und den Politikern bekannt; von ihnen wird eine klare rechtliche Festlegung der Verantwortungsebenen postuliert. (320)

---

(319) Vgl. z.B. Kurt Erdmann, NÖS-Bilanz 1966, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Sonderdruck aus dem SBZ-Archiv, Bonn und Berlin 1967, S. 5

(320) Vgl. Uwe-Jens Heuer, Demokratie und Recht ..., S. 226 und 253 f und
W. Ulbricht, Die Durchführung der ökonomischen Politik im Planjahr 1964 unter besonderer Berücksichtigung der chemischen Industrie, Berlin 1964, S. 47

Seit 1971 ist die vorher geplante Weiterentwicklung der Reformen abgebrochen. Verstärkte Zentralisierungstendenzen sind zu beobachten, die den Entscheidungsspielraum der Betriebe wieder einengen und die staatliche Lenkung verstärken.

Damit ist es noch schwieriger geworden, Umfang und Grenzen des Entscheidungsraumes des VEB abzugrenzen. (s. Anlage 7)

4.5.4 Die wirtschaftlichen Steuerungsmaßnahmen der Gewinnentstehung und -verwendung

Die Gewinnentstehung und -verwendung unterliegt vollkommen der zentralen Planung und Steuerung. Seit dem Perspektivplanzeitraum 1971 bis 1975 werden den Betrieben erstmals verbindliche Fünfjahresnormative vorgegeben. Aber damit der Preis als wesentlicher, die Gewinnhöhe beeinflussender Faktor die Aktivitäten der Betriebe auf die Senkung "... der Selbstkosten, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Erhöhung der Fondseffektivität ..." (321) orientiert, wurde das Industriepreisregelsystem geschaffen, welches nach Überschreiten einer bestimmten, zentral festgelegten Fondsrentabilität eine planmäßige Senkung der Industriepreise induzieren und so die Hebelwirkung der übrigen Normative gewährleisten soll. Um die potentielle Eigendynamik, die sich aus der Anwendung des Industriepreisregelsystems ergeben könnte, zu reduzieren, wird die Preisentwicklung mit Hilfe der volkswirtschaftlichen Preismodelle selbst in den Perspektivplan einbezogen.

Die Zuführungen zum Prämienfonds sind nicht nur von der Höhe des Nettogewinns, sondern gleichzeitig von der Erfüllung zweier ausgewählter strukturbestimmender materieller Aufgaben abhängig.

Die Betriebe sind auch noch durch die Aufnahme langfristiger Kooperationsbeziehungen bereits im Stadiums der Planerstellung und durch die Bilanzierung der materialwirtschaftlichen Prozesse in ihren konkreten Beschaffungs- und Absatzbeziehungen weitgehend gebunden.

---

(321) Richtlinie zur Einführung des fondsbezogenen Industriepreises ... a.a.O., S. 497

Es wird folgende wirtschaftliche Steuerungsmaßnahme der Gewinnentstehung und -verwendung eingesetzt:

- Die Produktionsfondsabgabe(322)
- Der fondsbezogene Preis
- Maßnahmen zur Preisdynamisierung
- Das einheitliche Betriebsergebnis
- Nettogewinnabführung
- Bildung der Prämienfonds
- Bildung des betrieblichen Amortisationsfonds
- Die Fondsbildung der VVB

Wenn die wirtschaftspolitischen Maßnahmen jede eigendynamische Entwicklung ausschließen sollen, so ist gleichzeitig zu gewährleisten, daß die Betriebe über ihren tatsächlich realisierten Gewinn keine unplanmäßigen Ansprüche auf das Sozialprodukt stellen. Deswegen werden den Betrieben, den VVB und Kombinaten staatliche Normative der wirtschaftlichen Rechnungsführung für die Dauer des Perspektivplanes vorgegeben: (323)

---

(322) Die Produktionsfondsabgabe hat, seitdem 1966 die Industriepreisreform für die VVB abgeschlossen war, Gültigkeit, seit 1968 gilt sie für alle Betriebe. Sie wird als Prozentsatz auf den Durchschnittsbestand an Grund- und Umlaufmitteln berechnet und soll eine Mindestverzinsung darstellen. Gesetzlich ist "die Produktionsfondsabgabe ... unter den gegenwärtigen Bedingungen Bestandteil des Gewinns und deshalb vom Betrieb nicht besonders zu kalkulieren." Harry Nick, Warum fondsbezogener Preistyp?, a.a.O., S. 33
Die Produktionsfondsabgabe hat den Effekt, daß der monetäre Übrerschuß eines Betriebes um diese Mindestverzinsung geschmälert wird. Das hat wiederum zur Folge, daß die Mittel für die erweiterte Reproduktion und die Zuführungen zum Kultur- u. Sozialfonds und Betriebsprämienfonds vermindert werden. So ist die Produktionsfondsabgabe ein Gewinnbestandteil, durch dessen Veränderung ökonomische Hebelwirkungen erzielt werden können.

(323) Zur Gestaltung des ökonomischen Systems ... a.a.O., S. 108

- Das Normativ der Nettogewinnabführung an den Staat,
- das Normativ der Umlaufmittelintensität mit Toleranzen,
- das Normativ der Produktions- bzw. Handelsfondsabgabe,
- das Normativ für die Bildung des Fonds Wissenschaft und Technik,
- der Exportgewinnanteil des Betriebes,
- das Normativ für den Zuwachs des Kultur- u. Sozialfonds,
- das Normativ für den Prämienfondszuwachs,
- das Normativ für den leistungsabhängigen Lohnfondszuwachs,
- eine normative Rate der Fondsrentabilität mit Toleranzen für die VVB und den Ministerien direkt unterstellte Kombinate sowie
- ein Normativ der Ober- und Untergrenze der Fondsrentabilität für Erzeugnisgruppen zur Anwendung des Industriepreisregelsystems.

4.5.5. Verbindung von Plan und Markt

4.5.5.1 Die Funktion des Planes

Der Plan ist der Ort, von dem aus Produktionsmittel beherrscht werden. Der imperative Plan ist eine der spezifischen Formen der Beeinflussung der ökonomischen Ebene durch die politische. Wenn der Plan adäquat ist, dann kann der Staat damit die Interdependenz der den gesellschaftlichen Produktionsprozeß bildenden Arbeiten in dem Sinne beeinflussen, daß neue Produktionsverhältnisse entstehen. Diese Veränderung, die ermöglicht wird durch die Umformung der juristischen Eigentumsverhältnisse, impliziert eine Praxis, in der der Staat die Aktivitäten der verschiedenen Produktionseinheiten tatsächlich und a priori koordiniert. Die tatsächliche Koordination besteht nicht in administrativen Aktionen, sondern bedeutet reale Teilnahme der Massen an der Ausarbeitung und Durchführung der Pläne und eine wissenschaftliche Analyse der ökonomischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit.
Erst die Erfüllung dieser Bedingungen garantiert die Herrschaft der Produzenten über die Produktinnsmittel und über die Ergebnisse der Produktion.

Die Modalitäten des Plans sind entsprechend dem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte variabel. Es kann sich um einen stark zentralisierten Plan oder um einen Komplex von untereinander koordinierten Plänen handeln. Der Plan gewährleistet jedoch die Einheit der gesellschaftlichen Arbeit erst dann, wenn die Arbeiter eine dominierende ökonomische und politische Position innerhalb der Leitung des Staatsapparates und der Kontrolle über die Produktionseinheiten innehaben.

4.5.5.2. Die Inkompatibilität von Markt und Plan

In einem der vorherigen Abschnitte wurde die Funktion des Wertgesetzes in einer Gemeinwirtschaft ausführlicher dargelegt. Einen ähnlichen Stellenwert wie dieses Gesetz hat der Markt in einem solchen Wirtschaftssystem. Es trifft nicht den Kern der Dinge, wenn man Plan und Markt abstrakt gegeneinanderstellt. Wer immer noch in der Anwendung von Marktmechanismen ein "eigentlich systemfremdes" Mittel für die Ökonomie der Übergangsgesellschaften sieht, identifiziert das administrative Leitungsmodell mit dem Wirtschaftssystem einer sozialistischen Gesellschaft, ganz abgesehen davon, daß selbst in diesem Modell, das in einer akuten Mangelsituation geboren wurde, eine volle Überwindung des Konsumgutermarktes nicht möglich war. Gegenüber dem administrativen Modell wird in den neuen ökonomischen Systemen versucht, den Markt zu integrieren, m.a.W.: eine Planung über den Markt anzustreben. Der Markt ist im NÖS also ein organisierter. (324) Er wird direkt oder indirekt von den Planbehörden gelenkt und hat die Aufgabe, rückwirkend dem Plan "... die notwendige Geschmeidigkeit und Beweglichkeit zu verleihen."(325).

---

(324) Daneben existiert ein quantitativ geringfügiger unorganisierter Markt, der keiner direkten staatlichen Beeinflussung unterliegt. Dieser erstreckt sich jedoch lediglich auf den Handel mit landwirtschaftlichen Gütern, die außerhalb der LPG produziert worden sind u. auf Teile des privaten Handels.

(325) W. Ulbricht, Zum neuen ..., Bd. I, S. 588
"Der Markt wird als eine effektive Ergänzung zum Hauptregulator der Wirtschaft - zum Plan - betrachtet, als eine notwendige Bedingung und einzuverlässiges Mittel für dessen erfolgreiche Realisierung."
J.G. Liberman, Die optimale Leitung der Wirtschaft u. die Effektivität der materiellen Stimulierung. in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftliche Beiträge, Berlin, 5/1969

4.5.5.3. Plan als Instrument

Um mit dem Instrument Markt eine Wirkung zu erzielen, muß den einzelnen ökonomischen Subjekten ein freier Entscheidungsspielraum gegeben werden, damit eine Orientierung an den Marktdaten erfolgen kann. Bei einer einseitigen Orientierung an Plandaten kann die Nachfrage der kooperierenden Wirtschaftssubjekte nicht genügend befriedigt werden. Dabei dürften jedoch die Plandaten nicht unberücksichtigt bleiben. Ihre Wirkungsweise ist jedoch eine qualitativ andere. Im Abschnitt über die Instanzen des hierarchisch strukturierenden Wirtschaftsapparates wurde dargelegt, daß es sieben verschiedene Entscheidungsebenen gibt, die einander vertikal zugeordnet sind, wobei die zentralen Entscheidungen auf alle anderen Leitungsebenen einwirken. Hinzu kommt noch als achte Ebene die des Marktes mit dem Regelmechanismus von Angebot und Nachfrage. Diese Ebene wirkt nicht vertikal wie die anderen, sondern horizontal und konzentriert sich auf die Entscheidungen der Betriebe, die dadurch eine besondere Gewichtung erhalten.(326)

Die vom Marktmechanismus beeinflußten Entscheidungen betreffen nahezu alle Makroentscheidungen über Menge, Art und Qualität der Produkte und regeln teilweise auch den Umfang der Investitionen, die mit der Herstellung einzelner Güter verbunden sind.

Die zentral unter Mitwirkung aller Entscheidungsebenen festgelegten Plandaten zielen auf Makroentscheidungen und sollen Orientierungshilfe vor allem für die mittleren Entscheidungsebenen sein, damit diese den Gesamtzusammenhang ihrer Aktivität erkennen. Sie

(326) Vgl. E. Altvater, Rationalisierung .., a.a.O., S. 271

betreffen also nicht direkt die inneren ökonomisch-technischen Prozesse eines Zweiges oder eines Betriebes. Der Plan bestimmt jedoch den großen Rahmen der ökonomischen Entwicklung und impliziert auch prognostisch die Einwirkung auf die Entwicklung des Marktes. Dadurch werden die mittleren Entscheidungsebenen nur partiell von den kurzfristigen Marktbeziehungen gelenkt. (327)

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die planmäßige Leitung der Wirtschaft nicht Verzicht auf die Vorgabe direkter Planziffern und die Integration des Marktes bedeutet. Vielmehr besteht die Neuartigkeit des Verhältnisses Markt - Plan darin, daß durch operative ökonomische Instrumente die Marktprozesse so gesteuert werden, daß sie über die am Markt orientierten Entscheidungen der einzelnen ökonomischen Subjekte zu einer indirekten Erfüllung der Planziele führen. Der Plan zeigt die allgemeine Entwicklung der Volkswirtschaft an. Für den Markt besteht die Aufgabe, im Rahmen dieser geplanten Richtung für eine optimale Allokation der Ressourcen Sorge zu tragen und damit die einzelnen Produktionszellen an einer Effizienz der Produktionsmittel, an bedarfsgerechter Produktion, Weltmarktqualität u.a. zu interessieren.

---

(327) Vgl. Günter Mittag, Über Probleme des Perspektivplanes bis 1970, insbesondere des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung in seiner zweiten Etappe und die Aufgaben der Partei, Berlin 1966, S. 35 f

4.5.5.4. Die Korrekturfunktion des Marktes

Daneben erfüllt der Markt noch eine Korrekturfunktion, die in der oben zitierten Äußerung Ulbrichts schon angedeutet wird, aber im administrativen Modell nicht von Relevanz war.

Es muß von der Möglichkeit ausgegangen werden, daß auch die mit Hilfe modernster Planungstechniken und unter Integration aller Leitungsebenen erstellten Pläne nicht in allen Momenten eine zutreffende Prognose geben. Aus diesen Gründen muß eine nachträgliche und ständige Korrektur der in der Vergangenheit getroffenen grundlegenden Entscheidungen existieren." (328) Als ein für diese Funktion adäquates Mittel bietet sich der Markt an. Denn durch ihn lassen sich einmal getroffene Entscheidungen aufheben: "... umso weniger der Markt nachträglich die früheren Planentscheidungen berichtigen muß, umso besser für die sozialistische Planmäßigkeit, umso automatisch geringer die Rolle des Marktmechanismus." (329)

4.5.5.5. Über die Vorrangigkeit von Markt oder Plan

Die Frage nach der Priorität von Plan und Markt hat in den letzten Auseinandersetzungen sozialistischer Wirtschaftstheoretiker an Bedeutung gewonnen. Anhand des in den vorherigen Abschnitten dargelegten Verhältnisses von Markt und Plan wird deutlich, daß dieser Streit am Kern des Problems vorbeigeht. Es ist versucht worden, aufzuzeigen, daß beide Momente einander

---

(328) Ota Sik, Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967, S. 269

(329) ebenda

bedingen, d.h., daß die Wirkung des Marktmechanismus nur im Rahmen einer zentralen Gesamtplanung rational entfaltet werden kann, daß eine rigide Zentralplanung ohne Marktmechanismus jedoch zur Dysfunktionalität des gesamten Systems geführt hat. Plan und Markt haben zum augenblicklichen Zeitpunkt beide die Aufgabe, ein Niveau der Überflußgesellschaft herzustellen, in der dann der Markt allerdings absterben müßte. Ihre Wirkungsweise ist jedoch unterschiedlich (vertikal bzw. horizontal), ihre Daten müssen in den Betrieben und VVB kontrolliert werden(330)

Aus der Tatsache, daß der Marktmechanismus instrumental genutzt wird, um die Planung effektiver zu gestalten, sollte kein Prioritätsverhältnis konstruiert werden. Sicher wird dadurch nicht die Tatsache kaschiert, daß der Plan prinzipiellen Charakter hat.

Es lassen sich allerdings in der gegenwärtigen Diskussion zwei extreme Positionen konstatieren. Die eine tritt nachdrücklich für eine Priorität des Planes ein und will den Marktmechanismus völlig aufheben, während die entgegengesetzte Position eine Reduzierung der Planung des Wirtschaftsprozesses anstrebt, um die Regelung überwiegend dem Markt zu überlassen. Die erste Richtung ist vor allem in der Sowjetunion beheimatet und wird von Fedorowitsch und Nowoschilow vertreten. Diese beiden Ökonomen sind der Auffassung, daß mit der weiteren Verbesserung der Planmethoden, der Kybernetik und der Computertechnik eine rationale Gesamtplanung möglich würde. Fedorowitsch ist entschiedener Gegner einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft,hält an einem rigiden

---

(330) Vgl. E. Altvater, Rationalität .., a.a.O., S. 277

zentralen Plansystem fest und fordert: " ... stellen wir es (das zentrale Plansystem, Anm.d.Verf.) auf mechanische und elektronische Geleise, damit es der ungeheuren Zahl der eingehenden Informationen gerecht wird."(331)

Abgesehen davon, daß die Kompliziertheit eines Wirtschaftssystems nicht allein durch die Regelung des Informationsflusses gemeistert wird, bedeutete die Realisierung der Konzeption dieser Schule die Verhinderung der Selbstorganisation der Wirtschaft und die damit zu koppelnde Selbstverwaltung der Gesellschaft.

An die Stelle des empirischen Voluntarismus im administrativen Modell der Vergangenheit würde dann ein mathematisch auffrisierter treten.(332)

Die andere Position, die sich für die Priorität des Marktes gegenüber dem Plan einsetzt, wird vor allem in der CSSR vertreten. So äußert Kodet beispielweise folgende Meinung: "Die ökonomischen Kategorien des Marktes schaffen objektive Kriterien des Subjektivismus in der Planung, bilden für sie die objektive ökonomische Grundlage, den stabilen Ausgangspunkt, auf den sich der Plan verläßlich stützen kann." (333)

Horalek geht sogar noch weiter, wenn er eine stärkere Autonomie der sozialistischen Unternehmer fordert als sie bisher eingeräumt wurde, indem er ihre vermeint-

---

(331) M. Fedorowitsch, Die Wirtschaft, Nr. 47/1962, Beilage S. 6

(332) Vgl. F. Behrens, Kritik der politischen Ökonomie und ökonomischen Theorie des Sozialismus, in: 100 Jahre Kapital, S. 196

(333) Kodet, zitiert nach T. König, Kybernetische Modelle und ihre Anwendung im NÖSPL, Berlin 1969

liche, psychologische Situation objektiviert: "Statt unter dem Druck objektiver Kategorien und Tatsachen zu stehen, führen sie den Druck eher als die Folge subjektiver Entscheidungen der übergeordneten Organe. Dem Unternehmer erscheint berechtigterweise die Situation so, daß mit ihnen weiterhin willkürlich von oben manipuliert wird ... " (334)

Beide Konzeptionen, die Fedorowitschs und Nowoschilows als auch die Kodets und Horaleks, würden die neuen ökonomischen Systeme sprengen. Die eine würde eine zentrale Befehlswirtschaft realisieren und die andere eine Angleichung an das kapitalistische Wirtschaftsmodell bewirken.

4.6. Die Bedeutung der Kybernetik für das NÖS

4.6.1. Kybernetik und ihre Begriffe

Die Einschätzung der Kybernetik hat in der DDR in den letzten Jahren eine gründliche Wandlung erfahren. Während sie früher als eine "idealistische Wissenschaft" verketzert wurde, ist in der Einstellung zu ihr seit Beginn der sechziger Jahre eine Wendung um 180 Grad festzustellen. Anfängliche Selbstkritik in der Einstellung zur Kybernetik (335) mündete in einer wahren Flut von Publikationen über ihre Möglichkeiten.

Besonders Georg Klaus bemühte sich, eine Diskussion darüber zu initiieren. (336)

---

(334) Horalek, zitiert nach König, a.a.O.

(335) Vgl. Rainer Thiel, Kybernetik, Philosophie, Gesellschaft, in: Einheit Br. 7/1961, Beilage, S. 5 f

(336) Vgl. Georg Klaus, Kybernetik in philosophischer Sicht, 4. Aufl., Berlin 1965, S. 23

Schon aus dem vorhergehenden Text dieser Arbeit wird offenbar, daß heute viele Begriffe dieser Wissenschaft zu einem festen Bestandteil des Begriffsinstrumentariums des NÖS geworden sind, wie z.B. die Begriffe Regelung, Regelkreis, Leiter, Selbstorganisation usw.. Von daher erscheint es als unabdingbar, die Bedeutung dieser Begriffe im kybernetischen Modell zu veranschaulichen.

Die ökonomische Kybernetik beschäftigt sich mit der Steuerung und Regelung wirtschaftlicher Systeme, die aus einzelnen Wirkungselementen bestehen. Diese durchaus unterschiedlichen Wirkungselemente werden in der Kybernetik als äquivalent bezeichnet, wenn ihre Eingangs- und Ausgangsgrößen gleich sind, m.a.W.: die Kybernetik abstrahiert von der Andersartigkeit übereinstimmend reagierender Systemteile und konzentriert sich auf die Interaktionen von Systemteilen.

Ein wesentlicher Begriff der Kybernetik ist der der Rückkoppelung (feed-back). Rückkoppelung ist dann feststellbar, wenn innerhalb eines Regelsystems die Ausgangsgröße (Wirkung) auf die Eingangsgröße (Ursache) zurückwirkt und diese beeinflußt. Durch den Rückkopplungseffekt entsteht ein stabiler Regelkreis. In einem Flußdiagramm (337) stellt Klaus einen vereinfachten Regelkreis dar:(338) (s. Anlage 8)

Was bedeuten nun die einzelnen Begriffe konkret im NÖS? Regler (black-box) in diesem Modell ist der Staat, inkarniert durch seine Organe (Staatsrat, Plankommission, Volkswirtschaftsrat usw.). Unter Regel-

---

(337) Systemelemente werden mit einem Rechteck bezeichnet, Wirkungen mit einem Pfeil.

(338) G. Klaus, M. Buhr, (hersg.): Philosophisches Wörterbuch, Leipzig o.J., S. 469.

gelstrecken muß die Gesellschaft verstanden werden.(339)

Klaus unterscheidet zwischen stabilen, ultrastabilen, multistabilen und sich selbst organisierenden Systemen. (340) Ein multistabiles System (NÖS) konstituiert sich aus vielen ultrastabilen Systemen. Unter ultrastabilen Systemen werden solche verstanden, die befähigt sind, sich unter Ausschöpfung der Regler zu organisieren. Die Teilsysteme sind in der Lage, zur Stabilisierung des Plansollwerts neue Teilsysteme zu konstituieren (Kombinate, Kooperationsbeziehungen). Auf diese Weise entsteht eine "Hierarchie" von Systemen und "Untersystemen", die Störungen im Rahmen der erweiterten Selbstverantwortung (Betriebsautonomie, neue Rolle der VVB) ausbalancieren und ihrerseits den Sollwert stabilisieren. Der jeweilige Ausgangswert des "übergeordneten Systems" wird zum Sollwert des "nachgeordneten" Systems. Das Prinzip der materiellen Interessiertheit trägt Sorge für die unabdingbare Zielkoordination. Rückkopplungsfaktoren sind Preise, Kosten, Fondsbildung usw..

Auf diesem Wege läßt sich auch das System ökonomischer Hebel als ein kybernetisches Modell begreifen, in dem die "oberen" Entscheidungsebenen (Plankommission) ein Teilsystem und VVB, VEB und Konsumenten drei weitere Teilsysteme inkarnieren, die mit dem ersten und untereinander in Beziehen stehen. Aus dieser Betrachtungsweise heraus kann formal in zwei Regelungssysteme differenziert werden: a) Planung und b) Prinzip der materiellen Interessiertheit.

---

(339) Vgl. Peter Christian Ludz, Parteielite im Wandel. Köln und Opladen, 1968, S. 317

(340) Vgl. Klaus Buhr, a.a.O., S. 560 f

Die Planung bestimmt mittels einer sich aufzweigenden Regelstrecke die Sollwerte der Produktion. Da die einzelnen Systemstufen ihre eigenen Interessen artikulieren können (begrenzte Autonomie), werden die vorgegebenen Sollwerte durch Rückkopplungsmechanismen korrigiert und stabilisiert. Der Regelkreis impliziert also ein dialektisches Prinzip (341) und leistet eine Synthese der These "Plan" und der Antothese "dezentralistische Planung und Markt"; er verbindet Markt und Plan, Planung und Spontaneität zu einer dialektischen Einheit.

Die folgende Skizze soll das Regelsystem NÖS veranschaulichen: (s. Anlage 9)

Nach dieser Skizze ist das NÖS ein sich selbst organisierendes System, das nicht von außen gesteuert wird. Die einzelnen Rückkopplungsmechanismen sollen einen echten Wechselwirkungsprozeß garantieren. Ein solches Regelsystem wird on Klaus als ein "vermaschtes" bezeichnet. (342)

Doch muß sofort ins Auge fallen, daß Klaus die noch gegebene Außensteuerung, bedingt durch die Suprematie der SED und die Einwirkungsmöglichkeiten der in ihrem Auftrag und in ihrem Interesse handelnden Organisationen unterschlägt. Auf der anderen Seite finden in seinem Schaubild die Einflüsse der im Produktionsprozeß instituionalisierten demokratischen Kontrollorgane (Produktionskomitees, Räte) und die Arbeiter- und Bauerninspektionen keine Erwähnung.

---

(341) Vgl. Georg Klaus, Kybernetik, in Philosophisches Wörterbuch, S. 378

(342) Vgl. Klaus Buhr, a.a.O., S. 469 und Klaus, Kybernetik ...., S. 530

Auch die Realität des NÖS deckt sich nicht mit der in der Skizze behaupteten Selbstorganisation, da Störungsfaktoren unterschiedlicher Art (Rationalisierungsprobleme und Bürokratieprobleme)weitgehend noch nicht so gelöst sind, als daß das NÖS als ein sich selbst organisierendes System zu bezeichnen wäre. Daher erscheint der Begriff multistabiles System als adäquat. Doch besteht infolge der Eigendynamik des NÖS die Möglichkeit, daß es sich tatsächlich in ein sich selbst organisierendes Gesamtsystem transformiert. Erst dann wären die heute oft beschworenen Begriffe "entwickeltes ökonomisches System des Sozialismus" (ÖSS) und entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus real.

Klaus zeigt uns lediglich die Regelung eines enstörten Wirtschaftsablaufs, einen gut funktionierenden Planapparat.
Es scheint unumstritten zu sein, daß ein gut funktionierender Wirtschaftsprozeß und die Verbesserung und "Stabilisierung" des Planapparates nicht eo ipso mit der Realisierung einer emanzipierten Gesellschaft einhergehen. (343) Dennoch hat es Konsequenzen in Hinsicht auf die Etablierung einer demokratischen und emanzipierten Gesellschaft, wenn das NÖS als ein kybernetisches Regelsystem begriffen wird, was im nächsten Abschnitt aufgezeigt werden soll.

4.6.2. Kybernetik und Selbstorganisation

Aus den von Klaus eingeführten Begriffen Regler = Staat, Regelstrecke = Gesellschaft und seiner Differenzierung

---

(343) Vgl. Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als "Ideologie", S. 99 und ders., ebenda, Technischer Fortschritt und soziale Lebenswert, S. 114 f, Frankfurt/M. 1968

in Steuer- und Regelsystem lassen sich bestimmte Folgerungen ableiten, die auf den ersten Blick vielleicht noch nicht erkennbar sind. Die Differenzierung in Steuerungs- und Regelsysteme ermöglicht die Abgrenzung des administrativen Modells vom NÖS mit Hilfe kybernetischer Begriffe. Weil im administrativen Modell Steuerung von außen vorherrschte, bestand ein linearer Anweisungsweg, ein durch Rückwirkung stabilisierter und organisierter Regelkreis konnte nicht entstehen.(344) Die eminenten Konsequenzen bestehen darin, daß in sich selbst organisierenden Systemen der Regler (in Bezug auf Gesellschaftssysteme der Staat, in den meisten Übergangsgesellschaften speziell die Parteispitze) durch die Regelstrecke "Gesellschaft" via Rückkopplung in seinen Entscheidungen beeinflußt und damit beschränkt wird. Diese Beschränkung verstärkt sich in dem Maße, wie das gesellschaftliche Bewußtsein der unmittelbaren Produzenten wächst und schließlich den zentralen Regler im dialektischen Sinne aufhebt. (345) Zwar hat Klaus diese Konsequenzen selbst nicht expliziert, dafür haben andere Theoretiker wie Heuer und Wüstneck diese Folgerungen auf politisch-sozialem Bereich konkretisiert. Sie reproduzieren nicht die abstrakten Schemata Klaus', sondern beschäftigen sich mit den Beziehungen innerhalb ökonomischer Mechanismen und der Gesellschaft.

---

(344) Vgl. P. Ch. Ludz, Parteielite, S. 314

(345) Diese Konsequenzen scheinen westlichen marxistischen Kritikern Klaus' entgangen zu sein. So ist Werner Hofmann lediglich erheitert und unterstellt Klaus, daß dieser "...das menschliche Denken auf die simplen Kategorien eines Reglersystems zurückbringen will." (W. Hofmann, Stalinismus ...,S. 77) In der 2. Aufl. des Buches "Ideengeschichte der sozialen Bewegung" macht Hofmann jedoch Zugeständnisse an die Kybernetiker. (Vgl. a.a.O.,S. 259f)

Wüstneck versucht eine anthropomorphistische Analogie zu schließen, indem er den Prozeß der perspektivischen Leitung der Gesamtwirtschaft als sozialkybernetisches Modell für den Prozeß der individuellen psychologischen Aktivität begreift. Von diesem Standpunkt aus kann er als Ziel des NÖS die Herstellung der Identität der Struktur individueller Aktivität und der Gesamtleitung der Gesellschaft begreifen.(346) Diese zu erstrebende Identität ist jedoch nicht mit der Schelers zu vergleichen, da sie auf einem entgegengesetzten Wege der Willensbildung erfolgt. Gesamtwille und Einzelwille sind nicht a priori identisch, die Inkarnation des Gesamtwillens (Partei-Plan) determiniert nicht monokausal den Einzelwillen, sondern Artikulation subjektiver Interessen und der von "unten" kritisch überprüfte angebotene Gesamtwille (Plan) ermöglichen als Zusammenspiel dialektischer Pole eine Strukturidentität.

Des weiteren impliziert die Interpretation Wüstnecks das Prinzip der materiellen Interessiertheit der unmittelbaren Produzenten.

Noch weitergehender in Bezug auf demokratische Aspekte ist die Kybernetikkonzeption Uwe-Jens Heuers. Heuer hat in dem Teilabschnitt"Kybernetik" und sozialistische Planung" seines Werkes "Demokratie und Recht"

(Fortsetzung der Anm. d. letzten Seite)
Wenn dieser Vorwruf auch an Klaus' Intentionen nicht völlig vorbeigeht, so trifft er Heuer und Wüstneck nicht. Ihnen und auch Klaus (bei dem das weniger deutlich wird) geht es nicht um eine Unterdrückung menschlichen Denkens und um eine Ignoranz menschlichen Bewußtseins in seiner Komlizität. Die Analyse dieser Faktoren bleibt den traditionellen Wissenschaften vom Menschen weiterhin vorbehalten - die Kybernetik soll lediglich Erkenntnisse über Funktions- und Stellenwerte ermöglichen.

nahezu alle wesentlichen Beiträge der sowjetischen Kybernetik Diskussion der letzten Jahre verarbeitet. Insbesondere den Äußerungen Nemtschinows und Bergs verdankt Heuer zahlreiche Anregungen. Nemtschinow reflektiert in einer Studie nicht nur die Nahziele einer sozialistischen Planung, sondern auch die Fernziele einer kommunistischen Gesellschaft, wie dies seine folgende Äußerung zur Selbstregelung in der Planung unterstreicht: "Die Aufgabe der Planwirtschaft erschöpft sich auch nicht darin, die Kontinuität und die Optimalität der Planentscheidungen zu sichern. Vor der Gesellschaft, die den Kommunismus aufbaut, steht die tiefergreifende und allgemeinere Grundfrage, wie man die zentralisierte Planung mit dem Prinzip der Selbstverwaltung, Selbstregelung und Selbstentwicklung eines bestimmten Wirtschaftssystems verbindet. Im Verlaufe des kommunistischen Aufbaus erwartet uns die Aufgabe, den Staatsapparat durch ein System der gesellschaftlichen Selbstverwaltung - eine hochorganisierte Form des Zusammenwirkens arbeitender Menschen zu ersetzen." (347)

Auch bei Heuer sind die Begriffe Selbstregelung und Selbstorganisation zentral. Auf sein Demokratieverständnis ist in dieser Arbeit bereits an verschiedenen Stellen eingegangen worden, aus diesen Gründen

---

(346) Vgl. P. Ch. Ludz, Parteielite ..., S. 317 und K. Wüstneck, Der kybernetische Charakter des NÖS und die Modellstruktur der Perspektivplanung als zielstrebiger kybernetischer Prozeß, in: DZfPH, Nr. 1/1965, S. 25 ff.

(347) Wassili Sergejewitsch Nemtschinow, Ökonomisch-mathematische Methoden und Modell, Berlin 1965, S. 52 (in russ.: Moskau 1962)

soll zum Abschluß lediglich seine kybernetische Interpretation des NÖS dargelegt werden. So beinhaltet bei ihm der Begriff Selbstorganisation nicht allein Wechselwirkung, Kooperation und Stabilisation, sondern auch Konflikt. Besonders deutlich wird dies in seiner Begründung des Rechts in einer Übergangsgesellschaft. Heuer sieht in einem voll entwickelten NÖS die Möglichkeit der prinzipiellen Übereinstimmung von Einzelinteresse, Betriebsinteresse und gesamtgesellschaftlichen Interessen. Da es sich aber lediglich um eine prinzipielle und um keine absolute Übereinstimmung handeln kann, werden sich auch stets Widersprüche herausbilden. Die Lösung dieser Widersprüche und die Wiederherstellung der Einheit sei durch das Recht möglich. (348)

Erst so wird die Formulierung und Fixierung von Grundrechten verständlich.(349)
Für Heuer implizieren nicht nur die staatlichen Interessen die der Gesamtsellschaft, sondern auch kollektive und individuelle Interessen können diese verkörpern. In diesem Sinne fordert er folgerichtig eine Ausdehnung der Demokratiebereiche für den einzelnen und sprengt die Begrenzung der These von der erforderlichen Selbstregelung auf ökonomischem Gebiet, denn: "Zur Organisation des sozialistischen Gesellschaftssystems gehört notwendig die relative Selbstregelung und Selbstorganisation von Teilsystemen.

---

(348) Vgl. Uwe-Jens Heuer, Neues ökonomisches System und Grundrechte, in: Demokratie und Grundrechte, hrsg. von den Instituten der Universität Halle und Leipzig, Berlin 1967, S. 116

(349) Vgl. ebenda, S. 115

Selbstorganisation im gesellschaftlichen Bereich heißt schließlich und endlich Selbstentscheidung. Diese Selbstentscheidung über die eigenen Angelegenheiten, sei es individuell oder kollektiv, ist eine notwendige Voraussetzung der Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit." (350)

Auf der anderen Seite hält Heuer am Begriff des "demokratischen Zentralismus" fest. (351) Er füllt ihn jedoch mit neuen Inhalten und nimmt ihm so den elitär - autokratischen Charakter, den dieses Prinzip vor allem in der postleninistischen Ära angenommen hatte und der es heute bestimmt. Denn "wird die Überzeugung nicht mit der Selbstregelung verbunden, so wird das Recht zu einem Instrument einer zentralen Steuerung, die Prozesse der Selbstorganisation ausschließt." (352)

Heuer identifiziert sich nicht mit der bestehenden Ordnung, erstrebt auch nicht deren bloße Stabilisierung, sondern er entwickelt ein positives sozialistisches Modell. Wesentlich für seine Konzeption erscheint mir noch seine Interpretation des Staates, denn sie rückt die ursprüngliche marxistische Theorie vom Absterben des Staates wieder in das Bewußtsein, wenn auch Heuer den Prozeß des Absterbens nicht unbedingt aktualisiert: "Diese Aufhebung des Staates liegt allerdings in ferner Zukunft, in jener Zukunft, die auch den Wegfall der Ware - Geld - Beziehungen

---

(351) ders., Gesellschaft und Demokratie, in: Staat und Recht, Nr. 6/1967, S. 915

(352) Vgl. ders., Demokratie und Recht ..., S. 81

(353) ebenda, S. 217

bringen wird. Heute ist der sozialistische Staat ein entscheidendes Instrument der Entfaltung der Demokratie, wenn auch nicht die Demokratie selbst." (354)

Heuers Thesen sind in der DDR nicht unerwidert geblieben, wie schon an der Kontroverse mit Scheler aufgezeigt wurde. Auch seiner Rechtstheorie wurde widersprochen, "weil sie die auch im Sozialismus, in der sozialistischen Demokratie vorhandene Widersprüchlichkeit verschiedener nichtantagonistischer Interessen verabsolutiert, beziehungsweise überbewertet und nicht von dem tausenfach bewiesenen Primat der Einheit von Volk und Staatsmacht ausgeht." (355)

Heuers Kritiker scheuen sich dabei nicht, auf die Wahlen in der DDR als Beweis für diese Einheit hinzuweisen.(356)

Mit seiner Betonung der Selbstentscheidung als Kriterium für Demokratie rückt Heuer m.E. in die Nähe des jugoslawischen Modells, das in den vorherigen Abschnitten des NÖS gegenübergestellt wurde.

---

(354) Ebenda, S. 175

(355 Willi Büchner-Uhder/Eberhard Poppe/ Rolf Schüsseler, Probleme und Aufgaben bei der Erforschung und Verwirklichung der Grundrechte und Grundpflichten der Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Demokratie und Grundrechte, 39

(356) Vgl. ebenda, S. 32

4.7. Demokratische Institutionen im NÖS

Die politische Form der Herrschaft, die sich in den Jahren von 1917 bis 1920 unter den damaligen historischen Bedingungen zwangsläufig herausbildetete, ist durch einen starken Zentralismus gekennzeichnet. Sie ist hauptsächlich verantwortlich zu machen für die Reproduktion von kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen. Diese politische Struktur, die sich gerade durch ihren geringen Kontakt zu den Arbeitern auszeichnet, über die regiert wird, sollte einer anderen weichen, die weniger zentralistisch, demokratischer ist und der Produktion näher steht. Die zentralistische Form ist ein Apparat, dessen Mitglieder einen Körper mit internen Regeln der Kooptation bilden und dessen Basis nur gegenüber den Vorgesetzten verantwortlich ist.

Die historische Entwicklung des Staatsapparates in der Sowjetunion und in den anderen osteuropäischen Ländern ist dahin gegangen, daß der Staatsapparat die Macht hat, die Produktionsmittel anzuwenden und über die Produkte zu verfügen.

Die tatsächlichen Beziehungen zwischen den Arbeitern und dem Staatsapparat werden in den Staatseigentumsverhältnissen transparent. Wird dieser Apparat wirklich und konkret von den Arbeitern beherrscht, so ist das Staatseigentum die juristische Form des gesellschaftlichen Eigentums der Arbeiter. Wenn dagegen die Verwalter und Funktionäre darüber herrschen, so sind es diese, die zum tatsächlichen Eigentümer der Produktionsmittel werden. Dann ist das Staatseigentum nur ein bloßes Rechtsverhältnis, das sich nicht in effektiven ökonomischen Verhältnissen artikuliert. In bezug auf die Herrschaft über den Staatsapparat durch

die Arbeiter bzw. die Funktionäre gibt es freilich Zwischenstufen mit einer möglichen Bewegung in die eine oder die andere Richtung.

Bislang wurde in dieser Arbeit lediglich auf die Notwendigkeit der Demokratisierung des Produktionsprozesses hingewiesen, ohne daß konkret auf einzelne Institutionen eingegangen worden wäre, die einen demokratischen Produktionsablauf gewährleisten sollen. Denn das Prinzip der betrieblichen Eigenverantwortlichkeit beschränkt sich im wesentlichen auf den Bereich der Betriebsleitung, ohne die unmittelbare Mitwirkung aller im Betrieb arbeitenden Menschen zu tangieren. Um aber die Partizipation aller Belegschaftsmitglieder am Entscheidungsprozeß zu ermöglichen, bedarf es der Institutionalisierung von Vertretungskörperschaften der Arbeiter. Zu diesem Zweck wurden in der DDR bisher verchiedene Institutionen geschaffen. (s. Anlage 10)

4.7.1. Die Produktionskomitees

Als bedeutendste dieser Art wären zuerst die in einigen Großbetrieben existierenden Produktionskomitees zu nennen. Über die Arbeitsweise und die Rechte dieser Komitees gibt die DDR-Literatur nur in sehr bescheidenem Umfang Auskunft, was die oben geäußerte Kritik an der in der DDR vorherrschenden funktional-technischen Auffassung des NÖS bestätigen muß. Die Hauptaufgaben der Produktionskomitees lassen sich in folgende Punkte zusammenfassen:

- Entgegennahme des Arbeitsberichtes der Betriebsleitung
- Kontrolle darüber, ob die ökonomischen Hauptfragen tatsächlich mit den unmittelbaren Produzenten erörtert werden

- Beschäftigung mit dem Perspektivplan

- Einflußnahme auf die Betriebsleitung in bezug auf die Berücksichtigung von Neuerungsvorschlägen aus der Arbeiterschaft

- Stellungnahme zur Arbeitsproduktivität, zum Gewinn, zu den Selbstkoste u.a.,

- Beschäftigung mit den Kooperationsbeziehungen zu anderen Betrieben

- Berichterstattung vor der Gesamtbelegschaft

- Beratung der Betriebsleitung

- Empfehlung an gesellschaftliche Organe (357).

Aus diesem Katalog geht hervor, daß den Produktionskomitees eigentlich keinerlei Entscheidungsbefugnisse zugebilligt worden sind. Immerhin kann wohl davon ausgegangen werden, daß die Komitees, selbst zwar ohne eigene Befugnis, doch nicht ohne Einflußnahme auf die Entscheidungen der Betriebsleitung tätig werden. Die alleinige Entscheidungs- und Weisungsbefugnis des staatlichen Leiters wird von der Mitverantwortung des Produktionskomitees nicht tangiert. Die Produktionskomitees werden von der Belegschaft der betreffenden volkseigenen Großbetriebe gewählt. Sie setzen sich aus Arbeitern, Angestellten, Ingenieuren und aus Vertretern gesellschaft-

---

(357) Vgl. W. Ulbricht, Zum neuen ..., I, Bd. S. 333

licher Organe, wie SED, FDGB (Gewerkschaft), FDJ (Jugendorganisation), dem sogn. "Frauenausschuß" und der Arbeiter- und Bauerninspektion zusammen. Der Vorsitzende ist in der Regel der Betriebsparteisekretär, sein Stellvertreter der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL). Die Mitgliederzahl soll sich auf 25 Personen beschränken.(358)

Aus der Art der Zusammensetzung ergibt sich zwar die Möglichkeit der Mitwirkung qualifizierter Arbeiter, doch gleichzeitig muß auf der anderen Seite eine stärkere Kontrolle festgestellt werden, die durch die Beteiligung der Partei- und Gewerkschaftsvertreter und deren politisch-ideologisches Übergewicht ausgeübt wird.

Aus dieser Tatsache heraus bleibt der Verdacht bestehen, daß die Produktionskomitees eine überwiegend produktionstechnische Funktion erfüllen sollen und in demokratischer Hinsicht mehr dem Aufputz des Gesamtsystems dienen. Es entspricht daher nicht dem wahren Sachverhalt, wenn Günter Mittag in den Produktionskomitees ein "Organ der sozialistischen Demokratie" sieht, daß "... die objektiven Interessen der Werktätigen hinsichtlich ihrer Mitbestimmung in allen Fragen der Leitung und Entwicklung der Produktion ... " realisiert.(359)

Eine kürzlich publizierte empirische Untersuchung über die Meinung der Arbeiterschaft und der Betriebsleiter über die Rolle der Produktionskomitees beweist

---

(358) Vgl. Rudi Weidauer, Sozialistische Wirtschaftsführung, Berlin 1968, S. 84 f

(359) Günter Mittag, Die Rolle der Produktionskomitees bei der Ausarbeitung und Durchführung des Perspektivplanes und der Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems, in: Die Wirtschaft, Nr. 40/1964, S. 6

zumindest, daß die Meinung der Technokratie und Planbürokratie (Mittag) nicht von der überwiegenden Mehrheit der unmittelbaren Produzenten geteilt wird.

Diese Untersuchung scheint auch Walter Ulbricht zu widerlegen, der in den Komitees einen Ausdruck der "... Schöpferkraft der Werktätigen ... " und im ".. Wesen .." in ihnen ".. viel mehr .."(360) als in Betriebsräten sieht. Die zitierten apologetischen Ausführungen der Planbürokratie (Mittag) und der Parteibürokratie (Ulbricht) dienen lediglich manipulativen Zwecken.

Nach dieser Untersuchung sieht die Mehrzahl der befragten Arbeiter und Leiter in den Produktionskomitees kein adäquates Instrument zur Realisierung einer "sozialistischen Demokratie". Ohne eine klare, rechtlich festgelegte Entscheidungsbefugnis werden sie auch schwelich als echte demokratische Kontrollorgane wirken können.

So gehen die Produktionskomitees nicht wesentlich über die unter dem Eindruck der revolutionären Tendenzen in Ungarn und Polen im November 1956 in der DDR gebildeten Arbeiterkomitees hinaus. Auch die Arbeiterkomitees sollten nicht wie die in den genannten Ländern kurzfristig machtvollen Arbeiterräte eine Entscheidungsgewalt ausüben, sondern lediglich funktionstechnische Aufgaben übernehmen, wie die Stellung zu Produktionsverfahren, Rentabilität u.ä.

---

(360) W. Ulbricht, Zum neuen ..., S. 333

Immerhin können die Produktionskomitees in Fragen der Arbeitserleichterung, in der Kritik an der Betriebsleitung und in der Mitbestimmung von Produktionsabläufen eine gewisse Initiative entwickeln, was für den einzelnen Werktätigen an seinem Arbeitsplatz eine keineswegs zu unterschätzende Rolle spielt.
Ihre kontrollierende Tätigkeit beschränkt sich auf die Eindämmung administrativer Maßnahmen oberer Glieder der Entscheidungspyramide. So sollen etwa aus übermäßiger Bürokratisierung resultierende Hemmungsfaktoren abgebaut werden.

In der gegenwärtigen Situation scheinen die Produktionskomitees jedoch eher ein Ausdruck dafür zu sein, daß eine echte gesellschaftliche Selbstverwaltung auf Betriebsebene in der DDR wegen des entschiedenen Widerstandes der Parteibürokratie noch nicht realisierbar ist. Ob sie die Keimzelle einer künftigen Selbstverwaltung bilden können, hängt jedoch nicht nur von ihrer Entscheidungsbefugnis, sondern auch von ihrer Zusammensetzung ab. Wenn es dem Betriebskollektiv gelingt - was bei der augenblicklichen Kadidatenaufstellung durch Partei und FDGB sicher auf Schwierigkeiten stößt - fähige Delegierte in diese Gremien zu entsenden, die den Aufbau einer echten Selbstverwaltung auf längere Sicht anstreben, so besteht doch die Möglichkeit, daß diese Delegierten eine objektive Bewertung der Arbeit der Betriebsleitung vornehmen können und in ihrer Kritik alternative Lösungen aufzeigen. Denn zu einer echten Demokratisierung gehört un-

abdingbar die Aufstellung von Alternativvorschlägen und ihre Durchführbarkeit. Ansonsten würde auch die bescheidene Demokratisierung, die durch die Etablierung der Produktionskomitees erreicht wurde, wiederum formalisiert und schließlich erstarren.

Es muß schließlich festgehalten werden, daß die Produktionskomitees und auch die noch zu behandelnden übrigen produktionsdemokratischen Institutionen eine weitertreibende Entwicklung aus sich selbst heraus produzieren können. Eine Darlegung, die sich auf eine reine Deskription der augenblicklichen Situation beschränkte, würde das immanente Potential einer auf Gemeinwirtschaft basierenden Gesellschaft zu einer Fortbildung und einem weiteren Ausbau demokratischer Bereiche übersehen (s. Anlage 11).

4.7.2. Die ständigen Produktionsberatungen

In den Betrieben, in denen keine Produktionskomitees arbeiten, bestehen sogenannte "ständige Produktionsberatungen". Diese sind gewerkschaftliche Organe, werden also auch von der Betriebsgewerkschaft gewählt. Auch sie sollen durch eine direkte Beteiligung an der Planung und Leitung eine gesellschaftliche Kontrolle über den Produktionsprozeß ermöglichen. Die ständige Produktionsberatung soll bei der Perspektivplanung mitwirken, sowie die Organisation der Arbeit beeinflussen. Ihre Mitglieder werden auf einer Vollversammlung der gewerkschaftlich organisierten Betriebsbelegschaft gewählt.

Der Betriebsleiter hat den Einladungen zu den Sitzungen dieses Organs Folge zu leisten, Empfehlungen entgegenzunehmen und dann über deren Realisierung Rechenschaft abzulegen, bzw. deren Ablehnung zu begründen. (361) (s. Anlage 12)

4.7.3. Konfliktkommissionen

In den noch bestehenden Privatbetrieben mit staatlicher Beteiligung und den VEB bestehen als gesellschaftliche Organe "Konfliktkommissionen", die von der Gewerkschaft eingerichtet werden. Diese Organe regeln arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten, Streitigkeiten zwischen dem Werktätigen und dem Betrieb und sind verantwortlich für Angelegenheiten, bei denen es sich um geringfügige Verfehlungen seitens der Arbeiterschaft handelt. (362)

4.7.4. Gesellschaftliche Räte

Da die VVB nicht mehr übergeordnete Behörde, sondern wirtschaftliches Führungsorgan der Betriebe sein sollen, die Betriebe andererseits am Zustandekommen der Führungsentscheidungen beteiligt werden sollen, bedarf es eines Gremiums, das die Beteiligung der Betriebe an diesen Führungsentscheidungen gewährleistet. Diese Vermittlung soll durch die Gesellschaftlichen Räte erfolgen.

Die Mitglieder der Gesellschaftlichen Räte bei den VVB werden einerseits durch Delegierte der Betriebe

---

(361) Gesetzbuch der Arbeit, hrsg. v. d. Staatlichen Planungskommission, Berlin 1965, S. 17, S. 44 f.

(362) ebenda, S. 143-146, S. 155 ff.

gewählt und andererseits vom Ministerrat berufen. Die Wahl erfolgt allerdings nach vorheriger Festlegung der Kandidatenliste. (363) Die Mitglieder rekrutieren sich aus besonders hochqualifizierten Arbeitern, Angehörigender "Intelligenz", die durchaus außerbetrieblich beschäftigt sein können, Vertretern der Kooperationspartner und schließlich aus Vertretern der zentralen staatlichen Behörden und aus Funktionären der SED und des FDGB.

Auch die Gesellschaftlichen Räte haben keinerlei Entscheidungs- und Weisungsfunktion, sie beteiligen sich jedoch an Diskussionen innerhalb des VVB. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Kontrolle der Generaldirektoren der betreffenden VVB. Diese Kontrolle bezieht sich vor allem auf politisch-ideologische Fragen.

Als inoperatives Organ sind die Gesellschaftlichen Räte nicht berechtigt, Ausschüsse oder Arbeitsgruppen zu bilden, von denen dann Analysen erstellt werden können. Sie sollen also vielmehr das "gesellschaftliche Gewissen" verkörpern. (364)

Allerdings muß der Generaldirektor den Gesellschaftlichen Rat über vorgesehene Pläne unterrichten und

---

(363) Vgl. § 6 der Verordnung über das Statut der Gesellschaftlichen Räte bei den VVB v. 5.10.1967, Gesetzblatt der DDR, Teil II, S. 693

(364) Brock/Gregor, Zur Rolle und Tätigkeit der Gesellschaftlichen Räte bei den VVB, in: Einheit Nr. 6/1967, S. 711

ihm den Geschäftsbericht des VVB vorlegen, während der Rat wiederum das Recht hat, in alle Geschäftsunterlagen der VVB einzusehen. Kommt der Gesellschaftliche Rat mehrheitlich zu der Überzeugung, daß Entscheidungen des Generaldirektors zu volkswirtschaftlichen Schädigungen führen könnten, so kann er Einspruch bei dem zuständigen Industrieminister des Zweiges erheben. Ebenso darf er, wenn seines Erachtens Entscheidungsverzug zu konstatieren ist, beim Ministerrat intervenieren, um eine Entscheidung herbeizuführen.

4.7.5. Die Arbeiter- und Bauerninspektion (ABI) (365)

Die ABI wurde im Februar 1963 auf Beschluß des ZK der SED und des Ministerrates gegründet. Sie soll gewissermaßen eine Vereinigung der gesamten gesellschaftlichen Kontrollorgane der SED, des FDGB, der FDJ und der staatlichen Kontrollinstanzen verkörpern.

Dem ABI ist aufgegeben, eine systematische Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse, Gesetze und Direktiven auszuüben und des weiteren über die "Staatsdisziplin" und die "sozialistische Gesetzlichkeit" zu wachen und diese zu festigen.

Die Organisation der ABI ist insofern von großer Bedeutung, als sie, anders als die bisher erwähnten gesellschaftlichen Kontrollorgane, Weisungsbefugnis gegenüber den Leitern auf staatlicher und wirtschaftli-

(365) Vgl. die folgende Darlegung mit dem Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 40, v. 15.5.1965, S. 262

cher Ebene in bezug auf die Abstellung von Mängeln hat. Darüber hinaus bestehen für die ABI weitaus größere Möglichkeiten zur Durchführung ihrer kontrollierenden Tätigkeit. So haben sie das Recht, Einsicht in sämtliche Unterlagen und Dokumente zu verlangen, die für ihren Zuständigkeitsbereich von Relevanz sind. Ihre Bedeutung wird dadurch potenziert, daß sich ihr Wirkungsbereich nicht allein auf den produktionstechnischen Bereich beschränkt, sondern sich auch auf den verwaltungspolitischen ausdehnt. Sie können ebenfalls staatliche Leiter in der Verwaltung (Bürgermeister etc.) kontrollieren. Die ABI dürfen Empfehlungen an Staats- und Wirtschaftsorgane geben und Vorschläge für die Auszeichnung von Mitarbeitern unterbreiten. Die staatlichen und wirtschaftlichen Leiter sind der ABI rechenschaftspflichtig. Die Beseitigung der von der ABI aufgedeckten Mängel ist ihr unbedingt mitzuteilen. Darüber hinaus kann die ABI fordern, staatliche und wirtschaftliche Leiter bei Verstößen gegen "sozialistische Moral und Gesetzlichkeit" zur Verantwortung zu ziehen. Sie kann sogar Disziplinarmaßnahmen und Ordnungsstrafen verfügen.

An der Spitze dieser Organisation steht das "Komitee der ABI". Dieses Spitzenorgan ist direkt dem ZK der SED und dem Ministerrat unterstellt und hat beiden über seine Tätigkeit Rechenschaft abzulegen. Nachgeordnete Organe der ABI sind Inspektionen für die führenden Bereiche der Volkswirtschaft (Ministerien, Plankommission), Zweiginspektionen (VVB), Bezirks- und Kreisinspektionen und gewählte Inspektionen auf

Betriebsebene, wobei letztere ehrenamtlich arbeiten. Die Betriebskommissionen sind den zuständigen Kadern der Grundorganisationen der SED unterstellt, sowie den ihnen übergeordneten ABI-Organen.

Weiterhin gibt es im Rahmen der ABI-Organisation "Volkskontrollausschüsse" in Städten, Gemeinden und Wohngebieten. Die "Volkskontrollausschüsse" beschäftigen sich mit der Wohnraumzuteilung, der Volksbildung, den Kulturleistungen, dem Gesundheitswesen, den kommunalen Dienstleistungen, der Versorgung der Bevölkerung u.ä..

Da in den Organen der ABI nur ein kleiner Teil hauptamtlicher Funktionäre arbeitet, stützt sich diese Organisation auf einen umfangreichen Mitarbeiterstab von ehrenamtlich arbeitenden Bürgern. Dies und auch die gesetzlich verankerte Unabhängigkeit der Arbeit der ABI läßt vermuten, daß sich die ABI als ein geeignetes Instrument für eine echte Volkskontrolle erweisen kann. Es ist durchaus nicht als unrealistisch und bloß apologetisch anzusehen, wenn vor allem an diese Institutionen demokratische Hoffnungen geknüpft werden. Allerdings müßte der Wirkungsbereich der ABI ständig weiter ausgebaut werden und sich schließlich auch auf die zentralen Spitzenorgane erstrecken, wie den Ministerrat und die obersten Parteigremien. Denn nur wenn dies erreicht würde, könnte die Macht, die nach wie vor von wenigen Verfügungsberechtigten ausgeübt wird, abgebaut werden, ungeachtet der Tatsache, daß sich die Zahl der Verfügungsberechtigten im Verlaufe der Entwicklung des NÖS vergrößert. Wenn Heuer die

Meinung vertritt: "Die Frage der Entscheidung ist die Frage der Macht. Demokratie ist die Fähigkeit der Menschen, individuell oder kollektiv über die eigenen Angelegenheiten selbst zu entscheiden, also die Macht auszuüben" (366), so ist ihm zwar völlig zuzustimmen, jedoch ist dieser Ausspruch in bezug auf die gegenwärtigen Verhältnisse in der DDR ein noch zu erfüllender.

4.8. Kriterien der neuen Gesellschaftspolitik und die Rolle der Partei nach dem 8. Parteitag

Auf dem VIII. Parteitag unterstrich Erich Honecker, das ZK halte es "für sehr dringlich, stärker die marxistisch-leninistische Weltanschauung in der Einheit aller ihrer Bestandteile zu propagieren". (367) Entsprechend wird deutlich, welche Funktion die Einheit der Theorie für die Politik haben soll:

- Grundlage und Legitimation der praktischen Tätigkeit und die führende Rolle der Partei
- Grundlage für die Leitung gesellschaftlicher Prozesse und die Führung des Klassenkampfes.

Diese Aspekte verweisen auf das Verhältnis der Arbeiterklasse zu anderen Schichten der Gesellschaft.

Hager konstatierte: ".. wesentliche Unterschiede" zwischen der Arbeiterklasse und der Intelligenz: In der Stellung zur materiellen Produktion, im

---

(366) Vgl. Uwe-Jens Heuer, Demokratie und Recht, S. 147

(367) Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Ost-Berlin, 1971, S. 96

Vergesellschaftungs- und Organisationsniveaus, bedingt durch die heterogene Struktur der Intelligenz (368). Weiter machte er deutlich, daß die Rolle der Intelligenz von der Intensität ihres Bündnisses mit der Arbeiterklasse und von ihren eigenen Leistungen abhängt.

Die bisher gültige Konzeption "des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus" wird nachträglich als harmonistisches Gesellschaftsmodell abgetan; oft sei, so Otto Reinhold, der Aufbau des Sozialismus als ein "glatter, problemloser Prozeß" behandelt worden. (369)

In dem Maße, wie man auf die gesellschaftlichen Unterschiede und Widersprüche sekurriert, wird auch Ulbrichts Vision, die "sozialistische Menschengemeinschaft" abqualifiziert als ein Begriff, der "wissenschaftlich" nicht exakt ist, da er die tatsächlich noch vorhandenen Klassenunterschiede verwischt und den tatsächlich erreichten Stand der Annäherung der Klassen und Schichten überschützt". (370) und der die führende Rolle der Arbeiterklasse verwischt. Statt dessen wird nun von der "Herausbildung der politisch-moralischen Einheit des Volkes" gesprochen, ein Terminus, der nicht eben exakter ist.

---

(368) Otto Reinhold, Der 24. Parteitag der KPdSU und die Gesellschaftswissenschaften, ND v. 14.5.71

(369) Kurt Hager, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag der SED, in: Einheit 11/71, S. 1210-11

(370) Kurt Hager, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft ..., S. 1212

Die Einheit der Weltanschauung, der Klassencharakter der DDR und die Führungsrolle der Partei werden im Zusammenhang gesehen.

Von hier aus wird vor "technokratischen" Tendenzen, vor einer "Entideologisierung" und einer "positivistischen Unterwanderung" der marxistisch-leninistischen Theorie gewarnt. Was aber die Weltanschauung tangiert, tangiert den Charakter der Partei: "So wichtig Kybernetik und Systemtheorie sind und bleiben, so können wir natürlich nicht zulassen, daß sie an die Stelle des dialektischen und historischen Materialismus, der politischen Ökonomie des Sozialismus, des wissenschaftlichen Kommunismus, oder auch der sozialistischen Leitungswissenschaft treten, daß sie verabsolutiert werden und daß die Sprache einer Spezialwissenschaft die politische Sprache der Partei wird. Die Partei würde damit aufhören, eine marxistisch-leninistische Partei zu sein." (371)

Übergeordneter Aspekt ist die Tatsache, daß die neue Parteiführung den Primat der Politik vor der "wissenschaftlich-technischen Revolution" und damit auch vor deren Trägern formuliert hat. Die Partei hatte ihre Erwartungen in bezug auf die wissenschaftlich-technische Revolution zu hoch geschraubt, insbesondere wohl im Hinblick auf die Wirkungen, die diese für die Struktur, die Effektivität und Produktivität der Volkswirtschaft haben sollte.

---

(371) Kurt Hager, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft ..., S. 1215

Die aufgetretenen wirtschaftlichen Disproportionen hatten die SED-Führung veranlaßt, nur einen mittleren Kurs zu nehmen. Der Rekurs auf das ökonomisch Mögliche - mit dem Ziel, die materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung besser zu befriedigen - und auf die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft bedeuteten, daß Entwicklungsstadium und Geltungsbereich der wissenschaftlich-technischen Revolution neu bestimmt werden mußten. Man erwartete von dem NÖS, daß die hohen Zuwachsraten der Wirtschaft zur Stabilisierung der DDR-Gesellschaft beitragen würden. Nachdem aber die Ergebnisse hinter den Erwartungen zurückgeblieben waren, wurden nicht nur diese reduziert, sondern es wurden auch zusätzliche Gründe gesucht.

Auf den ZK-Sitzungen vor dem VIII. Parteitag wurde Kritik an der Planungsarbeit in den Betrieben, an der staatlichen Leitungstätigkeit und an der Kontrolle durch Partei und gesellschaftliche Organisationen geübt.

Die Konsequenz davon war der Primat der Politik über die Ökonomie, was auch das Selbstverständnis und die Leitungstätigkeit der Partei beeinflußt hat.

Die funktional-strukturelle Differenzierung der Gesellschaft in "Teilsysteme", die funktionale Differenzierung der Partei selbst (372) und die wissenschaftliche Führungstätigkeit der Partei sind dem Prinzip

---

(372) Konzentration der Parteiführung auf Kernfragen, wie sie seit der Einführung des NÖS angesprochen wird.

von "der politischen Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung auf allen Gebieten" (373) gewichen.

Es scheint, daß es Tendenzen der Verselbständigung wissenschaftlicher Methoden und Ergebnisse gegenüber der Leitungstätigkeit der Parteikader gegeben hat. Deshalb wird die Funktion einzelner Wissenschaften für die Leitung und Planung zwar nicht generell revidiert, aber doch relativiert. Honecker meinte, daß die Fachwissenschaften zwar "wichtige und unentbehrliche Dienste" leisten, aber "ihrem Wesen nach hat die politische Führungstätigkeit der Partei politischen Charakter und kann darum nicht auf der Grundlage ausschließlich dieser oder jener Fachwissenschaft erfolgen." (374)

Die Parteiführung setzt nun eine verstärkte Zentralisierung der Leitung einerseits in Beziehung zur "Masseninitiative" andererseits. Dem Werben um Mitarbeit und um Vertrauen entspricht das Bestreben, die Information von oben nach unten in den Betrieben zu verbessern und zu institutionalisieren.

Die Parteiführung hat eingesehen, daß das sozialistische Bewußtsein "sich nicht gleichmäßig und kontinuierlich in allen Teilen der Arbeiterklasse und

---

(373) Erich Honecker, Aus der revolutionären Theorie für die Praxis lernen, in: Neuer Weg 20/71, S. 913 ff.

(374) Ders., Fragen von Wissenschaft und Politik in der sozialistischen Gesellschaft, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus 12/71, S. 1608-9.

schon gar nicht im Selbstlauf"(375) herausbildet.

Da die Partei die sozialen Unterschiede und die wirtschaftlichen Disproportionen ausspricht, problematisiert sie den Charakter der DDR als einer Übergangsgesellschaft, motiviert aber auch gleichzeitig die Diktatur des Proletariats als Herrschaftsform für eine unbestimmte Zeit.(376) . In diesem Zusammenhang erhält die "führende Rolle der Arbeiterklasse", neben der Legitimationsfunktion für die wachsende Führungsrolle der Partei auch eine aktivierende Rolle.

Welche Änderungen der Führungswechsel und der Parteitag gebracht haben, muß partiell und differenziert beantwortet werden. Als wichtigste Änderung gilt, daß die politische Leitung aller Bereiche der Gesellschaft, die als mit sozialökonomischen Unterschieden behaftet gilt, wieder favorisiert und das "Systemdenken" - dem einerseits die Tendenz zur selbständigen Entwicklung von gesellschaftlichen Teilsystemn, andererseits eine harmonistische Betrachtungsweise der Gesamtgesellschaft vorgeworfen wird, - verdrängt wird.

Weiterhin wird die Funktion der Gesellschaftswissenschaften, für die politische Führung der SED Planungsmodelle der Gesamtgesellschaft auszuarbeiten, reduziert. Es wird die "unkritische und eklektische Übernahme von Bestandteilen zeitgenössischer, theoretischer

---

(375) Fred Kohlsdorf/Heinrich Opitz, Wissenschaftliche Weltanschauung und bewußtes Handeln der Arbeiterklasse, in: Einheit 10/71, S. 1089.

(376) Vgl. in: Volksarmee 2/72, S. 7

Entwicklungen im Kapitalismus (377) kritisiert und eine Politisierung der Wissenschaftler durch eine intensivierte "marxistisch-leninistische Qualifizierung"(378) empfohlen.

5. NÖS und Demokratisierung

Die Kritik der jugoslawischen Kommunisten am "Sozialismus" der SU und der unter ihrer Hegemonie stehenden Länger, daß die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel von den früheren Kapitaleigentümern im sowjetischen System auf eine relativ enge Herrschaftselite von Berufsfunktionären und Experten übertragen worden sei, ist zuzustimmen, wenngleich angemerkt werden sollte, daß diese Kritik durch einen Mangel an Historizität gekennzeichnet ist: Die Herausbildung eines bürokratischen Apparates in der Leitung der Wirtschaft parallel zum politischen System des Stalinismus hatte ihre spezifischen Ursprünge in der historischen Situation der zwanziger Jahre. In dieser

---

(377) Zur Beratung der Gesellschaftswissenschaftler, in: Einheit 2/72, S. 185 Ff. "Es wurden teilweise sogar Problemlösungen aus kapitalistischen Ländern übernommen; so aber konnte das wesentliche im Sozialismus, die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei sowie die Rolle der Gewerkschaften und der Jugendorganisationen in den Betrieben ihren Platz nicht einnehmen! Im Zusammenhang damit möchte ich auch betonen, daß ein Denken in der Richtung, daß sich alles von allein oder allein mit materiellen Hebeln, regelt, völlig falsch ist. Es geht um die Berücksichtigung der Einheit von ökonomischen, politischen und ideologischen Faktoren bei der Entwicklung." Herbert Hörz, Die Wirksamkeit der ideologischen Arbeit erhöhen!, in: Einheit 1/72 S. 28/9

(378) Vgl. Parteitagsbeschlüsse im Blickpunkt, in Spektrum 1/72, S. 5 ff.

Kritik bleibt die Situation der SU nach der Oktoberrevolution (Isolation, Interventionskriege, akute Ökonomie des Mangels etc.) weitgehend unberücksichtigt.

Die Situation Jugoslawiens war, bedingt durch die nach dem Bruch mit der SU gewährte finanzielle Unterstützung der USA, sehr viel günstiger für die Etablierung eines Selbstverwaltungssystems. Diese Tatsache kann uns heute jedoch nicht hindern, die jetzigen Modelle bei den Übergangsgesellschaften alternativ gegenüberzustellen. Dabei ist sicher, daß das sowjetische Modell auf der falschen Auffassung basiert, daß durch die Abschaffung des Eigentums an Produktionsmitteln und der Herrschaft des Kapitals das Problem der Entfremdung und der Exploitation im wesentlichen gelöst sei. Der Titoismus sieht den Schlüssel zur Aufhebung von Exploitation und Entfremdung in der Arbeit. Er scheint für die Schaffung von Bedingungen, unter denen die Herrschaft der vergegenständlichten Entfremdeten über die lebendige Arbeit nicht mehr möglich ist, unter denen die unmittelbaren Produzenten selbst das ausschließliche Recht auf die Verfügung über die Ergebnisse der vergegenständlichten und entfremdeten Arbeit bekommen, sehr viel geeigneter.

Lenins Theorie von der Partei als einer Vantgarde, die allein in der Lage ist, den Bewußtseinsprozeß der Massen in initiieren und ein revolutionär-sozialistisches Bewußtsein von außen zu entwickeln, da das Proletariat aus sich selbst heraus nur ein trade-uni@nistisches Bewußtsein hervorzubringen

vermöge, (379) war für das vorrevolutionäre Rußland eine historische Notwendigkeit. Es bedurfte in dieser Situation einer festgefügten Organisation, die die Fähigkeit besaß, angesichts der Ochrana und des autokratischen zaristischen Herrschaftssystems nicht nur zu überleben, sondern den Revolutionsprozeß in Gang zu setzen. Die Frage, inwieweit die Parteiorganisation selbst den Charakter und die Strukturen ihrer reaktionären Gegenspieler übernommen hat, soll hier dahingestellt bleiben.(380)

Festzuhalten bleibt, daß die Hypostasierung und Perpetuierung dieser Theorie in ihrer Absolutheit in der stalinistischen Aera das gesamte System der Übergangsgesellschaften pervertierte. Die vom Titoismus entwikkelte Antithese ist die Etablierung der Selbstbestimmung des Proletariats. Dabei kann sich der jugoslawische Kommunismus auf Marx berufen: "Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als einer blinden Kraft beherrscht zu werden."(381)

Der Aufbau des Sozialismus in Jugoslawien wird vom Absterben des Staates und der Partei, die heute bereits

---

(379) Vgl. die kritischen Hinweise Hans Magnus Enzensbergers in dem Abschnitt "Zur Theorie des Verrats" in seinem Buch "Deutschland, Deutschland unter anderen Äußerungen zur Politik", Frankfurt 1967, S. 60 f

(380) s.S. Vgl. W.I. Lenin, Was Tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, Leipzig o.J., S. 39 u. 98f

(381) K. Marx, Das Kapital, Bd. 3, Berlin 1965, S. 828

eine andere Rolle als in den anderen Übergangsgesellschaften spielt, begleitet. Dagegen halten mit wenigen Ausnahmen in der DDR nahezu alle Gesellschaftswissenschaftler und Parteiideologen an der "führenden und wachsenden" Rolle der Partei fest.(382) Dadurch werden der Entwicklung zu einer Assoziation freier Produzenten von vornherein enge Grenzen gesetzt, und die Teilung der Gesellschaft in Objekte und Subjekte auch im NÖS wird lediglich kaschiert und bewußt verlängert.

Angesichts des Niveaus der Produktivkräfte und der bestehenden Produktionsverhältnisse erscheint dies als Anachronismus. Wenn Fritz Behrens' Forderungen nach Ablösung des staatlichen Eigentums an Produktionsmitteln und deren Ersetzung durch Gruppeneigentum(383) und die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien von Otto Reinhold als primitive und naive Vorstellungen denunziert werden(384), so offenbart die lediglich den Abwehrkampf einer den Massen entfremdeten bürokratischen Clique gegen Demokratisierungstendenzen. Im Prinzip wird an der genuin stalinistischen These, daß der Staat erst erstarken müsse, um dann abzusterben, festgehalten. Diese Vorstellungen stehen jedoch den im NÖS enthaltenen demokratischen Prinzipien entgegen. Dieser Widerspruch wird das System zur weiteren Entwicklung und wahrscheinlich auch zu gesellschaftlichen Modifikationen treiben, wenngleich diese These sich zunächst erst einmal im Falle der CSSR verifiziert hat.

---

(382) s. S.

(383) Vgl. F. Behrens über die "Entstaatlichung" der Wirtschaft in: F.B. Kritik der politischen .., a.a.O., S. 297

(384) Vgl. die direkte Stellungnahme Reinholds ebd., S. 302 u. O. Reinhold, Zentrale Leitung, a.a.O., S. 210 f

Eine isolierte Wirtschaftsreform kann jedoch kaum allein zu einer Demokratisierung und Entbürokratisierung führen. Andere Faktoren, wie öffentliche Kritik und fortschreitende Selbstbestimmung der Menschen, müssen ebenfalls initiiert werden. Warum sollte dies nicht über eine unzensierte Presse erreicht werden können? Die Verketzerung der Pressefreiheit als "liberale Freiheit" und als reaktionäres bürgerliches Pressionsmittel (385) ist auch vom marxistischen Standpunkt völlig haltlos. In der Pressefreiheit ist durchaus eine Errungenschaft jahrhundertelangen Emanzipationskampfes zu sehen. Schließlich war der Marxismus angetreten, "liberale" Werte wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in die Beziehungen der Menschen untereinander einfließen zu lassen, diese Werte aus ihrer ornamentalen Funktion zu befreien und real werden zu lassen. Schließlich beinhaltet der Begriff der "Negation" nicht schlechthin radikale Umkehrung, sondern "Aufhebung", Erreichen einer neuen Position. So könnte auch Pressefreiheit in einer humanisierten sozialistischen Gesellschaft "mehr" werden als das "Recht einiger reicher Leute, ihre Meinung zu publizieren" (Paul Sethe).

Typisch für die Theorie der DDR scheint immer noch ihre apologetische Funktion zu sein. Das jeweils Gegebene wird kaum kritisch reflektiert und damit in seiner Weiterentwicklung gehemmt. Das heißt aber: die Überwindung der stalinistischen Theorie und

(385) Vgl. H.-J. Krahl, Zur historischen Dialektik der nachstalinistischen Reformen in der CSSR, in: Voltaire Flugschrift Nr. 26, S. 6

Praxis ist bisher immer noch mit stalinistischen Methoden angegangen worden. (386)

Partei und Staat spielen in der Praxis bis heute eine erdrückend dominierende Rolle. Erst wenn beide in die Reformen einbezogen werden, können Humanisierung und Demokratisierung für die Übergangsgesellschaften Wirklichkeit werden.

Die westlichen Marxisten analysieren die Reformen als den Übergang von der Herrschaft der politischen Bürokratie zur Herrschaft der von Technokratie, d.h. nur einen Formwechsel der Herrschaft.

Dieser Prozeß der Ablösung der Funktionärsapparate durch Manager enthält aber m.E. Tendenzen, die die Demokratisierung der politischen Willensbildung begünstigen. Denn allein die Unterminierung des Machtmonopols der Parteibürokratie ist für die Zukunft positiv zu beurteilen.

Die Kritik der neuen ökonomischen Systeme als Rückfälle in kapitalistische Produktionsweisen und Verkehrsformen und die Forderungen nach Perpetuierung rigider Zentralplanung übersehen doch, daß zahlreiche Momente des administrativen Modells die Wiederherstellung von Bewußtseinsformen des Frühkapitalismus widerspiegeln. Diese Renaissance frühkapitalistischer Verhaltensnormen bestanden im wesentlichen aus dem Verzicht auf diesseitige Bedürfnisbefriedigung (Askese), aus sexueller Unterdrückung, Arbeitsdisziplin,

(386) Vgl. Gespräche mit Lukács, a.a.O., S. 51 und Julius Strinka, Verhüllter Dogmatismus und revolutionäre Dialektik, zit. v.L. Auerbach, Marxismus contra Dogmatismus, a.a.O., S. 142

moralischer Intoleranz usw.(387) mit dem Ziel der Befriedigung dieser Bedürfnisse im Jenseits, das nun nicht mehr das himmlische Paradies war, sondern zukünftige Gesellschaftsstufe des Kommunismus.

Wenn nun die Wiederherstellung gewisser kapitalistischer Produktionstechniken - wobei diese immer in ihren Grenzen, nämlich der Planrationalität gesehen werden sollten - vor allem der Etablierung der kommunistischen Gesellschaftsstufe dienen soll, so bleibt ihr eine Kritik der genannten Art äußerlich, im Gegenteil die Entscheidungsspielräume auf Unternehmerebene schaffen erst die Bedingungen für wirkliche Selbstverwaltung der Produzenten. Obwohl die Dezentralisierung bisher nur die Machtbefugnisse der leitenden Angestellten erweitert hat, stellen sich jetzt in den Betrieben für die Arbeiter konkrete Alternativen. Die Eigendynamik der Demokratisierung könnte dann von der Betriebsebene zu allen Ebenen der politischen Willensbildung führen. Wenn in dieser Arbeit behauptet wird, daß die neuen ökonomischen Systemezu einer Humanisierung und Demokratisierung führen können, so muß ebenfalls gesagt werden, daß sie sicher nicht den einzigen Weg dazu aufzeigen. Es gibt sicher noch andere Möglichkeiten, wie z.B. den Weg Kubas, den Chinas und nicht zuletzt den Jugoslawiens. Wenn auch der letztere m.E. der geeignetste zu sein scheint, so muß seine Übertragbarkeit auf andere Länger kritisch überprüft werden und gleichzeitig eine Analyse der Voraussetzungen für diesen Weg geliefert werden.

---

(387) Vgl. A. Gorz, Der schwierige Sozialismus, S. 121

Während der Bevölkerung des übrigen Osteuropas - vielleicht mit Ausnahme der CSSR - das gemeinwirtschaftliche System mehr oder weniger oktroyiert wurde, durch eine vom Ausgang des 2. Weltkrieges bedingte Situation, so ist Jugoslawien mehr aus eigener Kraft zu einer ökonomischen und gesellschaftlichen Umwälzung gelangt. In den anderen Ländern Osteuropas wurde die Ablösung des Kapitalismus berechtigt als ein Zwang begriffen, als "Sowjetisierung" ihrer Gesellschaften. Dabei konnte die Mehrzahl der Bevölkerung den Begriff "Sowjetisierung" nicht reflektieren, so daß sie in ihm nicht eine Demokratisierung der Gesellschaft, sondern eine Übertragung des stalinistischen Systems sah, ohne zu wissen, daß dieses mit "Sowjetisierung" kaum etwas gemein hatte.

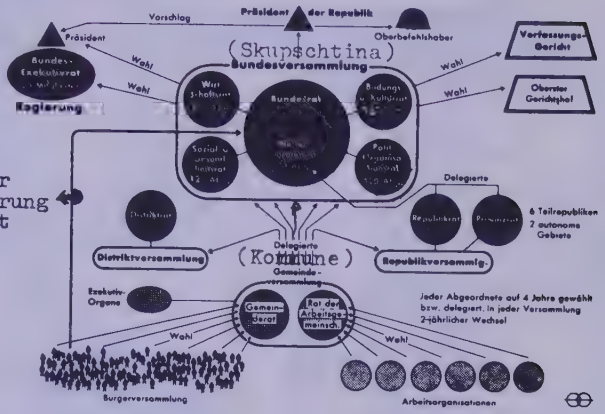
Das jugoslawische Selbstverwaltungssystem als einen Weg zu Chaos und Anarchie und als inadäquat für eine hoch entwickelte Industriegesellschaft zu bezeichnen heißt: reaktionäre Abwehrstellung zu beziehen und vor den konkreten Auswirkungen dieses Systems auf die Effektivität der Produktionsleistungen die Augen zu verschließen. Selbstverwaltung scheint kein Hemmungsfaktor zu sein, dies beweisen die außerordentlich hohen Wachstumsraten. So hat sich die Industrieproduktion der am schwächsten entwickelten Republik Jugoslawiens, Montenegro, seit 1946 verdreizehnfacht (388).

Die Problematik des Selbstverwaltungssystems liegt

(388) Vgl. Studienberichte, S. 351

auf einer anderen Ebene. Gefahren für eine Depravierung bestehen vor allem darin, daß auf makro-ökonomischer Ebene eine irrationale Situation entstehen kann und zwar insofern, als auf mikro-ökonomischer Ebene einzelne, sich selbst verwaltende Produktionszellen, bedingt durch ihren Entwicklungsvorsprung, die Marktmechanismen in einer Weise ausnutzen, die eine dem kapitalistischen Wirtschaftsablauf nicht unähnliche Praxis zur Folge haben kann. Das dialektische Wechselverhältnis von Plan und Markt wäre dann zerstört und an seine Stelle würde ein Kausalverhältnis treten, das die Rationalität der ökonomischen Prozesse beeinträchtigen würde. Die jugoslawische Praxis weist in der Tat Tendenzen dieser Art auf. Doch ist die Ursache dafür in erster Linie in dem unterschiedlichen Entwicklungsniveaus von Nord und Süd zu suchen. Die Tauglichkeit des Modells der Selbstverwaltung an sich kann dadurch kaum in Frage gestellt werden. Erst wenn ein ähnliches System die Wirtschaftsreformen des NÖS untermauerte, könnte mit größerer Berechtigung der Begriff "entwickeltes ökonomisches und gesellschaftliches System des Sozialismus" gebraucht werden.

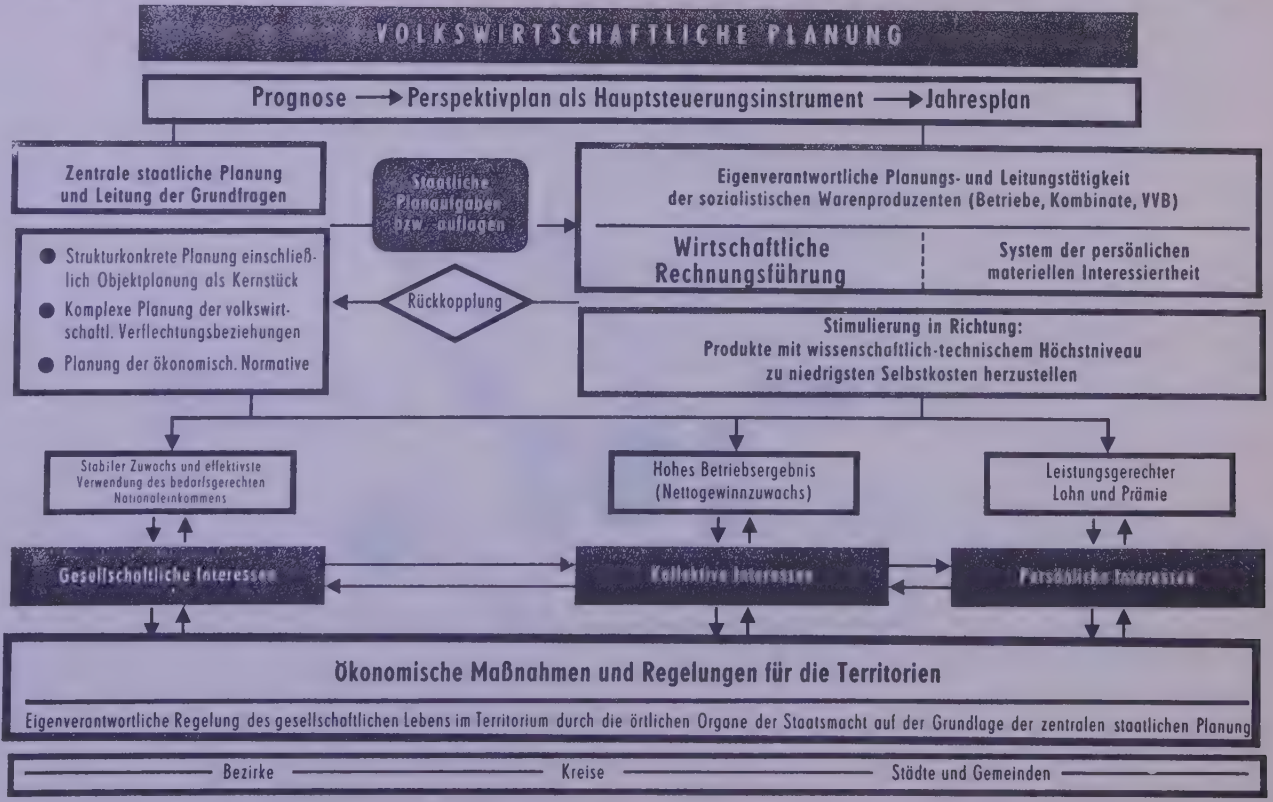
Verfassung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien



Bestätigung der Kommunedelegierung durch Plebiszit

(GLOBUS-Zahlenbild)

Der Grundgedanke des ökonomischen Systems des Sozialismus



... Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED

Die Haupttriebkraft der Entwicklung im Sozialismus

(Übereinstimmung der persönlichen Interessen der Werktätigen und ihrer Kollektive mit den gesellschaftlichen Interessen ... und das Bewußtsein von der Übereinstimmung)

STÄNDIGE REALISIERUNG DER INTERESSENÜBEREINSTIMMUNG DURCH:

- Gesetzmäßiges Wachstum der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei
- Stärkung des sozialistischen Staates und Ausbau seiner ökonomischen Funktionen
- Ständig bessere Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Qualifizierung der gesellschaftlichen Planung (einschl. Anwendung ökonomischer Hebel)
- Quantitative und qualitative Entwicklung des sozialistischen Eigentums

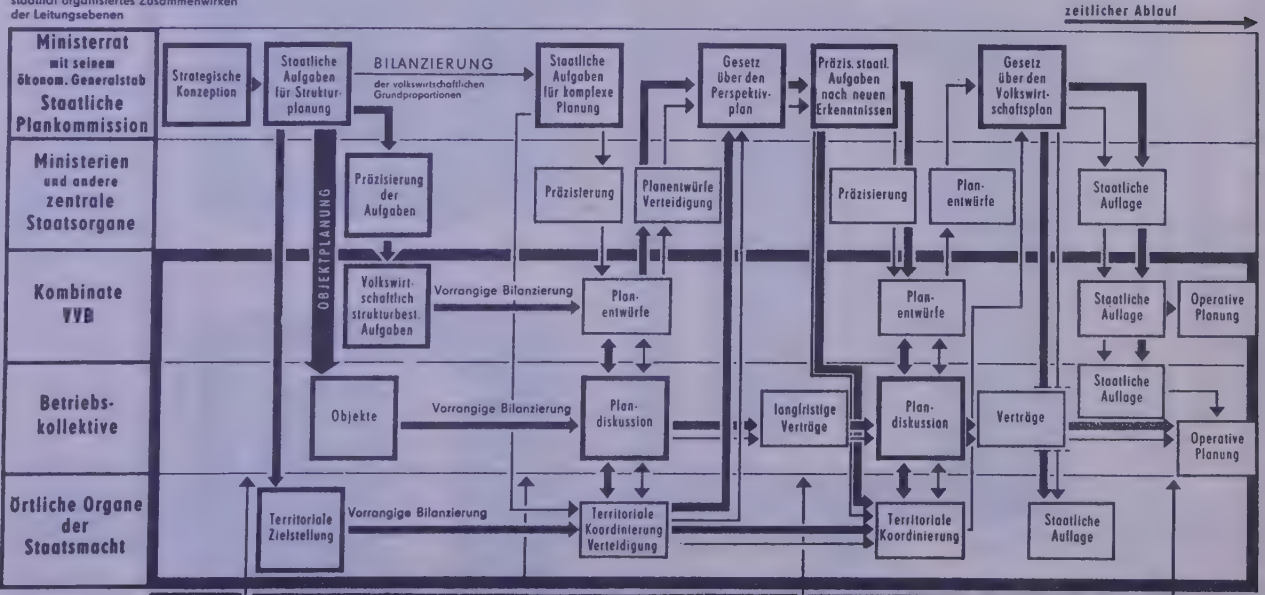
Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED

Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED

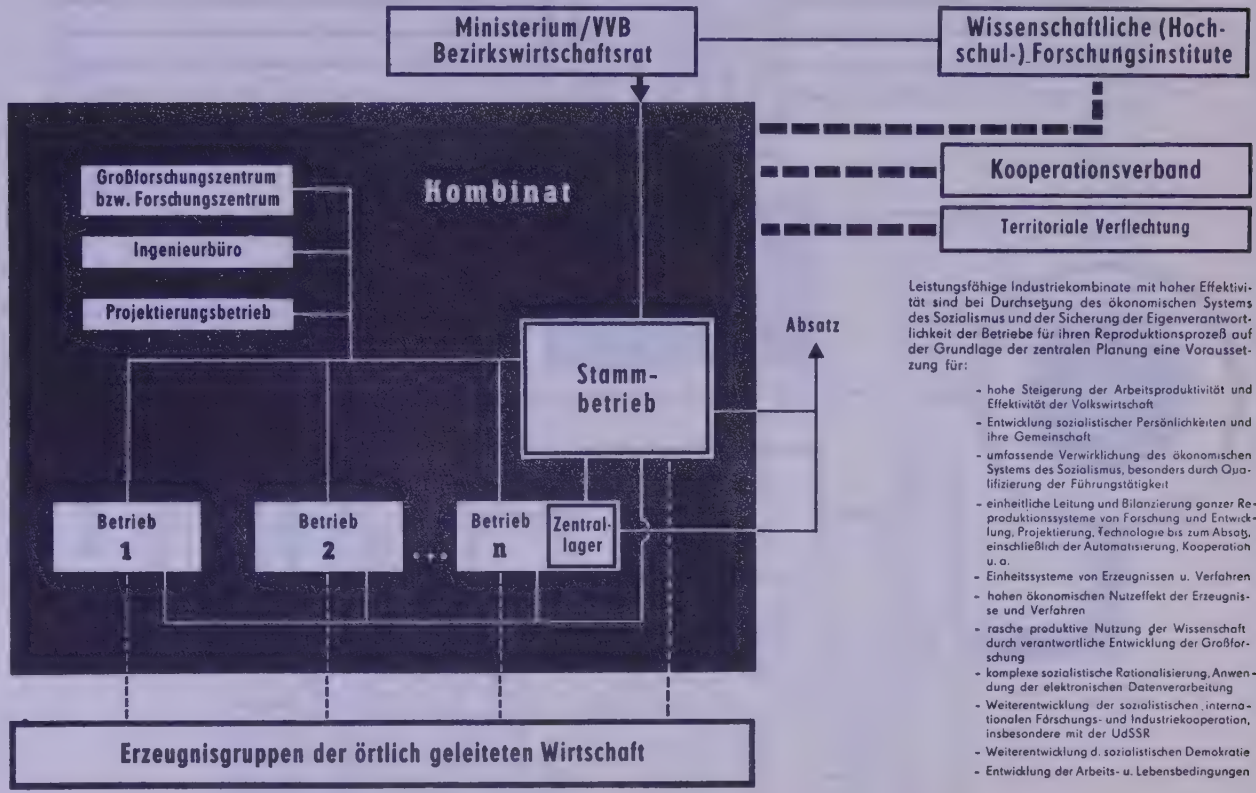
Das System der sozialistischen Planung

Verwirklichung der zentralen Idee des ökonomischen Systems des Sozialismus auf dem Gebiet der Planung durch staatlich organisiertes Zusammenwirken der Leitungsebenen

(stark vereinfacht)



Das volkseigene Industriekombinat und seine Betriebe

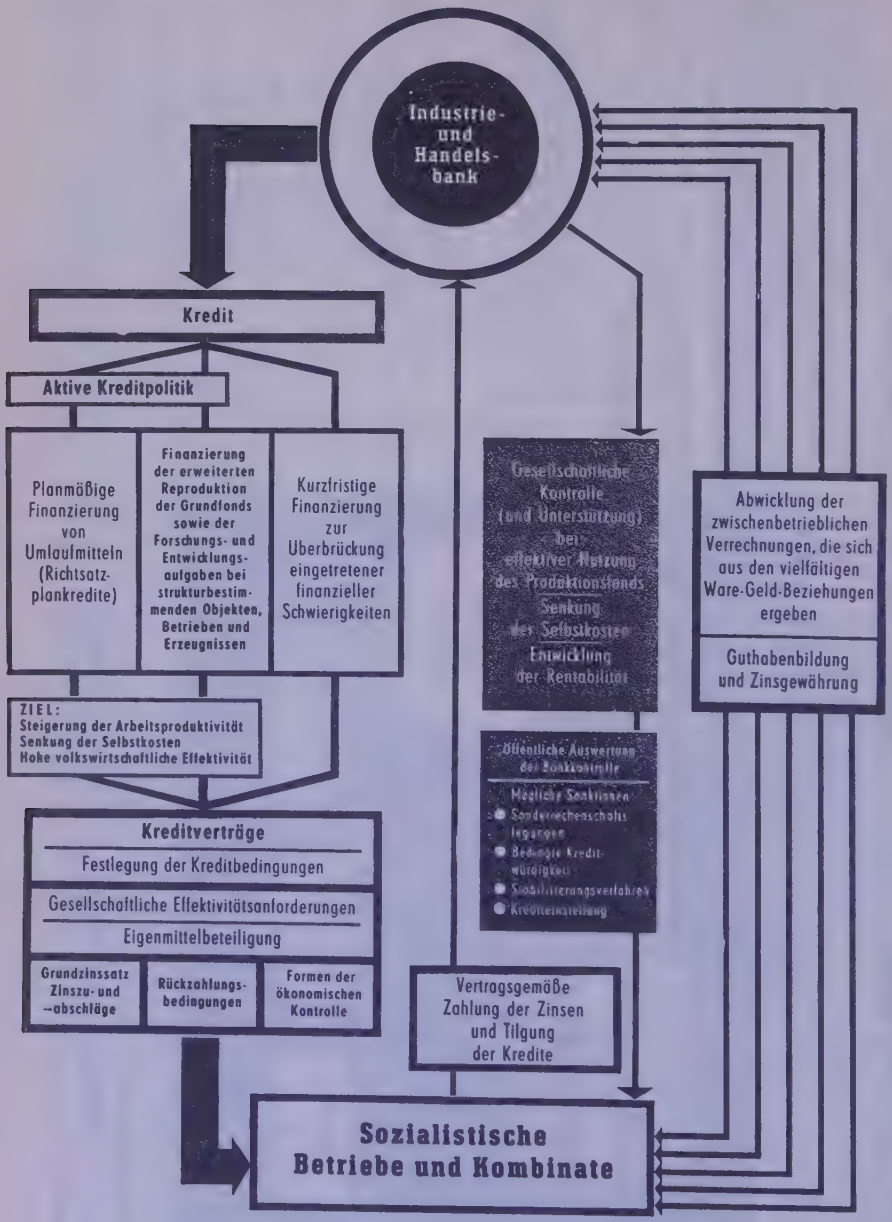


Leistungsfähige Industriekombinate mit hoher Effektivität sind bei Durchsetzung des ökonomischen Systems des Sozialismus und der Sicherung der Eigenverantwortlichkeit der Betriebe für ihren Reproduktionsprozeß auf der Grundlage der zentralen Planung eine Voraussetzung für:

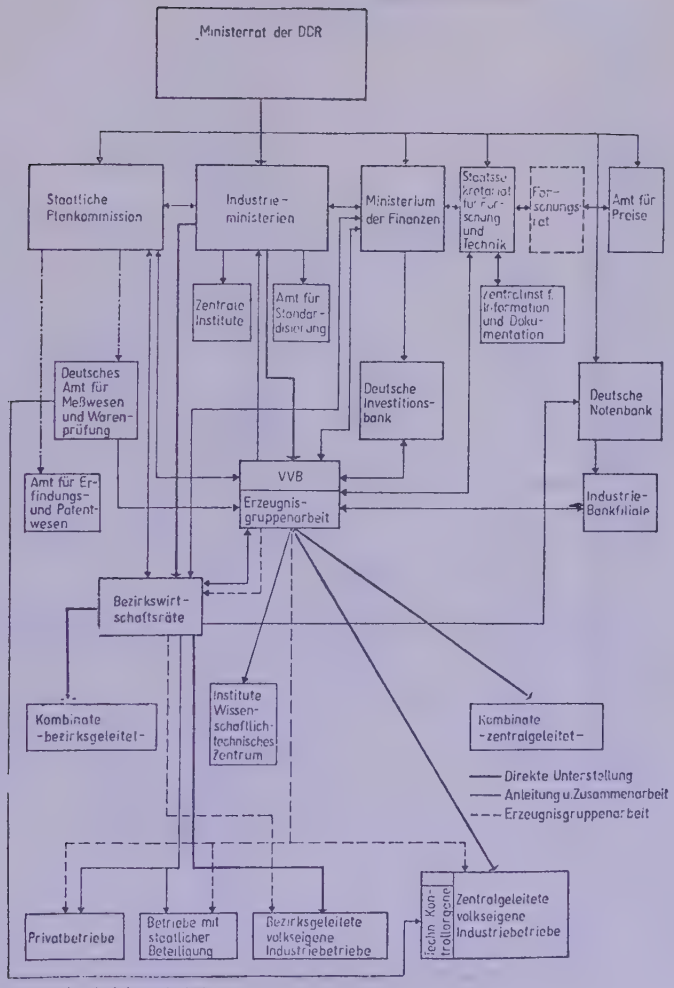
- hohe Steigerung der Arbeitsproduktivität und Effektivität der Volkswirtschaft
- Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten und ihre Gemeinschaft
- umfassende Verwirklichung des ökonomischen Systems des Sozialismus, besonders durch Qualifizierung der Führungstätigkeit
- einheitliche Leitung und Bilanzierung ganzer Reproduktionssysteme von Forschung und Entwicklung, Projektierung, Technologie bis zum Absatz, einschließlich der Automatisierung, Kooperation u. a.
- Einheitssysteme von Erzeugnissen u. Verfahren
- hohen ökonomischen Nutzeffekt der Erzeugnisse und Verfahren
- rasche produktive Nutzung der Wissenschaft durch verantwortliche Entwicklung der Großforschung
- komplexe sozialistische Rationalisierung, Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung
- Weiterentwicklung der sozialistischen internationalen Forschungs- und Industriekooperation, insbesondere mit der UdSSR
- Weiterentwicklung d. sozialistischen Demokratie
- Entwicklung der Arbeits- u. Lebensbedingungen

Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED

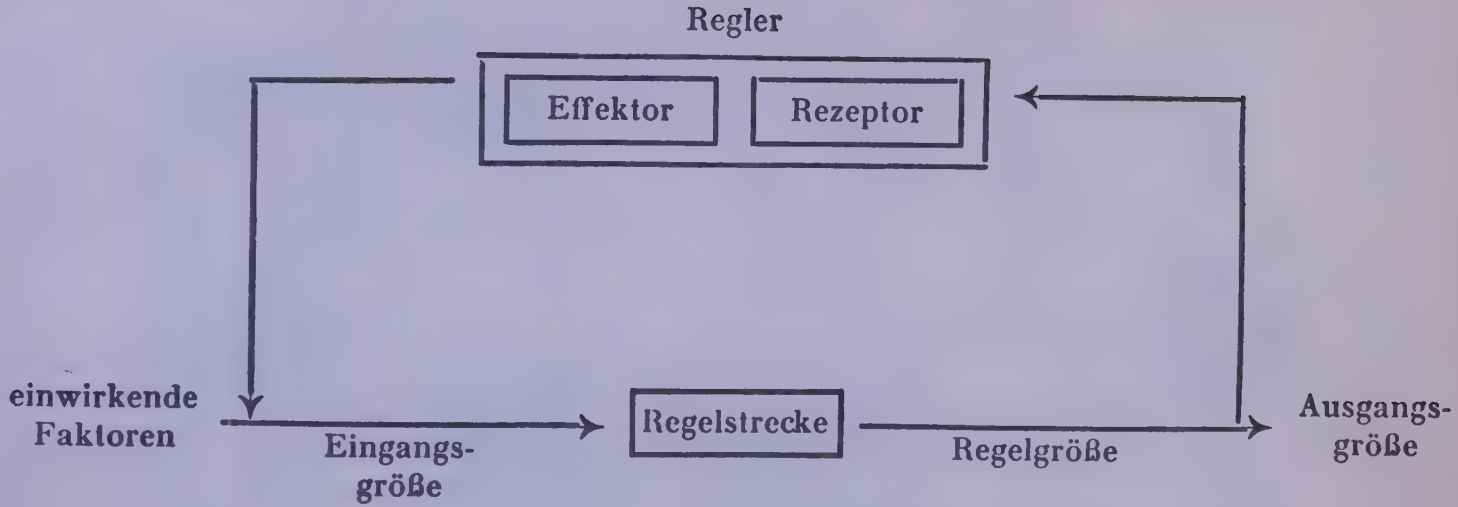
Die Beziehungen zwischen Bank und Betrieb

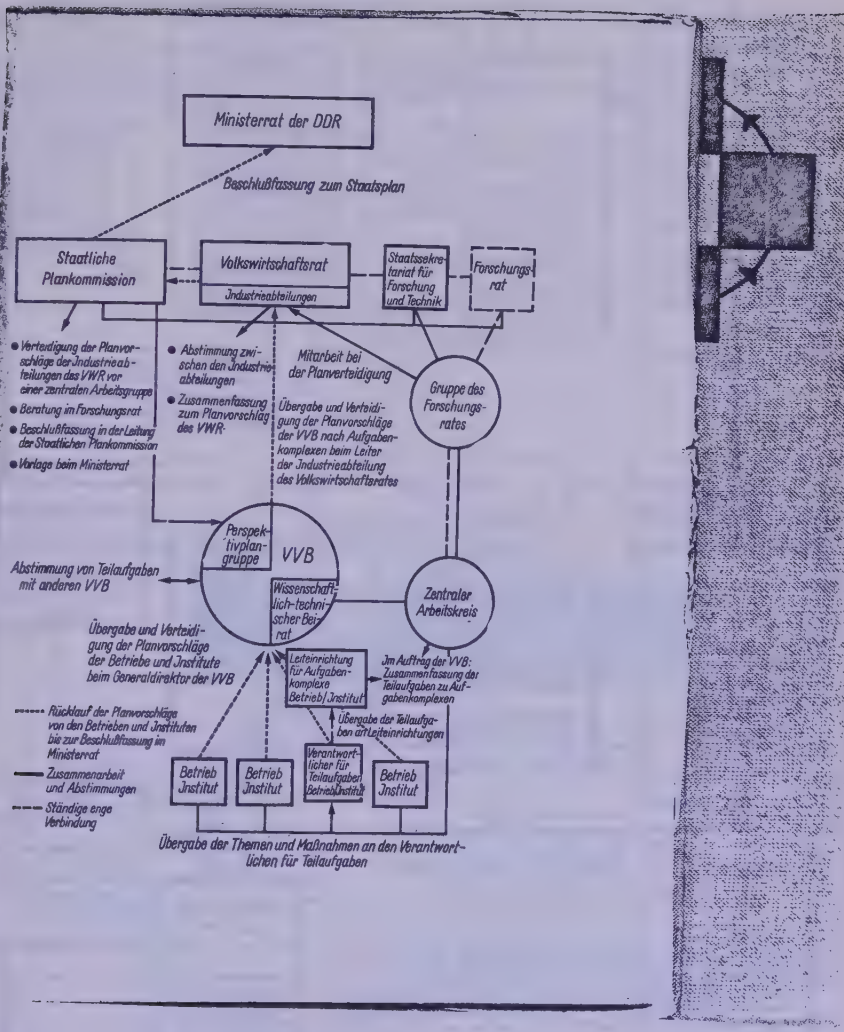


Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED

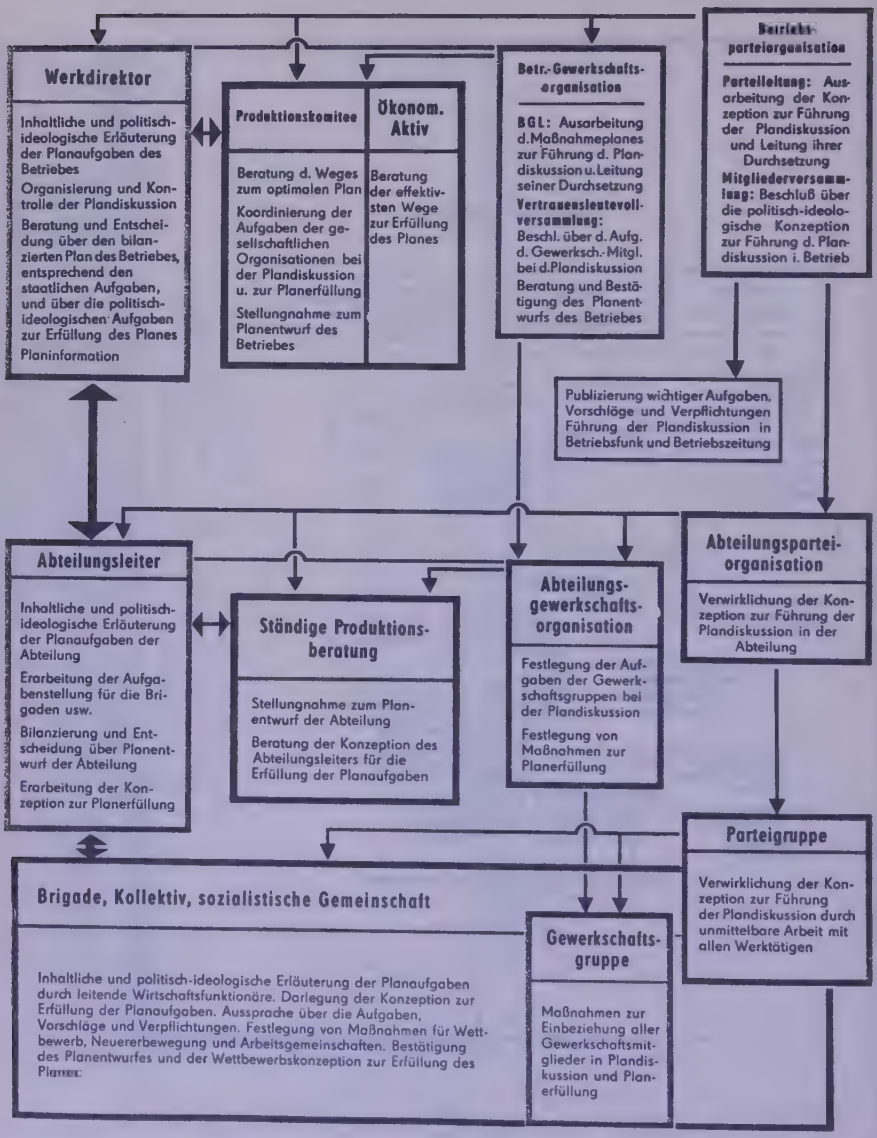


Leitungsstruktur der Industrie der DDR


Regler
Effektor
Rezeptor
einwirkende Faktoren
Eingangs-größe
Regelstrecke
Regelgröße
Ausgangs-größe


Ministerrat der DDR
Beschlußfassung zum Staatsplan
Staatliche Plankommission
Volkswirtschaftsrat
Industrieabteilungen
Staatssekretariat für Forschung und Technik
Forschungsrat
Verteidigung der Planvorschläge der Industrieabteilungen des VWR vor einer zentralen Arbeitsgruppe
Beratung im Forschungsrat
Beschlußfassung in der Leitung der Staatlichen Plankommission
Vorlage beim Ministerrat
Abstimmung zwischen den Industrieabteilungen
Zusammenfassung zum Planvorschlag des VWR
Mitarbeit bei der Planverteidigung
Übergabe und Verteidigung der Planvorschläge der VVB nach Aufgabenkomplexen beim Leiter der Industrieabteilung des Volkswirtschaftsrates
Gruppe des Forschungsrates
Perspektivplangruppe
VVB
Wissenschaftlich-technischer Beirat
Zentraler Arbeitskreis
Abstimmung von Teilaufgaben mit anderen VVB
Übergabe und Verteidigung der Planvorschläge der Betriebe und Institute beim Generaldirektor der VVB
Leiteinrichtung für Aufgabenkomplexe Betrieb/Institut
Im Auftrag der VVB: Zusammenfassung der Teilaufgaben zu Aufgabenkomplexen
Übergabe der Teilaufgaben an Leiteinrichtungen
Verantwortlicher für Teilaufgaben Betrieb/Institut
Betrieb Institut
Betrieb Institut
Betrieb Institut
Übergabe der Themen und Maßnahmen an den Verantwortlichen für Teilaufgaben
Rücklauf der Planvorschläge von den Betrieben und Instituten bis zur Beschlußfassung im Ministerrat
Zusammenarbeit und Abstimmungen
Ständige enge Verbindung

Die Teilnahme der Werktätigen an der Plandiskussion im Betrieb



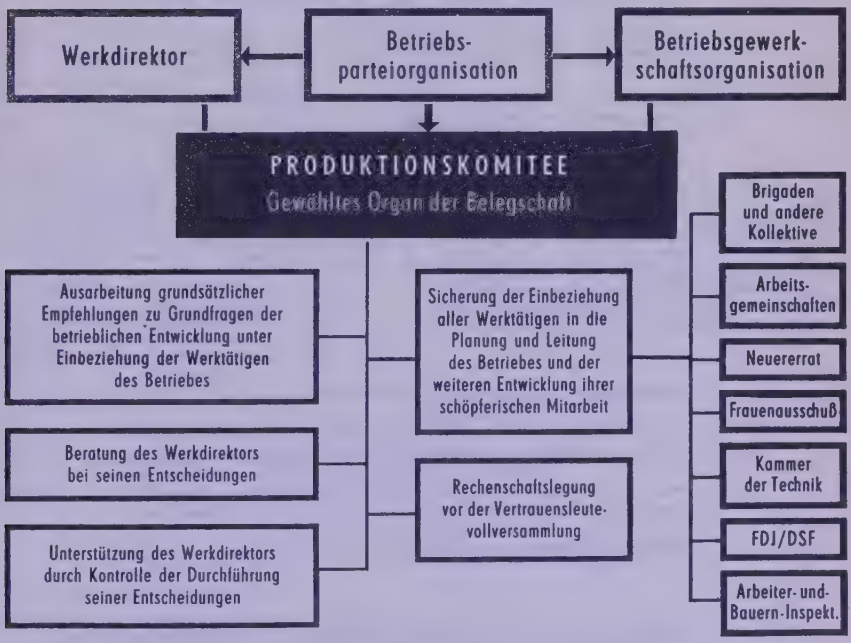
Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED

Die Aufgaben und die Arbeitsweise des Produktionskomitees

Die Tätigkeit des Produktionskomitees ist darauf gerichtet, unter Führung der Parteiorganisation und der Einbeziehung aller gesellschaftlichen Organisationen, die vom VII. Parteitag der SED beschlossenen Aufgaben und Ziele der Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus zu verwirklichen.

AUFGABEN:

- Mitwirkung bei der Ausarbeitung und Erfüllung der Perspektiv- und Jahrespläne
- Mitwirkung an der Ausarbeitung und Vervollkommnung der Prognose
- Einflußnahme auf die Erzielung von Pionier- und Spitzenleistungen durch die Systemautomatisierung auf der Grundlage der sozialistischen Wissenschaftsorganisation
- Mitwirkung bei der Verwirklichung der komplexen sozialistischen Rationalisierung
- Kontrolle der Erfüllung der staatlichen Planaufgaben
- Kontrolle der qualitäts- und termingerechten Erfüllung der Exportaufgaben für die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder
- Einflußnahme auf die Ausarbeitung und Erfüllung des Planes für die Aus- und Weiterbildung der Werktätigen sowie der perspektivischen Entwicklung der Kader
- Kontrolle der Maßnahmen zur Energie- und Materialeinsparung
- Analyse der Einhaltung der Koordinierungsvereinbarungen, Kooperationsverträge und anderer vertraglicher Verpflichtungen
- Kontrolle der Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen



Das Produktionskomitee wird in solchen VEB gewählt, die eine hohe Verantwortung für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und im Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand haben.

Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED

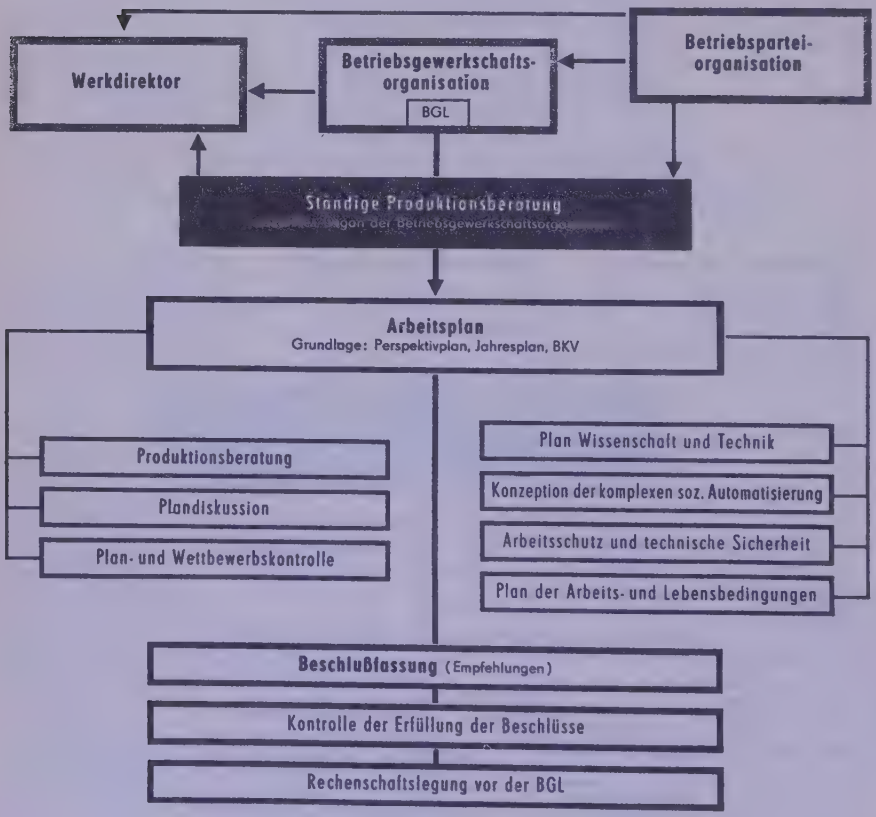
Die Aufgaben und die Arbeitsweise der Ständigen Produktionsberatung

Aufgaben: Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins und ökonomischen Denkens aller Werktätigen. Lenkung der schöpferischen Initiative der Werktätigen, besonders auf die Erreichung von Pionier- und Spitzenleistungen in Wissenschaft, Ökonomie und Technik, auf die Systemautomatisierung und komplexe sozialistische Rationalisierung, auf die planmäßige Aus- und Weiterbildung der Werktätigen sowie auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Orientierung der Initiative der Neuerer, Rationalisatoren und Erfinder auf Spitzenleistungen in Technologie und Erzeugnissen, auf die sozialistische komplexe Automatisierung und Rationalisierung; Unterstützung der Verwirklichung der Neuerervorschläge mit hohem ökonomischem Nutzeffekt, damit sie in kürzester Frist produktionswirksam werden.

Lenkung der schöpferischen Initiative der Werktätigen auf Maßnahmen zur entscheidenden Senkung der Selbstkosten je Mengeneinheit der Erzeugnisse.

Unterstützung der Durchsetzung des modernen Planungs- und Leitungssystems im Betrieb.



In den VEB, in denen kein Produktionskomitee besteht, wird die Ständige Produktionsberatung gewählt. In Mittel- und Großbetrieben werden auch in Betriebsabteilungen Ständige Produktionsberatungen gewählt.
Anfang 1970 arbeiteten **140974** Werktätige in **12427** Ständigen Produktionsberatungen mit.

Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

A l l a c h v e r d j a n , D.: Die Wirtschaftsreformen und Fragen der wirtschaftlichen Rechnungsführung, in: Voprosy ekonomiki, Moskau 11/1968
Finanzprobleme der Wirtschaftsreform, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 5/1971, S. 460 ff

A l l e m a n n , Fritz René: "Sowjets" - beim Wort genommen. Die Wiedergeburt der Räte aus der Revolution, in: Der Monat, Nr. 100/1967

A l t v a t e r , Elmar: Rationalisierung und Demokratisierung. Zu einigen Problemen der neuen ökonomischen Systeme im Sozialismus, in: Das Argument, Nr. 39/1966

A l t v a t e r , Elmar und
N e u s ü s s , Christel: Bürokratische Herrschaft und Gesellschaftliche Emanzipation, in: Neue Kritik, Nr. 51/52/1969

Anordnung über die Bildung und Verwendung von Fonds aus der Anwendung von Normativen der Nettogewinnabführung und der Amortisationsabführung in den Jahren 1969 und 1970 vom 26.6.1969, in: GBL DDR II, 67/1968

Anordnung zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1971, vom 17.12.1970, in: GBL DDR II, 101/1970

Anordnung über die Nomenklatur für die Planung, Bilanzierung und Abrechnung von Material, Ausrüstungen von Konsumgütern zur Ausarbeitung und Durchführung der Volkswirtschaftspläne ab 1972, vom 28.4.1971, in GBL DDR, Sonderbuch 688, vom 25.6.1971 mit Ergänzungen vom 28.8.1971 und 16.12.1971

A p e l , Erich und
M i t t a g , Günter: Wissenschaftliche Führungstätigkeit - Neue Rolle der VVB, Berlin 1964

d i e s.: Planmäßige Wirtschaftsführung und ökonomische Hebel, Berlin 1964

A r n o l d ,Karl-Heinz: Was bringt und die wissenschaftlich-Technische Revolution, Berlin 1967

A u e r b a c h , Ludwig: Marxismus contra Dogmatismus, in: Club Voltaire III, Jahrb. für kritische Aufklärung, hesg. von Gerhard Szczesny, Ausgabe des Rowohlt-Verlages, 1967

B a b e a u , André: Les Conseils Ouvriers en Pologne, Paris 1960

B a r a n , Paul A.: Zur Ökonomie der geplanten Wirtschaft, Frankfurt/M. 1969

B e c k e r , Rudolf: Die sozialökonomische Funktion der Produktionsberatungen, in: Studien und Materialien zur Soziologie der DDR, Hg. Peter Christian Ludz, Köln und Opladen 1964

B e h r e n s , Fritz: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, Berlin 1957

d e r s.: Ware Wert und Wertgesetze, Berlin 1961

d e r s.: Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 9/1966

d e r s.: Ökonomie und ökonomische Theorie des Sozialismus, in: Kritik der politischen Ökonomie heute, 100 Jahre "Kapital" Frankfurt 1968, Hg. Alfred Schmidt und Walter Euchner

B e n a r y , Arne: Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaften, 3. Sonderheft, Berlin 1957

Bericht des Zentralkomitees an den 8. Parteitag der SED, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1971

B e r n d t , Hans: Zu theoretischen Fragen der Funktionen und des Verhältnisses von Grundrechten und Grundregeln der Bürger, in: Demokratie und Grundrechte, hrsg. von den Instituten für Staatsrecht der Universitäten Halle und Leipzig, Berlin 1967

Beschluß des Staatsrates der DDR über weitere Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus vom 22.4.1968, in GBL DDR I, 9/1968

Beschluß über die Grundsatzregelung für komplexe Maßnahmen zur weitern Gestaltung des Ökonomischen Systems des Sozialismus in der Planung und Wirtschaftsführung für die Jahre 1969 und 1970, vom 26.6.1969, in: GBL DDR II, 66/1968

Beschluß über die Aufhebung und Anpassung der Rechtsvorschriften, vom 31.3.1971, in: GBL DDR II, 7.5.1971

Beschluß über die Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus in Jahre 1971, vom 1.12.1970, in GBL DDR II, 100/1970

B e t t e l h e i m , Charles: Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen, zur Theorie der Übergangsgesellschaft, Verlag Wagenbach 1970

B e t t e l h e i m , D o b b , F o a , H u b e r m a n n , R o b i n s o n , M a n d e l , S w e e z y u.a.: Zur Kritik der Sowjetökonomie, Verlag Wagenbach 1971

B e t t e l h e i m , Charles: La transition vers liéconomie socialiste, Maspero, Paris 1968

B o e t t c h e r , Erik: Niedergang und Wiedergeburt ökonomischen Denkens in der zentralen Planung des Ostblocks, in: Wissenschaft in kommunistischen Ländern, hg. Dietrich Geyer, Tübingen 1967

d e r s.: Die Planwirtschaft in Wandel, In: Wirtschaftsplanung im Ostblock. Beginn einer Liberalisierung, hrsg. v. E. Boettcher, Stuttgart 1966

d e r s .: "Phasentheorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Ein Ansatz zu einer dynamischen Theorie der Wirtschaftsordnung", in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1959, S. 23 f

B o r i n , Max und
P l o g e n , Vera: Management und Selbstverwaltung in der CSSR,
Bürokratie und Widerstand, Verlag Wagenbach 1970

B ö h m , S.: Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit der Betriebe, in: Die Wirtschaft Nr. 32/1967

B ö h m , Franz: Privilegien Gesellschaft und Interventionen-Demokratie als Zerrform der Freiheit, in: Was müssen wir für die freie Welt tun? Ludwigsburg 1965

B l o c h , Ernst: Differenzierungen im Begriff Fortschritt, in Sitzungsprotokolle der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin Berlin 1956

B o s n j a k , Branko: Betrachtungen über die Praxis, in:Praxis (internationale Ausgabe), Nr. 1/1965

B o l l h a g e n , Peter: Interesse und Gesellschaft, Berlin 1967

B r e s s , Ludwig und
H e n s e l , Karl-Paul: Wirtschaftssysteme des Sozialismus im Experiment - Plan oder Markt? Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt/M. 1972

B r o c k / G r e g o r : Zur Rolle und Tätigkeit der gesellschaftlichen Räte bei den VVB, in: Einheit, Nr. 6/1967

B r o c k h o f f , K. / B u c h , H. Wirtschaftliche Konzentration und Betriebsgrößenoptimierung in sozialistischen Wirtschaften, Deutschland-Archiv 1970

B r u s , Wlodzimiersz: Die Entwicklung des Wirtschaftssystems in Polen, in Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1967

d e r s .: Zu einigen Problemen der Einwirkung des Wertgesetzes auf die sozialistische Produktion, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 4/1955

d e r s .: Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, edition suhrkamp, Nr. 472/ 1971

d e r s .: Wirtschaftsplanung für ein Konzept der politischen Ökonomie, Suhrkamp, Nr. 547/1972

B u c k , Hansjörg: Wirtschaftsreform und Rationalisierung des Finanzsystems. Auswirkungen des neuen ökonomischen Systems auf das Finanzwesen, in: SBZ-Archiv, Nr. 14/15/16/1965

B ü c h n e r - U h d e r , Willi;
P o p p e , Eberhard und
S c h ü s s e l e r , Rolf: Probleme und Aufgaben bei der Erforschung und Verwirklichung der Grundrechte und Grundpflichten der Bürger

in der Deutschen Demokratischen Republik beim umfassenden Aufbau des Sozialismus, in: Demokratie und Grundrechte, hrsg. von den Instituten für Staatsrecht der Universitäten Halle und Leipzig, Berlin 1967

C s i k o s - N a g y , Béla: Diskussionen über die neue ungarische Preisregelung, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 10/1963

D e p p e , Rainer;
H e i n r i c h , Brigitte;
B ä r m a n n , Michael: Die Tschechoslowakei von 1945 - 1968 zwischen Sozialismus und Revolution, mit einem Aufsatz von Ota Sik und einer Einleitung von Hans-Jürgen Krahl, Voltaire-Flugschrift, o.O.u.

Deutsche Finanzwirtschaft, erste Etappe der Industriepreisreform beginnt, Berlin, 18. Tagung, Heft 5/1964

D e u t s c h e r , Isaac: Die unvollendete Revolution 1917 - 1967, Frankfurt 1967

D e u t s c h l ä n d e r , Horst: Die sozialistische Leitpersönlichkeit und ihre Autorität, in DZfPh, Nr. 6/1967

Diskussionsreden zur Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1965 sowie des Staatshaushaltsplanes, mit einem Schlußwort von Erich Apel, Berlin 1964

D j o r d j e v i c , Jovan: Thesen der Gesellschaftstheorie in Jugoslawien, in: Internationale Politik, Nr. 179 und 180/1957

D j o r d j e v i c , Jovan: Einheit der Gesellschaft und gesellschaftliche Selbstverwaltung, in: Internationale Politik, Belgrad, Nr. 136/1955

ders.: Klassen und politische Parteien in: Internationale Politik, Belgrad, 1955, Nr. 124

ders.: Sozialismus und Humanismus in: Internationale Politik, Belgrad, 1955 Nr. 117 und 119

ders.: Bürokratie und moderne Gesellschaft, in: Internationale Politik, Belgrad, 1966, Nr. 396 und 397

ders.: Bürokratie und Demokratie, in: Internationale Politik, Belgrad 1966 Nr. 398

D o b i a s , Peter: Polnische Beiträge zu einer ökonomischen Theorie des Sozialismus, Rezension v. Elmar Altvater, in: Das Argument, Nr. 40/1966

D o b b , Maurice: Die Ökonomen und die Ökonomie des Sozialismus, in: Organisierter Kapitalismus, Frankfurt, 1966

E b e r t , Georg;
K o c h , Gerhard;
M a t h o , Gerhard und
M i l k e , Harry: Theoretische Grundfragen der Führungsrolle der marxistisch-leninistischen Partei in der sozialistischen Planwirtschaft, in: Einheit, Nr. 2/1969

E n g e l s , Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, 4. Aufl. Leipzig 1961

E g g e r s , Wolfgang: Die jugoslawische Wirtschaftsreform und das jugoslawische System, in: Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Hg. Karl C. Thalheim und Hans-Jürgen Höhbusch, Köln 1968

E r d m a n n , Kurt: Zwei Jahre Neues Ökonomisches System, Plan und Wirklichkeit der sowjetzonalen Wirtschaftsreform, in: SBZ-Archiv, Nr. 20/1965

d e r s .: Die große Initiative, Sonderdruck aus dem SEZ-Archiv, Nr. 10/1966, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Berlin 1967

d e r s .: Plantheoretik neue Kleider, dto., Berlin 1967

d e r s .: NÖS-Bilanz 1966, dto., Nr. 1/2/1966 Berlin 1967

F e d o r e n k o , N.: Die Wirtschaftsreform und einige Probleme der optimalen Leitung der sozialistischen Wirtschaft, in: Voprosy ekonomiki, Moskau 3/1970

F e d o r o w i t s c h , M.: Diskussion, in: Die Wirtschaft Nr. 47/1962 (Beilage)

F ö r s t e r , Wolfgang: Rechnungswesen und Wirtschaftsplanung. Ein Beitrag zur Diagnose der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs und ihrer Reformen aus betriebswirtschaftlicher Sicht. Berlin 1967

F r a e n k e l , Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgard, Berlin, Köln, Mainz, 2. Aufl. 1964

Funktion des Plans und des Marktes, Referat einer Arbeitsgruppe CSSR, im Rahmen des Ferienseminars von Professor Schneider, SS 1968

Gesetz über den Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR 1971 - 1975, vom 20.12.1971, in: GBL DDR I, 10/1971

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, hrsg. vom Büro beim Präsidium des Ministerrats, Berlin versch. Jahrgänge

Gesetzbuch der Arbeit, hrsg. von der Staatlichen Plankommission, Berlin 1965

G l e i t z e , Bruno;
T h a l h e i m , Karl L.;
B u c h , Hannsjörg und
F ö r s t e r , Wolfgang: Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre, Duncker und Humblot, Berlin 1971

G l e s e r m a n , Grifori: Der Aufbau des Kommunismus und die Evolution des Antikommunismus, in: Antikommunismus, Berlin 1967

G o l d m a n n , Josef: Die"Fluctuations and Trends in the Rate of Economic Growth in some Socialist Countries," in: Economics of Planning, Nr. 2/1964

G ö r l i c h , J.Wolfgang: Kybernetik und "Gesellschaftswissenschaft" in der DDR, in: Studien und Materialien.

G ö r n e r , G. und
W a g n e r , I.: Die schöpferische marxistisch-leninistische Arbeit in der Staats- und Rechtswissenschaft für die Verwirklichung der nationalen Aufgabe der DDR ist mit Dogmatismus und Revisionismus unvereinbar, in: Staat und Recht, Nr. 9/1962

G r o s c h o f f , Kurt: Zu Grundfragen des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und seiner Entwicklung in der DDR, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin 3/1970

Grundsatzregelung für die Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR im Zeitraum 1971 bis 1975. Die Wirtschaft, Ausgabe B, Nr. 18 vom 29.4.1970, Beilage 14

G r ü n i n g , I.: "Wie soll es in der Jahresplanung weiter gehen?", in: Die Wirtschaft, 1971, Nr. 48

G u e v a r a , Erneste Chè: Sozialistische Planung in: Berliner Zeitschrift für Politologie, Nr. 5/1968

H a b e r m a s , Jürgen: Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurt 1968

H a g e r , Kurt: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem 8. Parteitag der SED, in Einheit 11/1971, S. 1203 - 1242

H a g e r , Kurt: Grundfragen des geistigen Lebens im Sozialismus, in: Neues Deutschland vom 30.4.1969

H a h n , Rainer: Der Gewinn als ökonomischer Hebel Schriftenreihe: Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Heft 14, Berlin 1966

H a m e l , Hannelore; Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus in der wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands, Berlin, 1966

H a v e m a n n , Robert: Dialektik ohne Dogma? Reinbek 1964

d e r s .: Meinungsstreit fördert die Wissenschaft, in: Neues Deutschland vom 7. und 8. Juli 1956

H a j e k , Friedrich August: Der Weg zur Knechtschaft, Zürich 1952

H e g e d ü s , Andras: Die soziale Kontrolle in der sozialistischen Gesellschaft, in: Club Voltaire III, Ausgabe des Rowohl-Verlages

H e r l i t z i u s , Erwin und
A l b e r t , J.: Technik und Demokratie in unserer Epoche, in: DZfPh, Sonderheft 1967

H e s s e , Karola: Ausgestaltung der Grundrechte, in: Demokratie und Grundrechte, hrsg. von den Instituten für Staatsrecht der Universitäten Halle und Leipzig, Berlin 1967

H e u e r , K.: Die planmäßige Weiterentwicklung der Rechsstellung der volkseigenen Kombinate, Wirtschaftsrecht 1970

H e u e r , Uwe-Jens: Demokratie und Recht im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1965

d e r s . : Demokratie und neues ökonomisches System, in: Forum, Nr. 10/1966

d e r s .: Noch einmal: Warum entweder oder? in Forum, Nr. 18/1966

d e r s .: Das Verhältnis von Ökonomie, Recht und Administration, in: Wirtschaftswissenschaft Nr. 6/1966

d e r s .: Gesellschaft und Demokratie, in: Staat und Recht, Nr. 6/1967

d e r s .: Neues ökonomisches System und Grundrechte, in: Demokratie und Grundrechte, hrsg. von den Instituten für Staatsrecht der Universitäten Halle und Leipzig, Berlin 1967

H e y d e n , Günter und
K o p p e , Günter: Zur Dialektik des Sozialismus, in: DZfPh, Nr. 6/1968

Hoffmann, G.W./Neal, F.W.: Yugoslavia and the New Communism; New York 1962

H o f m a n n , Werner: Ideegeschichte der sozialen Bewegung, Berlin 1968

d e r s .: Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft, Reinbek 1969

d e r s .: Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konfliktes, Frankfurt 1967

H o n e c k e r , Erich: Aus der revolutionären Theorie für die Praxis lernen, in: Neuer Weg Nr. 20/1971

H o n e c k e r , Erich: Fragen von Wissenschaft und Politik in der sozialistischen Gesellschaft, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus 12/1971

H o n e c k e r , Erich: Die Rolle der Partei in der Periode der Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967

H ö r z , Herbert: Die Wirksamkeit der ideologischen Arbeit erhöhen! in: Einheit 1/1972

H u b e r m a n n , P.: und
S w e e z y , P.: Peaceful Transition from Socialism to Capitalism, in: Monthly Review, vol. 15/1967

H ü b n e r , Heinz-Werner: "Einige Methoden der organischen Verbindung der zentralen staatlichen Planung der Volkswirtschaft mit der eigenverantwortlichen Planung der sozialistischen Warenproduzenten", in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 2/1970, 18. Tg.

I s r a e l , Joachim: Zwei Probleme des Sozialismus, in: Club Voltaire III

J a h n , W.:"Effektive Strukturpolitik verlangt erzeugnisgebundene Planung", in: Die Wirtschaft, 22. Jg., Nr. 18

J e f i m o w , A.: 50 Jahre Wirtschaftsplanung in der UDSSR, in: Sowjetwissenschaft - Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 6/1971, S. 561 ff

J o h n e , Heinz: Zur Wirkungsweise ökonomischer Gesetze im Sozialismus, in: DZFPh, Nr. 4/1964

J u n k e r , Wolfgang: Neues ökonomisches System im Bauwesen und Durchführung der Investitionspolitik, Berlin 1965

K a d e , G.;
Z u d r o d , H. J. und
H u j e r , R.: Organisationsprobleme der Wirtschaftsreformen in der UDSSR und der DDR im Lichte der Kybernetik und Graphentheorie, Springer Verlag, Wien/ New York 1971

K a l w e i t , Werner: Die Planung des ökonomischen und wissenschaftlichen Fortschritts in der sozialistischen Wirtschaft der DDR, in: Marxistische Blätter, Sonderheft 1/1968

K a l w e i t , Werner: Sozialistische Planwirtschaft und Warenproduktion - Zur Ausnutzung der ökonomischen Gesetze beim umfassenden Aufbau des Sozialismus unter den Bedingungen der technischen Revolution, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 14. Tg., Heft 5, 1966

K a m i n s k y , Horst: Die sich aus dem Volkswirtschaftsplan 1965 ergebenden Grundfragen des Staatshaushaltsplanes und die Aufgaben der Finanz-, Bank- und Preisorgane bei der weiteren Durchführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1964

Grundaufgaben beim Weiterausbau der sozialistischen Beziehungen, in: Internationale Politik, Belgrad, 1960, 242-3, S. 10 ff

Grundzüge des jugoslawischen Sozialismus, in: Ost-Probleme, Bonn, 1957, 10, S. 326 ff

K a r d e l j , Edvard: Die sozialistische Demokratie in der jugoslawischen Praxis, Belgrad 1953

Über die Prinzipien des Vorentwurfs der neuen Verfassung des sozialistischen Jugoslawiens, Belgrad 1962

K a r d e l j , Edvard: zu den Grundlagen der sozialistischen Demokratie in Jugoslawien, Belgrad 1952

K i r a l y , Ernö: Die Arbeiterselbstverwaltung in Ungarn, München 1961

K l a u s , Georg: Kybernetik in philosophischer Sicht, 4. Auflage, Berlin 1965

K i d r i č, B.: Über den Aufbau der sozialistischen ökonomischen Struktur der FVJ. Referat auf dem V. Kongreß der KPJ; Belgrad 1948

K o c h , Gerhard: Der Charakter der Arbeit und die Wirkungsweise ökonomischer Gesetze, in: Die aktuelle philosophische Bedeutung des "Kapital" von Karl Marx, Ag. Georg Mende und Erhard Lange, Berlin 1968

d e r s .: Charakter und Wirkungsweise ökonomischer Gesetze im Sozialismus, in: DZfPh, Heft 4/1964

K o h l m e y , Günther: Einige Fragen der planmäßigen Ausnutzung der Wertformen und des Wertgesetzes in der Periode des Überganges zum Sozialismus, in: Wirtschaftswissenschaften, Nr. 3/1965

d e r s .: Nach der Arbeitskonferenz der Planwirtschaftler, in: Bulletin "Geld und Kredit" Nr. 3/1965

d e r s .: Entwicklungsprobleme des sozialistischen Wirtschaftssystems, Akademie-Verlag, Berlin 1958

d e r s .: Planen als Regeln und Steuern, in: Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 11, Berlin 1968

K o h l s d o r f , Fred und
O p i t z , Heinrich, Wissenschaftliche Weltanschauung und bewußtes Handeln der Arbeiterklasse, in: Einheit 10/1971

K ö h n e , Edda: Die Preisbildung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn und Berlin 1966

K o s l o w a , O.W. und
K u s n e z o w , I.N.: Die wissenschaftlichen Grundlagen der Leitung der Produktion, Dietz Verlag, Berlin 1971

K o s t a , Jiři: Wirtschaftsreformen und Wirtschaftsentwicklungen in RGW-Ländern, in: Jahrbuch der Wirtschaft Osteuropas, BD.3, München 1972

K o s t a , Jiři; M e y e r , Jan und
W e b e r , Sibylle: Warenproduktion im Sozialismus, Fischer Taschenbuch Verlag 1973

K o z u s n i k , Cestmir: Die Entwicklung des sozialistischen Wirtschaftssystems in der Tschechoslowakei, Hamburg 1966

K r e s i c , Andrija: Diktatur des Proletariats und die Arbeiterselbstverwaltung, in: Internationale Politik, Nr. 410/1967

d e r s .: Politischer Absolutismus, Anarchie und Autorität, in: Praxis 1967

K r o l , Gerd-Jan: Die Wirtschaftsreform in der DDR und ihre Ursachen. J.C.B. Mohr Tübingen 1972

L a n d a u e r , Carl: Das Eindringen marktwirtschaftlicher Vorstellungen in die sozialistische Ideenwelt, Hamburger Jahrbuch 1967

L a n g e , Oskar: Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft, eine sozialistische Analyse, Wien 1964

L a n g e , Oskar: Politische Ökonomie, Bd. 1, Berlin 1969

L a n g e , Oskar und
T a y l o r , F.M.: On the EconomiC Theory of Socialism, McGraw-Hill, New York 1964,

L a n g e , Oskar: Einführung in die Ökonometrie, Tübingen 1968, S. 158

L a n g e n d o r f , Gudrun: Die wachsende Kraft des sozialistischen Wirtschaftssystems in der DDR und der Antikommunismus, in: Antikommunismus, Berlin 1967

L a s s o n , Ekkard: Leitungswissenschaft und Philosophie, in DZfPh, Nr. 10/1968

L e n i n , W.I.: Werke Bd.31, Berlin 1964

d e r s .: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, Leipzig o.J.

L i b e r m a n , Jewssej: Plan, Gewinn und Prämie, in: Die Presse der Sowjetunion, Nr. 108/1962

d e r s .: Die optimale Leitung der Wirtschaft und die Effektivität der materiellen Stimulierung, in: Sowjetwissenschaft - Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin 5/1969

L i e h m a n n , Manfred;
P u s c h m a n n , Manfred und
S ö d e r , Günter: Leiter und Kollektive in der sozialistischen Wirtschaft, Berlin 1967 und die Rezension dieses Buches von: Christa Kreutzmann und Kurt Teßmann, in: DZfPh, Nr. 11/1968

L i n d n e r , Walter: Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration? Zur Analyse der Wirtschaftsreform in der DDR und der CSSR, Erlangen 1971

L j u b o w i t s c h , J.O.: Zur Entwicklung der Theorie von der Organisation der Industrieproduktion in der UdSSR, in: Organisation und Leitung, Akademie Verlag Berlin 1970

L o e b e r , Dietrich: Plan und Vertrag im Zeichen der sowjetischen Wirtschaftsreformen 1964-1965, in: Wirtschaftsplanung im Ostblock, Beginn einer Liberalisierung, hrsg. v. E. Boettcher, Stuttgart 1966

L o r e n z , Richard: Auf den Grund gehen, in: Sonntag Nr. 45/1956

L u d z , Peter, Christian: Widersprüche im Neuen ökonomischen System, in: SBZ-Archiv, Nr. 7/1964

d e r s .: Parteielite im Wandel, Köln und Opladen 1968

d e r s .: (Herausgabe) Studien und Materialien zur Soziologie der DDR, Köln und Opladen 1964

d e r s .: Produktionsprinzip versus Territorialprinzip, in: SBZ Archiv, 16. Jg., Bonn 1965, Nr. 1/2

L e m â n,G.: Neue Entwicklungen im jugoslawischen System der Einkommensverteilung, in: Osteuropa-Wirtschaft, 14. Jg., 1969, S. 262-276

ders.: Die Planung der Wirtschaftsprozesse in Jugoslawien. (Unveröffentl. Manuskript)

L u x e m b u r g , Rosa: Gesammelte Werke, Bd. 3, hrsg. von Paul Fröhlich, Berlin 1925

d i e s .: Einführung in die Nationalökonomie, Ausgew. Reden und Schriften, Berlin 1951

M a l t u s c h , Wernfried: Materielles Interesse als Motiv, Berlin 1966

M a n d e l , Ernest: Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt 1968

M a n n , Helmut: Thesen zu einigen Grundfragen der Rolle des Preises im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, in: Wirtschaftswissenschaften, Nr. 4/1965

d e r s.: Probleme der wissenschaftlichen Preispolitik in der Volkswirtschaft der DDR. In: Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie. Berlin 1965

d e r s . und A m b r e e , Kurt: Die Preisbildung im neuen ökonomischen System,in : Deutsche Finanzwissenschaft, Nr. 5/1965

M a n z e i , D; Z i e g e r , M.: "Vom Teilprozeß zur komplexen Lösung", in: Die Wirtschaft, 1971, Nr. 72

M a r c u s e , Herbert: Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied und Berlin 1964

M a c e s i c h, G.: Yugoslavia. The Theory and Practice of Development Planning; Charlottesville 1964

M a r k o v i c , Mihailo: Dialektik der Praxis, Frankfurt 1968

d e r s .: Entfremdung und Selbstverwaltung, in: Folgen einer Theorie, Essays über "Das Kapital" von Karl Marx, Frankfurt 1967

M a r x , Karl: Das Kapital, Bd. I und III, Berlin 1965

d e r s .: Kritik des Gothaer Programms, Berlin 1946

M E W = M a r x , Karl und E n g e l s , Friedrich: Werke, Berlin 1956 ff

M E G A = M a r x , Karl und E n g e l s , Friedrich: Historisch-kritische Gesamtausgabe, Frankfurt, Berlin, Moskau 1927-1935

M a s c h k e , Günter: Entfremdung- Herrschaft - Produzenten - Demokratie, Bemerkungen zum Problem der Übergangsperiode, in: Kursbuch 23/1971 Wagenbach Verlag

Material des Politbüros: Zur Erläuterung der im Referat des Genossen Walter Ulbricht auf der 11. Tagung des ZK dargelegten Probleme zur Qualifizierung der Planung, der Leitung und der Anwendung ökonomischer Hebel in der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, in: Die Wirtschaft, 21. Tg., 1966 Beilage zur Ausgabe Nr. 1

Meier, V.: Das neue jugoslawische Wirtschaftssystem; Zürich/St. Gallen 1956

M a t h o , Fred: Wie werden Preise gemacht?
Berlin 1967

M i t t a g , Günter: Über Probleme der Perspektivplanung bis 1970, insbesondere des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung in seiner zweiten Etappe und die Aufgaben der Partei, Berlin 1966

d e r s .: Die schöpferischen Leistungen der Partei in der ökonomischen Politik,
In Neues Deutschland, Berlin 17.2.1966

d e r s .: in: Neues Deutschland, vom 11.6.1970
Seite 4

d e r s .: Die Rolle der Produktionskomitees bei der Ausarbeitung und Durchführung des Perspektivplanes und der Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems., in:
Die Wirtschaft, Nr. 40/1964

d e r s .: Probleme der Wirtschaftspolitik der Partei bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR, Dietz Verlag
Berlin 1967

M i t z s c h e r l i n g , Peter: Die Wirtschaft der DDR - Bestandsaufnahme und Aussichten, in: Die Wirtschaft Osteuropas am Beginn der 70er Jahre - Rückblick und Ausblick, hrsg.: Hans-Hermann Höhlmann, Stuttgart 1972

M i l e n k o v i t c h, D.D.: Plan and Market in Yugoslav Economic Thought; New Haven/London 1971

M i s e s , von, Ludwig: Die Gemeinschaft, 1932; Die Wirtschaftsrechnung um sozialistischen Gemeinwesen (in: Archiv für Sozialwissenschaften, April 1920)

M o d e l , Horst: Grundfragen einer komplexen Absatzpolitik im Führungsprozeß, Berlin 1968

M ü l l e r , Wolfgang: Marxistische Wirtschaftstheorie und Fetischcharakter der Ware, in: Neue Kritik, Nr. 51/52/1969

M u t z b a u e r , Ilse: Die Dialektik von sozialistischer Produktionsweise und demokratischem Zentralismus, in DZfPh, Nr. 2/1969

N a p o l e o n i , Claudio: Grundzüge der modernen ökonomischen Theorien, Frankfurt/M. 1968

N e m c i n o v , V.: Die Presse der Sowjetunion Nr. 55 und 56, 1964, aus Kommunist, Nr. 5/1964

N e u m a n n , Philioo: Der "Sozialismus als eingenständige Gesellschaftsformation" Zur Kritik der politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR, in: Kursbuch 23/1971, Wagenbach Verlag

N i c k , Harry: Gesellschaft und Betrieb im Sozialismus, Zur zentralen Idee des ökonomischen Systems des Sozialismus, Verlag die Wirtschaft, Berlin 1970

N i c k , Harry: Warum fondsbezogener Preistyp? Berlin 1968

N e m t s c h n o w , Wassili Sergejewitsch: Ökonomisch-mathematische Methoden und Modelle, Berlin 1965, russ. Moskau 1962

P a w l a k , G. und
B r z o s k a , H.: "Über die Mitarbeit der Gewerkschaften am Planangebot 1968", in: Die Wirtschaft, 22. Tg. 1967, Nr. 25

P e t r o v i c , Gajo: Praxis und Sein, in: Praxis (intern. Ausgabe), Nr. 1/1965

d e r s .: Kritik im Sozialismus, in: Praxis (jug. Ausgabe), Nr. 3/1965

P i e p l o w , R.: "Zur langfristigen Planung", in: Wirtschaftswissenschaften, 1972, Nr. 1

P i n k u s , Theo (Hrsg.): Gespräche mit Georg Lukacs, Reinbek 1967

P l e y e r , Klemens: Die rechtlichen Stellung der Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) im Neuen ökonomischen System, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen o.O. u.J., Referat auf der Tagung des "Forschungsbeirats für die Fragen Wiedervereinigung Deutschlands", Februar 1968

P o l a k , Karl: Zur Dialektik der Staatslehr, Berlin 1969

Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR (Autorenkollektiv) Dietz Verlag Berlin 1969

P r a g e r , Theodor: Zur politischen Ökonomie des Sozialismus, in: Kritik der politischen Ökonomie heute, Frankfurt, Wien 1968

P r e o b r a z e n s k i j , Evgenyj: The New Economics, Oxford 1965

Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1963

Das Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens Angenommen von dem 7. Kongreß des Bundes der Kommunisten in Ljubljana vom 22. bis 26.4.1958, Belgrad 1958

R e i n h o l d , Otto: Zentrale Leitung, Eigenverantwortlichkeit und Mitgestaltung: Das neue ökonomische System, in Marxistische Blätter, Sonderheft 1/1968

d e r s .: Der XXIV. Parteitag der KPdSU und die Gesellschaftswissenschaften, ND 14.5.1971

R e x i n, Manfred: Das neue ökonomische System der DDR I und II, in: Atomzeitalter, Nr. 5/6/7/1965

R i c h t a - Report: Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts, Makol Verlag 1971

Richtlinien für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Beschluß des Ministerrates der DDR vom 11.7.1963 in: GBl DDR II, 64/1963

Richtlinien zu Einführung des fondsbezogenen Industriepreises und der staatlichen normativen Regelung für die planmäßige Senkung von Industriepreisen in den Jahren 1969/1970, vom 26.6.1968, in: GBl DDR II, 67/1968

R o g g e m a n n , Herwig: Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, Europäische Verlagsanstalt, 1970

R ö l l , Friedrich: Zur Wirtschaftsentwicklung un ökonomischen Diskussion seit der Oktoberrevolution, in: Das Argument, Nr. 39/1965

d e r s .: Gewerkschaften und Arbeiterräte in der CSSR, in: links, Nr. 6/1969

R o t h s c h i l d , Kurt W.: Bemerkungen zum Thema Sozialismus und Planung, in: Kritik der politischen Ökonomie heute, Frankfurt 1968

R u p p r e c h t , Frank: Das Vorbild in historisch-materialistischer Sicht, in: DZfPh, Nr. 6/1967

S c h e l e r , Hermann: Die Dialektik von gesellschaftlichem Gesamtwillen und Einzelwillen der sozialistischen Persönlichkeit, in: DZfPh, Nr. 10/1968

S c h e l e r , Hermann: Über das Verhältnis von Spontanität und Bewustsein, in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft 1957

S c h i c k , Arnd: Der Einfluß des Wirtschaftssystems auf die Kostenplanung zentralgeleiteter Industriebetriebe in der DDR, Herbert Lang Bern, Peter Lang Frankfurt/M. 1971

S c h i n d l e r , Wolfgang: Die persönliche materielle Interessiertheit - Prinzip der interessenübereinstimmenden Einkommensgestaltung im Sozialismus, in Wirtschaftswissenschaft, 1966

S c h m i d , Fred: Neue ökonomische Systeme in der CSSR und der DDR, in: Das Argument, Nr. 39/1966

S c h r a m m , L.: Zur Bildung und Rechtsstellung von volkseigenen Kombinaten, Vertragssystem 1969

S c h ü r e r , Gerhard: "Neue Wesenszüge der sozialistischen Planung und Wirtschaftsführung" in: Die Wirtschaft, 23. Tg., 1968, Nr. 24

S e b e s t y e n , Miklos: Workers' Councils in Hungary, München 1961

S c h l e i c h e r, H.: Das System der betrieblichen Selbstverwaltung in Jugoslawien; Berlin 1961

S e h r i n g , Paul: Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung, Nürnberg 1968

Š i k , Ota: Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967

d e r s .: Demokratische und sozialistische Plan- und Marktwirtschaft, ed. arche nova, Zürich 1971

d e r s .: Strukturwandel der Wirtschaftssysteme in den osteuropäischen Ländern, arche nova, Zürich 1971

S ö d e r , Günter: Ökonomie und gesellschaftlicher Fortschritt in unserer Epoche, in: DZfPh, Sonderheft 1967

S t a l i n , J.W.: Fragen des Leninismus (deutsch), Moskau 1947

d e r s .: Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Dietz-Verlag, Berlin, S. 17

S t o j a n o v i c , Swetozar: Kritik und Zukunft des Sozialismus, Fischer 72

S t a n o v n i k , Janez: Planung über den Markt, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1962

Statistische Jahrbücher der DDR, hrsg. von der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, versch. Jahrgänge

S t u r m t h a l , Adolf: Workers Councils. A Study of Workplace Organization on both Sides of the Iron Curtain, Cambridge Mass. 1964

S u p e k , Rudi: Vom staatlichen Totalitarismus zur individuellen Totalität, in: Club Voltaire III, Jahrbuch für kritische Aufklärung, hrsg. von Gerhard Sczesny, Ausgabe des Rowohltverlages.

S w e e z y , Paul M.: Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Eine Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie, Köln 1959

S t o j a n o v i ć , Svetezar: The Statist Math of Socialism, in: Praxis (intern. Ausgabe), Nr. 2/1965

T a f e l w e r k , zum Buch Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, hrsg. von der Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Berlin 1971

T h a l h e i m , Karl C.: Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Berlin 1964

S u p e k, Rudi/Posnjak, B. (Hrsg.): Jugoslawien denkt anders. Marxismus und Kritik des etatistischen Sozialismus; Wien 1971

T h a l h e i m , Karl C.: Wachstumsbegrenzung durch Wirtschaftssystem. Aktuelle Beiträge zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage in Mitteldeutschland, Berlin 1967

d e r s .: Bedeuten die Wirtschaftsreformen in den Ostblockländern einen Systemwandel? In: Wirtschaftsplanung im Ostblock, hrsg. v. E. Boettcher, Stuttgart 1966

Thesen zum Symposium, Theoretische umd methodologische Probleme der prognostischen Vorbereitung der Planung unter den Bedingungen der technischen Revolution", in: Wirtschaftswissenschaft, 14. Tg., 1966, Nr 8 S. 1252-1268

T h i e l , Rainer: Kybernetik, Philosophie, Gesellschaft, in: Einheit, Nr 7/1961 (Beilage)

T i n b e r g e n , Jan: Aufgabe der Gegenwart: Organisation des Friedens, in: Wirtschaftsdienst VII/1967

d e r s .: Die Rolle der Planungstechniken bei einer Annäherung der Strukturen in Ost und West, in: Wirtschaftsplanung im Ostblock, hrsg. v E Boettcher, Stuttgart 1966

U h l e m a n n , Günther: "Erste Erfahrungen aus der Planung 1968," in: Die Wirtschaft, 22.Tg., 1967, Nr 18

U h l i g , Dieter: Die Diktatur des Proteratiats und der kleinbürgerliche Demokratismus, in: DZfPh, Nr. 2/1969

U l b r i c h t , Walter: zum ökonomischen System in der Deutschen Demokratischen Republik, 1. Aufl. Bd. 2, Berlin 1968 (mit einem Vorwort von Günter Mittag)

d e r s.: Die Bedeutung des Werkes"Das Kapital" vonMarl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland, in: Walter Ulbrich, Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, Bd. 2, Berlin 1968 S. 530

d e r s .: Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis, Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR am 24. und 25 6 1963, (mit einem Schlußwort von Erich Apel), Berlin 1963

d e r s .: Die Bedeutung des Perspektivplanes 1971 bis 1975 f r die Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR, in: Die Wirtschaft, Berlin 40/1968, Beilage S.5

d e r s .: Die politische Vorbereitung des VIII. Parteitages, in: Neues Deutschland, Berlin 30 1.1970, S. 3

U l b r i c h t , Walter: "Probleme des Perspektivplanes bis 1970", in: Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1967

d e r s .: Die weitere Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, Berlin 1968

d e r s : Das Programm des Sozialismus, Referat auf dem VI. Parteitag der SED, Berlin 1963

d e r s .: Antwort auf aktuelle politische Fragen, Berlin 1964

d e r s .: Zur Durchführung der ökonomischen Politik im Planjahr 1964 unter besonderer Berücksichtigung der chemischen Industrie, Berlin 1964

V a n e k , Jan: The Economics of workers' Management a Yugoslav Case Study, London, George Allen and unwin Ltd., 1972

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1968

Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds für das Jahr 1971, in: GBL DDR II, 16/1971

Verordnung über die Einstellung und Verlagerung der Produktion von Erzeugnissen und Leistungen, vom 1.6 1971, in: GBL DDR II , 16/1971

Verordnung über die Material-, Ausrüstung- und Konsumgüterbilanzierung, vom 20.5.1971, in: GBL DDR II, 50/1971

Verordnung über die Aufgaben, Rechte und Pflichten des volkseigenen Produktionsbetriebes, vom 9.2.1967, in GBL DDR II, 21/1967

Verordnung über die Bildung und Verwendung des Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, volkseigenen Kombinaten, den VVB und Einrichtungen für die Jahre 1969 und 1970, vom 26.6.1968 in: GBL DDR II, 67/1968

Verordnung über Grundsätze für die Gewährung von Krediten an volkseigene, konsumgenossenschaftliche und Außenhandelsbetriebe vom 19.6.1968, in: GBL DDR II, 82/1968

Verordnung über die Produktionsfondsabgabe vom 16.12.1970, in GBL DDR II, 4/1971

V r a n i c k i , Predrag: Das anthropologische Moment in der materialistischen Geschichtsauffassung, in: Praxis (intern Ausgabe) Nr. 2/1967

d e r s .: Zum Thema der Befreiung des Menschen, in Kritik der politischen Ökonomie heute - 100 Jahre "Kapital", Frankfurt 1968

W a h l , G.: "Erste wichtige Fortschritte beim Planangebot", in: Die Wirtschaft, 22.Jg. 1967 Nr. 21

W a l t e r , Ruth: Die Gestaltung der Interessenübereinstimmung im ökonomischen System des Sozialismus der DDR, Dietz-Verlag Berlin 1970

W e i d a u e r , Rudi: Sozialistische Wirtschaftsführung, Berlin 1968

Waterston, A.: Planning in Yugoslavia. Organization and Implementation; Baltimore 1962

W i l c z y n s k i , J.: Differentiation of Income under Modern Socialism, in: Jahrbuch der Wirtschaft Osteuropas, Bd. 3, München 1972

W ü s t n e c k , Klaus: Der kybernetische Charakter des NÖS und die Modellstruktur der Perspektivplanung als zielstrebiger kybernetischer Prozeß, in: DZfPh, Nr. 1/1965

Zur Durchführung des Volkswirtschaftsplanes und des Staatshaushaltsplanes 1965 (Diskussionsreden mit einem Schlußwort von Erich Apel), Berlin 1964

Zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus. Materialien der 8. Sitzung des Staatsrates der DDR vom 22.4.1968, Schriftenreihe des Staatsrates, H. 3, Berlin 1968

Zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR in den Jahren 1971 - 1975. Berlin 1970

LEBENSLAUF

Name:	Tezcan
Vorname:	Gündemi
Geburtsdatum:	6.10.1943
Geburtsort:	Yenişehir (Türkei)
Eltern:	Ismail und Gülsün Tezcan
Beruf des Vaters:	Berufsoffizier (pensioniert)
Schulbildung:	1949 Grundschule in Yenişehir 1954 - 1963 Mittelschule und die Oberschule Sankt Geork in Istanbul
Studium:	Immatrikulation WS 1963/64 in Politologie an der Freien Universität Berlin
Examina:	Zwischenprüfung SS 66, Diplomprüfung WS 1968/69